POLITISCHES LEXIKON

TEIL II PERSONEN

POLITISCHES LEXIKON

II

PERSONEN

A-L

POLITISCHES LEXIKON

TEIL II

PERSONEN

A–Z

Herausgegeben vom
VERLAG K. W. SCHÜTZ · GÖTTINGEN-HANNOVER

Druck: Erich Goltze KG, Göttingen
Plastikdecke: Dreske & Krüger, Hannover
Titelentwurf: Prof. Hans Schweitzer

VORWORT

Nach wie vor sind es Persönlichkeiten von überragendem Format oder der Mangel an solchen Persönlichkeiten, die das politische Geschehen, die werdende Geschichte bestimmen und sowohl dem Geist einer Zeit als auch den herrschenden Verhältnissen, dem Milieu, das Gepräge geben. Daran hat auch die moderne Industriegesellschaft nichts geändert.

Selbst dann, wenn Politiker an entscheidender Stelle, wenn Staatsmänner persönlich glauben, lediglich Werkzeug ihrer Zeit zu sein und einem kollektiven Willen oder einer Ideologie Ausdruck zu geben, haben doch ihre persönlichen Eigenschaften, das Maß ihrer Willens- und Entschlußkraft, ihres Verantwortungsbewußtseins und Pflichtgefühls entscheidenden Einfluß auf ihr Tun und damit auf das, was geschieht.

Nach wie vor bilden die jeweiligen Völker den Boden, die Substanz, aus denen die führenden Persönlichkeiten erwachsen und ihre Kraft schöpfen. Erst die ständige Wechselwirkung zwischen den Völkern einerseits und den von ihnen gewählten führenden Exponenten andererseits gibt den letzteren die Möglichkeit, sich zu entfalten und bewußt politisch-verantwortlich zu handeln.

Reißt diese Wechselwirkung ab, wird das Verhältnis einseitig, so verliert die Führung den Boden unter den Füßen und ist über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt. Das gilt auch für Diktaturen sowie für alle Rassen und Räume, einschließlich des Ostens und Fernen Ostens.

Über längere Zeiträume hin kann auch die geschickteste Propaganda die echte Resonanz in den Völkern auf die Maßnahmen ihrer Regierungen nicht ersetzen.

Zuweilen bereitet es allerdings Schwierigkeiten, diejenigen politischen Persönlichkeiten, von denen echte Entscheidungen ausgehen, in der Menge der offiziellen Politiker zu erkennen, vor allem dann, wenn die wirklich treibenden Kräfte Anlaß haben, sich im Hintergrund zu halten.

Da das Politische Lexikon sich seiner Aufgabe entsprechend dem Gegenwartsgeschehen widmet, werden vor allem lebende Politiker aufgenommen, aus der Vergangenheit nur diejenigen, deren Entscheidungen auf die Gegenwart maßgebend nachwirken.

Ergänzungsblätter für diesen Teil II — Personen werden in allen kommenden Vierteljahreslieferungen enthalten sein.

Der Herausgeber

Göttingen-Hannover, 15. Februar 1967

ABDUL RAHMANN

Tunku ibni Al-Marhum Sultan Abdul Hamid Halim Schah A. R., seit dem 16. September 1963 Premierminister des Staatenbundes → Malaysia, war zuvor ab 1957 der erste Ministerpräsident der Föderation Malaya nach der Unabhängigkeitserklärung und der Initiator der Gründung Malaysias unter Einbeziehung Nordborneos sowie ursprünglich (bis August 1965) auch Singapurs.

1903 im Sultanat Kedah geboren und zeitweilig in Thailand erzogen, studierte A. R. in Cambridge und London Philologie und Jura. Nach Malakka zurückgekehrt, beteiligte er sich nach Abzug der Japaner (1945) und Gründung der Malaiischen Union (1946) an den Abwehrkämpfen gegen kommunistische Partisanen und war Mitbegründer der Malaiischen Unabhängigkeitspartei UMNO (Unites Malay Nations Organization), deren Präsident er 1951 wurde.
Ein erster Erfolg seines Wirkens als Partei-Präsident war die neue Verfassung Malayas (1954), die einen → *Interdependenz*-Status (Teil I) der Überleitung zur Unabhängigkeit (31. 8. 1957) schuf. Nach der Unabhängigkeitserklärung erhielt A. R. die Mitgliedschaft zum Britischen → *Commonwealth* (Teil I) aufrecht. Im Mai 1961 unterbreitete er Großbritannien seine Vorschläge zur Föderation Malayas mit Singapur und Sarawak-Sabah auf Nordborneo (Malaysia).
Diese Konzeption war insofern kühn, als in einem solchen Zusammenschluß nicht mehr das malaiische, sondern das chinesische Bevölkerungselement überwog und Zivilisationsunterschiede von Jahrtausenden überbrückt werden mußten. Seine Zuversicht, der erheblichen Gefahren und Schwierigkeiten Herr werden zu können, beweist das starke Selbstvertrauen A. R's.
Unbeirrt hielt er den Anfeindungen von seiten Indonesiens und der Philippinen stand, nachdem aufgrund des Cobbald-Berichtes vom Juni 1962 die britische Regierung sich für den Föderationsplan entschieden hatte.
Auch durch die militärischen Interventionen Indonesiens nach Gründung Malaysias (16. Sept. 1963), die sich 1964/65 ständig verschärften, ließ sich A. R. nicht von seinem Kurs abbringen. Er mobilisierte die malaysische Territorialreserve in Nordborneo.
Am 9. August 1965 mußte er einen schweren Rückschlag in seinem Werk hinnehmen. Singapur schied nach heftigen Kämpfen zwischen Malaien und Chinesen in der Stadt aus der Föderation aus.

Dagegen konnte A. R. 1966 als entscheidenden Erfolg verzeichnen, daß Indonesien seine Feindseligkeiten einstellte (vgl. → *Sukarno*) und daß es mit der Anerkennung Malaysias auch durch die Regierung der Philippinen zu einer Zusammenarbeit zwischen den großen malaiischen Staaten kam, die es eher ermöglicht, das chinesische Element im Inneren in seinen Ambitionen zu dämpfen und damit der jungen Föderation eine größere Stabilität zu geben.

Literatur:

(siehe Teil I, Malaysia)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

ABENDROTH, WOLFGANG

Wolfgang A. ist seit seinem Übertritt von Mittel- nach Westdeutschland im Jahre 1949 Professor der → POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN, seit 1951 Ordinarius an der Universität Marbug/Lahn. Zuvor war er in der sowjetzonalen Justizverwaltung tätig und hielt Vorlesungen in Halle, Leipzig und Jena.

Am 2. Mai 1906 in Elberfeld als Lehrerssohn geboren, absolvierte A. mit Auszeichnung das Frankfurter Realgymnasium, studierte an den Universitäten Frankfurt, Tübingen, Münster und Bern Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. jur. Während seiner Tätigkeit als Gerichtsreferendar wurde er 1933 nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten – offenbar als engagierter Marxist – entlassen.
In den Jahren nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst muß A. politisch illegal tätig gewesen sein, denn er wurde 1937 wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und kam nach Verbüßung zum Strafbataillon 999, in dem er in den letzten Kriegsjahren im Einsatz stand.
A. überlebte, wurde 1946 im Rahmen der Sowjetverwaltung Regierungsrat im Brandenburgischen Justizministerium und ein Jahr darauf bereits Oberjustizrat der Deutschen Justizverwaltung für die sowjetische Besatzungszone unter Hilde Benjamin, Dozent an der Universität Halle, außerordentlicher Professor an der Universität Leipzig und 1948 Ordentlicher Professor in Jena.
1949 wechselte A. nach Westdeutschland hinüber, ob mit oder ohne Einverständnis der sowjetzonalen Justizverwaltung, ist unbekannt. Jedenfalls konnte er seine Vorlesungstätigkeit sogleich wieder aufnehmen, zunächst an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven-Rüstringen (auf Englisch: Inst. for *Political Science,* Labor and Economics), dann, 1951 als Ordentlicher Professor der „Wissenschaftlichen Politik" an der Universität Marburg/Lahn.
1948, noch in Jena, war A. Mitglied der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" geworden. In Westdeutschland schloß er sich 1949 dem „Verein deutscher Staatsrechtler", 1950 der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie" sowie dem „Deutschen Verein für die Wissenschaft von der Politik", außerdem der SPD an, die ihn allerdings 1961 wieder ausschloß.

13. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Januar 1970

Nach dieser Laufbahn müßte der ost-westliche Umerzieher A. eigentlich ein Mann nach dem Geschmack der → *SDS*-Studenten sein. Doch ist in ihren Augen offensichtlich sogar er zu einer Gestalt des „Establishment" geworden, ein Schicksal dem man sich mit zunehmendem Alter offenbar kaum entziehen kann.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Das politische Format A.'s, die Eigenwilligkeit seiner Persönlichkeit, vor allem sein zähes und zielbewußtes Hinwirken auf ein eigenständiges Westeuropa, das sich auf eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Frankreich de Gaulles gründen sollte, sein Versuch, die BRD in der Koexistenzära allmählich aus dem verhängnisvollen Satellitenstatus gegenüber den USA herauszulösen, machten ihn in den letzten Jahren seiner Amtszeit zum Ziel konzentrierter Angriffe. Es blieb ihm versagt, die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, zu einer Lösung zu führen.

Dr. Konrad A., am 5. 1. 1876 in Köln geboren, wurde nach einem Studium der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft zunächst Rechtsanwalt am OLG Köln. 1906 wurde er Beigeordneter, im September 1917 Bürgermeister und im Oktober 1917 Oberbürgermeister der Stadt Köln. Diese Amtsstellung hatte er bis 1933 inne, außerdem war er Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages und -ausschusses, Präsident des Preußischen Staatsrats und Vorstandsmitglied des Zentrums. Die Rolle, die Konrad A. in der Zeit der rheinischen Separatistenbewegung gespielt hat, ist umstritten. Sie dürfte u. a. für seine Amtsenthebung 1933 maßgebend gewesen sein. Doch hatte er bis auf eine vorübergehende Haft 1944 während des Dritten Reiches keine Unbill zu erleiden. Das ihm zustehende Ruhegehalt aus seinen Amtsstellungen wurde weitergezahlt.

Im Juni 1945 wurde er von den Amerikanern als OB von Köln wieder eingesetzt, allerdings schon sehr bald — diesmal von den Briten und wegen angeblicher Unfähigkeit — wieder amtsenthoben. 1946 übernahm er den Vorsitz der CDU in der britischen Zone, indem er die Führung mit den Worten „Meine Herren, ich glaube, ich bin hier der Älteste" an sich zog. Von 1948 bis 1949 war A. Präsident des Parlamentarischen Rats in Bonn, am 15. September 1949 wurde er vom Bundestag mit 202 von 402 Stimmen(darunter auch seiner eigenen) zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt.

A.'s Nachkriegspolitik hat sowohl von links als auch von rechts heftige Kritik erfahren. Sie war von Anfang an durch ein nahezu bedingungsloses Eingehen auf alle westlichen Wünsche gekennzeichnet. So mußte sein Verhalten anläßlich der Saarabstimmung der Rechten als

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Verrat erscheinen und wurde prompt von der deutschen Saarbevölkerung mit der schallenden Ohrfeige eines eindeutigen Abstimmungsergebnisses für Deutschland quittiert. Der Linken hingegen galt A. als „autoritäre" Persönlichkeit und machtbesessener „Kalter Krieger", der dem „Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten" wie der Aufweichung des Westens in der → *Koexistenz*politik der heraufziehenden Kennedy-Ära gleichermaßen hemmend im Weg stand. Merkwürdigerweise hat jedoch die Linke gerade an dem Schritt A.'s kaum ernstlich Kritik geübt, mit dem er sich am eindeutigsten „autoritär" über Parlament und Kabinett hinweggesetzt hat, nämlich in dem New Yorker Waldorf-Astoria-Gespräch mit Ben Gurion von 1960.

Bei der Gesamtwertung der politischen Persönlichkeit A.'s muß mit herangezogen werden, daß durch seine Politik des einseitigen Nachgebens gegenüber allen westlicherseits vorgetragenen Wünschen (von der überaus großzügigen finanziellen Hilfeleistung für Israel nach dem Luxemburger Abkommen von 1952 über die Wiederbewaffnungsfrage und die Integration in die NATO bis hin zu dem bereits auf der Londoner Konferenz noch unter Dulles ausgesprochenen Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen) eine gewisse Konsolidierung Westdeutschlands herbeigeführt wurde. Diese Politik verzichtete auf eine Diplomatie zwischen West und Ost und verhärtete damit die Spaltung Deutschlands bis zur Gefahr der geschichtlichen Unwiderruflichkeit. Sie hatte nicht Europa im Auge, sondern nur ein Westeuropa.

Literatur:

P. Weymar, Konrad Adenauer (autorisierte Biographie)
Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945—1953, Stuttgart 1965
G. Meinhardt, Adenauer und der rheinische Separatismus, 1962
E. Alexander, Adenauer und das neue Deutschland
G. Kopp, Adenauer — eine biographische und politische Dokumentation, 1962
Deutsche Außenpolitik seit 1955, Stuttgart 1966 (Seewald-Verlag)
Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik, Stuttgart (Klett) 1966

Anmerkungen ....

....

Der 1969 verstorbene Frankfurter Soziologe, Philosoph und literarische Interpret der Arnold Schönbergschen Zwölftonmusik, Theodor Wiesengrund-Adorno, leitete gemeinsam mit Max → HORKHEIMER vor 1933 sowie erneut seit 1949 das Institut für Sozialforschung der Frankfurter Universität, das als eine der wirksamsten Pflegstätten der → REEDUCATION (Teil I, vgl. dort!) zahlreiche Jahrgänge der akademischen Jugend nachhaltig beeinflußte.

Am 11. September 1903 als Sohn des Frankfurter Weingroßhändlers Oskar Wiesengrund und der Maria Calvelli-Adorno geboren (deren Zunamen er später übernahm), studierte A. in Frankfurt und Wien Musik (Komposition) bei Alban Berg, dem Schüler Arnold Schönbergs, sowie Philosophie, Psychologie, Soziologie und promovierte 1924 in Frankfurt zum Dr. phil.

1930 wurde A. Mitarbeiter Horkheimers am Frankfurter Institut für Sozialforschung, 1931 Privatdozent. Die an Horkheimers Institut vertretene Richtung der → *SOZIOLOGIE* (Teil I, vgl. dort!) nannte sich „Philosophische S." und entwickelte das Sonderfach der sogenannten „Wissenschaftssoziologie" im Sinne der marxistischen Milieutheorie, des → *HISTORISCHEN MATERIALISMUS* (Teil I).

1933 wurde das Institut aufgelöst, Horkheimer und A. entlassen. Ersterer verlegte sein Institut nach New York, A. ging 1934 zunächst ans Merton-College der Universität Oxford, blieb dort drei Jahre und fand sich 1938 in Horkheimers New Yorker „Institut of Social Research" ein. Gleichzeitig übernahm er die musikalische Leitung des Princeton Radio Research Project.

1941 ging A. nach Los Angeles und wurde dort 1944 Direktor des Research Project on Social Discrimination. Den amerikanischen Instanzen, die damals mit der Vorbereitung der Besatzungspolitik im besiegten Deutschland, insbesondere mit dem → REEDUCATION-Programm (Teil I, vgl. dort!) befaßt waren, schienen Horkheimer und A. alle Voraussetzungen zu besitzen, an der Durchführung dieses Programms mitzuwirken.

Die vorbereitenden Arbeiten des amerikanischen Sozialpsychologen Kurt Lewin mit dem Dreistufenprogramm (1. Zerschlagung der alten Lebensform und des sozialen Gleichgewichts, das ihr zugrundelag; 2. Einrichtung eines neuen Gleichgewichts; 3. Konsolidierung des

13. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Januar 1970

neuen Zustandes durch Selbstregulierung) wurden ihnen zugänglich gemacht.

1949 kehrten beide nach Frankfurt zurück. Das Institut für Sozialforschung wurde neu gegründet, von den Besatzungsbehörden entscheidend gefördert und –neben den zahlreichen neuen Lehrstühlen für Politologie und → *ZEITGESCHICHTE* (Teil I) – zu einer der Umerziehungszentralen ausgebaut. A. wurde 1953 außerordentlicher, 1957 ordentlicher Professor sowie geschäftsführender Direktor des Instituts.

Er beschäftigte sich nunmehr zusätzlich wieder mit musiktheoretischen und literaturkritischen Arbeiten, wurde 1953 Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik, erhielt 1954 die Schönberg-Medaille und 1959 den Deutschen Kritikerpreis für Literatur.

Bevor A. Mitte August 1969 in der Schweiz verstarb, hatte er noch erleben müssen, daß die im Geiste seines und seines Freundes Horkheimer Frankfurter Instituts umerzogene studentische Jugend sich gegen ihre Lehrer wandte und einen Radikalisierungsgrad erreichte, der weit über das seinerzeit in den USA gesteckte Ziel hinausging.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Ahmadou A., seit 1958 Regierungschef, seit 1960 auch Staatspräsident von → KAMERUN (Teil I), setzte sich gegen den aufrührerischen Terror und Partisanenkampf der linksradikalen „Union des Populations du Camerun" (UPC) durch und hielt an der engen Zusammenarbeit mit Frankreich fest.

A. wurde 1922, in dem Jahre also, in dem die ehemals deutsche Kolonie Kamerun französisches Mandatsgebiet wurde, in Garua (Nordkamerun) geboren. Er gehört dem hamitisch-mohammedanischen Stamme der Fulbe an und wurde auf der Höheren Verwaltungsschule in Jaundé ausgebildet.

Zunächst im Rundfunkwesen tätig, wurde A. 1947 als Abgeordneter in die Vertreterversammlung von Benoue/Nordkamerun gewählt und stieg vom Sekretär dieser Versammlung über den Vorsitz des Ausschusses für Verwaltungsfragen zum Vicepräsidenten auf.

Seit 1955 Berater bei der Versammlung der Communauté Française, wurde er zunächst Sekretär und 1956 Präsident der Territorialversammlung von Kamerun, 1957 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident und 1958 Regierungschef. Als solcher gründete A. die Union Camerunaise, die seitdem Regierungspartei blieb.

Als Kamerun 1960 die volle Unabhängigkeit erhielt, blieb A. im Amt und wurde am 5. Mai 1960 zum Staatspräsidenten zunächst von Ostkamerun, seit 1961 auch für das vormals britische Mandatsgebiet Westkamerun gewählt und am 20. März 1965 wiedergewählt. Seit 1961 ist er auch Präsident der Regierungspartei Union Camerunaise.

1962 hatte A. gegen die Partisanentätigkeit der frankreichfeindlichen Opposition zu kämpfen, war aber erfolgreich, zumal es ihm gelang, einen Teil der UPC durch großzügige Amnestiegewährung für sich zu gewinnen. Nach seiner Wiederwahl 1965 ließ er den Bau der Transkamerunbahn wiederaufnehmen, der seit Beginn der getrennten Mandatsverwaltungen in Ost- und Westkamerun liegen geblieben war.

Ende Juli 1966 konnte A. auch die Zollunion zwischen den beiden Landesteilen verwirklichen, die erst ein einheitliches Wirtschaftsgefüge ermöglicht.

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

Literatur:

Franz Ansprenger, Afrika. Eine politische Länderkunde, Berlin (Colloquium) 1966
Franz Ansprenger, „Der Weg Camerouns von 1940 bis 1960" in Afrika heute, 1960
vgl. auch → *KAMERUN* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. AKLILU HABTE-WOLD

Teshafi Tezaz A. H.-W., seit dem April 1961 Ministerpräsident und Siegelbewahrer des Kaiserreichs → ÄTHIOPIEN (Teil I), gehört dem Kabinett bereits seit 1949 an und bemüht sich im Sinne des Negus um eine behutsame, schrittweise Überführung des Feudalstaates in eine konstitutionelle Monarchie.

Am 12. März 1912 geboren, wurde A. H.-W. am französischen Lyceum in Alexandria erzogen, studierte in Paris an der Sorbonne (Rechtswissenschaften) sowie an der Ecole des Sciences Politiques und schlug die Diplomatenlaufbahn ein.
Von 1936 bis 1940 Geschäftsträger der Äthiopischen Gesandtschaft in Paris, wurde A. H.-W. 1942 zum stellvertr. „Minister der Feder" (Siegelbewahrer) ernannt, 1943 zum stellvertr. Außenminister. In dieser Position wirkte er sechs Jahre lang, nahm als Vertreter seines Landes an den ersten sieben sowie an der zehnten Sitzung der Generalversammlung der → *UNO* (Teil I) teil und war seit 1947 Präsident des Ausschusses für das Bildungswesen (nicht eben mit Erfolg, vgl. → *ÄTHIOPIEN*, Teil I).
1949 trat A. H.-W. als Außenminister in das Kabinett des Negus ein. Seit 1956 gehörte er dem Direktorium der Staatsbank von Äthiopien an und führte im gleichen Jahr die Äthiopische Delegation bei der Suezkonferenz in London. 1958 wurde er zum stellvertr. Ministerpräsidenten ernannt, behielt gleichzeitig das Außenministerium und durfte den Titel eines Kammerherrn (blattenguetta) führen. Nach der Niederwerfung des Militärputsches vom Dezember 1960, der den Negus (vgl. → *HAILE SELASSIE*) zur Einleitung eines begrenzten Reformen-Programms bewog, wurde A. H.-W. im April 1961 zum Ministerpräsidenten und zum „Minister der Feder" (Siegelbewahrer) ernannt. Im November 1962 konnte er das seit 1952 autonom angegliederte Eritrea als Provinz dem Kaiserreich einfügen, die sich allerdings in den folgenden Jahren als eine gefährliche Errungenschaft erweisen sollte.
Am 22. März 1966 überließ der Kaiser A. H.-W. durch ein besonderes Dekret die Auswahl der übrigen Kabinettsmitglieder, die sich der Negus bis dahin selber vorbehalten hatte. In dem neuen Kabinett, das A. H.-W. daraufhin bildete und am 11. April 1966 vorstellte, behielt er sich selbst das Amt des Innenministers vor, um

damit die Durchführung der Reformen in der Hand zu behalten. Das neugeschaffene Ministerium für Entwicklung und Planung besetzte er mit dem bisherigen Botschafter in London, Haddis Alemayehu.
Als es in den ersten Märztagen 1969, zwei Wochen nach der abermaligen Umbildung des Kabinetts, zu studentischen Unruhen in Addis Abeba kam, die sich u. a. gegen den Erziehungsminister richteten, ließ A. H.-W. die Universität schließen und kurz darauf zwei Sowjetrussen und drei Tschechoslowaken als unerwünschte Personen des Landes verweisen. Die Demonstrationen dauerten trotzdem an.
Gegen die Terroraktionen der „Eritreischen Befreiungsarmee" (vgl. → *ÄTHIOPIEN,* Teil I) setzte A. H.-W. umfangreiche Polizei-Unternehmen ein, ohne jedoch eine Befriedung der jungen Provinz erreichen zu können.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Hassan al A., seit dem 18. Dezember 1967 Ministerpräsident der republikanischen Regierung des → JEMEN (Teil I) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, war maßgeblich am Sturz des Präsidenten Sallal beteiligt und konnte im Herbst 1968 die Kämpfe mit den jemenitischen Royalisten siegreich beenden.

Jahrgang 1926, wurde A. Berufssoldat in der Armee des seit 1904 regierenden Imam Jahja, der 1948 ermordet wurde, diente als Offizier auch noch unter dem Imam Ahmed, der im September 1962 starb, beteiligte sich aber dann an dem Militärputsch vom 27. September 1962, mit dem die Monarchie im Süden des Jemen beseitigt und die Republik ausgerufen wurde.

Als einer der wortführenden militärischen Führer der Republik wurde A. erstmalig am 10. Februar 1964 vom damaligen republikanischen Staatsoberhaupt Marschall Sallal mit der Regierungsbildung beauftragt, blieb zunächst nur drei Monate Ministerpräsident, wurde es aber im ersten Quartal 1965 noch einmal und wiederum vom 20. Juli 1965 bis zum 16. September 1966.

Als Regierungschef geriet A. in zunehmenden Gegensatz zu Sallal und versuchte, bei → NASSER in Kairo als der für den republikanischen Teil des Jemen maßgeblichen Instanz Sallals Absetzung zu erwirken, zunächst vergeblich. Erst am 5. November 1967, unmittelbar nach dem Abzug der ägyptischen Truppen, gelang es der Armee, den Präsidenten zu stürzen.

Seitdem galt General al A. als der „starke Mann" im südlichen Jemen und gehörte auch dem Präsidentschaftsrat an (mit Mohammed Ali Osman), der unter Vorsitz Abdel Rahman el *Iriani*'s die Funktion des Staatsoberhauptes ausübt. Als im Dezember 1967 die Royalisten aus dem nördlichen Jemen gegen die Hauptstadt Sana vorrückten, sie einkreisten und zeitweilig belagerten, übernahm al A. auch das Amt des Ministerpräsidenten.

Es gelang ihm, die Angriffe der Royalisten solange abzuwehren, bis im Herbst 1968 die royalistische Front zu zerbröckeln begann und die Kämpfe zum Stillstand kamen. Prinz Mohammed Hussein, der Führer der royalistischen Streitkräfte, zog sich zurück, und auch der Imam selbst, Badr, kehrte nach einem kurzen Besuch im Norden des Jemen wieder ins Exil nach Saudiarabien zurück.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Am 7. April 1969 bildete al A., nunmehr unangefochtener Regierungschef des gesamten Jemen, sein Kabinett um, nachdem am 15. März der neue Nationalrat zusammengetreten war.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Joseph Arthur A., seit dem 26. Februar 1966 bis zum 31. März 1969 Staatsoberhaupt und Regierungschef von → GHANA (Teil I), wirkte maßgeblich am Sturze Kwame → NKRUMAHs mit und wurde Chef des Nationalen Befreiungsrates. Außenpolitisch wandte sich Ghana unter A.s Führung von den vorherigen Bindungen an China und die UdSSR ab.

Jahrgang 1916, zum Stamme der Ga gehörend, wurde A. an der Wesley Methodistenschule in Accra, der Hauptstadt der britischen Kolonie Goldküste, erzogen, besuchte die Lehrerakademie in Accra und war auch selbst einige Zeit als Lehrer an Missionsschulen tätig. Im Zuge seiner Militärdienstpflicht bei der britischen Kolonialtruppe wurde A. Subalternoffizier, nahm mit den „Westafrican Rifles" am Zweiten Weltkrieg teil und war u. a. in Birma eingesetzt. Anschließend erhielt er in England eine Ausbildung für die höhere Offizierslaufbahn. 1960 befehligte A. Ghanas UNO-Kontingent im → *KONGO* (Teil I) und avancierte danach zum Stabschef der Armee, mit etwa 20 000 Mann der stärksten Streitkräfte Westafrikas.

A.s Opposition gegen die Sondertruppe des Präsidenten → *NKRUMAH* (1500 Mann) hatte im August 1965 seine Ablösung als Stabschef und Versetzung in die Verwaltung zur Folge. Die Armeerevolte in der Nacht zum 24. Februar 1966, die den in Peking weilenden Nkrumah stürzte, leitete A. nicht selbst (sondern Oberst Kotoka), wurde aber durch sie zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte und zum Vorsitzenden des Nationalen Befreiungsrates erhoben, der die Regierungsgewalt übernahm.

Die ersten Maßnahmen des Nationalen Befreiungsrates unter A.s Führung waren die Suspendierung der Verfassung, Entlassung Nkrumahs (in Abwesenheit), Auflösung des Parlaments und Verbot aller Parteien einschl. der Convention Peoples Party, der Staatspartei Nkrumahs. Außenpolitisch bekannte sich A. zu einer neutralen Haltung zwischen Ost und West und zur Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des britischen → *COMMONWEALTH* (Teil I).

Der nächste Schritt war die Aufforderung an China, seine Experten und Techniker aus Ghana zurückzurufen. Am 11. März 1966 kam Peking dieser Aufforderung offiziell nach. 900 sowjetische Fachleute verließen Ghana ebenfalls im März. Dennoch er-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

kannten Ungarn und die Tschechoslowakei die Regierung A. bereits am 14. März an. Weder die von Guinea aus erfolgenden Appelle Nkrumahs an die ghanesische Bevölkerung noch die Erklärung des panafrikanischen Gewerkschaftsbundes, er werde das Militärregime „mit Gewalt bekämpfen", konnten A. etwas anhaben. Auch der Protest der UdSSR gegen die Ausweisung mehrerer Beamter der Sowjetbotschaft blieb ohne Wirkung.
A. seinerseits ließ der chinesischen Botschaft in Accra sechs Protestnoten zustellen, in denen China der flagranten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ghanas beschuldigt wurde, und ließ am 27. September 1966 die kubanische Botschaft wegen Unterstützung der subversiven Tätigkeit Nkrumahs schließen.
Am 17. April 1967 unternahm eine Offiziersverschwörung einen Putschversuch, bei dem Kotoka, inzwischen General und Oberkommandierender der Armee, ermordet wurde. Es gelang der Regierung A. jedoch, den Putsch binnen neun Stunden niederzuschlagen. Die zwei verantwortlichen Führer wurden am 9. Mai öffentlich hingerichtet.
Am 30. Juni 1967 nahm A. vierzehn Nichtsoldaten in das Kabinett auf. Er selbst als Regierungschef behielt sich das Amt des Verteidigungsministers vor. Mitte Februar 1968 bildete er das Kabinett abermals um und setzte Fachminister ein. Gleichzeitig wurden die letzten der beim Sturze Nkrumahs verhafteten Personen auf freien Fuß gesetzt. Doch wurde Weihnachten 1968 ein Versuch Nkrumahs aufgedeckt, nach Ghana zurückzukehren und sich der Regierung zu bemächtigen. Im Zusammenhang mit diesem Plan wurde der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Viceluftmarschall Otu, verhaftet.
Am 31. März 1969 trat A. zurück, wie verlautet „auf Grund undurchsichtiger finanzieller Machenschaften". Sein Nachfolger wurde am 2. April 1969 Akwasi A. *Afrifa,* Jahrgang 1936, der aus einer Ashanti-Häuptlingsfamilie stammt und ebenfalls zu der Gruppe von Offizieren gehört, die Nkrumah stürzten und den Nationalen Befreiungsrat bildeten.

Anmerkungen ....

....

....

Jassir A., auch Abu Ammar genannt, Führer der arabisch-palästinensischen Partisanenorganisation → EL FATACH (Teil I), auch von den kleineren palästinensischen Guerillaverbänden als Führer im Kampf gegen Israel anerkannt und seit dem 3. Februar 1969 Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in der → ARABISCHEN LIGA (Teil I), ist von Beruf Elektroingenieur und hat an der Technischen Hochschule Stuttgart studiert.

1929 in der Altstadt von Jerusalem in wohlhabendem arabischen Hause unweit der Klagemauer geboren, beteiligte sich A. nach Abschluß der Schulzeit 1948 am Kampf gegen den soeben gegründeten Staat Israel, ging dann zum Studium nach Kairo und leitete dort 1951 den Palästinensichen Studentenbund.
1954 bildete A. im → *GAZA*-Streifen (Teil I) unter dem Schutz der dort stationierten ägyptischen Truppen eine Terrororganisation gegen Israel nach dem Muster der israelischen Terrororganisationen, die er in seiner Kindheit aus nächster Nähe kennen gelernt hatte.
1956 kämpfte er als ägyptischer Reserveoffizier anläßlich der → *SUEZKRISE* (Teil I) gegen Franzosen, Engländer und Israelis.
1958 setzte A. seine Studien in Deutschland fort, sammelte an der Technischen Hochschule Stuttgart andere junge Araber um sich, unter ihnen Chani el-Hassan und Chalil es-Wesir (Abu Dschichad), und bildete mit ihnen eine Gruppe, mit der er später die bereits 1956 gegründete el-fatach unterwanderte. Doch zuvor ging er seit 1959 in Kuwait seinem Beruf nach, wurde Bauunternehmer, verdiente in kurzer Zeit überdurchschnittlich gut und erwarb eigenen Hausbesitz in Beirut und Kairo.
A. hatte früh erkannt, daß die Palästinaaraber von den Regierungen der arabischen Nachbarstaaten nichts zu erwarten hätten, und stand ihnen dementsprechend kritisch gegenüber. Der Gegensatz zu → *NASSER* wurde noch durch den Umstand verstärkt, daß die Gründer von el-fatach zum Teil der von Nasser verfolgten → *MOSLEMBRUDERSCHAFT* (Teil I, vgl. dort!) angehört hatten und aus Ägypten hatten fliehen müssen.
A.s Stunde kam nach der Niederlage der arabischen Staaten gegen Israel im Junikrieg 1967. Die Kritik an Nasser und den anderen arabischen Regierungen nahm in der Bevölkerung allgemein zu. Be-

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

sonders unter den arabischen Palästinaflüchtlingen setzte sich die Erkenntnis durch, daß sie sich selber helfen müßten. Die Idee eines eigenen arabischen Staates Palästina lag in der Luft. A. brauchte sie nur aufzugreifen.

Als die stärkste Führerpersönlichkeit unter den Chefs der zahlreichen Partisanenorganisationen setzte er sich auch dort durch, wo es noch zu keinem Zusammenschluß kam. Seine el-fatach verfügte zudem bald über die meisten ausgebildeten Kämpfer und Kommandoeinheiten mit verhältnismäßig guter Bewaffnung. Hatte die → *ARABISCHE LIGA* (Teil I) sich noch bei ihrer Khartumer Gipfelkonferenz Ende August 1967 veranlaßt gesehen, sich von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und deren bisherigem Leiter Achmed esch-Schukeiri zu distanzieren, so trat zwei ein drittel Jahre später, bei der nächsten Gipfelkonferenz der Liga in Rabat Ende Dezember 1969, bereits A. als Sprecher und Führer der PLO auf, gleichberechtigt mit den anwesenden Staatsoberhäuptern und - angesichts ihrer unüberbrückbaren Uneinigkeit – einziger Garant für eine Koordinierung des Kampfes gegen Israel.

In Moskau, wo man diese Entwicklung offenbar nicht schnell genug erfaßt hatte, räumte A. persönlich anläßlich eines offiziellen Besuches im Kreml in der ersten Februarwoche 1970 die letzten Zweifel, ob man ihn ernstzunehmen habe, aus, und kehrte mit der Zusage verstärkter Waffenhilfe für seinen Guerillakampf zurück. In Jordanien, wo er sich zumeist in den Flüchtlingslagern aufhält, mußte sich König → *HUSSEIN* nach vergeblichem Versuch, das selbstherrliche Auftreten bewaffneter Guerilleros einzudämmen, in persönlicher Verhandlung mit A. einigen.

Auch der Libanon mußte A. die Tätigkeit seiner Kommandoeinheiten auf libanesischem Gebiet gestatten. A. betrachtet sich als noch im Kriege mit Israel - seit dem Juni 1967. Er verfügt in Kairo über einen eigenen Kurzwellensender „Stimme des Sturmes", der ihm die Koordination aller Aktionen rings um und in Israel ermöglicht.

Anmerkungen ....

....

....

Abdel Rahman A., seit dem Tode seines Bruders und Vorgängers Abdel Salam M. A. im April 1966 Staatspräsident des → IRAK (Teil I), blickt auf eine rein militärische Laufbahn zurück, war 1958 aktiv an der Beseitigung der Monarchie beteiligt und nach dem Sturz Kassems 1963 enger Mitarbeiter seines Bruders. Er führte auch den Kampf gegen die um Autonomie ringenden Kurden fort und zwang sie zum Einlenken.

1916 in Bagdad geboren, erhielt A. als Zwanzigjähriger das Offizierspatent, schlug die Generalstabslaufbahn ein und beteiligte sich am Umsturz vom 14. Juli 1958, bei dem König Feisal II ermordet wurde.
Im Zusammenhang mit den 1959 beginnenden Auseinandersetzungen zwischen seinem → *NASSER*-freundlichen Bruder und dem zu den Sowjets hinneigenden Ministerpräsidenten Kassem schied A. 1961 im Range eines Brigadegenerals aus der Armee aus. Nachdem Kassem dann 1963 gestürzt, erschossen, Oberst Abdel Salam A. Staatspräsident und im November auch Oberster Befehlshaber der Streitkräfte geworden war, wurde Abdel Rahman A. als Divisionsgeneral wieder aktiv. 1964 wurde er Generalstabschef.
Bis dahin fast ausschließlich militärisch engagiert, entfaltete A. in den folgenden Jahren an der Seite seines Bruders zunehmende politische Aktivität und wurde drei Tage nach dem tödlichen Flugzeugabsturz Abdel Salams am 13. April 1966 vom Verteidigungsrat und Kabinett in gemeinsamer Sitzung zu dessen Nachfolger im Amte des Staatspräsidenten gewählt.
Ministerpräsident Bazzaz, der ebenfalls für die Nachfolge vorgeschlagen worden war, wurde von den Vertretern der Armee abgelehnt. Er bot daraufhin den Rücktritt seiner Regierung an, doch ließ ihn A. bitten, im Amte zu bleiben. Bazzaz bemühte sich, die Kämpfe mit den Kurden zu beenden und mit ihnen zu einer für beide Seiten annehmbaren Regelung zu kommen. A. dagegen ließ den Kampf zunächst mit aller Härte fortsetzen und den Kurden schwere Verluste zufügen. Erst Ende Juni 1966 konnte Bazzaz einen Friedensschluß herbeiführen.
Gleichzeitig unternahm ein früherer Ministerpräsident, Razzak, der → *Nasser* noch näher stand als die Brüder A., den Versuch zu einem

Staatsstreich, der jedoch dank A.s Palastgarde scheiterte. Anfang August bot Bazzaz erneut den Rücktritt an. Diesmal nahm A. ihn an und beauftragte den Generalmajor Taleb mit der Bildung einer neuen Regierung.

Taleb versprach, die Friedensbedingungen, die Bazzaz mit den Kurden vereinbart hatte, Punkt für Punkt einzuhalten, verzögerte aber die Durchführung der kulturellen Autonomiebestimmungen und beschwor damit neue Spannungen herauf, die durch ein persönliches Treffen A.s mit dem Kurdenführer Barzani am 29. Oktober 1966 vorläufig beigelegt werden konnten.

Im Israelkonflikt stellte sich A. eindeutig auf die arabische Seite. Vom Mai bis Juli 1967 übernahm er das Amt des Regierungschefs selbst, überließ es dann seinem Stellvertreter Jahja, um sich ganz den Bemühungen um eine arabische Einigung im Zusammenhang mit dem Israelkonflikt widmen zu können. Seinen Außenminister Pachadi sandte er als ständigen Repräsentanten bei der → *UNO* (Teil I) nach New York.

Literatur:

Hans Peter Hohn, Irak, München 1963

Erlendur Haraldsson, Land im Aufstand ... Kurdistan, Hamburg (Matari) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Khatan A., seit dem 1. Dezember 1967 Staatspräsident der tags zuvor unabhängig gewordenen und von den letzten britischen Truppen geräumten Volksrepublik Südjemen (vgl. → SÜDARABISCHE FÖDERATION, Teil I), war bis dahin Führer und Gründer der „Nationalen Befreiungsfront" NLF und wird von der rivalisierenden Befreiungsbewegung FLOSY, die von Ägypten abhängig ist, auch weiterhin erbittert bekämpft.

A. ist Beduine. 1925 im Scheichtum Lahej geboren, studierte er an der Universität Khartum mit einem britischen Stipendium Agronomie und war beruflich in der Verwaltung der Südarabischen Föderation tätig.

A. gehörte zu denjenigen arabischen Nationalisten, die einerseits die politische Bestechlichkeit der kleinen arabischen Feudalherren verabscheuten, andrerseits aber sich auch dem Vormachtsanspruch → *NASSERs* nicht zu unterwerfen bereit waren und in dieser Haltung durch die Kampfesweise der ägyptischen Truppen im → *JEMEN* (Teil I) womöglich noch bestärkt wurden.

Er begegnet sich in dieser Einstellung mit der republikanischen Regierung des Jemen, wenn auch die Bezeichnung Volksrepublik für seinen neuen Staat auf mehr extrem sozialistische Tendenzen schließen läßt. Näheres ist über sein Programm noch nicht zu sagen, da er sich bisher ganz dem zum Teil terroristischen Kampf um die Unabhängigkeit von Großbritannien gewidmet hat.

Nachdem letzteres den Termin für den Abzug seiner Truppen um einen Monat vorverlegt hatte, traf sich A. Ende November 1967 in Genf mit dem britischen Delegierten Lord Shackleton zu Beratungen über die Modalitäten der Übergabe. A. forderte eine Summe von 100 Milliarden Pfund Sterling als Kompensation für die 129 Jahre der britischen Kolonialherrschaft in Südarabien. Shackleton suchte ihn — offenbar vergeblich — zum Verzicht auf finanzielle Forderungen zu bewegen. Am 29. November unterzeichneten beide eine Vereinbarung, die allerdings noch einige strittige Punkte offenließ.

Offensichtlich verdankt A. seinen Erfolg zum großen Teil dem Umstande, daß → *NASSER* durch den Israelkonflikt gezwungen war, seine Truppen aus dem Jemen abzuziehen. Daher ist auch zu erwar-

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

ten, daß Nasser, sobald er die Hände wieder frei hat, versuchen wird, mit Hilfe der FLOSY A. wieder zu stürzen.

Literatur:

vgl. → *JEMEN und* → *SÜDARABISCHE FÖDERATION* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Nurredin A., seit dem 25. Februar 1966 Staatsoberhaupt, seit dem 29. Oktober 1968 auch Ministerpräsident von → SYRIEN (Teil I), gehörte der syrischen Regierung bereits seit August 1963 als Innenminister an und wurde 1966 zum Generalsekretär der Baath-Partei gewählt. Er vertritt Israel gegenüber einen noch militanteren Standpunkt, als es der UdSSR genehm sein kann, betrieb 1968 folgerichtig eine antisowjetische Innenpolitik und ist zugleich ein erklärter Gegner der arabischen Feudalstaaten.

1929 geboren, studierte und promovierte A. in Damaskus zum Dr. med., schloß sich der Baath-Partei und in dieser dem sogenannten „linken" Flügel an, der sich nach außen hin volksdemokratisch gab, tatsächlich aber eher den Standpunkt der nordsyrisch-alawitischen Offiziere im Gegensatz zu den panarabisch eingestellten Nasser-Anhängern vertrat und am 8. März 1963 durch einen Staatsstreich zur Macht kam.
In der Regierung des Revolutionsrates von 1963 unter Führung von Jassin al-Hafez übernahm A. das Innenministerium, wurde 1964 stellvertretender Ministerpräsident und 1965 Vizepräsident Syriens. Als im Dezember 1965 der Ministerpräsident Yussuf Zayyen (Zouein) von den Führern des „rechten" Baath-Flügels zum Rücktritt gezwungen wurde, trat auch A. zurück, um zwei Monate später im Zuge der blutigen Rückeroberung der Regierungsgewalt durch die „Linken", die „Neo-Baath"-Partei unter Salah Jedid, am 23. Februar 1966 Staatspräsident zu werden.
Kaum im Amt, propagierte A. den baldigen Krieg gegen Israel, richtete heftige Angriffe gegen die Westmächte sowie einige der arabischen Nachbarstaaten Syriens und erklärte, man könne Palästina nur in einem „Volksbefreiungskrieg" nach dem Muster des Algerienkrieges befreien. Auch unterstützte er die Annäherungspolitik des wiedereingesetzten Ministerpräsidenten Zayyen (Zouein) an die UdSSR und tauschte mit dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion → *PODGORNY* in herzlichem Ton gehaltene Botschaften des Inhalts, Syrien wisse die freundschaftliche Haltung der Sowjetunion zum „fortwährenden Kampf der arabischen Nation gegen Imperialismus und Kolonialismus" zu schätzen.
Am 22. Mai 1966 forderte A. bei einem Truppenbesuch an der

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

israelisch-syrischen Grenze den „totalen Krieg" gegen den Zionismus, die arabische Reaktion und den Imperialismus. Er beschuldigte Saudiarabien und Jordanien, sie unterstützten eine „reaktionäre Verschwörung" gegen das Regime der sozialistischen Baath-Partei und förderten die von dort beabsichtigte Teilung Syriens. Am 24. September 1966 wurde A. mit Jedid und Zayyen in das Direktorium der Baath-Partei Syriens gewählt und übernahm das Amt des Generalsekretärs.
Nach syrisch-israelischen Grenzkämpfen beim See Genezareth am 7. April 1967 erklärte A.: „Wir werden uns nicht beschweren sondern die Aggression beantworten, indem wir ihre Ausgangspunkte zerstören." Am 11.September 1967 wurde er von der internationalen Leitung der Baath-Partei (also überregional) erneut zum Generalsekretär gewählt. Eine Woche darauf schlug er den Zusammenschluß Syriens, Ägyptens, des Irak und Algeriens zu einem gemeinsamen Staat vor und forderte sofortige Schritte zur Zusammenlegung der Armeen und der Volkswirtschaften der vier sozialistischen Länder zum Zwecke eines „entscheidenden Vergeltungsschlages gegen die israelische Besetzung arabischer Gebiete", ein viertel Jahr nach dem arabisch-israelischen Junikrieg.
Am 26. Oktober 1968 kam es erneut zu inneren Machtkämpfen in der syrischen Baath-Partei. Jedid und Zayyen (Zouein) wurden abgelöst. A. übernahm am 29. Oktober auch das Amt des Ministerpräsidenten, bildete eine neue Regierung und ließ den protestierenden UdSSR-Botschafter kurzerhand nach Moskau transportieren. Doch wurden schon einen Monat später neue Wirtschaftsabkommen zwischen Syrien und der UdSSR geschlossen. Die Ausführung der ersten Etappe des Euphrat-Staudammes wurde am 30. November 1968 sowjetischen Technikern übertragen, am 3. Dezember der Ausbau des nordsyrischen Eisenbahnnetzes durch die UdSSR vereinbart.

Anmerkungen ....

....

....

....

Clement Richard (seit 1955 Earl) A., seit 1935 Führer der britischen Labour-Party, 1945—1951 britischer Ministerpräsident, mußte während der Potsdamer Konferenz das Kriegserbe → Churchills antreten und die durch diesen unvermeidlich gewordene Liquidation des britischen Weltreichs einleiten. Gleichzeitig begann er — im Rahmen des Labour-Programms — die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien durchzufechten.

1883 in Putney bei London als Rechtsanwaltssohn geboren, besuchte A. das Haileybury-College, studierte in Oxford moderne Geschichte und Rechtswissenschaften, praktizierte als Anwalt bis 1909 und wandte sich dann der sozialen Hilfstätigkeit zu.

1911 wurde A. Dozent am Ruskin-College, 1913 Tutor und Dozent für Sozialwissenschaften an der Londoner „School of Economics". Während des Ersten Weltkriegs diente er bei der Armee und setzte 1919 seine Vorlesungstätigkeit fort. Gleichzeitig wurde er zum ersten Labour-Bürgermeister des Arbeitervororts Stepney gewählt. Von 1920—27 war er Ratsherr (Alderman).

1922 wurde A. als Labour-Abgeordneter ins Unterhaus gewählt und Privatsekretär des Oppositionsführers Ramsey MacDonald. 1924 war er Unterstaatssekretär im Kriegsministerium des ersten Labour-Kabinetts, 1927 Mitglied der Statutory Commission in Indien, wo er die indische Unabhängigkeitsbewegung an Ort und Stelle kennenlernte.

Seit 1931 Generalpostmeister und Fraktionsführer seiner Partei im Unterhaus, übernahm A. 1935 die Parteiführung, gleichzeitig die Führung der Opposition im Parlament. Während des 2. Weltkriegs trat er im Mai 1940 als stellvertretender Ministerpräsident und Lordsiegelbewahrer in das Kriegskabinett → *Churchills* ein und erlebte an verantwortlicher Stelle die Entwicklung mit, die Männer wie → *Liddell Hart* vorausgesagt hatten.

Als das britische Volk nach dem Kriege seinen Kriegspremier spontan abwählte, mußte A. die bittere Nachfolge antreten. Schon auf der Potsdamer Konferenz, auf der er in den letzten Julitagen 1945 Churchill ablöste, bekam er einen Vorgeschmack davon, was das bedeutete. Es gab keine Möglichkeit mehr, sich den von → *Roose-*

velt unterstützten Forderungen → *Stalins* zu widersetzen. Seine Erfahrungen als Delegationsführer bei der UN-Generalversammlung 1946 in London und bei der Pariser Friedenskonferenz des gleichen Jahres rundeten das Bild ab.
Auch die Auflösung des durch Churchills Kriegs- und Bündnispolitik unhaltbar gewordenen Empire mußte A. vollziehen. Sie begann 1947 mit der Gewährung der Unabhängigkeit an das dafür noch keineswegs ausreichend gefestigte → *Indien* (Teil I), dem A. jedoch die Möglichkeit schaffen konnte, Mitglied des → *Commonwealth* (Teil I) zu bleiben.
Einen gewissen Ausgleich fand A. in der Genugtuung, ein entscheidendes Anliegen seiner Partei, nämlich die Verstaatlichung („Sozialisierung") der wichtigsten Industrien gegen den Widerstand der Konservativen durchzusetzen, ebenso die des gesamten Gesundheitswesens im „National Healthy Service", die er durch Aneurin Bevan verwirklichen ließ.
1951 wurde A. wieder Oppositionsführer im Parlament, 1955 in den Adelsstand erhoben und Mitglied des Oberhauses bis zu seinem Tode am 8. Oktober 1967. Im Jahre 1959 hatte ihn die Britisch-Sowjetrussische Gesellschaft noch zu ihrem Präsidenten gewählt.

Literatur:

Clement Attlee, The Will and the Way to Socialism, 1937
Clement Attlee, As it Happened (Autobiography), 1954
Clement Attlee, Empire into Commonwealth, 1961

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Rudolf A. hat als Herausgeber und zeitweise Chefredakteur des westdeutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" von 1947 bis zur Gegenwart, zunächst in britischem Auftrage, die → ÖFFENTLICHE MEINUNG (Teil I) in der Bundesrepublik maßgeblich beeinflußt und – etwa auf der Linie der britischen Fabian-Society und Labour Party – zum Programm der → REEDUCATION (Teil I, vgl. dort!) beigetragen.

Am 3. November 1923 als Kaufmannssohn in Hannover geboren, wurde A. von der Schulbank weg Soldat, wurde 1945 als Leutnant entlassen und erschien dem bei der britischen Pressekontrollbehörde (in der br. Besatzungszone) beschäftigten, aus Prag stammenden Charles Bohrer sowie dem britischen Presseoffizier John Chaloner als ein zur Erfüllung ihres Auftrages geeigneter junger Mann.
Geeignet im Sinne der alliierten Militärbehörden, insbesondere der mit der Umerziehung befaßten Instanzen, bedeutete, daß der Betreffende von der Kollektivschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg sowie den in seinem Verlauf vorgekommenen Grausamkeiten überzeugt sein und eine demokratische Gesinnung unter Beweis stellen mußte, nicht zuletzt durch Opposition gegen jede Art von Autorität (ausgenommen die der Militärregierung), vgl. Teil I, → *LIZENZTRÄGER.*
A. wurde also zunächst – 22 Jahre alt – bei dem von der britischen Militärbehörde herausgegebenen „Hannoverschen Nachrichtenblatt" beschäftigt. Nachdem sich bei Bohrer und Chaloner der Eindruck verstärkt hatte, in ihm den richtigen Mann gefunden zu haben, bildeten sie mit ihm und dem britischen Presse-Sergeanten Ormond den Redaktionsstab des Nachrichtenmagazins „Diese Woche", dessen erste Folge am 16. November 1946 in einer Auflage von 15 000 Stück in Hannover erschien.
Die Idee, in der äußeren Aufmachung wie auch im Stil der Berichterstattung das amerikanische Nachrichtenmagazin Time zu kopieren, stammte von Charles Bohrer, der vermutlich auch an der Koordination des amerikanischen und des britischen Umerziehungsprogramms mitgewirkt hatte. A.s große Stunde kam, als Major Chaloner bei seiner vorgesetzten britischen Militärbehörde in Ungnade fiel. Er hatte sich erlaubt, an der Beschlagnahme deutscher Patente durch die Siegermächte Kritik zu üben.

13. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Januar 1970

Die Gefahr solcher Eigenmächtigkeiten bestand bei deutschen Lizenznehmern nicht. Es wurde Anweisung gegeben, die Zeitschrift einem Deutschen zu übergeben. A. erhielt gemeinsam mit Gerhard Barsch (als Verleger) und Roman Stempke die britische Presselizenz Nr. 123, gab dem Magazin einen neuen Namen und brachte am 4. Januar 1947 den ersten „Spiegel" heraus, zunächst noch in Hannover, im Högerbau des Anzeigerhochhauses an der Goseriede.
Als 1949 der Lizenzzwang aufgehoben wurde (Gesetz Nr. 5 über die Presse, den Rundfunk ...) war der wirtschaftliche Vorsprung A.s vor etwa nun zu gründenden Konkurrenzunternehmen nicht mehr einzuholen. Er ist dann auch bis zur Stunde in Westdeutschland ohne Konkurrenz geblieben. An Stelle von Verlagsleiter Barsch trat damals John Jahr.
Im Oktober 1952 verlegte A. Redaktion und Verlag nach Hamburg. Ziel seiner regelmäßigen Angriffe unter den Pseudonymen Moritz Pfeil und Jens Daniel waren → *ADENAUER* und → *STRAUSS*. Beide schlugen mit den ihnen zu Gebote stehenden Regierungsmitteln zurück. Mitte der sechziger Jahre mußte A. einige Zeit in Untersuchungshaft verbringen, da die Ermittlungs- und Informationsfreudigkeit seiner Redaktion die Grenzen des Geheimnisverrates berührt hatte. Er wurde aber durch seinen Bruder, den Anwalt Dr. Josef A. erfolgreich vertreten. Mitte der fünfziger Jahre gehörte A. dem Außenpolitischen Ausschuß der FDP an.
A.s Einfluß beruht zum großen Teil auf dem in zwanzig Jahren aufgebauten Spiegel-Archiv, das einen hohen Vollständigkeitsgrad an Informationen aller Art, auch personeller Art, erreicht. Besonders Letzteres bedeutet Macht. Über die von ihm zu vertretende redaktionelle Linie seines Magazins urteilte die Neue Zürcher Zeitung: „Mit so blasierter Überheblichkeit, so angeekelt von einer Welt, in der außer dem „Spiegel" selber nur Dilettanten und Korrumpierte am Werk sind ... so wertfrei kann nur schreiben, wer sich am blanken Nichts orientiert und nichts weiter als Abbruch im Sinn hat ..."

Anmerkungen ....

....

....

AYUB KHAN

Feldmarschall Mohammed A. K., seit 1958 Staatspräsident von Pakistan, Nachfolger Mirzas, stammt aus der britisch geschulten Armeeführung und war 1954/55 Verteidigungsminister. Seit 1963 Führer der Moslemliga, kämpfte er gegen Indien im Kaschmirkonflikt, mußte aber in der Konferenz von Taschkent (Januar 1966) nachgeben.

1907 als Soldatensohn geboren, erhielt er mit 21 Jahren das Offizierspatent und diente im 14. Punjab-Regiment. 1947 wurde A. K. zum Brigadegeneral und ein Jahr darauf in Ost-Pakistan (Bengalen) zum Generalmajor und Kommandierenden General befördert. 1951 rückte er zum Oberbefehlshaber der Pakistanischen Armee unter Generalgouverneur Ghulam auf, der ihn 1954 zum Verteidigungsminister ernannte.
Als Iskander Mirza, der 1955 Ghulam ablöste und 1956 mit Ausrufung der Islamischen Republik Pakistan das Amt des Präsidenten übernahm, 1958 das parlamentarische System auflöste, erzwang A. K. Mirzas Rücktritt, bemächtigte sich als oberster Administrator (nach Kriegsrecht) der Staatsführung, wurde noch im gleichen Jahr zum Präsidenten gewählt und 1960 und 1964 wiedergewählt. Das Verteidigungsministerium leitete er weiterhin selbst.
Außenpolitisch löste sich A. K. de facto aus dem → *Bagdadpakt* (Teil I), dem Pakistan am 23. September 1955 beigetreten war, und knüpfte durch seine Staatsbesuche in Peking und Moskau im Frühjahr 1964 Beziehungen zum Ostblock an, nachdem er bereits im Jahre zuvor ein Grenzabkommen mit China geschlossen hatte.
1965 verschärften sich die Auseinandersetzungen mit Indien um Kaschmir bis zum Kriegszustand mit Panzerschlachten auf pakistanischem Gebiet. Die USA stellten ihre Militärhilfe an Pakistan ein, die UdSSR bot ihre Vermittlung an, die in der Konferenz von Taschkent zu einem Friedensschluß auf der Basis der alten Grenzlinien führte.
1966 besuchte A. K. Paris (de Gaulle) und London. Er betrachtet den Frieden von Taschkent nicht als eine endgültige Lösung der Kaschmirfrage.

Literatur:
siehe Pakistan (Teil I)

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Joaquin B., von 1960 bis 1962 und erneut seit dem 1. Juni 1966 Staatspräsident der → DOMINIKANISCHEN REPUBLIK (Teil I), Berufsdiplomat, war sieben Jahre lang Regierungsmitglied und schließlich Vicepräsident unter Hector Trujillo, bevor er dessen Nachfolger wurde. Nach seiner Wiederwahl 1966 ernannte er 26 Hausfrauen zu Provinzgouverneuren.

1907 in Santiago de los Caballeros geboren, studierte B. in Paris Rechtswissenschaften und verdiente sich sein Studium als Schriftsteller. 1932 trat er in den diplomatischen Dienst seines Landes, war zunächst drei Jahre in Madrid tätig und wurde als 29jähriger Legationssekretär.

1940 ging B. als Gesandter nach Kolumbien, 1947 wahlweise als Vertreter bei der → *UNO* (Teil I) nach New York. Nach seiner Rückkehr erhielt er Lehrstuhl und Ordinariat an der Universität von Santo Domingo und arbeitete gleichzeitig als Sekretär für den Diktator Rafael Trujillo. Zwei Jahre nachdem dieser die Präsidentschaft formal seinem Bruder Hector überlassen hatte, wurde B. 1954 zum Außenminister berufen.

1955 wurde er Erziehungsminister, 1957, nach der Wiederwahl Hector Trujillos Vicepräsident und 1960 Hectors Nachfolger als Präsident, alles mit Willen und auf Veranlassung des im Hintergrund nach wie vor allmächtigen Rafael Trujillo. Erst sieben Monate nach dessen Ermordung am 30. Mai 1961, im Januar 1962 wurde B. von der Revolutionsregierung zum Rücktritt gezwungen und ging nach New York ins Exil.

Sein Nachfolger, Juan Bosch, konnte sich nicht ein Jahr im Amt halten und wurde 1963 von einer Armeejunta gestürzt, schürte aber jahrelange Unruhen, bis 1965 nach einem regelrechten Bürgerkrieg auch die Junta abtreten mußte und die USA intervenierten. Sie befürchteten in der Anhängerschaft Boschs kommunistische Elemente und daher ein „zweites Kuba". B. kehrte daraufhin nach Santo Domingo zurück.

Mit Hilfe von → OAS (Teil I) und UNO kam es nach langen Verhandlungen mit den streitenden Parteien zu einer Interimsregierung unter Garcia-Godoy, die neue Präsidenten- und Parlamentswahlen vorbereitete. Sie führten am 1. Juni 1966 zu einem unerwarteten aber

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

überzeugenden Sieg B.s über Bosch. Am 1. Juli 1966 leistete B. den Amtseid, kündigte ein Sparprogramm an, um möglichst bald der nordamerikanischen Finanzhilfe entraten zu können, lud aber gleichzeitig Frankreich und Spanien, auch Deutschland und Japan zu wirtschaftlicher Hilfeleistung ein.
Am Tage der Vereidigung B.s begann auch der Abzug der OAS-Interventionstruppen. Als Ausdruck seines Dankes an die Wählerinnen, die B. mit großer Mehrheit ihre Stimmen gegeben hatten, bezeichnete B. seine Entscheidung vom 6. Juli 1966, das Gouverneursamt in sämtlichen 26 Provinzen der Dominikanischen Republik in die Hände von Frauen, zumeist Hausfrauen ohne jede politische oder Verwaltungspraxis, zu legen. Die jüngste unter ihnen war laut UPI-Meldung vom 8. Juli 1966 24 Jahre alt.

Literatur:

vgl. → *DOMINIKANISCHE REPUBLIK* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Dr. Hastings Kamuzu B., seit dem 1. Februar 1963 Ministerpräsident und seit dem 6. Juni 1966 zugleich Staatsoberhaupt der Republik Malawi, wirkte zuvor auch in anderen afrikanischen Ländern und war zeitweilig Sprecher und Präsident des afrikanischen Nationalkongresses. Unter den Regierungschefs der seit 1960 unabhängig gewordenen Staaten zählt B. zu den politisch Befähigtsten.

B. gehört dem Stamme der Chewa an. 1905 in Njassaland geboren und in einer Missionsschule der Schottischen Kirche erzogen, kam er als Goldminenarbeiter nach Südafrika, wurde gefördert und gelangte in die Vereinigten Staaten, wo er Geschichte, Politische Wissenschaften und anschließend Medizin studieren konnte und zum Dr. phil. sowie zum Dr. med. promovierte.
An der Universität Edinburgh in Schottland setzte B. seine Studien fort und war dann von 1945 bis 1953 in Willesden bei London als praktischer Arzt tätig. 1954 ging er nach Ghana und ließ sich in Kumasi als Armenarzt nieder.
1958 kehrte B. in seine Heimat Njassaland zurück. Erklärter Gegner der 1953 gegründeten Föderation von Nordrhodesien, Südrhodesien und Njassaland, übernahm er die Führung der Malawi-Kongreßpartei. Im März 1959 ließ ihn die britische Verwaltung verhaften und hielt ihn bis zum April 1960 gefangen, solange die Unruhen, die seine Verhaftung ausgelöst hatte, andauerten.
Nach seiner Freilassung und Aufhebung des Ausnahmezustandes konnte B.s Kongreßpartei 1961 im Rahmen der nunmehr dem Lande gewährten Verfassung einen Wahlsieg erringen und die Regierung bilden, in der B. selbst zunächst die Ministerien für Bodenschätze, Landesaufnahme und für die Südregion, 1963, nach der offiziellen Auflösung der Förderation mit Rhodesien auch das Gesundheitsministerium sowie das Amt des Regierungschefs übernahm.
Als Njassaland im Juli 1964 die Unabhängigkeit erhielt, wurde B. de facto Staatsoberhaupt. Es gelang ihm, sich gegenüber jungen Heißspornen, denen die Unabhängigkeit zu Kopfe gestiegen war, zu behaupten. Anfang Juni 1966 ließ er dann die Republik Malawi proklamieren und wurde ihr Präsident.

Literatur:

vgl. → *Malawi* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Harry Elmer B., amerikanischer Historiker und Soziologe, Nestor der → REVISIONIStischen (Teil I) Schule innerhalb der Geschichtswissenschaft in den USA, trug durch seine Forschungen entscheidend dazu bei, die angebliche Schuld Deutschlands am 1. Weltkrieg zu widerlegen, und machte sich — fünfundzwanzig Jahre später — zum Wortführer derjenigen amerikanischen Forscher, die Deutschland auch von der Allein- oder Hauptschuld am 2. Weltkrieg freisprachen.

1889 in Auburn im Staate New York geboren, studierte B. an der Universität Syracuse Historische Soziologie, bestand 1913 das Bachelor of Arts-Examen summa cum laude, erwarb 1914 auch den Master of Arts. 1915 setzte er ein graduiertes Studium an der Columbia-Universität fort und promovierte 1918, nach einigen Jahren der Forschungstätigkeit in Harvard, zum Dr. phil.
Bereits seit 1916 selber lehrtätig, wurde B. unmittelbar im Anschluß an seine Promotion 1918 Professor der Geschichte an der Clark-Universität, 1919 an der Neuen Schule für Sozialforschung. Es folgten weitere Berufungen und Jahrzehnte der Vorlesungstätigkeit als Professor der Geistesgeschichte, der Historischen Soziologie sowie der Wirtschaftssoziologie an zahlreichen amerikanischen Hochschulen.
Gleichzeitig widmete B. seine Forschungstätigkeit Fragen des Strafvollzugs in New Jersey und war während beider Weltkriege auch administrativ mit der Praxis des Strafvollzugs befaßt. Insbesondere aber beschäftigte er sich seit Anfang der zwanziger Jahre mit der Erforschung der Ursachen des 1. Weltkriegs im Rahmen der Geschichte der amerikanischen Diplomatie.
Um sich für diesen letztgenannten Forschungsgegenstand das notwendige Primärquellenmaterial zu verschaffen, unternahm B. ausgedehnte Reisen, bei denen es ihm gelang, einen Teil der maßgeblichen Politiker des Jahres 1914 noch persönlich zu befragen. Nach dem Erscheinen seines Hauptwerkes, The Genesis of the World War, auch in deutscher Übersetzung (1926) wurde B. auf einer erneuten Europareise von der deutschen Regierung offiziell gefeiert.
B. hatte zur wissenschaftlichen Widerlegung des Artikels 231 des → *VERSAILLER VERTRAG*es (Teil I) mit den Ergebnissen seiner Forschungen entscheidend beigetragen und dafür war man ihm in

der Weimarer Republik — im Unterschied zu der Haltung der Bundesrepublik ein viertel Jahrhundert später — aufrichtig dankbar.
Nach dem 2. Weltkrieg glaubte B. zunächst nicht, daß an der Allein- oder doch Hauptschuld Deutschlands an diesem zweiten Kriege ein Zweifel möglich sei, sah sich dann aber durch Forschungsergebnisse anderer amerikanischer Historiker der revisionistischen Schule über die Ursachen des 2. Weltkrieges veranlaßt, sein Urteil zu revidieren, und machte sich schließlich zu deren Wortführer.
Insbesondere verletzte es seinen Gerechtigkeitssinn, daß diese Forscher Schwierigkeiten hatten, für ihre Arbeiten in den USA einen Verleger zu finden und ihre Ergebnisse zu publizieren. B. nahm in seiner Broschüre The Struggle against the Historical Blackout den Kampf gegen diese Versuche der Geschichtsverdunklung auf. In einem 1953 von ihm herausgegebenen und ausführlich eingeleiteten Sammelband Perpetual War for Perpetual Peace (deutsch: Entlarvte Heuchelei, Wiesbaden 1961) erschienen u. a. Arbeiten von Chamberlin, Sanborn und → *TANSILL*, die den Beweis für die Kriegsabsichten → *ROOSEVELTs* und → *CHURCHILLs* führten.
Insbesondere förderte B. Anfang der sechziger Jahre die Forschungen des jungen amerikanischen Historikers David L. Hoggan sowie des schottischen Geistlichen und Historikers Nicoll, die beide in der britischen Politik den Hauptanlaß zum 2. Weltkrieg erkannten (Polengarantie) und deren Ergebnisse mit B.s Hilfe in Deutschland veröffentlicht werden konnten.
Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland sich heftig gegen eine wissenschaftliche Entlastung Deutschlands von der Anklage der Allein- oder Hauptschuld am 2. Weltkriege wehrte, veranlaßte B. zu einem Vergleich mit dem Verhalten der Weimarer Republik in gleicher Situation und zu einer gründlichen Analyse der bundesdeutschen Mentalität (in: Die Deutsche Kriegsschuldfrage, Tübingen 1964).
Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß es sich vorwiegend um Furchtreaktionen handle, daß man in westdeutschen Regierungs- und Historikerkreisen ernstlich befürchtete, die Siegermächte würden einen Angriff auf die These der deutschen Allein- oder Hauptschuld mit einschneidenden Repressalien wirtschaftlicher oder militärischer Art beantworten. Vergleichbaren Befürchtungen war B. seinerzeit bei seinen Besuchen in der Weimarer Republik nicht begegnet.
B. verstarb am 25. August 1968 in Malibu/Calif.

General René B. O., seit dem 3. Juli 1966 Präsident Boliviens, übernahm 1964 die Führung der Militärjunta, die Präsident Paz Estenssoro stürzte. Seine Regierung bekämpft folgerichtig und mit der gebotenen Härte die subversive Tätigkeit der kommunistischen → OLAS-Partisanen (Teil I) und erhob als erste Anklage vor der → OAS (Teil I) gegen → Kuba (Teil I) als den Anstifter.

B. wurde als Bauernsohn 1920 im Dorfe Tarata bei Cochabamba geboren, wurde Berufssoldat und meldete sich zur bolivianischen Luftwaffe. Seine Flieger und Fallschirmspringerausbildung erhielt er in den USA, in Randolpf-Field, Texas.

1942 Leutnant, stieg B. binnen 17 Jahren die militärische Stufenleiter zum General empor, wurde Oberbefehlshaber der Luftwaffe und 1963 Vicepräsident Boliviens unter dem Präsidenten Paz Estenssoro. Politisch stand er auf dem rechten Flügel der Partei Estenssoros, des Movimiento Nacionale Revolucionario (MNR).

Zunehmende Differenzen zwischen Präsidenten und Vicepräsidenten führten nach der Wiederwahl Paz Estenssoros am 31. 4. 1964 zum Staatsstreich Anfang November gleichen Jahres durch B. gemeinsam mit dem damaligen Oberbefehlshaber der bolivianischen Streitkräfte General Alfredo Ovando Candia. Beide Männer präsidierten in der Militärjunta, die am 6. November die Regierung Boliviens übernahm.

Der temperamentvolle B. übernahm es, auch unpopuläre Regierungsmaßnahmen beredsam zu erklären und zu verteidigen, Ovando Candia führte sie verwaltungsmäßig durch. Beide ergänzten sich und hatten Erfolg. Erhebliche Schwierigkeiten bereiteten ihnen allerdings die aufständischen und lange Zeit nicht wirksam zu entwaffnenden Zinnminenarbeiter, die sich — gewerkschaftlich organisiert — der notwendigen Reorganisation und Rationalisierung des für Bolivien lebenswichtigen Zinnbergbaus hartnäckig widersetzten. Doch gelang es B. und Ovando schließlich, den Widerstand mit verhältnismäßig wenig Blutvergießen niederzuschlagen.

Im Januar 1966 trat B. aus dem Co-Präsidium zurück, um verfassungsmäßig bei den für Anfang Juli vorgesehenen Wahlen zur Präsidentschaft kandidieren zu können. Kurz vor der Wahl gelang es ihm, eine drohende Aufsplitterung der hinter ihm stehenden „Frente de

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

la Revolucion Boliviana" (FRB), eines Wahlbündnisses aus Christlicher Bauernpartei, der linken PIR, einer Splittergruppe der MNR, der „authentischen" Revolutionspartei (PRA) und den Sozialdemokraten, zu verhindern.

Die Wahl fand am 3. Juli 1966 statt. Der Großteil der MNR und die Partei des Gewerkschaftsführers Lechin nahmen nicht daran teil. B. trug einen eindeutigen Sieg davon und trat am 6. August offiziell das Amt des Präsidenten an. Der Führer der mit ihm verbündeten Sozialdemokraten Siles Salinas wurde Vicepräsident.

Im Zusammenhang mit der am 4. Februar 1967 angenommenen neuen Verfassung kam es zu einer kurzen Regierungskrise, doch konnte B. die Kabinettsmitglieder dazu bestimmen, zu bleiben.

Ende März 1967 ließ B. mit Argentinien und Brasilien über eine Koordinierung des Abwehrkampfes gegen die kommunistischen Partisanen (vgl. → *OLAS*, Teil I) verhandeln, nachdem sich herausgestellt hatte, daß → *Guevara* aus Kuba Führer der in Bolivien operierenden zum Teil ausländischen Guerillakämpfer war. Gleichzeitig ließ B. die Landbevölkerung in den partisanengefährdeten Gebieten bewaffnen und vor der → *OAS* (OAS I, Teil I) die kubanische Regierung anhand umfangreichen Beweismaterials für die → *Subversion* (Teil I) in Bolivien verantwortlich erklären.

Der Tod Guevaras in oder nach einem Gefecht bei Higueras (Vallegrande) am 8. Oktober 1967 gab B. den entscheidenden Beweis für seine gegen Kuba erhobene Anklage in die Hand und stärkte seine Position im Rahmen einer gemeinsamen südamerikanischen Abwehrfront gegen die OLAS-Tätigkeit.

Literatur:

„Die innenpolitische Situation (in Bolivien) nach dem Wahlsieg von Barrientos" in NZZ, 9. August 1966

Anmerkungen ....

....

....

Bernard Mannes B., von 1916 bis in die fünfziger Jahre hinein Berater der US-amerikanischen Präsidenten in finanz- und wirtschaftspolitischen sowie Welthandelsfragen, nahm auch Einfluß auf die Präsidentschaftskandidatur vor den jeweiligen Wahlen und — zusammen mit → Felix Frankfurter und Herbert H. Lehman — auf die amerikanische Politik vom Ersten bis nach dem Zweiten Weltkrieg. → Churchill pflegte ihn bei seinen Amerika-Besuchen zu konsultieren. (Vgl. auch → Baruch-Plan, Teil I.)

B. wurde 1870 als Sohn des Militärarztes Simon B. und Frau Belle, geb. Wolf, in Camden/Südcarolina geboren. Sein Vater stammte aus Schwersenz bei Posen und führte seine Vorfahren auf eine Rabbinerfamilie portugiesisch-spanischer, also sephardischer Herkunft zurück. Der gleichen Herkunft waren auch die Vorfahren von B.'s Mutter.

1880 siedelte die Familie — B. hatte drei Brüder — nach New York über. B. studierte am City of New York-College Nationalökonomie, Philosophie und alte Sprachen und erwarb mit 19 Jahren den Bachelor of Arts. Anschließend ging er bei einem Börsenmakler der Wallstreet in die Lehre, begann sofort, sich im Umrechnen der verschiedenen Währungen zu üben, lernte Arbitrage, Devisenhandel, Sanierungen und Spekulation aus erster Hand und entwickelte in diesem Geschäftszweig seine natürliche Begabung.

Nach einem kurzen Intermezzo in den Gold- und Silberminen von Colorado kehrte er als Buchhalter an die Wallstreet zurück und verstand es, sich die für erfolgreiche Spekulationen notwendigen Informationen zuverlässig und reichlich zu verschaffen, wurde Wertpapierverkäufer und Kundenaquisiteur, lernte Hausse und Baisse richtig zu nutzen und spezialisierte sich auf die Sanierung von Eisenbahngesellschaften.

Doch den entscheidenden Durchbruch erzielte er als Teilhaber seiner Firma mit Zucker- und Tabak-Spekulationen 1897/98. Sie verschafften ihm einen Sitz an der Börse und ermöglichten ihm die Heirat mit einer Christin. Das war der Beginn seines Aufstiegs als ein nüchterner Realist, der bei seinen Transaktionen die Zusammenhänge nicht aus den Augen verlor. Von 1897—1902 schaffte er sich ein Vermögen von über 3 Millionen Dollar. 1903 machte er sich gänzlich selbständig,

investierte sein Geld in der Rohstoffgewinnung und förderte neue Gewinnungsmethoden für Kautschuk, Kupfer und Schwefel.
1916 berief Präsident Wilson B. in das Beraterkomitee des Nationalen Verteidigungsrates, in den folgenden Kriegsjahren auch in das Kriegsindustrieamt und übertrug ihm am 5. März 1918 die Leitung dieses Amtes. Sein Aufgabenkreis im Kriege entsprach damit etwa dem Walter Rathenaus in Deutschland, den B. zweifellos gekannt hat, aber in seinen Memoiren nicht erwähnt.
Darüber hinaus oblag B. die Verteilung der zur Verfügung stehenden Rohstoffe unter den Alliierten. Dabei lernte er → *Churchill* kennen und freundete sich mit ihm an. Nach dem Kriege begleitete er Wilson als dessen Wirtschaftsberater nach → *Versailles* (Teil I). Seitdem wuchs sein Einfluß ständig, auch innerhalb der Demokratischen Partei. Seine „beratende" Funktion gegenüber den folgenden Präsidenten, vor allem F. D. Roosevelt, Truman und Eisenhower, nahm ein Ausmaß an, das ihn berechtigte, sich — nicht nur im Scherz — als „Superpresident" zu bezeichnen.
Im Zweiten Weltkrieg war B. auch offiziell gleichzeitig persönlicher Berater James Byrnes' (seit 1943) und wieder, wie schon im Ersten, Direktor des Kriegsrüstungsamtes, anschließend, von 1946—1947, US-Vertreter und Vorsitzender der Atomenergiekommission der → *UNO* (Teil I, vgl. auch → *Baruch-Plan*, Teil I).
B. verstarb 1965 im Alter von 95 Jahren.

Literatur:

Bernard M. Baruch, Gute 88 Jahre, München (Kindler) 1958
(Originalausgabe: Baruch — My Own Story, New York [Henry Holt] 1958)
Bernard M. Baruch, Die Jahre des Dienens, München (Kindler) 1962
(Originalausgabe: The Public Years, New York (Holt) 1962

Anmerkungen ....

....

....

Hilmar B., seit dem 1. Februar 1968 Ministerpräsident von → DÄNEMARK (Teil I), gehört der Sozialliberalen Partei (Radikal Venstre) an und war von 1961 bis 1964 Handelsminister. Seine Regierung hat die echte Chance, der bürgerlichen Koalition im dänischen Volke eine breite Vertrauensbasis zu schaffen.

Am 26. Februar 1920 als Sohn eines Kaufmanns auf der Insel Seeland geboren, besuchte B. die Handelsschule, absolvierte eine kaufmännische Lehre und war von 1944 bis 1947 im Materialwarenhandel, von 1947 bis 1961 in einer Einkaufszentrale in Odense tätig.

Mit 28 Jahren wurde B. Präsident der sozialliberalen Parteijugendorganisation, 1954 Vizepräsident der Sozialliberalen Partei (Radikal Venstre) selbst und 1957 ins dänische Folketing gewählt. 1961 nahm Ministerpräsident Kampmann B. als Handelsminister in sein Kabinett auf. Im September 1962 übernahm ihn Ministerpräsident → *KRAG* in gleicher Position in seine Regierung.

1964 schied B. aus der Regierung aus, übernahm die Leitung einer Marktforschungs- und Werbeagentur, wurde Vorstandsmitglied der dänischen Nationalbank und politischer Mitarbeiter von Berlingske Tidende.

Als bei den Wahlen zum Folketing am 23. Januar 1968 die Radikal Venstre ihre Parlamentssitze mehr als verdoppeln konnte, auch die Konservativen 10 % ihrer bisherigen Sitze dazugewannen, die Sozialdemokraten (als die nach wie vor mit Abstand stärkste Partei) über 10 % ihrer Sitze verloren, brachte B. eine Koalitionsregierung von Konservativen, Liberalen und Radikalen zustande, die zusammen über 98 von 175 Sitzen im Folketing verfügten, also über die absolute Mehrheit.

Mit dieser als bürgerlich anzusprechenden Regierung nahm sich B. ein anspruchsvolles Programm vor: eine Sozialreform zugunsten der wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Bevölkerungsgruppen, mithin eine Maßnahme, die den Sozialdemokraten in vierzehnjähriger Regierungszeit nicht hatte gelingen wollen; eine Landesverteidigungsreform zur Rationalisierung der Streitkräfte bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Effizienz; Einführung einer zehnjährigen Schulpflicht und entsprechenden Unterrichtsreform; Brückenbauten über

den Öresund und den Großen Belt; eine → *BODENREFORM* (Teil I) zur Erschließung bisher ungenutzter Gebiete.
Alle diese Projekte sind vor dem wirtschaftlichen Hintergrund des gleichbleibenden Strebens der dänischen Regierung nach Mitgliedschaft in der → *EWG* (Teil I) (unter Voraussetzung des Beitritts Großbritanniens) zu verstehen. Die Zerstrittenheit der dänischen äußersten Linken (Spaltung der Linkssozialisten) läßt der Regierung B. eine gewisse Frist zur Verwirklichung ihres Programms. Zeichnen sich 1970/71 bei zweien oder dreien der geplanten Maßnahmen erste Erfolge ab, so dürfte die dänischen Wählerschaft bei den nächsten Parlamentswahlen die Basis der Regierungskoalition noch verbreitern.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Fernando B., seit dem 9. Juni 1963 Staatspräsident von → PERU (Teil I), von Beruf Architekt, stützt sich auf die von ihm selbst gegründete Partido Acción Popular sowie auf die Christlichen Demokraten und führt eine gemäßigt links gerichtete Innenpolitik, deren Hauptziel die wirtschaftliche Zusammenfassung und Vereinheitlichung der durch die Anden getrennten Landesteile ist.

B. stammt aus einer Diplomatenfamilie. Jahrgang 1912, erhielt er seine Schulbildung bis einschließlich zum Abiturientenexamen in Paris, studierte in den Vereinigten Staaten Architektur, kehrte 1939 nach Peru zurück und schloß sich dort der Nationaldemokratischen Front an.
1945 wurde er Abgeordneter im Parlament, war jedoch von seiner Partei enttäuscht und gründete 1948 eine eigene, die Partido Acción Popular. Doch bemächtigte sich gerade in diesem Jahre Odria der Macht, der dann auch 1950 zum Präsidenten gewählt wurde.
Auch bei den Wahlen von 1956 kam B. noch nicht zum Zuge, sondern unterlag Manuel Prado. Doch arbeitete die Zeit für ihn. Nach einer erneuten Niederlage bei den Wahlen von 1962, die Haya de la Torre, der Führer der Arbeiter- und Indianerpartei APRA gewann, erzwang die Armee eine Wahlwiederholung.
Sie fand am 9. Juni 1963 statt. Diesmal konnte B. mit einem Vorsprung von 5 % der Stimmen Haya de la Torre schlagen. Am 28. Juli 1963 trat er das Amt des Staatspräsidenten offiziell an. Auch die Kommunisten hatten für ihn gestimmt, obgleich er eine „Volksfront"bildung mit ihnen ablehnte.
Es gelang B., bzw. den unter seiner Präsidentschaft wirkenden Regierungen, mit Hilfe der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der → *WELTBANK* und des → *IMF* (Teil I) im Frühjahr 1965 ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm einzuleiten, das unter anderem eine Schwerpunktbildung in ausgewählten zusammengefaßten Indianergemeinden vorsah.
Gleichzeitig ließ er die von → *KUBA* und → *CHINA* (Teil I) aus unterstützte kommunistische Partisanentätigkeit von der Armee unter Einsatz von Fallschirmjägern bekämpfen (vgl. → *GUEVARA* und → *OLAS*, Teil I).
Trotz erheblichen Erfolgen der Opposition (APRA und Odria-An-

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

hänger) bei den Gemeindewahlen Mitte November 1966 ließ sich B. in seinem Programm nicht beirren, sondern wandte sich 1967 mit besonderem Nachdruck der Integrierung der drei sehr unterschiedlich entwickelten Landesteile mit ihren verschiedenartigen Bevölkerungselementen zu: Küstenzone, Hochland und östliche (subtropische) Andenhänge.
Dem Ziel, diese drei bisher getrennt wirtschaftenden Zonen zu einem gemeinsamen, sich ergänzenden Wirtschaftsgebiet zu vereinigen und auch einen Ausgleich im Lebensstandard der Bevölkerungsgruppen herbeizuführen, soll unter anderem die von B. besonders vorangetriebene Carretera Marginal de la Selva, eine Urwaldrandstraße dienen, die die subtropischen Andentäler miteinander verbindet.
Die im November 1967 notwendig gewordene Abwertung der peruanischen Währung um 45 % gegenüber dem US-Dollar führte zu Lohnforderungen der Gewerkschaften, denen die Regierung nur zum geringen Teil nachkommen konnte. Es kam zu schweren Streikunruhen in Lima und Arequipa und die Opposition gegen B. wuchs weiter. Unter anderem wurde ihm zum Vorwurf gemacht, er habe mit seinen Straßenbauprojekten die finanziellen Möglichkeiten des Landes weit überfordert. Eine Aussprache, zu der B. die beiden Oppositionsführer Haya de la Torre und Odria ins Regierungsgebäude lud, verlief ergebnislos.

Literatur:

„Peru auf dem Weg in die Neuzeit" in NZZ, 26. Mai 1967
vgl. auch → *PERU* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Bjarni B., Ende 1961 und erneut seit November 1963 Ministerpräsident von → ISLAND (Teil I), Jurist, gehört seit einem viertel Jahrhundert dem isländischen Parlament, dem Althing, und seit zwanzig Jahren der Regierung an. Er ist zugleich Präsident der konservativen Unabhängigkeitspartei.

Jahrgang 1908, studierte B. in Reykjavik und Berlin Rechtswissenschaften und erhielt 1932 selbst einen Lehrstuhl für Recht an der Universität seiner Vaterstadt.
1940 wurde B. auch Bürgermeister dieser Stadt Reykjavik, 1942 wiedergewählt und gleichzeitig Mitglied des Parlaments. 1946 gehörte er der isländischen Delegation für die Generalversammlung der → *UNO* (Teil I) an.
Ein Jahr darauf trat B. als Außenminister und zugleich Justizminister in die Regierung ein. In seine Amtszeit als Außenminister fiel Islands Beitritt zur → *NATO* (Teil I) 1949 und der Schutzvertrag mit den USA 1951.
1953 übernahm B. neben dem Justiz- auch das Erziehungsministerium, 1956 wurde er für drei Jahre Chefredakteur des Morgunbladid, 1959 Präsident des Althing, erneut Justiz- und zusätzlich Industrieminister.
Diese beiden Ministerien behielt B. bis 1963, ausgenommen das letzte Quartal 1961, in dem er den Ministerpräsidenten Thors vertrat. Am 12. November 1963 wurde er dann nach dem Rücktritt Thors' selbst mit der Regierungsbildung beauftragt.
Nachdem die isländische Industrie sich Mitte Februar 1966 eindeutig gegen einen von der Regierung erwogenen Anschluß Islands an → *EFTA* (Teil I) ausgesprochen hatte, bildete B. einen Wirtschaftsrat, in dem Regierung und wirtschaftliche Interessenverbände mindestens einmal im Vierteljahr vor allem Einkommensprobleme erörtern und Wege finden sollen, die Inflation zu bremsen.
Ende Oktober 1966 reiste B. nach Stockholm und nahm mit der schwedischen Regierung Fühlung über Fragen des Handels und der internationalen Politik auf.

Literatur:

Anton Hantschel, Es wetterleuchtet am Polarkreis. Island zwischen Gestern und Morgen, Würzburg (Marienburg-Verlag) 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. BEN GURION

David B. G., führender Zionist, von 1949—1953 sowie von 1955 bis 1963 Ministerpräsident des Staates → Israel (Teil I), hat entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieser Staatsgründung genommen. Als erklärter jüdischer Nationalist, gleichzeitig Mitbegründer und Führer der jüdischen Mapei-(Arbeiter)- Partei, vollzog B. G. in sich die Synthese von Nationalismus und Sozialismus, die allgemein der geschichtlichen Entwicklung politischer Ideen besonders seit dem Ende des 1. Weltkrieges entsprach.

1886 in Polen als Rechtsanwaltssohn geboren, siedelte B. G. nach dem Besuch der Talmudschule und zusätzlichem Privatunterricht 1906 mit seinen Eltern, überzeugten Anhängern der zionistischen Ideen Theodor Herzls, nach Palästina über, von wo er später zum Studium der Rechte an die Universität Istanbul ging. 1915 von den Türken aus Palästina ausgewiesen, ging er in die Vereinigten Staaten und beteiligte sich an der Aufstellung der Jüdischen Legion, in der er selbst im Ersten Weltkrieg an der Palästinafront unter General Allenby kämpfte.

1920 gehörte B. G. dem Generalrat der Zionistenorganisation an und war Mitbegründer der jüdischen Arbeitergewerkschaft Histadrut in Palästina sowie der Mapei. 1921—1935 war er Generalsekretär der Histadrut, 1935—1948 Vorsitzender der Jewish Agency for Palestina, der offiziellen, im Mandatsvertrag von 1922 anerkannten zionistischen Vertretung für Palästina, die sowohl die britische Mandatsregierung, als auch das jüdische Nationalkomitee im Interesse der jüdischen Bevölkerung beriet.

Als die britische Regierung 1948 das Mandat auslaufen ließ und am 14. Mai ihre Truppen zurückzog, proklamierte B. G. am gleichen Tage den Staat Israel und Chaim Weizmann als Staatspräsidenten. Er selbst übernahm den Vorsitz der Provisorischen Regierung und das Verteidigungsministerium, das sofort in Aktion trat, um die Angriffe Ägyptens und Jordaniens abzuwehren.

Unter Verlust des Gazastreifens an Ägypten und Ostpalästinas mit der Hälfte Jerusalems an Jordanien konnte B. G. den im Teilungsplan der UNO vorgeschlagenen Teil des Landes, 77 % des britischen Mandatsgebietes Palästina, halten. Im März 1949 wurde er Minister-

präsident und blieb es mit zweijähriger Unterbrechung (1953—1955) bis zum Jahre 1963, als er im Zusammenhang mit einer kompromittierenden Affaire des israelischen Geheimdienstes zurücktrat. Ende 1964 legte er auch die Führung der Mapei-Partei nieder, trat aus ihr aus und gründete 1965 eine neue, eigene Partei, die Rafi.

Die Rolle der Zionistischen Organisation bei den Judenverfolgungen während des Zweiten Weltkriegs (vgl. → *Zionismus*, Teil I, Zitat Martin Bubers) ist weitgehend auch die Rolle B. G.'s gewesen. Er stellte die Tatsache dieser Judenverfolgung in den Dienst der Ziele des Zionismus, bis hin zu den Wiedergutmachungsverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland und der bekannten Vereinbarung 1960 in New York mit → *Adenauer* über westdeutsche Waffenlieferungen an Israel.

Seinen Lebensabend verbringt B. G. auf einem Kibbuz, dieser typisch israelischen Mischung aus Wehrbauerndorf und Kolchose, inmitten des Getriebes einer Werk-, Kampf- und Lebensgemeinschaft. Als Adenauer ihn dort 1966 besuchte, war es nicht leicht, einen ruhigen Raum für ein Gespräch unter vier Augen zu finden.

Literatur:

Robert St. John, Ben Gurion, Biographie, München o. J. (Kindler)
Paul Borchsenius, David Ben Gurion (Köpfe des XX. Jahrhunderts, Bd. 3) Berlin o. J. (Colloquium)
Christoph von Imhoff, Israel — die zweite Generation, Stuttgart 1964
Arno Ullmann, Israels Weg zum Staat, München 1964
Martin Buber, Israel und Palästina, Stuttgart 1950
Jochanan Bloch, Judentum in der Krise. Emanzipation, Sozialismus und Zionismus, Göttingen (Vandenhoeck) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

II. BENOIST-MECHIN

Der französische Historiker Baron Jaques B. M., einer der wenigen bedeutenden Historiker, die ihre geschichtlichen Kenntnisse und Erkenntnisse unmittelbar in der Politik anwendeten, stellte sich als überzeugter Vertreter einer → DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG (Teil I) 1940 der Regierung in → VICHY (Teil I) zur Verfügung, wurde deswegen 1945 zum Tode verurteilt, später amnestiert.

Jahrgang 1901, erlebte B. M. seine Schulzeit in Paris, wurde dort im April 1918 durch ein deutsches Fernartilleriegeschoß schwer verletzt, studierte in Paris, in der Schweiz und in England Sprachen sowie Geschichte und wurde 1929 Chefredakteur von „Europe Nouvelle".
Im Kontakt mit Otto Abetz und anderen widmete B. M. seine Arbeit der Überwindung des traditionellen deutsch-französischen Gegensatzes, den er vom gesamteuropäisch-abendländischen Gesichtspunkt aus für einen tragischen Irrtum hielt.
Nach seinem Werk über Zwanzig Jahre Geschichte Deutschlands (1918 bis 1938) veröffentlichte er Anfang 1939 in Paris die „Eclaircissements sur Mein Kampf, la Doctrine d'Adolf Hitler" und wies darin schlüssig nach, daß die deutsche Außenpolitik nach Osten, nicht nach Westen tendiere, mithin für den Westen keine Gefahr darstelle. Darin stimmte ihm auch → *LAVAL* zu.
B. M. widersprach damit insbesondere Henri Kerillis, der nach dem → *MÜNCHNER ABKOMMEN* (Teil I) für eine französische Intervention gegen die deutschen Ostunternehmungen eintrat. Nachdem dann 1939 Lord → *HALIFAX* Georges Bonnet überspielt und Frankreich in den Krieg und die Niederlage von 1940 gezogen hatte, gehörte B. M. zu denjenigen Franzosen, die aus der Situation das Beste für Frankreich zu machen suchten.
In der Erwartung, daß deutscherseits die Beziehungen zu Frankreich im Sinne von Otto Abetz und seinen Freunden gestaltet würden, d. h. im Sinne einer echten Verständigung, stellte sich B. M. neben seiner Lehrtätigkeit an der Hochschule für Politische Wissenschaften der politischen Praxis. Im Winter 1940 führte er in Berlin die Geschäfte der Französischen Delegation für die Kriegsgefangenen, 1941 wurde er Staatssekretär in der Regierung → *VICHY* (Teil I).
Im Juni 1941 beauftragte der Außenminister dieser Regierung,

Admiral Darlan, B. M. mit der Führung der Kommission, die einen endgültigen Frieden mit Deutschland aushandeln sollte. Da die deutsche Reichsregierung an einem solchen Separatfrieden mit Frankreich vor Abschluß des gesamten Krieges nicht interessiert war, konnte B. M.s Kommission nicht tätig werden.
1945 wurde er, wie alle Mitglieder der Regierung Vichy, auf Befehl → *DE GAULLEs* vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Doch wurde das Urteil dann auf lebenslängliche Haft umgewandelt. Nach zehn Jahren, unter der Regierung Faure, murde B.M. amnestiert.
Seitdem widmet sich B. M. ausschließlich historischen Forschungen und Veröffentlichungen. Eine seiner ersten Reisen führte ihn nach Marokko, mit dessen König → *MOHAMMED V.* und Kronprinzen Hassan ihn eine persönliche Freundschaft verband und das 1956 seine endgültige Unabhängigkeit erhalten hatte.
Als Mohammed am 26. Februar 1961 verstorben war, lud König → *HASSAN II.* B. M. ein, ihn auf der traditionellen Krönungsreise durch Marokko zu begleiten. Trotz dieser persönlichen Bindung an das marokkanische Königshaus verschließt sich B. M. aber nicht der republikanischen Entwicklung in einem Teil der arabischen Länder, sondern anerkennt ihre historische Notwendigkeit.
Unter B. M.s zahlreichen Veröffentlichungen sind besonders hervorzuheben:

Literatur:

Jacques Benoist-Méchin, Vingt Ans d'Histoire d'Allemagne, 1918 bis 1938, Paris 1939
Jacques Benoist-Méchin, Soixante Jours Qui Ebranlèrent l'Occident, 10 Mai–10 Juillet 1940, drei Bände, Paris 1956
in deutscher Übersetzung:
Jacques Benoist-Méchin, Ibn Sa'ud und die arabische Welt, Düsseldorf 1964
Jacques Benoist-Méchin, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918 bis 1946. Zehn Bände, Oldenburg 1965/68
Jacques Benoist-Méchin, Kleopatra, Biographie, Stuttgart 1966
Jacques Benoist-Méchin, Alexander der Große, Der Traum, der die Welt veränderte, Stuttgart 1967

B. Adulyadey, seit der Ermordung seines Bruders Ananda Mahidol im Juni 1946 als Rama IX. König von → THAILAND (Teil I), nimmt wenig Einfluß auf die Politik seines Landes, obgleich er nach Begabung, Kenntnissen und Einblick die Regierung durchaus in eigene Hände nehmen könnte. Er hält sich an die Beschränkungen eines konstitutionellen Monarchen.

Als Sohn des thailändischen Prinzen Mahidol Songkla Ende 1927 in Cambridge/USA geboren, wurde B. in Bangkok und Lausanne erzogen und studierte Rechtswissenschaften.
Nachdem sein älterer Bruder, König Ananda Mahidol, am 9. Juni 1946 unter bisher nicht aufgeklärten Umständen ermordet worden war, wählte der Kronrat B. zum Nachfolger und setzte bis zu seiner Volljährigkeit einen Regentschaftsrat ein.
Am 28. April 1950 heiratete B. Prinzessin Sirikit, die Tochter des Prinzen Chandapuri Suranath. Eine Woche darauf, am 5. Mai 1950 bestieg er offiziell als Rama IX. den Thron. Da Thailand seit 1932 konstitutionelle Monarchie ist, überläßt B. die Regierungsgeschäfte dem jeweiligen Kabinett.
Am 16. September 1957 unternahm eine Militärjunta unter Führung Feldmarschall Sarit Thananarats einen Staatsstreich, wiederholte diesen am 28. Oktober 1958, setzte die Verfassung außer Kraft und löste die Parteien auf. Daraufhin erließ B. am 28. Januar 1959 eine provisorische Verfassung, nach der eine verfassunggebende Nationalversammlung mit gesetzgeberischen Befugnissen eine endgültige neue Verfassung ausarbeiten soll.
Die eindeutig antiamerikanische Einstellung seines Nachbarn → *SIHANOUK* von Kambodscha teilt B. augenscheinlich nicht, doch wird sein Land — von den Abflugbasen der US-Bombengeschwader abgesehen — auch nicht in gleichem Maße in den → *VIETNAM*-Krieg (Teil I) einbezogen wie Kambodscha und Laos.
Der seit dem Tode Sarits (8. Dezember 1963) amtierende Ministerpräsident, Feldmarschall Thanom Kittikachorn, ist zudem außenpolitisch versiert, umsichtig, aktiv und enthebt den König der Notwendigkeit, eigene Entscheidungen treffen zu müssen.
So bleiben B.s zweifellos vorhandene politische Fähigkeiten, von den Repräsentationspflichten abgesehen, weitgehend ungenutzt und in Reserve.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Georges B., Historiker, Hochschullehrer und einer der maßgeblichen Führer der französischen Resistance seit 1941, war unter → DE GAULLE 1944 französischer Außenminster, 1946 sowie 1949/50 Ministerpräsident und in der Staatskrise von 1958 Präsident des Zeitweiligen Rates. 1959 wurde er zum erklärten Gegner des de-Gaulle-Regimes und abermals zum Führer des Widerstandes, diesmal gegen de Gaulle.

Am 5. Oktober 1899 in Moulins geboren, wurde B. am Jesuitenkolleg in Turin erzogen, war Jugendführer in der katholischen Jugendbewegung Frankreichs und studierte an der Sorbonne in Paris Geschichte, nachdem er von 1917 bis 1918 noch am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte. Nach Abschluß seines Studiums wurde B. zunächst Geschichtslehrer und unterrichtete in Valenciennes, Rheims und Paris.

Bis 1939 war B. außerdem als Berater und Leitartikler für L'Aube tätig. Dann wurde er eingezogen, geriet 1940 in deutsche Gefangenschaft, wurde noch im gleichen Jahr wieder entlassen und nahm eine Berufung als Professor der Geschichte an die Universität Lyon an, von wo aus er führend in der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung wirkte.

Als → *DE GAULLE* 1944 nach Frankreich zurückkehrte, berief er B. zum Außenminister. Ein Jahr darauf wurde B. Deputierter für das Departement Loire und blieb es, bis er 1962 das Land verlassen mußte. As 1946 die Gegensätze zwischen de Gaulle und der 4. Republik unüberbrückbar wurden, wurde B. Ministerpräsident der provisorischen Regierung, ein Jahr darauf wiederum Außenminister und 1949 gleichzeitig Präsident der MRP (Mouvement Républicain Populaire) und abermals Ministerpräsident, bis 1950.

1951/52 stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Queuille, 1953/54 Außenminister in den Regierungen Mayer und Laniel, übernahm B. im April 1958 das Präsidium des Zeitweiligen Rates, der das Ende der 4. Republik, in der sich nach dem Putsch der Algerienfranzosen keine Regierung mehr bilden ließ, bis zur Rückkehr de Gaulles überbrückte. Nachdem aber de Gaulle die Verfassung der 5. Republik durchgesetzt hatte, die ihm selbst ungewöhnlich weit-

gehende Vollmachten einräumte, verwandelte sich B. seit 1959 zu einem seiner schärfsten Gegner.
Im Juni 1959 verließ B. die MRP, deren Ehrenpräsident er seit 1952 gewesen war, und gründete die Bewegung der Christlichen Demokratie Frankreichs. Im September des gleichen Jahres wurde das Rassemblement pour l'Algerie Française gegründet, dessen Präsidium B. im Oktober 1959 übernahm. 1962 wurde er auch Vorsitzender des Conseil National de la Resistance (CNR) und gehörte dem Exekutivkomitee der Offiziersverschwörung gegen de Gaulle, der → *OAS*[II] (Teil I) an.
Somit zum Führer aller maßgeblichen Widerstandszentren gegen die Regierung de Gaulles geworden, konnte sich B. nicht länger in Frankreich aufhalten und ging außer Landes. Im April 1963 fand er politisches Asyl in Brasilien. 1965 übernahm er eine Professur an der Universität Guanabara.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Charles B., seit Dezember 1967 stellv. Unterstaatssekretär im State Department der Vereinigten Staaten, Experte für Sowjetrußland, war außenpolitischer Berater → TRUMANs in Potsdam 1945 und ist Kronzeuge des Stalin-Truman-Gesprächs über das japanische Friedensangebot (vgl. → POTSDAM PAPERS, Teil I).

1904 in Clayton/New York geboren, studierte B. in Harvard (1927 Bachellor of Arts), begann 1929 die diplomatische Laufbahn als Vicekonsul in Prag, ging 1931 nach Paris und 1934 erstmals nach Moskau, wo er zum 3. Legationsrat avancierte.
Nach einjährigem Dienst im State Department in Washington 1936 kehrte B. 1937 nach Moskau zurück, wurde 2. Legationssekretär und 1938 Konsul. 1940 wurde er nach Tokio versetzt, wo er Ende 1941 den Ausbruch des Pazific-Krieges erlebte (vgl. → *PEARL HARBOR*, Teil I).
1942 war B. wieder im State Department tätig, wurde 1943 Assistent des Chefs der Abteilung für Europafragen, begleitete den Außenminister Hull zur Moskaukonferenz 1943 und nahm auch an der Konferenz von → *TEHERAN* (Teil I) teil.
Im November 1943 ging B. zum dritten Mal nach Moskau, diesmal als 1. Legationssekretär, blieb bis zum Januar 1944 dort, war Zeuge der entscheidenden Wende im deutschen Rußlandfeldzug, aber auch des ständigen Drängens der Russen nach verstärkter Bündnishilfe und Errichtung einer Westfront (Invasion).

1944 Chef der Osteuropaabteilung im State Department, Berater bei der Konferenz von Dumbarton Oaks, die die → *UNO* (Teil I) vorbereitete, sowie Assistent des Außenministers bei den Zusammenkünften im Weißen Haus, begleitete B. 1945 Präsident → *ROOSEVELT* zur → *JALTA-KONFERENZ* (Teil I) und nahm im gleichen Jahr als Berater und Experte an den Konferenzen von San Franzisco, → *POTSDAM* (Teil I) London und Moskau, sowie 1946 an der zweiten Außenministerkonferenz in Paris teil.

In Potsdam wurde er Zeuge der mündlichen Vereinbarung zwischen Stalin und Truman, das japanische Friedensangebot (Mission Konoye) zu ignorieren, machte sich darüber stenographische Notizen und kommentierte diese später für die Historische Abteilung des State Department (vgl. → *POTSDAM PAPERS*, Teil I). Er wurde

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

damit zum Kronzeugen für Trumans Alleinschuld an → *HIROSHIMA* (Teil I).

1947 wurde B. zum „counselor" des State Department ernannt und war Berater der US-Delegation beim Rat der Außenminister in London. 1949 Gesandter bei der US-Botschaft Paris, 1951 wieder im State Department, wurde B. 1953 US-Botschafter in Moskau und blieb es vier Jahre lang. Er dürfte nach diesem Werdegang tatsächlich einer der besten Kenner der UdSSR unter allen Diplomaten der Erde sein.

1957—1959 Botschafter auf den Philippinen, seit 1959 Spezialassistent des Außenministers, wurde B. 1962 als Botschafter nach Paris gesandt, um → *DE GAULLEs* Ostpolitik möglichst mit der Ostpolitik der USA (im Zeichen der „Entspannung") zu koordinieren. Das ist ihm in den fünf Jahren seiner Pariser Botschaftertätigkeit nicht gelungen. Er konnte de Gaulles Mißtrauen gegenüber amerikanischen Hegemonialansprüchen nicht überwinden.

Ende 1967 berief ihn Washington ab und machte ihn im Alter von 63 Jahren zur Nr. 4 im State Department. B. dürfte unter den amerikanischen Diplomaten derjenige mit dem weitesten Überblick und zugleich tiefsten Einblick in die Außenpolitik der USA vor, während und nach dem 2. Weltkrieg sein.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jean Bedel B., seit dem militärischen Staatsstreich vom 1. Januar 1966 Staatsoberhaupt und Regierungschef der Zentralafrikanischen Republik, ist ein Vetter des von ihm gestürzten Präsidenten Dacko und ein Neffe des ersten Regierungschefs nach der Unabhängigkeitserklärung, Boganda.

1921 in der damaligen französischen Kolonie Ubangi-Schari geboren und in einer Missionsschule erzogen, beabsichtigte B. ursprünglich, ein Lehrerseminar zu besuchen, trat aber bei Beginn des 2. Weltkriegs in die französische Kolonialarmee ein, nahm am Kriege teil und brachte es zum Unteroffizier.

Nach der Rückkehr setzte B. seine militärische Laufbahn fort und wurde, nachdem sich die Zentralafrikanische Republik im Dezember 1958 innerhalb der → *COMMUNAUTE FRANÇAISE* (Teil I) autonom erklärt hatte, 1961 von seinem Vetter Dacko mit dem Aufbau einer kleinen zentralafrikanischen Nationalarmee von 2000 Mann betraut.

1963 avancierte B. zum Obersten und zum »Generalstabschef«. Seitdem ließ es ihm keine Ruhe mehr, seinem Vetter unterstellt zu sein. Am 1. Januar 1966 machte er einen Putsch, setzte Dacko ab und erklärte sich selbst zum Staatsoberhaupt und Regierungschef. Die Nationalversammlung löste er auf, setzte die Verfassung außer Kraft und machte sich zum Präsidenten der einzig zugelassenen Einheitspartei Mouvement pour l'Evolution Social de l'Afrique noire (MESAN).

B. brach sogleich die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China ab, die sein Vorgänger aufgenommen hatte. Den Angehörigen der chinesischen Botschaft in Bangui und zahlreichen chinesischen Landwirtschaftsexperten räumte er eine Frist von 24 Stunden ein, das Land zu verlassen. Einem Protest des chinesischen Außenministeriums hielt B. die Aufdeckung eines Lagers zur Ausbildung einer „Zentralafrikanischen Volksarmee" entgegen, die zum Teil von Chinesen geleitet worden sei.

Am 13. Januar 1967 bildete B. sein Kabinett erstmalig um, Anfang 1968 wiederholte er diesen Prozeß gleich dreimal, behielt aber das Verteidigungs- sowie das Informationsministerium stets selbst in der Hand, ebenso das Amt des „Siegelbewahrers".

Von den Gruppenbildungen unter den jungen afrikanischen Staaten, durch die Außen- und Wirtschaftspolitik der Zentralafrikanischen Republik vorgezeichnet sind, entstanden → *OCAM* (Teil I) und Zentralafrikanische Wirtschaftsunion (mit Kongo Brazzaville und Tschad) nach B.s Machtergreifung. Ob und inwieweit er selbst bei diesen Zusammenschlüssen mitwirkte, ist nicht bekannt geworden.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Albert B., seit dem Tode seines Vorgängers Mba am 28. November 1967 Staatspräsident von → GABUN (Teil I), zugleich Regierungschef, Außen-, Verteidigungs-, Informations- und Postminister seines Landes, ist auch Leiter der von Mba gegründeten Einheitspartei, des Demokratischen Blocks von Gabun (BDG).

1935 bei Franceville geboren, aus gutem Hause, schlug B. die Beamtenlaufbahn ein und war zunächst in der Postverwaltung, später im Außenministerium tätig. Bis 1962 arbeitete er sich zum Kabinettsdirektor beim Staatspräsidenten Mba hinauf, der ihn ein Jahr später zum Informationsminister und 1965, nach seinem, Mba's Sturz und seiner Wiedereinsetzung durch französische militärische Intervention, zum Minister für Verteidigung und Koordination machte, ihm schließlich die Funktion eines Ministerpräsidenten einräumte.

Im November 1966 wurde B. offiziell zum Vicepräsidenten ernannt und bei den Märzwahlen 1967 auch durch die Wählerschaft in diesem Amte bestätigt. Als Mba Ende November 1967 in Paris starb, wurde B. sein Nachfolger als Staatsoberhaupt und am 3. Dezember in dieses Amt eingeführt.

Bereits am 2. Januar 1968 traf B. in Paris ein, um Wirtschaftsprobleme und Planungen zu erörtern, die durch den Tod Mbas ins Stocken gekommen waren. Insbesondere handelte es sich um den Abbau der reichen Eisenerzvorkommen bei Mekambo und Belinga im Osten Gabuns und um den Bau einer 560 Kilometer langen Eisenbahnlinie von dort bis an die Küste bei Libreville.

Für derartige Projekte muß aber B. auch die Finanzhilfe der USA in Anspruch nehmen, die bereits mit mehreren Stahlfirmen in Gabun vertreten sind, die er aber bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Mba in unverständlicher Weise provozierte, indem er dem offiziellen Vertreter des US-Präsidenten die Landeerlaubnis verweigern und ihn zur Rückreise zwingen ließ.

Da es fraglich ist, inwieweit Frankreich nach den revolutionären Umtrieben im Frühsommer 1968 noch in der Lage sein wird, B. bei der Ausbeute des reichen Manganvorkommens von Moanda, bei der Rationalisierung des Edelholzeinschlags und bei der Erschließung der Petroleumvorkommen vor der Küste weiterhin behilflich zu sein, wird B. seine Antipathie gegen die USA überwinden müssen.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Sein Land ist so reich an schwer zugänglichen Bodenschätzen und verhältnismäßig so dünn besiedelt, es bietet so verlockende Möglichkeiten der Entwicklung, daß B. nicht umhin kann, jede Hilfe anzunehmen, die sich ihm bietet. Da er offensichtlich, ebenso wie sein Vorgänger Mba, Bindungen an die kommunistischen Mächte vermeiden will, bleibt er um so mehr auf amerikanische Finanzhilfe angewiesen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Giorgio B., Ende 1950 bis 1955 und seit 1962 erneut Ministerpräsident von → MALTA (Teil I), erzwang durch seine Weigerung, unter dem von Großbritannien 1958 wiedereingeführten Kolonialregime eine Regierung zu bilden, die Gewährung der vollen inneren Autonomie 1962 und zwei Jahre später die Unabhängigkeit des Inselstaates.

1911 in La Valetta geboren, erhielt B. seine Schul- und Universitätsbildung ebenfalls in der maltesischen Hauptstadt und wurde im Alter von 28 Jahren in den Council of Government gewählt.
1947, bei Einführung der inneren Selbstverwaltung, des Verhältniswahlrechtes und eines Ministerkabinetts, wurde B., der aus einer Familie maltesischer Politiker stammt, Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung. Er übernahm dort die Führung der Opposition, obgleich er als Minister für Wiederaufbau und Arbeit sowie als Erziehungsminister selbst gleich zweifaches Regierungsmitglied geworden war.
Nach den ersten aufgrund der Verfassung von 1947 durchgeführten Wahlen im Jahre 1950 übernahm B. als Vorsitzender der Nationalistischen Partei das Justizministerium und das Amt des Ministerpräsidenten. 1953 unterbreitete er Großbritannien den Vorschlag, Malta den Dominionstatus zuzugestehen, drang damit aber nicht durch.
Bei den Wahlen des Jahres 1955 siegte die Labourpartei und B. übernahm im Parlament wieder die Führung der Opposition. Als es nach dem Scheitern der von der Labourpartei eingebrachten Integrationsvorlage 1956 zwei Jahre später zum Verfassungskonflikt mit London kam und der Labourpremier Mintoff zurücktrat, führte Großbritannien das Kolonialregime wieder ein.
B. weigerte sich, unter diesen Umständen eine Regierung zu bilden. Der britische Gouverneur regierte die Insel wie vor 1947. Die Spannungen wuchsen, bis man sich im Jahre 1962 auf eine neue Verfassung einigte, die Malta die volle innere Autonomie gewährte.
B. wurde wieder Ministerpräsident und konnte binnen zwei Jahren die Unabhängigkeit im Rahmen des Britischen → *COMMONWEALTH* (Teil I) für Malta erreichen. Am 21. Sepbember 1964 wurde der „State of Malta" geschaffen.

Bei den Wahlen im März 1966 siegte B.s Partei. Im April bildete er eine neue Regierung.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Martin B., vom Mai 1941 bis 1945 Leiter der Parteikanzlei der NSDAP und als Nachfolger des nach England geflogenen und dort internierten Rudolf → HESS Verbindungsmann zwischen Staat und Partei im Range eines Reichsministers, schirmte gegen Ende des 2. Weltkrieges Hitler zunehmend gegen Regierungsmitglieder und Reichsleiter ab, isolierte ihn und trug damit entscheidend zu der verhängnisvollen Entwicklung bei.

1900 in Halberstadt geboren, begann B. seine Laufbahn als landwirtschaftlicher Eleve in Mecklenburg, wurde im Alter von 20 Jahren auf Grund seines ungewöhnlichen Organisationstalents Geschäftsführer einer mecklenburgischen Begüterg. und schloß sich 1922 der Organisation Roßbach an.

Im Zusammenhang mit seiner Wirksamkeit in dieser Organisation wurde B. 1923 in Leipzig ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten und 1924 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Nach Neugründung der NSDAP Anfang 1925 wurde B. Parteimitglied, 1927 Gaupresseobmann in Thüringen und 1928 Bezirksleiter und Gaugeschäftsführer. Ende des gleichen Jahres trat er dem Stabe der Obersten SA-Führung bei und übernahm 1930 die Leitung der Hilfskasse der NSDAP, eine selbst für damalige Verhältnisse ungewöhnliche Karriere.

Den Grund zu seiner späteren Machtposition legte B., als er im Juli 1933, also ein halbes Jahr nach Hitlers Machtergreifung, Stabsleiter beim „Stellvertreter des Führers", bei Rudolf → *HESS* wurde. Bereits im Oktober wurde er selbst zum Reichsleiter ernannt und baute nun seine Position systematisch aus, indem er sich zunächst bei Hitler unentbehrlich zu machen suchte.

Die Dienststelle des „Stellvertreters des Führers" wurde unter B.s Leitung in den folgenden Jahren allmählich zur unumgänglichen Verbindungsstelle zwischen den staatlichen und den höchsten Parteiinstanzen. Doch gab es, solange Hess selber noch anwesend und tätig war, für B. eine letzte Schranke.

Erst nachdem Hess zu dem Versuch, England zum Frieden zu bewegen, am 5. Mai 1941 seinen berühmten Alleinflug nach Schottland unternommen hatte, gelang es B., bei Hitler seine Ernennung zum

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

Reichsminister durchzusetzen. Die Dienststelle „Stellvertreter des Führers" wurde zur Parteikanzlei.
Schritt für Schritt wurde nunmehr der Ring um Hitler von B. geschlossen, zunächst noch lose, aber von Jahr zu Jahr fester und undurchdringlicher, bis am Ende des Krieges selbst enge Mitarbeiter und höchste Amtsträger aus Partei und Staat nur noch über B. und schließlich so gut wie garnicht mehr zu Hitler gelangen konnten.
Damit kam B. dem wachsenden Mißtrauen Hitlers, seiner Vorstellung, von allen Seiten verraten und betrogen zu werden, geschickt entgegen, wußte diese Vorstellung noch zu steigern und wurde so für die katastrophale Entwicklung innerhalb der Führung des Reiches und der Wehrmacht in hohem Maße mitverantwortlich.
Beim Ausbruch der letzten Überlebenden aus dem Bunker der Reichskanzlei am 1. Mai 1945 soll B. nach Aussage von Kempka durch einen explodierenden Panzer ums Leben gekommen sein. Er wurde 1946 im 1. → *NÜRNBERGER PROZESS* (Teil I) in Abwesenheit zum Tode verurteilt und wird seitdem, seit über zwanzig Jahren, durchschnittlich jedes Jahr einmal irgendwo auf der Erde „entdeckt".
So diente B. noch über Jahrzehnte hin der → *PSYCHOLOGISCHEN KRIEGFÜHRUNG* (Teil I) auch nach dem Kriege als Werkzeug.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Per B., seit dem 12. Oktober 1965 Ministerpräsident von → NORWEGEN (Teil I), ist seit 1955 Führer der ehemaligen Bauernpartei, seit 1959 Zentrumspartei genannt, und regiert mit einem Kabinett, das sich aus Ministern von vier norwegischen Parteien zusammensetzt. Er unterstützt konsequent die Politik der → NATO (Teil I).

1913 in Flaa bei Trondheim als Bauernsohn geboren, erhielt B. die Ausbildung eines Agrar-Ingenieurs und schloß sich der Kleinbauernpartei an. 1949, im Jahre des Beitritts Norwegens zur → *NATO* (Teil I), wurde B. ins Parlament gewählt. Der Nordatlantikpakt stand wegweisend am Beginn seiner politischen Laufbahn.

Bis zum Jahre 1955 hatte sich B. zum Führer seiner Partei hinaufgearbeitet und begann nunmehr, sie zu reformieren und den Erfordernissen der neuen wirtschaftlichen Situation, die im Zeichen europäischer Zusammenschlüsse stand, anzupassen. Als sich Norwegen 1959 der → *EFTA* (Teil I) anschloß, krönte B. diese Reform, indem er der Partei einen neuen Namen gab: Zentrumspartei.

1963 bildete Ministerpräsident Lyng (später norwegischer Außenminister) eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien ohne die Sozialisten. Es war die erste nicht sozialistische Regierung Norwegens seit dem Kriege. Sie bestand allerdings nur einen Monat, führte aber doch eine Wende in der innenpolitischen Entwicklung herbei, die es der Partei B.s ermöglichte, bei den Wahlen vom September 1965 ihren Anteil an den Wählerstimmen von 6,9 auf 9,6 % zu erhöhen. Die Sozialistische Arbeiterpartei verlor die absolute Mehrheit.

Die Folge war, daß König Olav V. B. mit der Regierungsbildung beauftragte. Es gelang B., dem König am 12. Oktober 1965 ein Kabinett vorzustellen, in dem drei Linksparteiler (Venstre), drei Christliche Volksparteiler, sechs Konservative und außer ihm selber noch zwei Mitglieder seiner eigenen Partei, der Zentrumspartei vertreten waren.

Anfang Februar unterbreitete B. dem Parlament (Storting) den bedeutendsten sozialen Reformvorschlag in der Geschichte Norwegens, nämlich eine Vorlage über eine allgemeine obligatorische Volkspension (Altersversorgung) vom 70. Lebensjahr ab, wie sie

etwa in → *SCHWEDEN* (Teil I) als das sogenannte ATP-System durchgeführt wurde.
Beim „Nordischen Tag" in Helsinki am 10. Oktober 1966 erläuterte B. in öffentlicher Rede die norwegische Sicherheitspolitik, die es dem Lande verbiete, sein Territorium als Aufmarschgebiet „fremden Großmächten" zur Verfügung zu stellen. Er kennzeichnete damit die besondere Exponiertheit seines Landes gegenüber der UdSSR, die schon → *QUISLING* veranlaßt hatte, Schutz und Anlehnung bei Deutschland zu suchen.
Ende April 1967 setzte B. beim Jahreskongreß seiner Partei in Voss eine Resolution durch, die eine Volksbefragung über die Möglichkeit eines Beitritts Norwegens zur → *EWG* (Teil I) befürwortete, bevor die Regierung zu dieser Frage Stellung nähme.
Die wirtschaftliche Entwicklung Norwegens im ersten Jahr der Regierung B. (1965/1966 verlief ausgesprochen günstig. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich um 5,8 %, der Index der Konsumentenpreise nur um 3,1 %, die Warenausfuhr um 12 %.

Literatur:

vgl. → *NORWEGEN* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

BOUMEDIENNE

Houari B., seit 1962 Verteidigungsminister, seit 1963 stellvertretender Ministerpräsident von → Algerien (Teil I) stürzte am 19. Juni 1965 den Staatspräsidenten Ben Bella, übernahm neben dem Amt des Ministerpräsidenten auch die Führung des Revolutionsrates, der das Staatsoberhaupt darstellt, und schloß sofort ein Erdölabkommen mit Frankreich.

Jahrgang 1927, besuchte B. das Islamische Institut in Constantine (Algier) und studierte in Kairo, wo er auch seine militärische Ausbildung erhielt und sozialistische Ziele mit dem Kampf für die nationale Befreiung seiner algerischen Heimat zu verbinden lernte.

Bereits 1954 gehörte er zum Stabe der FLN (Front de Libération Nationale) und führte algerische FLN-Kontingente in Tunis und Marokko. Im März 1960 wurde B. Generalstabschef der FLN, noch unter Abbas, der Ende August 1961 von Ben Khedda abgelöst wurde.

Nach der Proklamation der Unabhängigkeit Algeriens am 3. Juli 1962 übernahm B. das Verteidigungsministerium und nach der Volksabstimmung über die neue Verfassung am 8. September 1963, die das Land zur „sozialistischen Demokratie" erklärte, das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Mit dem gleichzeitig gewählten Staatspräsidenten Ben Bella hatte B. von Anfang an Differenzen, die noch auf die Spaltung der FLN im Vorjahre zurückzuführen waren.

Nachdem die Parlamentswahlen am 20. September 1964 der Einheitsliste der FLN 87 % aller Stimmen eingebracht hatten, verbesserte sich das Verhältnis B.s zu Ben Bella dennoch nicht. Am 19. Juni 1965 ließ er ihn verhaften und übernahm Staats- und Regierungsführung selbst.

Im März 1966 wandte er sich — ganz im Stile der Sowjets — in einer Erklärung heftig gegen die „Konterrevolutionäre". Im Mai lieferte ihm die UdSSR 21 MIG-Jäger sowie Panzer T 34 und Sturmgewehre SU 100, im Juli folgte eine Delegation aus Moskau mit dem stellvertretenden Außenminister Malik und Ende August 1966 ließ B. eine umfassende → *Bodenreform* (Teil I) nach dem Vorbild der chinesischen Volkskommunen ankündigen.

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

Andererseits erhielt B. das bestehende Verbot der kommunistischen Parteien in Algerien aufrecht und räumte das Recht zur Ausbeutung der algerischen Erdöl- und Erdgasvorkommen keiner kommunistischen Macht, sondern Frankreich ein.
Die ins Exil gegangenen Führer der gegen ihn gerichteten Opposition, insbesondere Anhänger des gestürzten Ben Bella, ließ B. durch ausgesandte Agenten rücksichtslos verfolgen. So wurde z. B. der ehemalige Schatzmeister der FLN, Mohammed Khider, am 3. Januar 1967 in Madrid erschossen. Beim Kriege Israels gegen Ägypten, Syrien und Jordanien Ende Mai 1967 ließ B. eine Teilmobilmachung algerischer Streitkräfte anordnen, die jedoch nicht mehr an den Kämpfen teilnahmen.
Den Waffenstillstand vom 9. Juni erkannte er nicht an sondern trat für Fortsetzung des Krieges ein und versuchte bei dieser Gelegenheit, unter anderem durch zwei Reisen nach Moskau, sich zur zentralen Gestalt des arabischen Kampfes gegen Israel aufzuschwingen. Die politischen Realitäten ließen die Verwirklichung seiner Pläne nicht zu.

Literatur:

vgl. → *Algerien* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Habib Ben Ali B., seit 1956 Ministerpräsident, seit Absetzung des Beys am 25. Juli 1957 Staatspräsident der Republik → Tunesien (Teil I), gehört trotz seiner republikanischen Einstellung und Laufbahn zu den Gegnern → Nassers innerhalb der → Arabischen Liga (Teil I) und → Israel (Teil I) gegenüber zu den gemäßigten Kräften.

1903 als Sohn eines Offiziers der Leibwache des Beys von Tunis geboren, studierte B. in Paris Rechts- und Politische Wissenschaften. 1927 eröffnete er in Tunis eine Rechtsanwaltpraxis und betätigte sich seitdem auch journalistisch.

1934 trat B. aus der Destour-Partei aus und gründete die Neo-Destour-Partei, eine Unabhängigkeitsbewegung, die von Frankreich verboten wurde. B. selbst wurde von den Franzosen bis 1936 und nochmals von 1938 bis 1943 gefangengehalten.

1945, bei Rückkehr der Franzosen nach Tunis, floh er und setzte sich in den Ländern des Mittleren Ostens für die Unabhängigkeit Tunesiens ein. Während der französisch-tunesischen Verhandlungen 1951, die noch zu keinem Ergebnis führten, unternahm B. eine Weltreise, um den tunesischen Standpunkt zu vertreten, und erreichte, daß asiatische und afrikanische Mitgliedstaaten der → *UNO* (Teil I) das tunesische Anliegen 1952 dem Sicherheitsrat unterbreiteten. (Als ihr Antrag unberücksichtigt blieb, erklärte → *Nehru*, die UNO werde von Kolonialinteressen beeinflußt.)

Nach seiner Rückkehr stellten die Franzosen B. im Januar 1952 in Tabarca unter Beaufsichtigung, im März setzten sie ihn erneut gefangen, im Mai brachten sie ihn in Einzelhaft auf die Insel La Galite. 1954 entließen sie ihn, um ihn im gleichen Jahr auf der Isle de Groix vor der bretonischen Küste zu internieren. Am 1. Juni 1955 ließ die Regierung Faure B. nach Tunis zurückkehren.

Ein Vierteljahr später erkannte Frankreich die Autonomie Tunesiens an und verzichtete im März 1956 auch auf Außenpolitik und Verteidigung des Landes, die es sich 1955 noch vorbehalten hatte. B. übernahm das Präsidium der tunesischen Nationalversammlung, das Außen- und Verteidigungsministerium und wurde Ministerpräsident. Im Juli 1957 stürzte B. den Bey von Tunis, proklamierte die Repu-

blik, vereinigte das Amt des Staatspräsidenten und Oberbefehlshabers der Streitkräfte mit dem des Regierungschefs sowie dem des Parteiführers, gab der Neo-Destour-Partei ein sozialistisches Programm, organisierte sie nach östlichen Vorbildern. 1959 gab er Tunesien eine neue Verfassung.
Außenpolitisch unterstützte er im Algerienkrieg die algerische FLN, erreichte 1958 den Abzug der französischen Truppen aus Südtunesien, 1960 auch die Räumung des französischen Flottenstützpunktes Biserta. Wirtschaftlich dagegen lehnte sich B. an den Westen an und geriet bei seinen Bemühungen um eine Zusammenarbeit des mohammedanischen Nordafrika (Maghreb) unter Beibehaltung und Anerkennung der einzelnen Nationen zunehmend in Gegensatz zu → *Nasser*. Seine Haltung gegenüber Israel ist nicht emotional, sondern realpolitisch bestimmt. Eine gewaltsame Lösung hält er für utopisch.

Literatur:

Wolfgang Bretholz, „Habib Bourgiba contra abdel Nasser" in: Die Welt, 3. Januar 1967
Habib Bourgiba, Le Destour et la France, 1937
Habib Bourgiba, La Tunesie et la France, 1955
Werner Plum, Nordafrika — Der Maghreb, Nürnberg (Glock) 1961
Hans-Jörg Koch, Tunesien (Die Länder Afrikas, Bd. 15), Bonn 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Herbert Karl Frahm, seit 1947 umbenannt in Willi B., seit 1957 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, seit 1964 Vorsitzender der → SPD (Teil I) ist seit dem 1. Dezember 1966 Bundesaußenminister sowie stellvertr. Bundeskanzler. Mit ihm bekleidet erstmalig ein ehemaliger Emigrant, der eine ausländische Staatsangehörigkeit erwarb, ein höchstes Regierungsamt. Seine Namensänderung ermöglichte es ihm offensichtlich, eine politische Laufbahn in Deutschland einzuschlagen.

1913 in Lübeck geboren, schloß er sich früh der sozialistischen Jugend und der Sozialistischen Arbeiterpartei (links von der → *SPD*, Teil I) an. Nach Schulabschluß (Reformgymnasium) emigrierte F. 1933 als Neuzehnjähriger nach Norwegen, studierte an der Universität Oslo, betätigte sich als Journalist sowie im Rahmen der norwegischen Sozialdemokratie, erwarb die norwegische Staatsangehörigkeit und wurde Angehöriger der norwegischen Streitkräfte.

Bei der Besetzung Norwegens durch die deutschen Truppen 1940 floh F. nach Schweden und setzte von dort aus seine Tätigkeit fort. 1945 kehrte er als norwegischer Major im Gefolge der britischen Besatzungstruppen nach Deutschland zurück und war als Berliner Korrespondent für skandinavische Blätter tätig.

Nach der Namensänderung wurde B. 1948 Vertreter des SPD-Bundesvorstandes in Berlin, 1949 Mitglied des Bundestages und 1951 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Gleichzeitig war er Chefredakteur des Berliner Stadtblattes.

1955 wählte ihn das Berliner Abgeordnetenhaus zu seinem Präsidenten, zwei Jahre darauf zum Regierenden Bürgermeister und als solcher war er damals auch Präsident des Deutschen Bundesrats. 1958 wurde B. Vorsitzender der West-Berliner SPD.

Als Regierender Bürgermeister nutzte B. das Schicksal der gespaltenen deutschen Hauptstadt und die Erinnerung an die Zeit der weltweit bekannten Luftbrücke zur Versorgung der abgeschnittenen Stadt 1948/49 auf mehreren Reisen in die USA auch für sein persönliches Prestige.

Die ständige Nachbarschaft zum Ulbricht-System und der Mauerbau 1961 trugen dazu bei, daß B. der Außenpolitik der Bonner

Regierung nicht in scharfer Opposition begegnete, und erleichterten ihm den Entschluß, im November 1966 das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland unter den gegebenen Bedingungen zu übernehmen.
Ein Verzicht auf den Regierungseintritt der SPD und ein Abwarten weiteren Wachsens dieser Partei bei der nächsten Bundestagswahl hätten ihn offensichtlich überfordert.

Literatur:

Willi Brandt, Mein Weg nach Berlin, München (Kindler) 1960
Jan Peter Berkandt, Willi Brandt, Hannover 1961
Klaus Peter Schulz, Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin (Staneck) 1962
Kurt Pritzkoleit, Berlin. Ein Kampf ums Leben, Düsseldorf (Rauch) 1962

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

BRESCHNEW

Leonid Iljitsch Br., Generalsekretär des Zentralkommitees der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion (KPdSU) seit dem 14. Oktober 1964 (Sturz Chruschtschows), vorher, seit 1960, Staatsoberhaupt der UdSSR als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, bestimmt gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten → Alexej N. Kossygin die Politik → Rußlands (Teil I). Beide Männer vermeiden bewußt alles, was entfernt an den „Personenkult" Stalins oder auch noch Chruschtschows erinnern könnte. Ihr Regierungsstil läßt sie weitgehend hinter dem Führungskollektiv des Politbüros zurücktreten.

Breschnew gehört dem Jahrgang 1906 an, stammt aus der Ukraine und ist vor Beruf Bergwerksingenieur. Vom Stadtsowjet Dnjeprodschersinsk stieg er 1939 zum Departmentschef im Bezirkskommitee der Partei Dnjepropetrowsk auf, war im Kriege Politoffizier der Roten Armee, 1950 Erster Sekretär des Zentralkomitees in Bessarabien, 1952 Mitglied des ZK der KPdSU, seit 1957 Präsidiumsmitglied. 1960 löste er Woroschilow im Amte des Staatsoberhauptes ab. Eine reine Parteikarriere also bei einem Mann, der altersmäßig kaum Erinnerungen an die vorsowjetischen Verhältnisse im zaristischen Rußland mehr haben kann und für den das kommunistische System von klein auf eine selbstverständliche Erscheinung ist, wenn auch lange Zeit unter dem Aspekt der persönlichen Diktatur Stalins. Am Sturze Chruschtschows beteiligte er sich offensichtlich aus Sorge um den wachsenden russisch-chinesischen Konflikt, den beizulegen jedoch weder ihm noch Kossygin gelang.

Literatur:

David Floyd, Die feindlichen Genossen, München 1964
Maurice Hindus, Haus ohne Dach, Wiesbaden 1963, (2. Aufl.)
Werner Scharndorff, Moskaus permanente Säuberung, München 1964
Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Manlio B., Italiener, seit dem Juli 1964 Generalsekretär der → NATO (Teil I) ging aus der antifaschistischen Bewegung Italiens hervor, war 1946 italienischer Kriegsminister und seit 1947 Botschafter in der UdSSR (bis 1952), Großbritannien (bis 1954), den USA (bis 1961) und Frankreich (bis 1964). Die geringen Möglichkeiten, die dem Generalsekretär der NATO satzungsgemäß gegeben sind, hat der über 70jährige in bisher fünfjähriger Amtszeit nicht auszuweiten vermocht.

Am 17. Juli 1897 geboren, studierte B. in Turin Rechtswissenschaften, schloß sich der antifaschistischen Bewegung „Rivoluzione Liberale" an und war 1920 in einer Anwaltspraxis tätig. Bereits seit 1919 wirkte B. an politischen Veröffentlichungen mit, seit 1924 gehörte er der politischen Sektion der Bewegung RL an, gleichzeitig auch dem Oppositionskomitee gegen den Faschismus, bis die italienische Regierung 1926 derartige Aktivitäten unmöglich machte.
1943 trat B. dann erneut in Erscheinung, zunächst als Mitglied des Nationalen Befreiungskomitees, dann als Sekretär der Liberalen Partei. Als solcher wurde er auch Kabinettsmitglied, erst Minister ohne Portefeuille, dann, 1946, Kriegsminister. 1947 trat er in den diplomatischen Dienst seines Landes ein und leitete bis 1964 nacheinander die vier bedeutendsten Botschaften (vgl. oben).
Diese Botschaftertätigkeit verhalf B. zum Ruf eines gewandten Diplomaten ohne größere persönliche Ambitionen und ließ 1964 den greisen liberalen Politiker als geeigneten Kandidaten für das Amt des NATO-Generalsekretärs erscheinen. Er wurde gewählt und bemühte sich seit seinem Amtsantritt im Juli im Rahmen der wenigen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, den Bestand der NATO durch ihre zahlreichen Krisen zu retten.
So warnte er z. B. am 1. April 1966 in einer Rede vor dem Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten in Brüssel nach dem militärischen NATO-Austritt Frankreichs vor einer vorzeitigen Umorganisation des Bündnisses und bedauerte eine aufkommende Animosität gegen einen angeblichen neuen deutschen Militarismus und ein angebliches Vormachtstreben der westdeutschen Bundesrepublik. Derartige Unterstellungen seien eine bedauerliche Folge des militärischen Ausscheidens Frankreichs.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Drei Tage später nutzte B. den 17. Jahrestag des NATO-Paktes dazu, in beschwörender Form den Westen zum Zusammenhalt im Rahmen des Bündnisses auch ohne Frankreichs Militärbeitrag zu ermahnen. Doch darf die realpolitische Bedeutung solcher Ermahnungen nicht überschätzt werden. B. ist zweifellos nicht der Mann, der NATO neue politische Impulse zu geben.
Als er ein Jahr darauf, am 20. März 1967 in Evere bei Brüssel den ersten Spatenstich zu den Bauarbeiten für den neuen Sitz des NATO-Rates tat, war das allenfalls eine symbolische Handlung, die dem Willen der NATO-Mitglieder Ausdruck geben sollte, das Bündnis die Ausweisung aus Frankreich überleben zu lassen.
Als der Systemwechsel in Griechenland eine neue NATO-Krise herbeizuführen drohte, wollte Dänemark am 3. Mai 1967 eine Regierungserklärung in der Ratsversammlung verlesen lassen, in der sie ihrem Befremden über die „Mißachtung der Demokratie und der verfassungsmäßigen Freiheiten" in Griechenland Ausdruck gab. Der griechische NATO-Botschafter seinerseits drohte, den Sitzungssaal zu verlassen, wenn die dänische Regierungserklärung auf die Tagesordnung gesetzt würde. B. verschob die wöchentliche Routinesitzung um zwei Tage und nutzte die Frist, Dänemark dazu zu bewegen, seine Erklärung den Vertretern der NATO-Staaten vor Beginn der Sitzung auf dem Korridor aushändigen zu lassen. Auch das erscheint symbolisch.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

BROWN

George Alfred B., seit dem 11. August 1966 britischer Außenminister, zuvor seit dem 5. April 1966 Wirtschaftsminister im 2. Kabinett → WILSON, ist seit 1945 in der britischen Ministerialbürokratie tätig und gehörte bereits 1951 — ein halbes Jahr lang — als Arbeitsminister der Regierung → ATTLEE an. Nach dem Stil seines Auftretens ebenso wie nach der Außenpolitik, die er — im Sinne Wilsons — betreibt, bedeutet B. einen endgültigen Bruch mit der britischen Tradition.

B. gehört dem Jahrgang 1914 an. Über seine Herkunft, Erziehung und den Beginn seiner Laufbahn ist wenig bekannt. Offensichtlich kommt er aus der Gewerkschaftsorganisation her und hat sich früh der Labour-Partei angeschlossen.

Mit 31 Jahren ins Parlament gewählt, wurde B. parlamentarischer Privatsekretär beim Minister für Arbeit und öffentliche Dienste. 1947 nahm er die gleiche Stellung beim Schatzkanzler ein und war zugleich einer der parlamentarischen Sekretäre im Ministerium für Landwirtschaft und Fischereiwesen.

Im April 1951 berief → *ATTLEE* B. als Arbeitsminister in sein Kabinett. Als im Oktober 1951 → *CHURCHILL* nochmals Premier wurde, schied B. aus der Regierung wieder aus und bekleidete neun Jahre lang, von seinem Parlamentssitz abgesehen, keine öffentlichen Ämter mehr.

Erst 1960 trat er wieder hervor und wurde Vicevorsitzender und parlamentarischer Fraktionsvorsitzender der Labourpartei. Als diese im Oktober 1964 einen Wahlsieg davontrug und → *WILSON* die Regierung bildete, wurde B. Erster Staatssekretär und zugleich Staatssekretär für Wirtschaftsfragen. Im 2. Kabinett Wilson stieg er dann 1966 zum Wirtschaftsminister auf und übernahm am 11. August des gleichen Jahres im Austausch gegen Stewart das Amt des Außenministers.

In der → *RHODESIEN*-Frage (Teil I) ergriff B. zunächst keine eigene Initiative, sondern überließ sie dem Premier und dem Commonwealthminister bis zum Dezember 1966, als er im Sicherheitsrat der → *UNO* (Teil I) für alle Mitgliedstaaten bindende wirtschaftliche Sanktionen und ein absolutes Waffenembargo gegen Rhodesien beantragte.

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

Kurz zuvor, Ende November 1966, hatte B. einen vergeblichen Besuch in Moskau gemacht, um eine neue Initiative zu Friedensgesprächen in → *VIETNAM* (Teil I) anzuregen. Da weder er selbst noch sein Land in dieser Frage kompetent waren, nahm man offensichtlich B. in Moskau nicht ernst. → *GROMYKO* empfahl ihm, sich in dieser Frage doch besser an Washington zu wenden.
B.s außenpolitische Bemühungen im Jahre 1967 galten vor allem dem Beitritt Großbritanniens zur → *EWG* (Teil I) und dem Versuch, mit Hilfe der übrigen EWG-Mitglieder den hartnäckigen Widerstand → *DE GAULLEs* gegen einen britischen Beitritt zu diesem Zeitpunkt zu überwinden. Auch mit diesem Versuch scheiterte B.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Kofi Abrefa B., seit dem 8. September 1969 Ministerpräsident der Republik → GHANA (Teil I), promovierte in Oxford zum Dr. phil. und war in Akkra als Hochschullehrer tätig. Er gründete im Frühjahr 1969 die Fortschrittspartei, die bei den Parlamentswahlen vom 29. August 1969 einen überlegenen Sieg davontrug.

B. wurde 1913 im Nordwesten des jetzigen Ghana, in Ashanti im Königshaus von Wenchi geboren, gehört mithin der alten Eingeborenen-Aristokratie an, erhielt eine dementsprechende Erziehung, wurde zum Lehrer ausgebildet und war bis 1939 als solcher tätig. Dann ging er nach London, studierte Geschichte, erhielt ein Stipendium der Carnegie-Stiftung und setzte seine Studien in Oxford fort, wo er auch promovierte.

Nach Ghana zurückgekehrt erhielt B. eine Berufung an die Universität in Akkra als Professor der Soziologie, wurde zu Gastvorlesungen in die USA, die Niederlande und nach Oxford eingeladen und war vorübergehend auch als Verwaltungsbeamter in der damaligen Kolonialverwaltung (Goldküste) tätig. 1952 wurde B. Führer einer Oppositionspartei gegen die CCP, den Volkskonvent → *NKRUMAHs*.

Als sich aus B.s Oppositionspartei die United Party entwickelte, mußte er selber 1959 außer Landes gehen, um einer Verhaftung zuvorzukommen, und nahm von den Niederlanden aus seine Vorlesungstätigkeit, zum Teil auch in England, wieder auf. Nach Nkrumahs Sturz im Februar 1966 kehrte B. abermals nach Ghana zurück. Die regierende Militärjunta beauftragte ihn mit der Leitung eines „Zentrums für staatsbürgerliche Bildung", an dessen Finanzierung sich auch die westdeutsche Bundesregierung mit insgesamt etwa 1,4 Millionen DM beteiligte.

Im Mai 1969 hob die Militärregierung das Parteienverbot auf und ließ Wahlen für das Parlament ausschreiben. B. gründete die Fortschrittspartei, aber auch die Nationalliberale Allianz des früheren Nkrumah-Freundes Gbedemah wurde zu den Wahlen zugelassen, deren korrekte Durchführung am 29. August 1969 durch das Militär geschützt wurde. Von den 140 Parlamentssitzen erhielt B.s Fortschrittspartei 105.

Am 6. September konnte B. seine Regierung vorstellen, die erste demokratische Regierung seit der Unabhängigkeit Ghanas. Am 8.

13. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Januar 1970

September trat er sein Amt als Ministerpräsident offiziell an. Als überzeugter Anhänger eines Mehrparteiensystems trat er auch außerhalb Ghanas wiederholt für die Rechte politischer Minderheiten ein und wandte sich gegen diejenigen afrikanischen Staaten, in denen ein Einparteiensystem herrschte.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Fidel C. Ruz, seit Februar 1959 Ministerpräsident von → Kuba (Teil I), hat aus der Insel eine Zelle des Kommunismus im iberoamerikanischen Raum gemacht. Seine Bedeutung hat allerdings seit der Einigung Kennedy–Chruschtschow über die Zurücknahme der sowjetischen Raketenbasis 1962 nachgelassen.

1927 als Kind wohlhabender Eltern in Mayari auf Kuba geboren, besuchte C. die Jesuitenschule in Santiago und Habana, studierte in Habana Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. jur. 1947 beteiligte er sich an einem Aufstand in der Dominikanischen Republik gegen die Diktatur Trujillos, ließ sich nach Beendigung seines Studiums in Habana als Rechtsanwalt nieder und kandidierte 1952 für das Parlament.

Im Rahmen des Widerstandes gegen das Regime General Batistas, der sich 1952 erneut der Macht in Kuba bemächtigt hatte, beteiligte sich C. mit seinem Bruder Raul Ende Juli 1953 an dem Angriff auf die Moncadakasernen in Santiago und wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Amnestierung 1956 (Raul war schon 1954 entlassen worden) ging C. nach Mexico, stellte dort eine kleine Revolutionstruppe auf und landete mit ihr noch im gleichen Jahr wieder auf Kuba, in seiner Heimatprovinz Oriente.

Zwei Jahre dauerten die Kämpfe, bis sich Batista im Januar 1959 zur Flucht genötigt sah. C. übernahm die Regierung und machte seinen Bruder zum Minister der Revolutionsstreitkräfte. Sein Regierungsstil blieb völlig unkonventionell, eine Verewigung des Partisanenkampfes. Außenpolitisch suchte er sogleich Verbindung zur UdSSR, erhielt bereits 1961 den Lenin-Friedenspreis und machte sich 1963 zum Ersten Sekretär der Vereinigten Partei der Sozialistischen Revolution. Gleichzeitig wurde er anläßlich eines Besuches in der UdSSR zum „Helden der Sowjetunion" ernannt.

Inzwischen hatte C. 1960 die US-Ölraffinerien auf Kuba beschlagnahmt, eine radikale Bodenreform eingeleitet und erfolgreich den von den USA (Kennedy) unzulänglich vorbereiteten Invasionsversuch der Exilkubaner vom April 1961 in der Schweinebucht abgeschlagen. Im Februar 1962 hatten die USA den Ausschluß Kubas aus der OAS (Teil I) durchgesetzt, im Oktober des gleichen Jahres hatten ihre

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Fernaufklärer die sowjetschen Raketenabschußbasen auf Kuba photographiert. Die Art und Weise, wie Kennedy Chruschtschow zum Nachgeben und Abtransport der Raketen brachte, bedeutete für Castro eine schwere Niederlage und einen Prestigeverlust.
1963 gab er seine Zustimmung zum Gefangenenaustausch, 1965 zur Auswanderung seiner politischen Gegner in die USA. Doch läßt er auch weiterhin Agenten und Agitatoren für die → *subversive* (Teil I) kommunistische Arbeit in den Ländern Mittel- und Südamerikas schulen. Die Lehrgänge laufen zum Teil unter dem Namen Tupac Amaru, des Führers des großen Indio-Aufstandes in Peru von 1780/81.

Literatur:

Peter Grubbe, Im Schatten des Kubaners, München (Goldmann) o. J.
Fritz René Allemann, Fidel Castro, Hamburg (Rütten u. L.) 1961
Teresa Casuso, Cuba und Castro, Köln (Kiepenheuer) 1962

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Generalmajor Nicolae C., seit März 1965 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Arbeiter-Partei Rumäniens und Vorsitzender des Exekutivrates, gibt sich als ausgesprochener Nationalist und vertritt mit Betonung die Auffassung, daß jedes Volk seine eigene Form des Kommunismus entwickeln sowie volle Freiheit in der Wahl seiner außen- und wirtschaftspolitischen Partner haben müsse. Doch besagt das wenig über das tatsächliche Abhängigkeitsverhältnis.

1918 als Bauernsohn geboren, trat C. als Fünfzehnjähriger der kommunistischen Jugend bei, 1936 wurde er Parteimitglied, erhielt mehrere Freiheitsstrafen, blieb aber stets in Rumänien. 1944 wurde er Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, 1945 Parteisekretär in Bukarest und Kandidat des Zentralkomitees, 1948 Mitglied des Z. K. und stellvertr. Landwirtschaftsminister, 1950 stellvertr. Armeeminister und 1951 Chef der Politverwaltung der Armee. 1952 wirkte er bei der Kaltstellung der moskauhörigen KP-Funktionäre wie Anna Pauker und ihres Anhangs mit. Seit 1954 Sekretär des Z. K. wurde C. 1955 Vollmitglied des Politbüros und enger Mitarbeiter des Staats- und Parteichefs Gheorgiu-Dej, mit dem zusammen er 1940 im Gefängnis von Doftana inhaftiert war.

Nach Dejs Tod 1965 wurden die Ämter des Staatsvorsitzenden und des ersten Parteisekretärs voneinander getrennt. Am 24. März wurde Chivu Stoika zum Staatsoberhaupt gewählt, C. zum Generalsekretär des Z. K. Ministerpräsident (seit 1961) blieb Ion Gheoroghe Maurer. C. erwies sich in diesem Triumvirat als der vitalste, der aktivste und verfolgte von Anfang an das Ziel einer nach außen hin möglichst sichtbaren Unabhängigkeit Rumäniens von der UdSSR, blieb aber — im Gegensatz zu Tito — im Rahmen des → *Warschauer Paktes* (Teil I).

Anfang Juli 1966 war C. in Bukarest der Gastgeber einer Konferenz der Warschauer-Pakt-Mächte und ließ auch bei diesem Anlaß keine Gelegenheit ungenutzt, Gleichberechtigung und Unabhängigkeit Rumäniens gegenüber der UdSSR zu betonen, nachdem er vierzehn Tage zuvor → *Tschu-En lai* empfangen hatte. Dieser hatte auf dem Flughafen erklärt, er habe Hochachtung davor, daß

das rumänische Volk „gegen die von außen kommenden Versuche der Kontrolle und Einmischung kämpft" (AP, 17. Juni 1966). Das alles kann zwar durchaus ein bewußtes Manöver zu innen- und außenpolitischen Zwecken sein, kann aber auch den Durchbruch nationaler Tradition durch ideologisches Blockdenken bedeuten.

Literatur:

David Binder, „Ceausescu, ein kommunistischer Rebell" in Die Welt, 31. Mai 1966
Wolfram Köhler, „Demonstration des rumänischen Nationalismus" in Die Welt, 7. Juli 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jacques Michel Pierre C.-D., seit dem 22. Juni 1969 französischer Ministerpräsident unter der Präsidentschaft → POMPIDOUs, war zuvor seit 1958 Präsident der Nationalversammlung in der 5. Republik unter → DE GAULLE, der ihm wie auch dem Parlament als solchem kaum politische Wirkungsmöglichkeiten ließ.

Am 7. März 1915 geboren, wurde C.-D. am Lycée Lakanal in Sceaux erzogen, studierte an der Ecole libre für Politische Wissenschaften in Paris und schlug zunächst die Finanzinspektorenlaufbahn ein. 1939 wurde er Soldat, bei Kriegsbeginn Leutnant und während der deutschen Besetzung bereits 1940 einer der ersten Organisatoren der Resistance, dann Verbindungsmann zwischen → DE GAULLE in London, dem Alliierten Oberkommando und der framzösischen Widerstandsbewegung, schließlich verantwortlich für Koordination der Unternehmungen.

1944 erhielt C.-D. im Rahmen der Resistance den Rang eines Brigadegenerals, wurde im August durch die deutschen Linien nach Paris eingeschleust und bereitete hier den Aufstand vor, der dem Einmarsch der Alliierten vorausging. 1945 wurde er Generalsekretär des Informationsministeriums, 1946 schloß er sich zunächst den Radikalsozialisten an und wurde vom Departement Gironde in die Nationalversammlung gewählt.

1947 wurde C.-D. Bürgermeister der Stadt Bordeaux. Im gleichen Jahr verließ er die Radikalsozialisten und schloß dich der Bewegung de Gaulles an. Von 1953 bis 1956 führte er die gaullistische Gruppe in der Nationalversammlung (Républicains Sociaux). Anschließend gehörte er der Consultativversammlung des Europarates an und war vom Februar 1956 bis zum Mai 1957 Finanzinspekteur.

Im vorletzten Kabinett der 4. Republik, der Regierung Gaillard, war C.-D. – unbeschadet seiner Bindung an de Gaulle – Verteidigungsminister. Als in Algerien die französische Armee gegen die Regierung in Paris revoltierte, sandte C.-D. seinen Vertrauensmann Delbecque nach Algier, der der Rebellion die Wendung gab, eine Regierung de Gaulle zu fordern.

Augenscheinlich dankte de Gaulle C.-D. seine Gefolgschaft nicht. Möglicherweise wollte er ihn auch als eine Art nationaler Reserve für spätere Gelegenheiten aufsparen. Jedenfalls stellte er sich, als im Dezember 1958 die Nationalversammlung – im Rahmen der Ver-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

fassung der 5. Republik – C.-D. zu ihrem Präsidenten wählte, gegen diese Wahl. Er wollte Paul Reynaud auf diesem Platze sehen und lenkte nur widerwillig ein.
Infolgedessen hatte C.-D. im folgenden Jahrzehnt keinen leichten Stand. De Gaulle gab seiner Geringschätzung des Parlaments deutlich Ausdruck, so daß sich C.-D. mehrfach gezwungen sah, die Rechte der Nationalversammlung dem Präsidenten der Republik gegenüber zu vertreten. Dennoch blieb er Gaullist.
Als Bürgermeister von Bordeaux setzte sich C.-D. in den sechziger Jahren für die → *DEUTSCH-FRANZÖSISCHE VERSTÄNDIGUNG* (Teil I) ein und schuf eine Partnerschaft zwischen den Städten Bordeaux und München. Neben seinen politischen und Verwaltungsaufgaben betrieb er persönlich intensiv Sport, war zunächst passionierter Rugbyspieler (Nationalmannschaft) und wurde später ein international geachteter Tennischampion.
Das tägliche sportliche Training setzte C.-D. auch fort, nachdem ihn Präsident Pompidou Mitte Juni 1969 mit der Bildung der ersten Regierung nach dem Rücktritt de Gaulles beauftragt hatte und er aus dem Palais des Kammerpräsidenten in das des Premiers umgezogen war. Bei der Zusammenstellung seines Kabinetts mußte er – im Einverständnis mit Pompidou – einen Kompromiß zwischen seiner grundsätzlich gaullistischen Einstellung und dem negativen Ergebnis des Referendums schließen, das zum Rücktritt de Gaulles geführt hatte. Insbesondere die Wahl des Außenministers, Maurice Schumann, war als Zugeständnis an dieses Referendum zu verstehen.
In seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung bekannte sich C.-D. zur europäischen Einigung und zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag als einem Modellfall oder Kernstück einer solchen Einigung, betonte jedoch, daß Frankreich diesen Freundschaftspakt nicht seinen anderen Bündnisverpflichtungen vorziehen, sondern auch seine osteuropäischen Verbindungen weiter pflegen werde.
In einem Rundfunkinterview am 28. Juni 1969 erinnerte C.D. an die vertragliche Verpflichtung der westdeutschen Bundesrepublik, auf atomare Rüstung zu verzichten, und deutete in diesem Zusammenhang an, daß die französische Politik der → *FORCE DE FRAPPE* (Teil I) auch auf Europa hin „orientierbar" sei, insbesondere dann, wenn eine atomare Zusammenarbeit Frankreichs mit Großbritannien zustandekommen sollte.

CHRUSCHTSCHOW

Nikita Sergejewitsch Ch., Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU von 1953—1964, seit 1958 auch Vorsitzender des Ministerrats (Regierungschef) der UdSSR, verurteilte 1956 auf dem XX. Parteitag den (von Lenin vorausgesagten) „Mißbrauch der Macht durch Stalin" sowie den „Personenkult". Doch trug auch Ch.'s Regierungsweise noch stark diktatorische Züge. Er setzte sich nachhaltig für eine → „Koexistenz" (Teil I) mit dem kapitalistischen Westen, insbesondere mit den USA, ein und gab im Oktober 1962 in der Kubakrise nach, ohne es auf einen Atomkrieg ankommen zu lassen. Da er den Konflikt mit → China (Teil I) nicht vermeiden oder beilegen konnte, wurde er 1964 gestürzt, behielt aber die Freiheit.

1894 als Sohn eines Bergarbeiters im Gouvernement Kursk geboren, wurde Ch. in Moskau zum Ingenieur ausgebildet. 1918 schloß er sich der Kommunistischen Partei an und war für sie in Moskau sowie in der Ukraine tätig. 1931 wurde er Erster Sekretär des Moskauer städtischen Parteikomitees und war maßgeblich an dem technisch sehr gewagten Bau der Moskauer Untergrundbahn beteiligt.

Als Erster Sekretär der ukrainischen Parteiorganisation (1938), und Mitglied des politischen Büros sowie des Zentralkomitees überlebte Ch. nicht nur physisch und politisch die „große Säuberung" Stalins, sondern beteiligte sich in der Ukraine eifrig an dieser Massen-Ausmerzung alter bewährter Bolschewisten, die nun als Trotzkisten, Bucharinisten, Nationalisten u. s. w. gebrandmarkt wurden.

Während des Zweiten Weltkrieges war Ch. als Mitglied des Militärrates des „Besonderen Militärbezirks Kiew" und der Ukrainischen Front zunächst so maßgeblich und aktiv an der sowjetischen Besetzung Ostpolens (West-Ukraine) beteiligt, daß er auch für die Vernichtung polnischer Offiziere und Intellektuellen zu mindest eine Mitverantwortung trägt. Er nahm sich auch der Russifizierung dieses Gebietes an. Seine Rolle in Stalingrad dagegen ist in den offiziellen Darstellungen nachträglich mehrfach auf Kosten anderer aufgewertet worden.

Nach dem Krieg, 1947, übernahm Ch. in der Ukraine außer der Parteiführung auch den Vorsitz des Ministerrates, ging aber bereits

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

1949 wieder nach Moskau, wurde 1952 Präsidiumsmitglied und nach Stalins Tod 1953 Erster Parteisekretär. In den folgenden Machtkämpfen überwand er nacheinander Berija, Malenkow, Molotow und Kalinin und vereinigte 1958 Parteiführung und Regierungsvorsitz in seiner Hand, nachdem er zwei Jahre zuvor, auf dem XX. Parteitag der KPdSU mit Stalin auch seine eigene kaum minder blutige Vergangenheit „bewältigt" hatte.
Das Atom-Pat mit den USA veranlaßte Ch. zur Theorie der allmählichen „Aufweichung des westlichen Lagers" mittels „friedlicher Koexistenz". Mit dieser These aber lieferte er → *Mao-Tse-tung* einen Vorwand, realpolitische Gegensätze und territoriale Ansprüche Chinas gegenüber Rußland ideologisch zu verbrämen, und unterminierte damit seine eigene Stellung, was schließlich zu seinem Sturz führte (1964).
Dieses Atom-Pat führte auch zur Beilegung der Kuba-Raketenkrise im Herbst 1962, nachdem Kennedy Ch. unmißverständlich Halt geboten hatte, ohne ihn persönlich zu brüskieren. Aber auch dieser Rückzug aus Kuba mag neben den wirtschaftlichen Mißerfolgen bei den anderen Mitgliedern des Politbüros den Entschluß haben reifen lassen, Ch. 1964 abzulösen. Seine selbstherrliche, impulsive und zu Experimenten neigende Führungsweise hatte in zunehmendem Maße ihren Widerspruch geweckt.

Literatur:

Carl Gustav Ströhm, Zwischen Mao und Chruschtschow. Revisionismus und Dogmatismus im Ostblock, Stuttgart 1964
Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963
Lazar Pistrack, Chruschtschow unter Stalin, Stuttgart 1962
Boris Meissner, Rußland unter Chruschtschow, München 1960
Georg Paloczi-Horvath, Chruschtschow (Fischer-Bücherei Bd. 406), Frankfurt o. J.
Victor Alexandrow, Das Leben des Nikita Chruschtschow (List-Bücher, Bd. 108), München o. J.

Anmerkungen ....

....

General Ch., seit dem 11. Mai 1964 Ministerpräsident von Südkorea, zuvor Außenminister, blickt auf eine teils militärische, teils diplomatische Laufbahn zurück, erhielt seine Ausbildung an einer japanischen Militärakademie und war südkoreanischer Botschafter in der Türkei, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten.

1918 geboren, wurde Ch. Berufssoldat. Da Korea bereits seit 1910 von → *JAPAN* (Teil I) annektiert worden war, erhielt Ch. seine Offiziersausbildung in Japan. Nach Korea zurückgekehrt, machte er ungewöhnlich rasch Karriere und brachte es bis zum Chef des Stabes der Armee.

Später wechselte Ch. in den diplomatischen Dienst hinüber und wurde von der Regierung seines Landes als Botschafter in die Türkei, nach Frankreich und in die USA entsandt. Im Dezember 1963 übernahm er das südkoreanische Außenministerium, nachdem bei den Parlamentswahlen Ende November die Demokratisch-Republikanische Partei des Präsidenten Park Ch. Hee gesiegt hatte und Choi Doo Sun Ministerpräsident geworden war.

Im Zusammenhang mit den Unruhen des Jahres 1964 bildete dann im Mai Ch. selbst eine Regierung, schloß im Mittsommer 1965 einen Vertrag mit → *JAPAN* (Teil I) zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen und schuf ein Jahr darauf den Asien-Pacifik-Rat (ASPAC) für wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit.

Gleichzeitig untersagte er bzw. seine Regierung jegliche Kontakte sozialistischer Gruppen zu Nordkorea. Bei der Kabinettsumbildung am 26. Dezember 1966 übernahm Ch. das Amt des Außenministers wieder selbst. Mitte März 1967 reiste er in die USA und besprach mit → *JOHNSON* das → *VIETNAM*-Problem (Teil I), das in zunehmendem Maße Parallelen zu den Problemen Koreas ergab, um so mehr, als sich häufende Grenzzwischenfälle an der Demarkationslinie im Sommer 1967 die Bildung einer „zweiten Front" befürchten ließen.

Auch die südkoreanischen Kampftruppen (Tigerdivisionen), die in Vietnam im Einsatz stehen, waren Gegenstand dieses Gesprächs mit dem amerikanischen Präsidenten, ebenso die Frage der Opposition, die sich in Südkorea gegen eine zu enge Anlehnung an Washington wendet und der Regierung Ch. zu schaffen macht.

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

Anfang August 1967 kam es zu einem Notenwechsel mit Frankreich, das gegen die Entführung südkoreanischer Staatsangehöriger aus Frankreich protestiert hatte. Ch. entschuldigte sich im Antwortschreiben dafür, daß südkoreanische Agenten in Frankreich tätig geworden seien, und sagte zu, derartige Vorfälle würden sich nicht wiederholen.
Ein ähnlicher Notenwechsel ergab sich mit der westdeutschen Bundesrepublik, da auch dort südkoreanische Staatsangehörige nach Südkorea zurückverbracht worden waren, gegen die in Söul Anklage wegen kommunistischer Spionage erhoben wurde.

CHURCHILL

Winston Leonhard Ch., 1. Lord der Admiralität zu Beginn des Ersten Weltkrieges, britischer Premierminister während des Zweiten Weltkrieges und von 1951 bis 1955, Verhandlungspartner → Stalins und → Roosevelts in → Teheran, → Jalta und → Potsdam (Teil I), gehörte vor seinem Regierungsantritt zu den eifrigsten Befürwortern eines Krieges gegen Deutschland, half 1941 Roosevelt, die Kriegsunlust des amerikanischen Volkes zu überspielen, konnte den Macht- und Gebietszuwachs der UdSSR nicht verhindern und leitete die Auflösung des Britischen Empire ein.

1874 als Sohn Lord Randolph Ch.'s, eines Nachkommen der Herzöge von Marlborough, und einer Amerikanerin (geb. Jerome) im Blenheim Palace geboren, erhielt Ch. eine Offiziersausbildung, kämpfte 1897/98 in Indien und im Sudan, nahm als Kriegsberichterstatter am Burenkrieg 1899/1900 teil, wo er in Gefangenschaft geriet und floh.

Heimgekehrt, wurde er Abgeordneter der Konservativen im Unterhaus, trat aber 1905 zu den Liberalen über, durch deren Wahlsieg ein Jahr später er in die Regierung gelangte. 1911 wurde er 1. Lord der Admiralität, gab 1914 mit den Ausschlag für Englands Kriegserklärung, und veranlaßte unmittelbar darauf das Dardanellenunternehmen (Gallipoli), nach dessen Scheitern er zurücktrat, um 1917 das Munitionsministerium zu übernehmen. Anschließend wurde er nacheinander Kriegs- und Luftfahrtminister sowie Staatssekretär für die Kolonien.

Nachdem Ch. sich wieder den Konservativen angeschlossen hatte, wurde er 1924 Schatzkanzler und blieb es bis 1929. Die nächsten zehn Jahre übte er keine Regierungsfunktion mehr aus, war aber ein erklärter Gegner der sogenannten „Appeasement"-Politik Englands gegenüber Deutschland trotz anfänglicher Bewunderung Hitlers und obgleich er wissen mußte, daß der britische Rüstungsstand bis 1939 einen Krieg gegen Deutschland nicht zuließ.

Nachdem dieser Krieg dann — im wesentlichen infolge der Polengarantie des Lord → *Halifax* — Wirklichkeit geworden war, wurde Ch. 1939 wiederum 1. Lord der Admiralität und löste ein Jahr darauf Chamberlain als Premierminister ab, der er während des ganzen Krieges blieb. Sein bis heute geheimgehaltener Telegrammwechsel

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

mit → *Roosevelt,* die sogenannten Kent-Dokumente, dürfte, falls nicht vernichtet, einmal zeigen, wie im einzelnen die Aufhebung der amerikanischen Neutralitätsgesetze verabredet wurde.
Der Einleitung des USA-Kriegseintritts auf dem Umwege über die Erpressung Japans und Provokation des Angriffs auf → *Pearl Harbor* (Teil I) diente auch die Zusammenkunft im August 1941 vor der neufundländischen Küste, als deren offizielles Ergebnis die → *Atlantic-Charta* (Teil I) verkündet wurde. Auf Ch. geht der Befehl zum Bombenangriff auf Dresden zurück, wie auch die Entscheidung zum Flächenbombardement deutscher Städte überhaupt, mit der er dem Plan Prof. Lindemanns folgte. Auch dem → *Morgenthauplan* (Teil I) stand Ch. nach Darstellung seines Leibarztes Moran nicht ablehnend gegenüber (Die Welt, 31. Mai 1966).
Bei den Konferenzen mit Stalin in → *Teheran,* → *Jalta* und → *Potsdam* (Teil I) wußte Ch. bereits, daß er geholfen hatte, das „falsche Schwein zu schlachten", daß der einzige wirkliche Sieger des Zweiten Weltkrieges — mit seiner Hilfe — die UdSSR geworden und daß das Britische Empire zum Untergang verurteilt war.
Vom 3. November 1951 bis zum 5. April 1955 nochmals Premierminister zu einer Zeit, als Indien bereits seine volle und endgültige Unabhängigkeit erhalten und die Republik proklamiert hatte, war es Ch. beschieden, selbst an verantwortlicher Stelle die weitere Auflösung des Empire einzuleiten, die dann unmittelbar nach seinem Rücktritt in rascher Folge sichtbar sich vollzog. In England gilt Ch. nichtsdestoweniger noch heute als der große Staatsmann, als dem ihm auch die deutsche Stadt Aachen 1956 ihren Karlspreis verlieh.
Ch. verstarb am 24. November 1964. Nach dem Zeugnis seines Freundes, des Marschalls Montgomery, war sein hervorstechender Wesenszug, das Bedürfnis zu herrschen.

Literatur:

Emrys Hughes, Churchill. Ein Mann in seinem Widerspruch, Tübingen 1959
Montgomery, Memoiren, München 1958
Winston Churchill, Der Zweite Weltkrieg, (6 Bände) Stuttgart 1954
Winston Churchill, Reden (6 Bände) (gesammelt von Randolph S. Churchill) Zürich 1946
W. H. Thompson, Churchill und sein Schatten, Frankfurt a. M. 1952
Charles Callan Tansill, Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf 1959
Lord Moran, Churchill, München (Droemer) 1967

Amleto Giovanni C., seit 1961 Kardinalstaatssekretär beim Heiligen Stuhl sowie Präsident der Päpstlichen Kommission für den Vatikanstaat, war zuvor zwei Jahre lang Sekretär der Heiligen Kongregation für die Ostkirche und gilt als ein im Umgang mit kommunistischen Regierungen bemerkenswert erfahrener Diplomat, der naturgemäß geneigt ist, stets im Gesprächt zu bleiben und keine starre Abwehrhaltung einzunehmen.

Jahrgang 1883, studierte C. an der Pontifical-Universität in Rom, wurde 1922 Advokat an der Päpstlichen Gerichtsbehörde Rota Romana, nachdem er zuvor bereits als Assessor bei der Kongregation für die Ostkirche tätig gewesen war.
1929 wurde C. Sekretär des Vatikanischen Komitees für die Codifizierung des östlichen Kirchenrechts, 1933 Titularbischof von Laodicea in Phyrygien. Im gleichen Jahr noch ging er im Päpstlichen Auftrag in die Vereinigten Staaten und blieb dort bis 1958.
Dieses viertel Jahrhundert in den USA ist für den Werdegang und die Rolle C.s in zwiefacher Hinsicht bedeutungsvoll. Einmal ist es ein Beweis dafür, daß er sich in seiner bisherigen Tätigkeit im besonderen Maße das Vertrauen des Vatikans erworben hatte. Zum anderen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Fachmann für Ostkirchenfragen in den USA nicht nur mit orthodoxen Emigranten sondern auch mit anderweitig an der Entwicklung in Osteuropa interessierten Kreisen in Berührung kam.
1958 ernannte Papst Johannes XXIII. C. zum Kardinal (gleichzeitig mit Montini, dem späteren Papst Paul VI.), 1959 zum Sekretär der Päpstlichen Ostkirchenkongregation, die für die Ostprovinzen der Römisch-Katholischen Kirche zuständig ist. Bei dieser Tätigkeit, insbesondere bei den Verhandlungen mit den kommunistischen Regierungen osteuropäischer Länder, kamen C. seine amerikanischen Erfahrungen offensichtlich zugute, wenn ihm auch nicht sofortiger Erfolg beschieden sein konnte. So verhandelte C. zum Beispiel um freies Geleit für Kardinal Mindszenty, der seit dem ungarischen Volksaufstand im Oktober 1956 in der Budapester US-Botschaft im Asyl lebt.
1961 zum Kardinalstaatssekretär ernannt, lenkte C. die Außenpolitik des Vatikans und der Kirche auch weiterhin in ständiger Verhand-

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

lungsbereitschaft gegenüber dem kommunistischen Osten, worin ihn bekanntlich besonders Papst Johannes XXIII. unterstützte.
Die Vatikanbesuche des sowjetrussischen Außenministers → *GROMYKO* am 27. April 1966 und des sowjetischen Staatsoberhauptes → *PODGORNY* am 1. Februar 1967, von denen besonders der letztere den Charakter einer diplomatischen Arbeitskonferenz hatte, bildeten die bisherigen Höhepunkte im Wirken C.s Es ging dabei vor allem um Erleichterungen in der Glaubensausübung der Römischen Katholiken in der UdSSR.
Mit Jugoslawien konnte C. Ende Juni 1966 durch den Unterstaatssekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten Casaroli (der vielleicht einmal sein Nachfolger werden könnte) ein Protokoll unterzeichnen lassen, das den Austausch „halbamtlicher Vertreter" mit diplomatischer Immunität zwischen Jugoslawien und dem Vatikan vorsieht und von C. als Ausgangsbasis für „künftige Entwicklungen" angesehen wird.
Im Israelkonflikt vertritt C. auch nach dem Waffenstillstand eine neutrale Haltung und strebt nach wie vor die Internationalisierung Jerusalems an, wie sie bereits 1947, als sich C. noch in den USA aufhielt, in dem von dort vorgelegten Dreiteilungsplan Palästinas vorgesehen war.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Corneliu C., Begründer und von 1927 bis zu seiner Ermordung 1938 Führer der rumänischen „Eisernen Garde", war einer der markantesten Vertreter einer sittlich-nationalen Erneuerungsbewegung, die im gesamten Europa der dreißiger Jahre den → SOZIALISMUS (Teil I) nicht vom Historischen Materialismus sondern von der Besinnung auf das jeweilige Volkstum herleitete und verwirklichen wollte.

1899 in Jassy als Sohn eines Mittelschullehrers geboren, wurde C. in der Militärschule (Kadettenanstalt) Manastirea Dealul erzogen. Als Siebzehnjähriger schloß er sich nach dem Kriegseintritt Rumäniens auf Seiten der Entente der Kompanie seines Vaters an und begann 1918 auf der Kriegsschule Botosani einen Offizierslehrgang, der durch den Friedensschluß abgebrochen wurde.
1919 bildete C. eine kleine studentische Partisanengruppe, um im Falle eines Einmarsches russischer Bolschewisten Widerstand zu leisten, 1920 bekämpfte er erfolgreich kommunistische Streikkommandos im rumänischen Industriegebiet, gewann entscheidenden Einfluß in der Studentenschaft und erzwang, zum Teil gewaltsam, die Beibehaltung christlicher Traditionen im Universitätsleben.
1922 für kurze Zeit an der Universität Berlin immatrikuliert, kehrte C. 1924 nach Rumänien zurück und eröffnete das erste Lager eines freiwilligen → *ARBEITSDIENSTES* (Teil I), dessen Teilnehmer aber bereits nach drei Wochen von der Polizei verhaftet und gefoltert wurden. Da die Gefahr einer Bolschewisierung und inneren Überfremdung Rumäniens in diesen Jahren ständig wuchs und die bestehende nationale Bewegung dieser Bedrohung nicht gewachsen war, gründete C. am 24. Juni 1927 gemeinsam mit Jon Motza seine „Legion Erzengel Michael", später auch „Eiserne Garde" genannt.
Beide gingen dabei von der Erkenntnis aus, daß nur eine tiefgehende geistige und seelische Umformung, eine religiöse Erneuerung der rumänischen Nation, also der Menschen (vgl. → *REVOLUTION* (Teil I), das Land vor dem Untergang retten und dem Volk eine angemessene Lebensweise sichern könne. Sie begegneten sich in dieser Auffassung mit → *PRIMO DE RIVERA* jr. in Spanien und mit Leon Degrelle in Belgien.
C. wollte in Rumänien einen Menschentyp heranziehen, der allen

durch Materialismus und → *LIBERALISMUS* (Teil I) entstandenen moralischen Erkrankungen durch Rückkehr zu christlicher Ethik und natürlicher Lebensweise standhalten und Widerstand leisten könne. Der Widerhall seines Wollens in allen Schichten der Bevölkerung, sogar über die Grenzen Rumäniens hinaus, war groß.
Nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Duca durch drei seiner Legionäre — nach der Ende 1933 verfügten Auflösung der Legion — wurde C. verhaftet, vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. 1935 schuf er die Legion neu und baute vor allem den freiwilligen → *ARBEITSDIENST* (Teil I) großzügig aus, der u. a. im Wohnungsbau wirksam wurde. Auch legionseigene Gaststätten und Lebensmittelgeschäfte wurden in den größeren Städten Rumäniens eingerichtet.
1937 fiel Jon Motza im spanischen Bürgerkrieg. Sein Tod hob das Prestige der Legion bedeutend. Bei den Wahlen im Dezember 1937 eroberte sie 70 von 370 Abgeordnetensitzen im Parlament und wurde zur zweitstärksten politischen Macht des Landes. Als C. daraufhin öffentlich eine antikommunistische Außenpolitik an der Seite Deutschlands und Italiens forderte, errichtete König Carol eine Diktatur, ließ die Legion zerschlagen, ihre Mitglieder verhaften und in Lager einliefern.
C. selbst wurde wegen Hochverrats angeklagt, verurteilt und einige Monate später, am 30. November 1938 bei Bukarest „auf der Flucht erschossen". Aber seine Legion überlebte. Sein Nachfolger Horia Sima zwang am 6. September 1940 König Carol zur Abdankung, wurde selbst für die Dauer von vier Monaten Ministerpräsident und setzte auch nach dem Friedensschluß Rumäniens mit der UdSSR (23. August 1944) den unterirdischen Kampf gegen den Bolschewismus fort.

Literatur:

Ovidiu Gaina, „Codreanu und seine Eiserne Garde" in Der Weg (El Sendero), 4. Jahrg. Heft 8, Buenos Aires August 1950
Corneliu Codreanu, Eiserne Garde, Berlin o. J. (Brunnen-Verlag W. Bischoff)

COUVE DE MURVILLE

Jacques Maurice C., seit Beginn der 5. Republik (1958) französischer Außenminister, zuvor seit 1950 französischer Botschafter in Ägypten, den Vereinigten Staaten und Westdeutschland, erwies sich als hinreichend wandlungsfähig, um von der → VICHY-REGIERUNG (Teil I) zu General Giraud und von diesem zu General → DE GAULLE zu gelangen, dessen Europapolitik er seitdem konsequent und ohne eigenmächtige Abweichungen vertritt.

1907 geboren, studierte C. an der Sorbonne, schlug die höhere Verwaltungslaufbahn ein und war im Rahmen der Finanzverwaltung tätig. Nachdem 1940 die deutschen Truppen den größten Teil Frankreichs besetzt hatten, bildete sich im unbesetzten Süden die → *VICHY*-Regierung (Teil I), in deren Finanzministerium unter Leitung von Bouteillier C. Generaldirektor für den Geldumlauf wurde.
Als Admiral Darlan im Juni 1941 eine Kommission einsetzte, die einen endgültigen Friedensvertrag mit Deutschland aushandeln sollte, wurde Jacques Benoist-Mechin zum Präsidenten dieser Kommission ernannt und C. ihm als Finanzberater zugeteilt. Die Kommission konnte ihre Tätigkeit nicht aufnehmen, da das deutsche Außenministerium an einem endgültigen Friedensvertrag nach Darlans Vorstellungen zu diesem Zeitpunkt nicht interessiert war.
Als dann 1942 Darlan in amerikanische Gefangenschaft geriet, General Giraud den Befehl über die französischen Truppen in Nordafrika übernahm und auch das südliche Frankreich von deutschen Truppen besetzt wurde, gelang es C., sich nach Algier durchzuschlagen. Er wurde Girauds persönlicher Sekretär und Mitte 1943 Mitglied des französischen Komitees für die Nationale Befreiung.
Bis 1944 war C. als Finanzkommissar tätig, dann trat er dem Beraterstab für Italien bei. 1945 machte ihn → *DE GAULLE* zum französischen Botschafter in Rom, rief ihn aber noch im gleichen Jahre als Generaldirektor der politischen Abteilung ins Außenministerium nach Paris.
Über C.s Mitwirken in der Vichy-Regierung wurde nicht mehr gesprochen, obgleich sein damaliger Chef Benoist-Mechin zum Tode verurteilt und zwar begnadigt worden war, aber immerhin zehn Jahre lang in Haft blieb. Auch C.s enge Zusammenarbeit mit de Gaulles altem Gegenspieler Giraud wurde ihm verziehen.

1950 wurde er Botschafter in Kairo, später in Wahington und 1956 in Bonn. Als de Gaulle 1958 von neuem die Regierung Frankreichs übernahm und die 5. Republik begründete, machte er C. zum Außenminister, das heißt zum Ausführenden seiner eigenen de Gaulleschen Außenpolitik, die vor allem auf ein selbständiges, von den USA unabhängiges Europa unter französischer Führung und daher gegen eine Einbeziehung Englands in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft (→ *EWG*, Teil I) gerichtet ist.

Anmerkungen ....

Josef C., 1947 bis 1952 und seit dem Frühjahr 1954 erneut Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik → POLEN (Teil I), gehört seit 1948 dem Politbüro des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei Polens an und stand während des Krieges besonders aktiv im Abwehrkampf gegen die deutsche Besatzung.

1911 als Sohn eines begüterten Industriellen geboren, studierte C. an der Jagiello-Universität in Krakau Rechtswissenschaften, schloß sich früh der unabhängigen sozialistischen Jugend an und wurde mit 24 Jahren sozialistischer Parteisekretär in Krakau.

Bei Kriegsausbruch 1939 kämpfte C. bei der Artillerie, geriet in deutsche Gefangenschaft, entfloh aber und organisierte im Distrikt Krakau den Widerstand gegen die deutsche Besatzung. 1941 wurde er von neuem gefangengenommen, diesmal als politischer Häftling, kam in die Lager Auschwitz und Mauthausen und blieb dort bis zum Kriegsende.

C. hat diese beiden berüchtigten Lager nicht nur überlebt sondern muß dort unter den polnischen Mithäftlingen seine spätere politische Laufbahn vorbereitet haben. Denn ein Jahr nach seiner Befreiung war er bereits Generalsekretär der Polnischen Sozialistischen Partei, die er dann 1948 mit der kommunistischen zur Vereinigten Arbeiterpartei verschmolz.

Seit 1947 wechselte er sich mit Bierut in der Ministerpräsidentschaft ab, die er seit 1954 ununterbrochen ausübt. Auch die politische Rehabilitation → *GOMULKAs* in der Parteiführung nach Bieruts Tod (1955) konnte C.s Stellung nicht erschüttern. Er steht im Politbüro an zweiter Stelle.

Aus den heftigen Kontroversen Gomulkas und des Staatspräsidenten Ochab Anfang 1966 mit dem Kardinal Wyscinski hielt sich C., von dem Ausreiseverbot für den Kardinal abgesehen, weitgehend heraus. In der Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland dagegen und im Pochen auf endgültige Anerkennung der → *ODER-NEISSE*-Grenze (Teil I) tut er sich hervor.

C. gehört zu den zuverlässigen Befürwortern einer festen Bindung an die UdSSR. Betonte Selbständigkeitstendenzen (wie in Rumänien) oder der Versuch einer Annäherung an Rotchina sind von ihm kaum zu erwarten.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. DA COSTA E SILVA

Marschall Arturo da Costa e Silva wurde am 3. Oktober 1966 mit 295 von angeblich 473 Stimmen des Senats und der Abgeordnetenkammer zum Staatspräsidenten von → Brasilien gewählt. Es gab bei dieser Wahl keinen Gegenkandidaten. Seinen Amtsantritt legte man auf den 15. März 1967 fest. Er löste den General Castelo Branco ab, der seinerseits 1964 den linkssozialistischen Präsidenten Joao Goulart gestürzt hatte. Wie lange sich da C. wird behaupten können, ist unter den herrschenden Umständen ungewiß.

1902 geboren, wurde da C. an der Brasilianischen Militärakademie sowie an der Heereswaffenschule der USA in Fort Knox, Kentucky, ausgebildet. 1920 erhielt er das Offizierspatent und diente sich bis 1958 zum Divisionskommandeur, bis 1962 zum Kommandierenden General der Armee hinauf. 1964 übernahm da C. das Amt des Kriegsministers, das er bis zu seiner Wahl zum Präsidenten innehatte.

Unmittelbar nach der Wahl da C's. dekretierte Branco, der noch bis zum 15. März 1967 im Amt blieb, die Schließung beider Kammern des Kongresses, das Recht der Regierung, ohne Mitwirkung des Parlaments Gesetze zu erlassen, und die Übertragung der offiziellen Wahlbestätigung da C's. zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt an das Büro des Senats.

Gleichzeitig befahl Branco dem Garnisonskommandanten der Hauptstadt Brasilia, das Parlament zu schließen und alle im Zusammenhang damit notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Zu den Neuwahlen des Parlaments im November 1966 waren nur zwei Parteien zugelassen. Von den Wahlberechtigten gingen in den einzelnen Landesteilen durchschnittlich 10 bis 40 % zur Wahlurne. Das Wahlergebnis sagt daher nichts über die wahre politische Einstellung der Bevölkerung aus.

Da C. konnte also bei seinem Amtsantritt nicht überblicken, inwieweit er das Volk hinter sich hat. Ebensowenig war er sich – trotz persönlicher Freundschaft von Jugend an – der Unterstützung durch seinen Vorgänger Castelo Branco sicher, hinter dem die gesamte aus der „Escola Superior da Guerra" hervorgegangene nicht nur militärische Führungsschicht steht. Da C. hat nicht an dieser Akademie studiert.

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Zudem stand da C. (bis zu seinem Amtsantritt) in dem Ruf, ein schwacher Politiker zu sein, und viele, die sich für seine Kandidatur einsetzten, taten es in der Absicht, ihn für ihre Interessen auszunutzen, unter ihnen auch die Diplomaten und Südamerikaexperten der USA. Alles in allem bedeutet das für da C. eine wenig erfolgversprechende Ausgangsposition.

Literatur:

NZZ vom 4. Mai 1966
vgl. auch → *Brasilien* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Mokthar ould D., seit 1959 Ministerpräsident, seit 1961 Staatspräsident von → Mauretanien (Teil I) ist strenggläubiger Mohammedaner, Jurist und wissenschaftlich geschulter Orientalist. Er wurde 1966 auf fünf weitere Jahre wiedergewählt.

1927 im Süden der französischen Kolonie Mauretanien (Französisch-Westafrika) geboren, besuchte D. die Realschule in Senegal, erhielt eine Dolmetscherausbildung und studierte in Paris Rechtswissenschaften sowie Orientalistik.
Nach Abschluß seiner Studien war D. für die Anwaltsfirma Boissier Palun in Dakar tätig und wurde 1957, als Frankreich Mauretanien den Territorialstatus zuerkannte, Mitglied des Territorialrates für die „Union Progressiste Mauretanienne" (UPM), später für die „Parti du Regroupement Mauretanien" (PRM), die er aus der UPM und anderen politischen Gruppierungen gebildet hatte.
Nicht zuletzt seinem unablässigen Drängen war es zuzuschreiben, daß Frankreich bereits Ende November 1958 Mauretanien als Autonome Republik innerhalb der Communauté Française anerkannte. D. wurde zunächst provisorischer Regierungschef, dann Ministerpräsident und übernahm anfangs auch das Außen-, Verteidigungs- und Innenministerium selbst.
Anfang 1961, kurz nach Erlangung der vollen Unabhängigkeit führte D. die Präsidialverfassung ein und wurde als Präsident Staatsoberhaupt und Regierungschef in einer Person. Drei Jahre später machte er seine Partei, die PRM, zur Einheitspartei und schaltete damit die parlamentarische Opposition aus.
Gleich zu Beginn seiner Präsidentschaft schloß D. mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich einen Wirtschafts- und Verteidigungsvertrag. Dieser Schritt scheint im Widerspruch zu seinem jahrelangen zähen Unabhängigkeitsstreben zu stehen, war aber notwendig, da D. sich gegen einen möglichen Angriff → *Marokkos* (Teil I) absichern mußte, das alte Ansprüche auf Mauretanien geltend macht. Aus den interafrikanischen und panafrikanischen Bestrebungen einiger seiner unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn hielt D. sich heraus. Auch zu den Ostmächten UdSSR und China zeigte er bisher (1967) keine Annäherungstendenzen.

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

Literatur:

„Mauretanien" in Internat. Afrika Forum 2/1967
vgl. auch → *MAURETANIEN* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Ralf D., führender westdeutscher Soziologe, seit dem 8. Januar 1968 stellvertretender Landesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei in Baden-Württemberg und Mitglied des Bundesvorstandes, gab dieser Partei neue Impulse in dem Augenblick, in dem ihre Anwesenheit im Bundestag nach 1969 gefährdet schien. D. vertritt eine Außenpolitik, bei der „die Wiederherstellung einer starken deutschen Nation — als solcher — keine zentrale Rolle spielt" (Welt-Interview vom 5. August 1968).

1929 in Hamburg als Sohn des sozialdemokratischen Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften Gustav D. geboren, studierte D. klassische Philologie und Soziologie, promovierte 1952 in Hamburg, 1956 in London und habilitierte sich 1957 als Privatdozent an der Universität Saarbrücken.

1958 als ordentlicher Professor an die Hamburger Akademie für Gemeinwesen, 1960 ebenfalls als o. Professor an die Universität Tübingen berufen, wurde D. auch Gastprofessor der Sozialwissenschaft an der Columbia-Universität in New York. Nach Gründung der neuen Universität Konstanz ging er als Professor der Soziologie dorthin.

Da weder die SPD noch die CDU seinen politischen Vorstellungen entsprachen, entschloß sich D. Ende 1967, sich der FDP anzuschließen zu einem Zeitpunkt, als diese eine schwere Krise durchmachte, an der → *SPERRKLAUSEL* (Teil I) zu scheitern drohte und einer vollständigen Erneuerung dringend bedurfte. Sechs Wochen nach seinem Beitritt wurde D. zum stellvertretenden Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg gewählt und zog nach den Landtagswahlen vom 28. April 1968 in das Stuttgarter Landesparlament ein.

In zahlreichen programmatischen Äußerungen übte D. seitdem an der bisherigen Politik der FDP Kritik, zog sich damit in wachsendem Maße den Unwillen der langjährigen Parteifunktionäre zu und erweckte bei ihnen die Sorge, die Partei könne im Bundestagswahlkampf 1969 nicht die notwendige Geschlossenheit zeigen. Andererseits bedeuten D.s energische Erneuerungsbestrebungen linksliberaler Tendenz die Hoffnung auf ein neues Bild derFDP umsomehr, als die rechtsgerichteten, nationalen Kreise der Wählerschaft von der NPD aufgefangen wurden.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Anfang August 1968 kündigte D. für die Bundestagswahlen 1969 ein neues Sachprogramm der FDP an, kritisierte aber schon im voraus an diesem Programm, daß es in der Frage der Anerkennung der → *ODER-NEISSE-LINIE* (Teil I) keinen klaren Standpunkt verträte. D. selbst ist der Auffassung, die Anerkennung dieser Grenze stelle kein Verhandlungsobjekt mehr dar, daher auch keine Vorleistung, sondern „eine notwendige Grundlage für jede aktive Ostpolitik".
Der von den Gewerkschaften geforderten → *MITBESTIMMUNG* (Teil I) steht D. ungeachtet seiner radikal-liberalen Einstellung, aufgrund seiner betriebssoziologischen Sachkenntnis skeptisch gegenüber. Eine Änderung des bundesdeutschen Wahlrechts zugunsten einer Mehrheitswahl oder von „Dreierwahlkreisen" mußte er schon aus dem Grunde ablehnen, als die FDP bei einer solchen Wahlrechtsänderung keine Chancen mehr hätte.
D.s erklärtes Ziel ist aber gerade, die FDP soweit zu stärken, daß sie gegebenenfalls alleine die Regierung bilden kann, „... weg von der Koalitionspartei ... hin zu der Partei, die selbst den Anspruch auf Prägung der Richtlinien der Politik erhebt". Welcher Art solche Richtlinien seiner Auffassung nach sein würden, geht u. a. aus seiner Äußerung hervor, er strebe Lösungen an, „die über nationalstaatliche weit hinausgehen" und in der Sicherheits- sowie in der Wiedervereinigungsfrage ein gefestigtes Deutschland nicht mehr in den Mittelpunkt der Zielsetzung stellen wollten (vgl. 1. Absatz oben).

Literatur:

Ralf Dahrendorf, Marx in Perspektive. Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx, 1953
Ralf Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie 1956/1961
Ralf Dahrendorf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, 1957
Ralf Dahrendorf, Der zweite Bildungsweg, 1958
Ralf Dahrendorf, Sozialstruktur des Betriebes, 1959
Ralf Dahrendorf, Homo Sociologicus, 1961
Ralf Dahrendorf, Über den Ursprung der Ungleichheit, 1961
Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, 1961
Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1966

(vgl. auch → NATIONALSOZIALISMUS (Teil I))

DALAI LAMA

Lhamo Döndrub, der vierzehnte und unter den gegenwärtigen Umständen vermutlich letzte geistliche Führer des tibetanischen Buddhismus, höchste lebende Inkarnation Buddhas und Herrscher über Tibet, wurde 1940 als fünfjähriges Kind in Lhasa inthronisiert, floh 1959 nach der rotchinesischen Invasion nach Indien und leitet von dort aus die Hilfsmaßnahmen für die tibetanischen Flüchtlinge in aller Welt.

Der D.L. wurde 1935 als dritter Sohn einer kleinbäuerlichen Familie in Tengtser in der westchinesischen Provinz Amdo geboren. Als er zwei Jahre alt war, fand ihn eine Suchexpedition aus Lhasa, die in ihm die Wiederverkörperung des Ende 1933 verstorbenen dreizehnten Dalai Lama und damit aller seiner Vorgänger erkannte.
1939 übersiedelte die Familie nach Lhasa. Das Kind bewies bei seiner Ausbildung und Vorbereitung auf das höchste, zugleich geistliche Staatsamt auch nach europäischen Gesichtspunkten eine außergewöhnlich hohe Intelligenz. — Heinrich Harrer hatte 1950 Gelegenheit, im täglichen freundschaftlichen Umgang mit dem fünfzehnjährigen Lhamo Döndrub das Allgemeinwissen zu beurteilen, das dieser sich neben seiner buddhistisch-theologischen Ausbildung selbst angeeignet hatte, und auch zur Systematisierung und Ergänzung dieses Wissens beizutragen. —
1949 begann die chinesische Invasion zunächst im östlichen Teil Tibets, Amdo, wo der älteste Bruder des D. L. Norbu, kurz zuvor Abt des Klosters Kumbum geworden war. Er unterrichtete Lhasa über die rasch bedrohlicher werdende Haltung der Chinesen. Angesichts der wachsenden Gefahr übertrug man 1950 dem erst fünfzehnjährigen D. L. auch die volle politische Gewalt.
Währenddessen rückte die chinesische Invasionsarmee gegen Lhasa vor. Damit sie sich nicht der Person des D. L. bemächtigen könne, bedrängte ihn die Nationalversammlung, an die indische Grenze zu reisen. 1951 kehrte der D. L. jedoch nach Lhasa zurück.
In den Jahren von 1951 bis 1959 reiste Lhamo Döndrub nach Peking und Indien, führte Gespräche mit → *Mao Tse-tung*, → *Tschu En-lai* und → *Nehru* in der Absicht, zwischen dem chinesischen Okkupationswillen und dem Selbsterhaltungswillen der Tibeter Kompromißlösungen zu finden. Es zeigte sich, daß er völlig allein stand und

kein Gehör fand. Im Gegenteil, die Chinesen versuchten, Ansehen und Einfluß des Dalai Lama für ihre Zwecke zu nutzen.
Dem entzog er sich 1959 durch eine abenteuerliche und strapaziöse Flucht nach Indien, das ihm Asyl gewährte. Von seinem Exil aus appellierte er erneut, wie bereits 1950, an die UNO, dieses Mal mit dem Ergebnis, daß die Vollversammlung in einer Resolution formal ihrem Bedauern über die Vorgänge in Tibet Ausdruck verlieh, ohne China mit einem Wort zu erwähnen.
Wesentlich deutlicher urteilte die Internationale Juristenkommission in Genf, der Lhamo Döndrub Aussagen tibetischer Flüchtlinge unterbreitet hatte. Sie kam zu dem eindeutigen Ergebnis, daß sich China gegenüber Tibet des → *Genocids* (Teil I) schuldig gemacht habe.
Lhamo Döndrub setzte in Indien seine geistlichen Studien fort, erwarb unter anderem den Doktorgrad in buddhistischer Philosophie und widmete sich der Organisation einer weitgespannten Flüchtlingshilfe für die Tibeter, die mit ihm und nach ihm die Heimat verlassen hatten.
Seine Autobiographie verrät einen wachen, kritischen Geist und eine unbefangene Beobachtungsgabe, die den Tatsachen oft sehr viel näher kommt als eine konventionelle Berichterstattung. Bei einer Verschiebung der Machtverhältnisse im fernöstlichen Raum könnte Lhamo Döndrub durchaus wieder eine führende Rolle übernehmen.

Literatur:

Heinrich Harrer, Sieben Jahre in Tibet, Wien (Ullstein) 1952
Thubten Dschigme Norbu, Tibet — verlorene Heimat, Berlin (Ullstein) 1960
Dalai Lama, Mein Leben und mein Volk. Die Tragödie Tibets, München (Droemer) 1962
Die Tibetfrage und die Herrschaft des Rechts, Internationale Juristenkommission, Genf 1959
Tibet und die Chinesische Volksrepublik, Internationale Juristenkommission, Genf 1960

Anmerkungen ....

....

Richard-Walther Oskar D., von 1934 bis 1942 Reichs- und Preußischer Minister für Ernährung und Landwirtschaft sowie Reichsbauernführer, schuf im Reichsnährstand eine reichseinheitliche Standesvertretung der deutschen Landwirtschaft (1949 aufgelöst) und mit dem Erbhofgesetz sowie der Marktordnung eine vorbildliche Existenzsicherung der Bauern selbst.

1895 in Belgrano bei Buenos Aires als Sohn eines deutschen Kaufmannes und einer Schwedin geboren, besuchte D. zunächst die deutsche Schule in Belgrano, dann das evangelische Pädagogium in Bad Godesberg, die King College School in Wimbledon und schließlich die Oberrealschule in Gummersbach.

Seine weitere Ausbildung auf der Reichskolonialschule in Witzenhausen wurde durch den 1. Weltkrieg unterbrochen, an dem D. als Kriegsfreiwilliger von 1914 bis 1918 teilnahm, anschließend fortgesetzt und nach praktischer landwirtschaftlicher Tätigkeit mit dem Studium an den Universitäten Halle und Gießen und dem Diplomlandwirt- und Diplomkolonialwirt-Examen abgeschlossen.

1926 Bevollmächtigter der Königsberger Ostmesse in Finnland, war D. 1927 dort Tierzuchtsachverständiger des Reiches in Lahtis, wurde aber dann wegen seiner nationalen Einstellung vom weiteren Staatsdienst suspendiert. 1930 baute er im Rahmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei den sogenannten „Agrarpolitischen Apparat" auf und wurde im April 1933 Präsident der Reichsfachgemeinschaft des deutschen Bauernstandes, aus der er den Reichsnährstand formte, und Präsident der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Raiffeisenverbandes, die die wirtschaftliche Kraft der deutschen Landwirtschaft verkörperten.

Im Mai 1933 wurde D. auch Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates und Ende Juni löste er Alfred Hugenberg als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sowie als Preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ab. Damit hatte er nunmehr freie Hand zur Durchführung seines Reformwerkes.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die bäuerliche Bevölkerung eine unentbehrliche biologische Kraftreserve gegenüber dem Zivilisationsverschleiß des Volkes darstellt und daher nicht nur wirtschaftlich erhalten, sondern auch in ihrer geistig-seelischen Entwicklung geför-

dert werden muß, nannte D. die Hauptabteilung I des Reichsnährstandes „Der Mensch" und gab ihr dementsprechende Aufgaben. Er war der Überzeugung, daß aus der Verbindung von gesundem, naturnahem Leben, hohem beruflichen Leistungsstand und ererbtem bäuerlichen Grundbesitz, den Höfen, dem Volke eine neue Elite, ein neuer Adel erwachsen könne.
D.s fachliches Wissen, seine langjährige Erfahrung, fanden im preußischen (15. Mai 1933) und Reichserbhofgesetz (29. September 1933) ihren Niederschlag, das land- und forstwirtschaftlichen Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernahrung (etwa 7,5 ha), soweit er sich im Alleinbesitz einer „bauernfähigen Person" befand, unveräußerlich und unbelastbar machte und beim Tode des Eigentümers ungeteilt auf den „Anerben" (je nach landwirtschaftlichem Brauch ältester oder jüngster Sohn) übergehen ließ.
Auch die gleichzeitig erlassene landwirtschaftliche Marktordnung mit ihren Fest- und Richtpreisen für landwirtschaftliche Produkte, deren Festsetzung und Kontrolle dem Reichsnährstand oblag, ließ in Konzept und Durchführung die Hand des Fachmannes erkennen und sicherte den Bauern zum erstenmal ein annähernd vorausberechenbares Einkommen.
Als im Verlauf des 2. Weltkrieges im Rahmen der Kriegswirtschaft das landwirtschaftliche Produktionssoll um jeden Preis gesteigert werden mußte, auch um den Preis der bäuerlichen Lebensordnung, und D. sich gegen diese Entwicklung sperrte, wurde er 1942 durch seinen bisherigen Staatssekretär Backe abgelöst. Dieser Umstand bewahrte ihn davor, 1945 auf der Nürnberger Angeklagtenbank zu erscheinen. Vom Reichsführer SS Heinrich Himmler in dessen Stab D. zeitweilig das Rasse- und Siedlungsamt leitete, hatte er sich schon zu Beginn des Krieges distanziert.
Nach 1945 arbeitete D. privatim an landwirtschaftlichen Problemen, z. B. an der Motorisierung kleiner Betriebe, bis zu seinem durch ein Leberleiden verursachten Tode im Jahre 1955.

Literatur:

R.-Walther Darré, Das Bauerntum als Lebensquelle der Nord. Rasse, München (I. F. Lehmann) 1928
R.-Walther Darré, Neuadel aus Blut und Boden, München (Lehmanns Verlag) 1930

Mosche D., von 1953 bis 1958 Chef der israelischen Armee, von 1959 bis 1964 Landwirtschaftsminister und seit dem 2. Juni 1967 Verteidigungsminister im 3. Kabinett → ESCHKOL, führte die israelischen Streitkräfte im Junikrieg gegen Ägypten, Jordanien und andere arabische Staaten binnen vier Tagen (5. bis 8. Juni 1967) zum Siege und suchte in der Zeit danach die erkämpften Positionen (Sinai und Westjordanien) politisch abzusichern.

1915 in Degania/Palästina als Sohn des in Rußland geborenen Altzionisten und Schriftstellers Schmuel D. geboren, führte D. seit 1928, also bereits als dreizehnjähriger Junge in Nahalal Aufträge der jüdischen Selbstschutzorganisation Haganah durch, erhielt seine Offiziersausbildung auf einer Senior Officers School in England und war 1937 stellvertretender Kommandeur der von Wingate geschaffenen „night squad".
1939 wurde D. von den britischen Behörden beim Verbot der Haganah in Haft genommen und bis 1941 gefangen gehalten. Nach seiner Entlassung half er beim Aufbau von Palmach und führte bei der Invasion der Alliierten in Syrien eine Vorauseinheit zur Verteidigung der Vormarschstraße. Anschließend instruierte D. bis 1945 jüdische Fallschirmtruppen in Europa.
1948 zum Oberstleutnant befördert, führte D. im israelischen Unabhängigkeitskrieg bei Emeh Hayarden, im Negev, bei Ramleh und Lydda. Bei diesen Kämpfen verlor er ein Auge. Während der Belagerung von Jerusalem war er dort Militärbefehlshaber, führte bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit den arabischen Staaten auf der Insel Rhodos die israelische Delegation und war der leitende Verbindungsoffizier in den gemischten Waffenstillstandskommissionen.
1952 wurde D. Chef des Generalstabs für den Südabschnitt, übernahm noch im gleichen Jahr den Nordabschnitt, 1953 die Führung des gesamten Generalstabes im Generalhauptquartier und machte in den folgenden fünf Jahren die israelische Armee zu einem der modernsten und schlagkräftigsten Heere dieser Größenordnung.
1959 wurde D. Landwirtschaftsminister im Kabinett → *BEN GURION*, gleichzeitig Abgeordneter der Mapai-Partei im Parlament (Knesset.) Im 1. Kabinett → *ESCHKOL* behielt er das Landwirt-

schaftsministerium noch, im 2. und 3. (ab 1964) nicht mehr. In der Folgezeit besuchte er u. a. den vietnamesischen Kriegsschauplatz, bildete sich ein Urteil über die Kampfesweise der Amerikaner sowie über die Verhältnisse in Südvietnam und schrieb einen kritischen Bericht für die Presse.

Als dann die arabischen Kriegsvorbereitungen im Mai 1967 auf einen unmittelbar bevorstehenden Angriff schließen ließen, zwang die Öffentliche Meinung in Israel Eschkol, am 2. Juni 1967 D. das Verteidigungsministerium zu überlassen, das Eschkol sich bis dahin selbst vorbehalten hatte.

Drei Tage später griff D. an und am 8. Juni mußten Ägypten und Jordanien aufgeben. Die anderen arabischen Staaten waren ohnehin noch nicht zum Zuge gekommen. D. handelte nach der Devise, daß der Angriff die beste Verteidigung ist, ohne sich mit der völkerrechtlichen Streitfrage, ob ein → *PRÄVENTIVKRIEG* eine → *AGGRESSION* (Teil I) darstelle, lange aufzuhalten.

Er eroberte in fünf Tagen die gesamte Sinai-Halbinsel, Westjordanien mit Jerusalem sowie eine strategisch wichtige Zone an der syrischen Grenze und ist seitdem bemüht, mit politischen Mitteln diese Gebiete bei Israel zu erhalten. Was er im Kampf durch rasches, entschiedenes Handeln erreichte, sucht er nunmehr durch zähe Klugheit zu sichern. Eschkol allerdings kritisierte ihn am 7. Juli 1967 öffentlich wegen seines „Eigenlobs" und schrieb das Hauptverdienst am Siege dem Stabschef Generalmajor Rabin zu.

Kennzeichnend für D.s Bemühen war seine Ansprache am 15. Januar 1968 in Atlit an die letzten ägyptischen Offiziersgefangenen vor ihrer Rückkehr nach Kairo angesichts der inzwischen mit sowjetrussischer Hilfe vollzogenen Wiederaufrüstung Ägyptens. „Wir können neben euch leben, ohne ein Glied der arabischen Welt zu sein. Wir betrachten uns als einen Teil der jüdischen Welt, wie die Araber von Israel sich als einen Teil der arabischen Welt betrachten ..."

D. sieht also im Staate Israel nur einen Teil der jüdischen Welt.

Literatur:

vgl. → *BEN GURION*, → *ESCHKOL*, → *ISRAEL* Teil I)
Yael Dayan, Mein Kriegstagebuch, Frankfurt (G. B. Fischer) 1967
Lexikon des Judentums, Gütersloh (Bertelsmann) 1967

Michel D., Berufspolitiker, seit dem 22. Juni 1969 französischer Verteidigungsminister in der Regierung → CHABAN-DELMAS, zuvor, vor dem Rücktritt de Gaulles, von 1959 bis 1962 Premierminister, 1966 Wirtschafts- und seit dem 13. Juli 1968 Außenminister im Kabinett Couve de Murville, gilt als harter Gegner einer militärischen → NATO-Beteiligung (Teil I) Frankreichs.

Am 15. Januar 1912 in Paris geboren, studierte D. an der Hochschule für Politische Wissenschaften und wurde mit 22 Jahren Auditeur beim Staatsrat. Nach der Niederlage Frankreichs im Zweiten Weltkrieg schloß sich D. der französischen Widerstandsbewegung in Algerien an, wurde 1944 Kommissar der Republik in der Region Angers und 1945 als Anhänger de Gaulles Mitglied der Kommission für Reform des Zivildienstes.

1947 wurde D. der französischen Wirtschaftsmission im Saargebiet zugeteilt und schloß sich gleichzeitig dem Rassemblement du Peuple Français an. 1948 wurde er Generalsekretär für Deutschland- und Österreichfragen im Außenministerium. Im gleichen Jahr wählte ihn das Departement Indre et Loire in den Senat. 1955 wurde er wiedergewählt.

Inzwischen war D. zum erklärten Gegner der Verfassungsgrundlagen der 4. Republik geworden und vertrat die Einführung einer Präsidialverfassung. Im Juni 1958, nach der Regierungsübernahme durch de Gaulle, wurde D. Justizminister, im Oktober desselben Jahres war er Mitbegründer der gaullistischen UNR (Union pour la Nouvelle République) und wurde einen Monat später für diese Partei in die Nationalversammlung gewählt. Er war am Entwurf der Verfassung der 5. Republik beteiligt, wurde am 8. Januar 1959 deren erster Ministerpräsident und sah seine Aufgabe darin, die Politik de Gaulles zu realisieren.

Am 14. April 1962 wurde D. als Ministerpräsident von → *POMPIDOU* abgelöst, im November gleichen Jahres nahm er die parlamentarische Tätigkeit im Rahmen der UNR wieder auf, bis er 1966 in die Regierung Pompidou eintrat und das vereinigte Wirtschafts- und Finanzministerium übernahm. Nach Pompidous Ablösung durch Couve de Murville im Juli 1968 übernahm D. das Außenministerium, half im Sinne de Gaulles einen → *EWG*-Beitritt (Teil I) Groß-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

britanniens verhindern und hielt auch an der de Gaullschen Zurückhaltung gegenüber der → *NATO* (Teil I) fest.
Anläßlich der Eröffnung der Straßburger Messe am 5. September 1968 betonte D. das Selbstbestimmungsrecht der Völker und wandte sich, kurz nach der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei gegen die Mißachtung der Souveränität kleiner durch die mächtigeren Länder. Bei einem Dejeuner der Diplomatischen Presse Frankreichs zehn Tage darauf bezeichnete er die Grundzüge der de Gaullschen Außenpolitik als unveränderlich. Im Oktober 1968 verhandelte er in Washington unter anderem auch mit dem amerikanischen Außenminister → *RUSK*.
Nachdem dann de Gaulle im Mai 1969 zurückgetreten und Pompidou, im Juni zu seinem Nachfolger gewählt, Jacques → *CHABAN DELMAS* mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, mußte D. das Außenministerium an Maurice Schumann übergeben und erhielt das Staatsministerium für die nationale Verteidigung. Auch in dieser Position kann sich seine Skepsis gegenüber der NATO im Allgemeinen und gegenüber Großbritannien im Besonderen, die er mit de Gaulle teilt, nachhaltig auswirken.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

DE GAULLE

Charles André Joseph Marie de G., 1944—1946 und erneut seit dem 8. Januar 1959 Staatspräsident der Republik Frankreich, regiert autoritär und im Stil eines souveränen Monarchen, besaß auch als einziger französischer Staatsmann die Autorität, den Algerienkrieg zu beenden, bevor dieser Frankreich in eine neue Katastrophe zog. Er war es, der Frankreich wieder in den Rang einer Großmacht und europäischen Führungsmacht erhob und es mit dem Austritt aus der → NATO (Teil I), mit dem Bau und der Erprobung eigener Atomwaffen sowie mit einer durchaus eigenmächtigen Ostpolitik jedem Verdacht einer Abhängigkeit von den USA entzog. Damit trug er wesentlich dazu bei, die im Kalten Krieg und in der Zweiteilung der Welt erstarrte internationale Politik wieder in Fluß zu bringen.

1890 in Lille (Nordfrankreich) geboren, trat de G. mit 18 Jahren in die Militärschule St. Cyr ein. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er als Hauptmann teilnahm, dabei zeitweilig in deutscher Gefangenschaft war, entwickelte er sich zum strategisch hervorragendsten Kopf der französischen Panzerwaffe, drang jedoch mit seiner Forderung nach der Schaffung großer operativer Panzerverbände nicht durch.

Nach Frankreichs Niederlage 1940 organisierte er mit seinem „Französischen Nationalkomitee" von Großbritannien aus den Widerstand gegen die Regierung Petain und die deutsche Besatzung. 1942 errichtete er in Algier eine provisorische Gegenregierung. Ein Verständnis für eine europäische Gemeinsamkeit in der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus lag ihm fern. Im Gefolge der Alliierten konnte de Gaulle Ende 1944 nach Frankreich zurückkehren, machte dort mit den kommunistischen Maquisards zunächst gemeinsame Sache und war mitverantwortlich für das Blutbad, das in ganz Frankreich unter den sogenannten → *Kollaborateuren* (Teil I) angerichtet wurde. Für die Verurteilung Petains und Lavals trägt de G. allein die Verantwortung.

Bis zum Januar 1946 fungierte er als provisorischer Präsident der Republik, geriet jedoch immer stärker in Gegensatz zur 4. Republik, da er eine autoritäre Staatsführung und Frankreichs Hegemonie über

Europa anstrebte, und zog sich von der Staatsführung zurück. Die Verstimmung weiter Volksmassen über die parlamentarische Mißwirtschaft und die ständige Wirtschaftskrise brachte zwar der von ihm 1947 gegründeten Bewegung „Rassemblement du peuple francais" vor allem bei den Wahlen 1949 und 1951 große Erfolge ein, aber die Diskussion über den „Schumanplan" und die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft", die de G. beide ablehnte, führten 1953 zum Zerfall der Partei (vgl. → *EVG*, Teil I).
Fünf Jahre später, am 1. Juni 1958, wurde de G. infolge des Putsches der Algerienfranzosen und der französischen Algerienarmee vom 13. Mai zum Ministerpräsidenten berufen, forderte Sondervollmachten und erhielt sie, ließ sogleich eine neue Verfassung entwerfen, die bei der Volksabstimmung am 28. September mit 3/4 Mehrheit angenommen wurde und am 4. Oktober in Kraft trat. Sie räumt dem Präsidenten entscheidende Befugnisse ein, einschließlich des Rechtes der Parlamentsauflösung.
Im Gegensatz zur äußersten Rechten seines Landes verhandelte de G. mit den Extremisten der „Algerischen Befreiungsfront" und überließ ihnen schließlich im Vertrag von Evian (18. März 1962) das französische Nordafrika. Einige deswegen unternommene Attentatsversuche der → *OAS* (Teil I) hatten keinen Erfolg.
De G.'s Europapolitik beruht auf der Vorstellung eines „Europa der Vaterländer", das aber nicht gleichbedeutend ist mit einem Europa der Völker oder Nationen. Die bisherigen Staaten Europas spiegeln nicht die Volksgliederung des Kontinents wider. Ein „Europa der Völker" aber kann de G. schon deswegen nicht wollen, weil er, wie alle Romanen, imperial und nicht biologisch denkt. Hinzu kommt, daß er sich nach eigener bezeugter Äußerung (1960) als Wegbereiter eines „kommunistischen Europa" betrachtet und die Entwicklung dorthin für „unaufhaltsam" hält.
De G.'s europäisches Verdienst und europäische Bedeutung liegt darin, daß er den amerikanisch-russischen Weltteilungsplänen mit einer Politik der Stärke (Atomrüstung, NATO-Austritt) auf neuen diplomatischen Wegen wie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China im Januar 1964 einerseits sowie eigener Kontaktaufnahme zur UdSSR andererseits zu begegnen sucht.

Anmerkungen ....

....

Suleyman D., Wasserwirtschaftler, seit dem 27. Oktober 1965 Ministerpräsident der → TÜRKEI (Teil I), war ein Jahr zuvor zum Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei (vor 1961: Demokratische Partei) gewählt worden und vertritt ein liberale Politik.

1924 als Bauernsohn in Isparta/Anatolien geboren, studierte D. an der Technischen Universität Istanbul, spezialisierte sich auf Wasserbau und war in diesem Fach von 1949 bis 1951 in den Vereinigten Staaten tätig. Gleichzeitig war er korrespondierender Mitarbeiter der Generaldirektion für Elektrostudien in Ankara und erhielt, dorthin zurückgekehrt, den Auftrag, mehrere hydroelektrische Projekte auszuarbeiten.
1954 ging D. nochmals in die USA, leitete das Departement für Staudämme und war in der Generaldirektion für Wasserkontrolle tätig. 1955 erhielt er das erste Eisenhowerstipendium für Forschungsarbeiten in den USA. Von 1955 bis 1960 war D. Direktor der staatlichen Wasserkraftverwaltung der Türkei und von 1960 bis 1964 lehrte er an der Technischen Universität des Mittleren Ostens. Seit 1961 war er außerdem privat als Berater für die amerikanische Firma Morrison-Knudsen tätig.
Politisch engagierte sich D. nach dem Sturz des Ministerpräsidenten Menderes (vgl. → *TÜRKEI*, Teil I) im Jahre 1960 und schloß sich schließlich der 1961 gegründeten oppositionellen Gerechtigkeitspartei an, die ihn 1964 zu ihrem Präsidenten wählte. Im Februar 1965 wurde D. stellvertr. Ministerpräsident und nach dem hohen Wahlsieg der Gerechtigkeitspartei über die 1923 von Kemal Atatürk gegründete Republikanische Volkspartei im Oktober 1965 als Ministerpräsident mit der Regierungsbildung beauftragt.
Bei den Senatswahlen am 5. Juni 1966 konnte D. den auf seine Partei entfallenden Stimmenanteil nochmals erhöhen. Sie erhielt von 52 neu zu besetzenden Senatssitzen 34, die Republikanische Volkspartei lediglich 13. Das Jahr 1967 widmete D. einer Reihe von diplomatischen Reisen. Während der (1966 gewählte) Staatspräsident der Türkei Cevdet *Sunay* im April Washington, Ende Juni Paris und Anfang November London Staatsbesuche abstattete, besuchte D. selber Mitte Mai offiziell die westdeutsche Bundesrepublik und Belgien, nahm bei dieser Gelegenheit auch an einer Sitzung des → *EWG*-Assoziierungsausschusses (Teil I) teil.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Am 13. September 1967 besuchte D. offiziell Rumänien, zwei Wochen später Moskau, wo er mit → *KOSSYGIN* ein Communiquè unterzeichnete des Inhalts, es beständen keine grundsätzlichen Interessengegensätze zwischen beiden Ländern. Am 2. Juni 1968 fanden abermals Senatswahlen statt, die eine weitere Erhöhung der Zahl der Senatssitze der Regierungspartei zur Folge hatten, aber 15 Todesopfer und zahlreiche Verletzte kosteten. D.s Außenpolitik war weitgehend durch das → *ZYPERN*-Problem (Teil I) belastet, um so mehr als der Gegenspieler → *GIECHENLAND* (Teil I) zugleich NATO-Partner der Türkei war.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

DIAZ ORDAZ

Gustavo D., seit 1958 Innenminister, seit Ende 1964 Staatspräsident der Bundesrepublik → MEXIKO (Teil I), gehört der Regierungspartei Partido Revolucionario Institucional an, die im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt, und gilt als Garant innenpolitisch stabiler Verhältnisse.

1911 im Staate Puebla in bürgerlichem Hause geboren, studierte D. am Institut für Wissenschaften und Künste in Oaxaka sowie am Colleg des Staates Puebla Rechtswissenschaften, war seit 1937 in den Städten Puebla, Tlatlangui und Tehuacán juristisch tätig und erhielt in Puebla einen Lehrstuhl als Professor für Verwaltungs- und Arbeitsrecht.

Als 1946 die Partido Revolucionario Institucional reorganisiert wurde, ließ sich D. als Abgeordneter in die Gesetzgebende Bundesversammlung wählen und wurde Senator. 1952 wurde er leitender Beamter des Regierungssekretariats, 1958 Staatssekretär und später Innenminister.

Als solcher verstand es D., sich beim Mittelstand wie auch bei der mexikanischen High Society ein Ansehen zu verschaffen. Er erschien als der starke Mann, der imstande war, innere Ordnung und damit die Voraussetzung zum wirtschaftlichen Aufstieg aufrecht zu erhalten.

Bei den Präsidentenwahlen am 5. Juli 1964 stellte die Regierungspartei D. als ihren Kandidaten auf. Damit war seine Wahl von vornherein gesichert. Am 1. Dezember 1964 trat er das Amt als mexikanisches Staatsoberhaupt an.

Außenpolitisch strebte D. wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den industriell höher entwickelten Ländern Südamerikas, vor allem mit Argentinien und Brasilien an, die größere Chancen für einen regen Güteraustausch mit Mexiko bieten als etwa die mittelamerikanischen Staaten mit ihren noch unzulänglichen Verkehrswegen.

In der Binnenwirtschaft erteilte D. Regierungsaufträge zunächst nur zurückhaltend und sparsam, da es ihm mehr auf Konsolidierung als auf ein forciertes Wirtschaftswachstum ankam. Auch schützte er die heimische Industrie durch restriktive Einfuhrmaßnahmen, sicherte sich andererseits die Hilfe europäischer und nordamerikanischer Banken zum Ausbau der mexikanischen Elektrizitätswirtschaft.

Literatur:

vgl. → *MEXIKO* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Seit 1935 Schöpfer und Befehlshaber der neuen deutschen U-Boot-Waffe im 2. Weltkrieg, wurde Großadmiral Karl D. 1943 zum Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine ernannt. Am 30. April 1945 wurde er durch testamentarische Entscheidung Hitlers dessen Nachfolger als Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Die Alliierten erkannten ihn in dieser Eigenschaft zunächst und so lange an, als sie einen bevollmächtigten Partner für die Kapitulation der deutschen Streitkräfte benötigten. Die Regierung D. in Flensburg-Mürwik bestand bis zum 22. Mai. Dann wurde sie unter würdelosen Begleitumständen verhaftet, D. selber später in Nürnberg als → „Kriegsverbrecher" verurteilt und zehn Jahre lang in Spandau gefangen gehalten. Sein Hauptanliegen und bleibendes Verdienst war die Bewahrung zahlreicher deutscher Truppenteile und eines großen Teiles der ostdeutschen Zivilbevölkerung vor dem Schicksal sowjetrussischer Gefangenschaft bzw. Gewaltherrschaft.

D. stammt aus einem alten Dorfschulzengeschlecht im Elbe-Saale-Gebiet. 1891 in Berlin-Grünau geboren, wurde er von seinem kaisertreuen Vater im Geiste preußischen Gemeinschaftssinnes erzogen, meldete sich zur Marine und ging 1912 mit SMS „Breslau" auf Auslandsfahrt.

Auf dem gleichen Schiff erlebte er den Beginn des 1. Weltkriegs im Schwarzen Meer, meldete sich dann zur damals erst in der Entwicklung begriffenen Unterseebootwaffe, wurde U-Boot-Kommandant im Mittelmeer und geriet nach Versenkung seines Bootes in englische Gefangenschaft.

1919 entlassen, entschloß er sich, weiterhin bei der Marine zu bleiben und erhielt (unter Admiral Zenker) als Torpedobootkommandant und Chef einer Torpedobootflotille eine gründliche Schule in der Taktik der Überwasserstreitkräfte. Von 1924 bis 1927 in die Marineleitung in Berlin kommandiert, hatte D. innenpolitische Vorfälle, die die Marine betrafen, und innenpolitische Angriffe auf die Marine zu bearbeiten, kam dabei mit den verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Reichstages in Berührung und hatte Gelegenheit, sich ein politisches Urteil über die Weimarer Republik zu bilden.

Von 1930—1934 war D. Erster Admiralstabsoffizier bei der Marinestation der Nordsee unter Canaris, mit dem er sich nicht verstand, und zuständig für Maßnahmen bei „inneren Unruhen". Nach einer Belehrungsreise in den Fernen Osten 1933 wurde er Kommandant des Kreuzers „Emden", der für repräsentative Auslandsfahrten bestimmt war. Im Juli 1935 erhielt er vom damaligen Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Raeder, den Auftrag, die neu zu bildende deutsche U-Boot-Waffe zu übernehmen, nachdem das deutsch-englische Flottenabkommen diese Neubildung ermöglicht hatte. D. wurde zunächst Chef der U-Flotille „Weddigen" und entwickelte selbständig die Taktik eines gemeinsamen Operierens mehrerer Boote, die sogenannte „Rudeltaktik". 1936 wurde er „Führer der U-Boote".

Im 2. Weltkrieg bestimmte D. als „B. d. U." (Befehlshaber der U-Boote) maßgeblich den Gang der Atlantikschlacht gegen die Geleitzüge der Alliierten. Im Januar 1943 wurde er als Nachfolger Großadmiral Raeders zum Oberbefehlshaber der Kriegsmarine ernannt und entschied sich bewußt für volle Loyalität zur politischen Führung. Den unmittelbaren Befehl über die U-Boote behielt er bei, verlegte nur die Dienststelle des B. d. U. von Paris nach Berlin.

D. gab die bisherige marineeigene Rüstungsproduktion auf und unterstellte sie vertraglich mit Wirkung vom 31. März 1943 dem Rüstungsministerium, ausgenommen die Festlegung des Programms, in der er sich die letzte Entscheidung vorbehielt. Bei der Invasion setzte er die U-Boote (mit „Schnorchel") nochmals rücksichtslos ein. Der Erfolg rechtfertigte — rückblickend gewertet — s. E. den Verlust von 20 Booten allein im Seine-Mündungsgebiet.

In den letzten Kriegsmonaten sah D. die Hauptaufgabe der Kriegsmarine darin, auf dem östlichen Kriegsschauplatz in möglichst großem Umfange Truppen und Bevölkerung dem russischen Zugriff zu entziehen. Nach seiner testamentarischen Ernennung zum Staatsoberhaupt verstärkte er seine Bemühungen in diesem Bereich und strebte zu diesem Zweck eine stufenweise, schrittweise Kapitulation zunächst im Süden und Westen an, bis → *Eisenhower* diese Bemühungen hintertrieb.

Im Nürnberger → *„Kriegsverbrecher"*-Prozeß (Teil I) wurden D. in der Urteilsbegründung ausschließlich Dinge zur Last gelegt, die zum selbstverständlichen Pflichtenkreis eines verantwortlichen militärischen Befehlshabers gehören, so z. B. daß er „120 Besprechungen mit Hitler über Marinefragen" gehabt habe.

Alexander D., seit dem 5. Januar 1968 Erster Sekretär des Zentralkomitees der tschechoslowakischen kommunistischen Partei und damit politisch maßgebender Funktionär in Prag, löste Antonin Novotny ab, dem lediglich das repräsentative Amt des Staatspräsidenten verblieb. D. ist Slowake und war zuvor (seit 1963) höchster Parteifunktionär in der Slowakei.

1921 als Sohn eines kommunistischen Metallarbeiters geboren, wuchs D. in der Sowjetunion auf und kehrte erst im Alter von 17 Jahren mit seinem Vater in die Slowakei zurück, als dort Tiso Ministerpräsident wurde und die Unabhängigkeit der Slowaken von den Tschechen vorbereitete.
Gegen Ende des 2. Weltkriegs beteiligte sich D. im August 1944 an einem von den Sowjets entfesselten kommunistischen Aufstand, der aber von den deutschen Truppen niedergeworfen und später von Prag niemals recht gewürdigt sondern abgewertet wurde. Nachdem dann im April 1945 die Slowakei endgültig von den Sowjets besetzt und wieder an den Tschechoslowakischen Staatsverband angeschlossen worden war, begann D. seine politische Laufbahn innerhalb der kommunistischen Partei.
1955 bis 1958 hielt er sich nochmals in der UdSSR auf, um an einem Lehrgang der Moskauer Parteihochschule teilzunehmen. Bis dahin hatte er lediglich Volksschulbildung erhalten. Nach seiner Rückkehr gehörte D. zu denjenigen slowakischen Parteifunktionären, die sich allmählich gegen den autoritären Prager Kurs und gegen den „Personenkult" zu wenden begannen, machte sich zu ihrem Sprecher, stieg 1963 zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der slowakischen KP auf und löste in dieser Funktion den Altstalinisten Bacilek ab.
Damit wurde D. gleichzeitig auch Mitglied des Zentralkomitees der gesamt-tschechoslowakischen KP und verstand es, sich in diesem Gremium Gehör zu verschaffen. Vor allem seit 1967 verfocht er mit Nachdruck die nationalen Interessen der Slowakei, forderte in Reden und Aufsätzen größere Investitionen und schnellere Industrialisierung seiner bis dahin vernachlässigten Heimat, ihre tatsächliche wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung.
In den Augen D.s und seiner Freunde war Nowotny zum Symbol des Prager tschechischen Zentralismus geworden, auch machten sie

ihn für die Fehlschläge im ersten Jahr der Wirtschaftsreform verantwortlich, auf die er sich ohnehin nur zögernd mit halben und sich widersprechenden Maßnahmen eingelassen hatte.
Die Wahl D.s bei der Tagung des Zentralkomitees der gesamttschechoslowakischen KP in Prag am 5. Januar 1968 bedeutete daher sowohl einen Sieg der Slowaken als auch einen Sieg der entschiedenen Wirtschaftsreformer, im Sinne der tschechischen Altkommunisten also einen Sieg der „burgeoisen Nationalisten und Revisionisten".
→ *TITO*, der gerade einen mehrtägigen Besuch des rumänischen Partei- und Staatschefs → *CEAUSESCU* empfangen und sich mit diesem offensichtlich über eine gemeinsame Haltung geeinigt hatte, sandte D. nach dessen Wahl ein Glückwunschtelegramm: „Ich bin überzeugt, daß die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen unseren beiden brüderlichen Parteien sich weiter erfolgreich entwickeln wird ..."

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Francois D., seit 1957 Präsident der Republik → HAITI (Teil I), 1964 zum Präsidenten auf Lebenszeit erklärt, ist gleichzeitig Regierungschef mit diktatorischen Vollmachten, richtet sein Land wirtschaftlich und gesundheitlich zugrunde und stellt einen Präzedenzfall für die Korrumpierung der labilen menschlichen Persönlichkeit durch die Macht dar.

1907 auf Haiti als Sohn farbiger Eltern geboren, besuchte D. das Lyzeum Alexandre Petion, studierte und promovierte an der Medizinischen Hochschule in Port-au-Prince zum Dr. med. und begann seine Laufbahn als Arzt am St.-François-Xavier-Hospital in Port-au-Prince.
Nachdem er Konsultant an der Séguineau-Klinik, später Direktor der ländlichen Gressier-Klinik und -Schule geworden war, gehörte D. von 1946 bis 1948 dem von den Vereinigten Staaten eingerichteten Gesundheitsdienst als Direktor für die Malariakontrolle an und wurde anschließend Unterstaatssekretär im Ministerium für Arbeit und öffentliche Gesundheit.
1950 vorübergehend Arbeits- und Gesundheitsminister, nahm D. seine Arzttätigkeit wieder auf, wurde gleichzeitig politisch aktiv und leitete den Widerstand gegen den 1950 zur Macht gekommenen Diktator General Paul Magloire, offensichtlich mit dem Ziel, dessen Nachfolge anzutreten.
In diesen Jahren wurde aus dem Arzt und Gesundheitspolitiker der hemmungslos egozentrische Machtpolitiker D., der in erster Linie den Ausbau und die Absicherung seiner persönlichen Position im Auge hatte und dem das Wohl Haitis und seiner Bevölkerung zunehmend gleichgültig wurde. 1956 gelang es ihm, Magloire zu stürzen. In den folgenden Unruhen setzte er sich durch und wurde am 22. September 1957 Präsident.
1961 wiedergewählt, verlängerte D. zunächst seine Amtszeit eigenmächtig auf sechs Jahre, schlug 1963 einen Invasionsversuch haitischer Emigranten aus der benachbarten → *DOMINIKANISCHEN REPUBLIK* (Teil I) ab, provozierte den vorübergehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA, ließ aber schließlich eine Kommission der → *OAS* (Teil I) ins Land.
1964 ließ sich D. zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen und ver-

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

wandelte unmittelbar darauf mit Hilfe der ihm persönlich ergebenen Präsidentenmiliz den Staat de facto in seinen, D.s Privatbesitz. Mit einem Heer von Geheimpolizisten terrorisierte er die Bevölkerung so nachhaltig, daß eine totale Demoralisierung die Folge war.
Inzwischen spotten die Zustände jeder Beschreibung und Haiti ist durch D. zum mit Abstand rückständigsten und verkommensten aller Länder Südamerikas geworden.

Literatur:

vgl. → *HAITI* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Anthony R. E., (seit 1961) Earl of Avon, 1935 bis 1938 britischer Außenminister, 1939/40 Dominion- und Kriegsminister, anschließend wieder Außenminister bis 1945 und von 1951 bis 1955, wurde nach dem Rücktritt → CHURCHILLs am 6. April 1955 Premierminister und Parteiführer der Konservativen. Am 10. Januar 1957 zwang ihn eine Erkrankung zum Rücktritt. E. gehörte vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zur Kriegspartei und war 1956 Urheber der → SUEZKRISE (Teil I).

Am 12. Juni 1897 in Windlestone/Durham geboren, nahm E. als junger Infanterieoffizier am Ersten Weltkrieg teil, studierte dann in Oxford orientalische Sprachen, schloß sich der Konservativen Partei an und war mit 26 Jahren bereits Abgeordneter im Unterhaus. Mit 29 Jahren Privatsekretär des Außenministers Austen Chamberlain, als 34jähriger Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, als 37jähriger Lordsiegelbewahrer, wurde E. im Jahre darauf Außenminister.
Als solcher und in seiner weiteren politischen Laufbahn war E. an der Seite Churchills maßgeblich daran beteiligt, die Voraussetzungen zu zerstören, die bis dahin einem jungen Engländer einen so raschen Aufstieg ermöglicht hatten. Das Fronterlebnis im Kampf gegen Deutsche in sehr jungen Jahren kann dazu beigetragen haben, daß E. in Deutschland nur den Gegner in einem neuen Kriege sehen konnte. Insofern ist er zur Symbolgestalt für die britische Politik geworden, die das Empire und die weltwirtschaftliche Vormachtstellung Großbritanniens dem Anti-Deutschland-Komplex geopfert hat.
Neville Chamberlains Versuch, 1938 mit Hitler zu einem Ausgleich in der Sudetenfrage zu gelangen und den Krieg zu vermeiden (vgl. → *MÜNCHNER ABKOMMEN*, Teil I), veranlaßte E. zum Rücktritt als Außenminister, doch trat er nach Kriegsbeginn 1939 wieder in das Kabinett Chamberlain ein, zunächst als Minister für die britischen Dominions. 1940 wurde er im Kriegskabinett Churchills erst Kriegsminister, dann vom Dezember 1940 an bis zum Juli 1945 Außenminister. Außerdem wurde er 1942 Sprecher des Unterhauses.
Nach der Wahlniederlage der Konservativen und Übernahme der Regierung durch die Labour-Party 1945 war E. als Kanzler der Universität Birmingham und von 1946 bis 1951 als Direktor der Westminsterbank tätig. Als die Wahlen 1951 die Konservativen wieder

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

an die Regierung brachten, wurde E. von neuem Außenminister im Kabinett Churchill, vom Oktober 1951 bis April 1955.
Am 6. April 1955 beauftragte Königin Elisabeth E. mit der Regierungsbildung. Hatte er zuvor als Außenminister noch im Schatten Churchills gestanden und wenig tun können, um die als Kriegsfolge sich anbahnende Auflösung des Empire aufzuhalten, so suchte er nun als Premier wenigstens in Zypern und am Suezkanal den britischen Einfluß zu behaupten. Beides scheiterte. Im Zusammenhang mit der → *SUEZKRISE* (Teil I) wurde E. auch in England selbst heftig kritisiert.
Diese Mißerfolge und eine schwere Erkrankung veranlaßten E. am 10. Januar 1957 zum Rücktritt. Macmillan wurde sein Nachfolger.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Adolf E., 1937 Referent für den → ZIONISMUS (Teil I) im Reichssicherheitshauptamt, Berlin, 1938 Leiter der Reichszentralstelle für jüdische Auswanderung, organisierte bis 1941 die planmäßige Auswanderung der Juden aus Wien und Prag, später die Deportation der Juden aus dem gesamten europäischen Raum in die Lager im Generalgouvernement, in denen sie zum großen Teil ums Leben kamen. E. wurde am 20. Mai 1960 aus Argentinien nach → ISRAEL (Teil I) entführt, dort zum Tode verurteilt und hingerichtet.

1906 in Solingen als Sohn eines Straßenbahndirektors geboren, der kurz darauf nach Linz in Österreich übersiedelte, begann E. ein Studium an der österreichischen Bundeslehranstalt für Elektrotechnik, Maschinenbau und Hochbau und arbeitete später für die Firma Shell.

Dort angeblich aus politischen Gründen entlassen, ging E. 1933 nach Deutschland und schloß sich der sogenannten „Österreichischen Legion" an. Sein Eintritt in die SS wird bereits mit dem 1. April 1932 angegeben. Am 29. September 1934 wurde er zum Reichssicherheitshauptamt (SD) nach Berlin versetzt, dort hauptamtlich zunächst in der Freimaurerkartei und dem dazugehörigen Freimaurermuseum beschäftigt und begann, sich für die hebräische Sprache zu interessieren, die er dann im Selbstunterricht erlernte.

1936 zur Abteilung II 112 (Judentum) versetzt, reiste E. 1937 als Sachbearbeiter für den → *ZIONISMUS* (Teil I) nach Palästina, ließ sich von der Aufbauleistung der jüdischen Neusiedler dort beeindrucken und bildete sich die Meinung, daß die Judenfrage durch planmäßige Auswanderungsförderung und Aussiedlung in dafür geeignete Räume zu lösen sei.

Wahrscheinlich auf seine Anregung hin — E. hatte bei allem, was er unternahm, die volle Rückendeckung seiner Dienststelle — wurde nunmehr die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" geschaffen, deren Leitung E. übernahm und die zunächst in Wien, nach dem 15. März 1939 auch in Prag ihre Tätigkeit aufnahm. E. organisierte die Zusammenarbeit aller Behörden, die mit den Auswanderern befaßt waren, und bekämpfte hemmende oder verzögernde Einflüsse der Bürokratie.

E.s Versuch, diese Auswanderung auch minderbemittelter Juden in großer Zahl durch die wohlhabenden mitfinanzieren zu lassen, war nur begrenzt realisierbar. Auch → *SCHACHTs* Finanzierungsplan von 1939 scheiterte am Widerstand → *WEIZMANNs*. Nach der Niederlage Frankreichs 1940 arbeitete E. auf die Verwirklichung des → *MADAGASKAR*-Projektes (Teil I) hin, dem jedoch mit der Besetzung der Insel durch die Engländer 1942 der Boden entzogen wurde.

Inzwischen hatte → GÖRING Heydrich beauftragt, eine Generallösung der Judenfrage vorzubereiten. Es entstanden die großen → KONZENTRATIONSLAGER (Teil I) im Generalgouvernement (Polen). E.s Aufgabe war es, in allen von Deutschland besetzten oder mit Deutschland verbündeten europäischen Ländern die jüdische Bevölkerung vollzählig zu sammeln und in großen Transportbewegungen in diese Lager zu verbringen.

Wie schon in der Zentralstelle bediente sich E. auch bei diesen Massendeportationen der Organisationen der Juden selbst und verhandelte mit deren Repräsentanten, als handle es sich um die Abwicklung von Handelsgeschäften. Nach seinen eigenen Angaben war er mehrfach Zeuge von Judenvernichtungsaktionen im Rahmen der „Einsatzgruppen", wußte also, welchem Schicksal ein Teil der von ihm transportierten Menschenmengen entgegensah. Wer der eigentliche Initiator der Vernichtungsaktionen größeren Stils war, wußte auch E. nicht.

Nach seinen eigenen Angaben rechtfertigte er sich vor sich selbst mit Gehorsamspflicht und seiner Überzeugung von der „Notwendigkeit" der Judenvernichtung, nachdem die umfassenderen Auswanderungs- und Ansiedlungspläne (mit Ausnahme des relativ kleinen Lagers Theresienstadt) gescheitert waren.

Bei Kriegsende geriet E. in amerikanische Gefangenschaft, wurde nicht erkannt, floh, und hielt sich jahrelang unerkannt in Norddeutschland auf. Dann gelang ihm die Auswanderung nach Argentinien, wo er unter dem Namen Ricardo Clement bis 1960 unbehelligt lebte, seine Familie nachkommen ließ und ein kleines Haus baute.

Kurz darauf erkannten ihn Agenten des israelischen Geheimdienstes, bemächtigten sich seiner und entführten ihn in einem israelischen Flugzeug. Sein Prozeß in Jerusalem warf zahlreiche juristische, völkerrechtliche und vor allem innerisraelische Probleme auf. Die Verteidigung übernahm Dr. Servatius. Offensichtlich war E. noch im Augenblick seiner Hinrichtung der Überzeugung, lediglich seine Pflicht getan zu haben.

EISENHOWER

Dwight David E., im 2. Weltkrieg vom Dezember 1943 bis 1945 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa und nach Kriegsende Militärgouverneur in der von den USA besetzten Zone Deutschlands, wechselte bei seinem zweiten Aufenthalt in Europa mit bemerkenswerter Leichtigkeit vom prosowjetischen Roosevelt-kurs zum Trumanschen Kalten Krieg gegen die Sowjets über, den er als Nachfolger Trumans in der Präsidentschaft der USA 1953–1961 weiterführte.

1890 als Sohn eines Farmers deutscher Herkunft in Denison/Texas geboren, studierte E. an der Abilene High School, absolvierte 1915 die US-Militärakademie, wo er das Second-Leutnantspatent der Infanterie erhielt, und 1928 die Heereskriegsschule.

Von 1929 bis 1933 tat er Dienst im Kriegsministerium, darauf zwei Jahre lang beim Chef des Stabes und von 1935 bis 1940 beim militärischen Berater der USA auf den Philippinen. Anschließend war E. nacheinander Chef des Stabes der 3. Division, des IX. Armeekorps sowie der 3. Armee und leitete 1942 die Operationsabteilung beim Chef des Stabes der US-Streitkräfte. Im gleichen Jahr avancierte er zum Kommandierenden General und Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordafrika – eine bemerkenswerte militärische Karriere.

Seine Befehlsgewalt wurde 1943 auf die gesamten alliierten Truppen im europäisch-afrikanischen Raum ausgedehnt. Infolgedessen oblag es E., die Invasion in der Normandie von England aus vorzubereiten und den Vormarsch auf Deutschlands Grenzen zu leiten, ebenso wie die Operationen auf Sizilien und in Italien.

Nach der Kapitulation Deutschlands ließ E. nicht nur deutsche Truppen, die sich in amerikanische Kriegsgefangenschaft begeben hatten, sondern auch nationalrussische Truppenteile den Sowjets ausliefern. Er war fanatischer Rooseveltanhänger und davon überzeugt, mit den Sowjets gemeinsam in Europa einen Kreuzzug gegen das schlechthin Böse zu führen.

Im Gegensatz zu McArthurs politisch klugem und weitblickendem Vorgehen in Ostasien betrieb E. als Militärgouverneur in Deutschland eine Politik der unerbittlichen Vergeltung. Auf ihn ging der Non-Fraternisations-Befehl für die US-Besatzungssoldaten zurück,

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

ebenso der berüchtigte Befehl JCS 1067, der im wesentlichen dem → *Morgenthauplan* (Teil I und Teil III) entsprach.
Als Truman nach der → *Potsdamer Konferenz* 1945 allmählich den → *Kalten Krieg* (Teil I) gegen die Sowjets einleitete, ging E. zunächst als Generalstabschef der US-Army in die Staaten zurück, übernahm aber 1950 erneut das Oberkommando der westalliierten Streitkräfte in Europa, die in die → *NATO*-Streitkräfte umgewandelt wurden.
Die Wende in den Beziehungen zu den E. zum Teil auch persönlich befreundeten (Tschukow) Sowjets bereitete ihm keine Schwierigkeiten. So sah man in ihm 1953 den idealen Nachfolger Trumans als Präsident der USA, dessen Politik des Kalten Krieges er fortsetzte. – Eigene Ideen entwickelte E. während seiner achtjährigen Präsidentschaft nicht. Er war Soldat, kein Politiker.

Literatur:

Dwight D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, 1950
Dwight D. Eisenhower, Die Jahre im Weißen Haus 1953–1956, Düsseldorf (Econ) 1964
J. Günther, Eisenhower, 1952

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Prof. Ludwig E., dessen Name mit dem sogenannten deutschen „Wirtschaftswunder" verknüpft ist, versuchte als zweiter deutscher Bundeskanzler (1963—66) an Stelle des als „autoritär" abgestempelten Führungssystems der Ära Adenauer einen neuen politischen Stil durchzusetzen, der darin bestehen sollte, alle Sachfragen im Sinne einer Demokratisierung durch Diskussion zu lösen. Diese Praxis hat sich jedoch als eine Form der Führungslosigkeit erwiesen, die den pressure-groups freien Lauf ließ. Die Regierung E. sah sich 1966 wachsenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten gegenüber und wurde durch die Regierung → Kiesinger abgelöst, die sich auf eine große Koalition der → CDU-CSU (Teil I) mit der → SPD (Teil I) stützt.

Ludwig E., 1897 in Fürth, Königreich Bayern, geboren, studierte Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Soziologie an der Handelshochschule Nürnberg und an der Universität Frankfurt, wo er Schüler des Nationalökonomen und Soziologen Franz Oppenheimer war, der sein Weltbild entscheidend geprägt hat. Von 1916 bis 1919 war E., zuletzt als Unteroffizier der bayerischen Feldartillerie, Kriegsteilnehmer und wurde vor Ypern schwer verwundet.

E.'s wirtschaftspolitische Karriere begann, als er nach Kriegsende von der amerikanischen Militärregierung zum Reorganisator der Nürnberg-Fürther Industrie bestellt wurde, um dann zum wirtschaftlichen Berater der Militärregierung für Mittel- und Oberfranken zu avancieren. 1945 bis 1946 leitet E. das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, 1947 wurde er Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik an der Universität München. Von 1947 bis 1948 war er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sonderstelle für Geld und Kredit der drei westlichen Besatzungszonen in Bad Homburg maßgeblich an den Vorbereitungen für die Währungsreform vom 20. Juni 1948 beteiligt, bei der jedem Deutschen eine Kopfquote von vierzig Mark der neuen Währung ausbezahlt wurde. Ihm zur Seite stand damals ein Leutnant Edward A. Tannenbaum von der amerikanischen Besatzungsmacht, der alle Schwierigkeiten und alle sachlichen Einwände auf dem Befehlswege „beiseiteschob" (Tannenbaum). Als Direktor

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

der Verwaltung für Wirtschaft des sogenannten Vereinigten Wirtschaftsgebietes von 1948 bis 1949 und als erster Bundeswirtschaftsminister (1949) gewann E. den Ruhmestitel eines „Vaters der Deutschen Mark" und „Architekten des Wirtschaftswunders".
Er wurde 1950 Honorarprofessor für Gegenwartsfragen der Wirtschaftspolitik an der Universität Bonn, 1952 deutscher Gouverneur der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) in Washington und war seit 1957 zugleich Stellvertreter des Bundeskanzlers. Von Konrad Adenauer persönlich oft gedemütigt und von seinen Kritikern als „Gummilöwe" charakterisiert, wurde E. 1963 Bundeskanzler. Als Politiker hat er in diesem Amt eine sehr viel weniger glückliche Hand bewiesen als sein Vorgänger. Er hat von sich selbst bekannt, seine Einstellung zur Macht habe ihre Wurzeln bei Oppenheimer und der Weg, den er als Bundeskanzler einschlage, „die Barrieren zwischen den Staaten niederzulegen und einen verlogenen Nationalismus zu überwinden", decke sich mit der Theorie Franz Oppenheimers, in dessen Lehre auch die sogenannte soziale Marktwirtschaft ihren Ursprung habe.
Ein durchaus apolitischer Mensch also, doktrinär belastet mit den Gedankengängen der liberal-internationalistischen Fortschritts- und Freihandelsideologie des 19. Jahrhunderts, mußte er zwangsläufig zum Spielball der echten politischen Kräfte werden und die Bundesrepublik in eine noch weitergehende Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere von Amerika, hineinsteuern. Erschwerend kam hinzu, daß das offen zutage liegende Führungsdebakel die Bundesrepublik in einer äußerst kritischen Phase der Weltpolitik traf (Bruch zwischen China und Rußland, Annäherung USA—UdSSR), in der einmalige Chancen verpaßt worden sind.

Literatur:

Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1960
Ludwig Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf 1962
Anton Zischka, War es ein Wunder?, Stuttgart 1966
Kurt Blauhorn, Ausverkauf in Germany
Johannes Gross, Lauter Nachworte. Innenpolitik nach Adenauer, Stuttgart 1965
Deutsche Außenpolitik seit 1955, Stuttgart 1966 (Seewald-Verlag)

Tage Fritjof E., seit Jahrzehnten (dem 13. Oktober 1946) Ministerpräsident des Königreichs Schweden, verfolgt in der Außenpolitik die traditionelle → Neutralität (Teil I), nach innen einen Wohlstandssozialismus, dessen gesundheitliche und moralische Folgen von Jahr zu Jahr bedenklicher werden.

1901 in Värmland geboren, studierte E. in Karlstadt und Lund Staats- und Rechtswissenschaft, promovierte 1928 und war bis 1938 Mitherausgeber der Schwedischen Enzyklopädie. Als Mitglied der Regierungspartei (Sozialdemokraten) wurde er 1933 in den Schwedischen Reichstag delegiert und war sechs Jahre später Unterstaatssekretär im Sozialministerium.

1944 übernahm E. das Amt des Sozialministers und 1945–1946 das des Erziehungsministers. Es sind das die beiden Schwerpunkte der schwedischen Innenpolitik, in denen Pionierarbeit bis an die Grenze des noch zuträglichen geleistet wurde. Auch nachdem E. Ministerpräsident geworden war, galt ihnen sein besonderes Interesse.

Aber E. mußte auch erleben, wie sich der soziale und pädagogische Fortschritt in Schweden allmählich ad absurdum zu führen begann, so etwa die eingehende und frühzeitige Sexualaufklärung im Schulunterricht (anstatt durch die Eltern) und die sehr weitgehende Sozialversicherung (ohne persönliches Risiko des einzelnen).

Als im Oktober 1966 ausgerechnet die Lehrer und Hochschullehrer Schwedens mit übertriebenen Gehaltsforderungen in den Streik traten und die gesamte Schüler- und Studentenschaft des Landes wochenlang sich selbst überließen, war das für E. eine bedrückende Darstellung möglicher Exzesse, zu denen staatlich gefördertes individuelles Wohlstandsstreben führen kann.

E.'s Außenpolitik bewegt sich im Spannungsfeld Großbritannien–UdSSR auf der Linie einer überlieferten Neutralität, die aber, wie auch in der Schweiz, durch die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit mehr und mehr eingeengt wird. Vgl. auch → *Nordischer Rat* (Teil I), → *EFTA* (Teil I).

Literatur:

R. Schröder, Schweden ein Beispiel, Köln 1962
P. Heinig, Die schwedische Sozialfürsorge, Tübingen 1961
W. Lips, Betrachtungen über die Sozial- und Steuerpolitik Schwedens, Winterthur 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

ESCHKOL

Levi E. (Schkolnik), seit dem 24. Juni 1963 Ministerpräsident der Republik Israel, war der Rivale Ben Gurions in der Mapei (Arbeiterpartei) und brachte diesen schließlich dahin, aus der Mapei auszutreten und eine eigene Partei (Rafi) zu gründen.

1895 in der Provinz Kiew in Rußland geboren, besuchte E. das hebräische Gymnasium in Wilna, wanderte 1913 nach Palästina aus und lebte dort als landwirtschaftlicher Arbeiter in verschiedenen Ansiedlungen. 1918—1920 stand E. in der Jüdischen Legion, wurde anschließend in die Vertretung der Juden Palästinas gewählt und vom 12. Zionistenkongreß an zu allen folgenden Kongressen delegiert. Dort leitete er mehrfach das Siedlungskomitee.

Auch die Histadruth-Gewerkschaft sandte ihn mehrfach ins Ausland, u. a. nach Litauen und zum Kongreß der Sozialistischen Internationale. Mehrere Jahre hielt er sich als Leiter der Abteilung für landwirtschaftliche Siedlung des Palästina-Büros und als Beauftragter der Hechalutz-Organisation in Berlin auf, wirkte auch bei der Überführung deutsch-jüdischen Eigentums nach Palästina mit.

Von 1944—1948 war E. Sekretär des Arbeiterrates von Tel Aviv und Jaffa, gleichzeitig Sekretär der Mapei und bis 1951 Leiter der Finanzabteilung der Jewish Agency. Dann übernahm er das Ministerium für Landwirtschaft und Entwicklung, 1952 das Finanzministerium, das er elf Jahre lang behielt.

Mit der Ministerpräsidentschaft übernahm E. 1963 auch das Verteidigungsministerium und war somit im November 1966 in zweifacher Hinsicht für den „Vergeltungs"-Angriff auf Jordanien verantwortlich, der das mühsam aufrechterhaltene Gleichgewicht im arabisch-israelischen Raum auf's neue schwer erschütterte.

Bekannt wurde der unversöhnliche und anmaßende Entwurf seiner Ansprache anläßlich der Israelreise → *Adenauers* 1966, der Adenauer zu der Erklärung veranlaßte: „Wenn Sie das sagen, Herr Eschkol, dann reise ich ab".

Literatur:

Arno Ullmann (Hrg.), Israels Weg zum Staat, München 1964
Robert St. John, Ben Gurion, München (Kindler) o. J.

Erik Verlag, Halbmond um den Davidstern, Darmstadt (Ullstein) 1964
Christoph von Imhoff, Israel – Die zweite Generation, Stuttgart (DVA) 1964
Alfred Burgsmüller (Hrg.), Die Wüste jubelt in Davids Land. Junge Menschen erleben das heutige Israel, Stuttgart (Quell) 1966
Jochanan Bloch, Judentum in der Krise. Emanzipation, Sozialismus und Zionismus, Göttingen (Vandenhoeck) 1966

Anmerkungen ....

Der Pfarrer der Melanchthonkirche in Dortmund Alexander E., vor dem Kriege als Pfarrer in Thüringen tätig, tritt seit 1964 in Wort und Schrift dem antinationalen Linkstrend in der Evangelischen Kirche (vgl. → EKD, Teil I) entgegen und erklärte 1967 in diesem Zusammenhang als Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher (1966) einen Glaubensnotstand.

1906 in Solingen als Sohn eines Friedhofsinspektors aus im Bergischen Land alteingesessener Familie geboren, besuchte E. die Oberschule in Zeulenroda/Thüringen, wo er 1926 das Abiturientenexamen bestand, und studierte anschließend in Tübingen, Leipzig und Jena evangelische Theologie.

1933 erhielt E. sein erstes Pfarramt in Thüringen, das ihm nach fünfjähriger Amtsführung 1938 wegen seines Widerstandes gegen die „Deutschen Christen" wieder genommen würde. Er schloß sich der „Bekennenden Kirche" an.

Während des 2. Weltkrieges war E. Soldat und stand in Rußland wie in Frankreich im Fronteinsatz, zuletzt als Kompanietruppführer. Nicht zuletzt aufgrund dieses Frontsoldatenerlebnisses gehörte E. nach dem Kriege *nicht* zu denjenigen Vertretern der Bekennenden Kirche, die in der deutschen Niederlage eine Strafe Gottes sahen und daraus die Forderung einer Unterwerfung unter den Siegerwillen ableiteten.

Vielmehr beobachtete er, nachdem er 1955 nach Dortmund gekommen und dort Pfarrer an der Melanchthonkirche geworden war, mit Sorge die zunehmende Entfernung der Evangelischen Kirche von allen Bindungen an Volk und Vaterland sowie ihre zunehmende Politisierung von und nach links, die sie bis an die Seite der Atheisten trieb.

Denn für E. ist der Begriff Volk durchaus noch existent, eine selbsterlebte Tatsache, und nicht durch den imaginären Begriff der „Gesellschaft" zu ersetzen. 1964 veröffentlichte er im blick + bild Verlag, Velbert, seine Schrift: Der Abfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland, die genau das aussprach, was viele evangelische Christen empfanden, und die in anderthalb Jahren vier Auflagen erlebte.

Die Schrift wirkte wie ein Fanal und führte zu einem Zusammenschluß. Im März 1966 leitete E. selber die Gründungsversammlung

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

der Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher in Stuttgart und war Mitverfasser einer Empfehlung dieser Notgemeinschaft, in der es u. a. heißt:
„. . . , daß sich unsere Kirche Zurückhaltung in allen Äußerungen, die weltliche Probleme betreffen, auferlegen solle, selbst wenn sie im staatlichen Bereich noch so wichtig erscheinen. Die Gemeinden lehnen weithin politisierende Predigt und Tätigkeit ihrer Pfarrer ab. Die Kirche selbst aber läuft Gefahr, ihr Hirtenamt zu verletzen . . ."
Im Jahre darauf veröffentlichte E. bei Seewald in Stuttgart seine Erklärung eines Glaubensnotstandes und 1968 bei blick + bild in Velbert eine Auseinandersetzung mit der „Revolution von links" und der selbstmörderischen Beteiligung eines Teiles der Kirche an dieser Revolution. Es geht ihm darum, die Evangelische Kirche in ihrer Wirksamkeit auf ihre seelsorgerischen und caritativen Aufgaben sowie auf die Verkündigung des Evangeliums zu beschränken und insbesondere ihre vielfach gestörten Beziehungen zu dem Volke und Lande, in dem sie zu wirken hat, wiederherzustellen.

Literatur:

Alexander Evertz, Der Abfall der Evangelischen Kirche vom Vaterland, Velbert (blick + bild) 1964
Alexander Evertz, Glaubensnotstand, Stuttgart (Seewald) 1967
Alexander Evertz, Die Evangelische Kirche und die Revolution von links, Velbert (blick + bild) 1968

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Etienne Guessingbe E., seit dem 14. April 1967 Staats- und Miniterpräsident von → TOGO (Teil I) sowie Verteidigungsminister, ging aus der kleinen togolesischen Truppe hervor (1500 Mann) und war 1963 als Hauptfeldwebel führend am Sturz des Präsidenten Olympio beteiligt, bei welchem Anlaß dieser ermordet wurde. Im Januar 1967 stürzte E. auch den Nachfolger Olympios, Grunitzky.

Jahrgang 1937, aus protestantisch missionierter Familie, erhielt E. seine militärische Ausbildung seit 1953 in der französischen Kolonialtruppe, wurde in Indochina und Algerien eingesetzt, nach Proklamierung der Unabhängigkeit Togos (1960) in die togolesischen Streitkräfte übernommen (1961), doch war ihm Anfang 1963 der Übergang von der Unteroffiziers- zur Offizierslaufbahn noch nicht gelungen.
Nach seiner maßgeblichen Beteiligung am Sturz des ersten Präsidenten Togos, Olympio, am 13. Januar 1963 wurde E. von Nicolas Grunitzky, dem zweiten Präsidenten (seit 5. Mai 1963) gefördert und übersprang mehrere Rangstufen. Am 13. Januar 1967 fühlte er sich an der Spitze der Streitkräfte stark genug, auch seinen Wohltäter Grunitzky durch einen Staatsstreich zum Rücktritt zu zwingen.
Er setzte ein „Komitee der Nationalen Versöhnung" ein, das unter Führung des Obersten Dadjo die Regierungsgeschäfte übernahm, und suspendierte die Verfassung sowie das Parlament, die 56köpfige Nationalversammlung Togos. Danach benötigte E. ein viertel Jahr, um auch Dadjo und sein Komitee abzulösen und selbst die Präsidentschaft, die Regierung und das Verteidigungsministerium zu übernehmen unter Beibehaltung des Kommandos über die Streitkräfte.
Mitte April 1967 berief E. elf Minister in seine Regierung, darunter auch Nichtsoldaten. Gesetze erließ er seitdem selber. Gegenüber Frankreich, dessen Einfluß in Togo nach dem Tode Olympios unter der Regierung Grunitzky wieder stark zugenommen hatte, und das wirtschaftliche Druckmittel in der Hand hatte, ließ E. versichern, daß weder die Zahl der französischen Berater verringert noch alte Verträge mit Frankreich annulliert werden würden.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Gaston E., seit zwanzig Jahren wiederholt belgischer Ministerpräsident, gehört der Regierung seit 1945 an. Von Beruf Professor der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Universität Löwen, ist E. Mitglied der christlich-sozialen Partei.

Am 1. April 1905 in Lierre geboren, studierte E. an der Universität Löwen und an der Columbia-Universität in New York Wirtschaftswissenschaften, schlug die Hochschullaufbahn ein und erhielt als 26jähriger bereits selber eine Professur in Löwen.

1934 Kabinettsdirektor im belgischen Arbeitsministerium, wurde E. 1939 für die Christlich-Sozialen ins Parlament gewählt und übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 das Erziehungsministerium. 1947 wurde E. als belgischer Finanzminister auch einer der Gouverneure der → *WELTBANK* (IBRD).

1949 erstmals mit der Regierungsbildung beauftragt und Ministerpräsident, trat E. im Zusammenhang mit der belgischen Königskrise, die zur Abdankung König Leopolds führte, zurück, übernahm aber bereits 1950 das Wirtschaftsministerium und wurde 1951 in der → *UNO* zum Vizepräsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates gewählt.

1958 bis 1961, während der entscheidenden Unabhängigkeitskämpfe im → *KONGO* (Kinshasa) war E. wiederum Regierungschef und leitete im Januar/Februar 1960 die Brüsseler Kongo-Konferenz, die der Unabhängigkeitsgewährung im Juli vorausging. 1965 nochmals Finanzminister in der Regierung Harmel, wandte sich E. 1966 wieder seiner Lehrtätigkeit an der Universität Löwen zu.

Als der Sprachen- und Volkstumsstreit um eben diese Universität 1968 zur Regierungskrise führte, arbeitete E. zunächst einen Stufenplan für den Umzug der französischen Abteilung aus und übernahm im Juni 1968 als vermittelnde Persönlichkeit zwischen Sozialisten und Christlich-Sozialen erneut die Regierungsbildung (als Nachfolger Boeynants).

Inzwischen hat E. sein Kabinett mehrfach umgebildet, zuletzt noch Mitte Januar 1970. Sein Außenminister, der ehemalige Ministerpräsident Harmel, entfaltete rege diplomatische Aktivität auch zum Osten hin.

Anmerkungen

Malik F. ibn Abdel Aziz, seit 1964 König von Saudi-Arabien, verdrängte seinen Bruder Ibn Saud vom Thron. Innerhalb der → Arabischen Liga (Teil I) ist F. der führende Kopf der traditionellen Feudalstaaten und war daher ein entscheidender Gegenspieler → Nassers, vor allem in den Kämpfen im → Jemen (Teil I) und der → Südarabischen Föderation (Aden, Teil I).

1905 als einer der zahlreichen Söhne König Sauds, des Gründers von Saudiarabien, geboren, erhielt F. eine streng islamische Erziehung. Als Vierzehnjähriger kam er erstmals nach Europa.
Mit 21 Jahren wurde er Vizekönig des Hedschas, eines der beiden Teilfürstentümer, aus denen sich Saudiarabien zusammensetzt. Danach hörte man fast zwanzig Jahre lang nichts mehr von ihm. Es ist anzunehmen, daß das Schweigen um ihn einem väterlichen Befehl entsprach. 1945 trat er wieder in die Öffentlichkeit anläßlich der *UNO-Konferenz* in San Francisco, auf der er die Interessen seines Landes wahrnahm.
Beim Tode seines Vaters und der Thronbesteigung seines Bruders Ibn Saud im November 1953 übernahm F. das Amt des Ministerpräsidenten und das des Außenministers, schloß 1955 einen Militärpakt mit Ägypten, erhielt 1958 Sondervollmachten über seine ministeriellen Befugnisse hinaus, übernahm 1959 (bis 1960) zusätzlich das Verteidigungsministerium und führte 1960 eine Währungsreform durch.
1961 und 1962 übte König Ibn Saud das Amt des Ministerpräsidenten selber aus, überließ es dann aber wieder F., der 1963 offiziell die Sklaverei aufhob und gleichzeitig stellvertretend für seinen Bruder die Regentschaft ausübte.
Im März 1964 wurde er zum Vizekönig proklamiert, im November des gleichen Jahres setzte er dann seinen Bruder ab und übernahm auch formell die Nachfolge. Das Außenministerium behielt sich F. weiterhin selber vor, die wichtigsten anderen Ministerien übertrug er seinen jüngeren Brüdern. Seinem Kabinett gehören ausschließlich Scheichs, also Stammesfürsten an, mit Ausnahme Hassan Arabs, des Ministers für religiöse Angelegenheiten.
F. selbst ist zugleich Imam der Moslems. Dieses geistliche Amt hat insofern auch politische Bedeutung als das Zentralheiligtum der Mohammedaner, die Kaaba, sich in seinem Land in Mekka befindet. In

diesem Zusammenhang müssen auch F.s Besuche im Sudan und in Pakistan im Frühjahr 1966 gesehen werden.
Unmittelbar nach der Ausweisung mehrerer hundert Ägypter aus Saudiarabien reiste F. im Juni 1966 zu einem dreitägigen Staatsbesuch in die USA. Das war der Auftakt zu einer Kette von diplomatischen Reisen insbesondere nach Nordafrika, deren Ziel im Militärabkommen mit → *Jordanien* (Teil I) vom 23. Dezember 1966 erkennbar wurde: Sicherung gegen den wachsenden Druck sozialistisch orientierter arabischer Staaten, hauptsächlich gegen Ägypten.
Während des israelisch-arabischen Krieges vom 5.—10. Juni 1967 entsandte F. unter Berücksichtigung seines Vertrages mit Jordanien Truppen nur dorthin (vgl. → *Hussein*). Am 29. August 1967 einigte er sich mit Nasser anläßlich der teilarabischen Konferenz in Khartum über die Beendigung der Kämpfe im → *Jemen*.

Literatur:

vgl. → *Saudiarabien* (Teil I)

Anmerkungen 25.3.1975 ermordet

Amintore F., 1954, 1958/59 sowie 1960 bis 1963 italienischer Ministerpräsident, seit 1965 italienischer Außenminister, ist von Beruf Wirtschaftshistoriker. Seit 1947 bereits gehörte er vier verschiedenen Kabinetten de Gasperis an und verfügt über dementsprechend reiche Erfahrungen sowohl auf parlamentarischem wie auf diplomatischem Gebiet.

1908 in Pieve Santo Stefano geboren, studierte F. an der Katholischen Universität Mailand Wirtschaftswissenschaften, wurde 1932 Privatdozent und 1936 Titularprofessor für Wirtschaftsgeschichte an der gleichen Universität.
1946 als Vertreter des linken sozialreformerischen Flügels der Christlichen Demokraten für den XVI. Distrikt in die Verfassunggebende Versammlung entsandt, wurde F. 1948 Parlamentsmitglied für denselben Wahlkreis und in den Jahren 1947 bis 1950 Minister für Arbeit und soziale Sicherheit in drei aufeinanderfolgenden Kabinetten de Gasperis.
1951 Minister für Ackerbau und Forsten, 1953 Innenminister und von Januar bis Juli 1954 Ministerpräsident, übernahm F. anschließend das Amt des Ersten Sekretärs der Christlich Demokratischen Partei sowie einen Lehrstuhl an der Universität Rom.
Vom Juli 1958 bis zum Januar 1959 war F. wiederum Regierungschef und vom Juli 1960 an behielt er dieses Amt drei Jahre hindurch ununterbrochen bis zum April 1963. 1965 übernahm er dann im 2. Kabinett → *MORO* das Außenministerium.
Mit Moro, der lange Zeit unter F. Ressortminister war und ihn 1959 auch als Parteisekretär ablöste, verbindet F. ein enges Vertrauensverhältnis, das auch durch ihre Meinungsverschiedenheit im Nah-Ost-Konflikt (F. war für strikte Neutralität, Moro für Israel) nicht nachhaltig gestört werden konnte.
Als Außenminister entfaltete F. seit dem Sommer 1966 eine rege diplomatische Reisetätigkeit, besuchte im Juli die Türkei und Polen, wo er sich unter anderem gegen eine Isolierung Westdeutschlands „unter dem Vorwand der Fabel vom Revanchismus" aussprach, und im Dezember Frankreich.
In der Frage eines Beitritts Großbritanniens zur → *EWG* (Teil I) hielt sich F. persönlich zurück, doch befürwortete seine Partei (in

der Kammerdebatte vom 10. Januar 1967) eine Berücksichtigung der Bedenken → *DE GAULLEs.*
Im März 1967 reiste F. in den Nahen Osten, um den Handelsaustausch Italiens vor allem mit dem Libanon auszuweiten, im Mai gleichen Jahres unterzeichnete er in Moskau ein Konsularabkommen sowie einen Vertrag über die Förderung des Fremdenverkehrs und Ende Juni schloß er auf → *MALTA* (Teil I) vier Abkommen über Handel, Wirtschaft, Kultur und wissenschaftliche Zusammenarbeit.
Im August 1967 reiste F. dann nach → *RUMÄNIEN* (Teil I) und handelte mit → *MANESCU* mehrere Verträge zur Intensivierung der italienisch-rumänischen Beziehungen aus, u. a. für kulturelle Zusammenarbeit, konsularische Beziehungen und die beiderseitige Eröffnung von Reisebüros. Auch ein Handels- und Schiffahrtsvertrag wurde vorbereitet.
Neben seiner politischen Tätigkeit veröffentlichte F. zahlreiche wirtschaftskundliche Schriften, u. a. im Jahre 1960 seine Poemi Omerici ed Economia Antica.

Literatur:

vgl. → *ITALIEN* (Teil I)
Amintore Fanfani, Cattolicesimo e protestantesimo nella formacione storica del capitalismo, Rom 1934
Amintore Fanfani, Storia della dottrine economiche, 3 Bde. Rom 1938—1946
Amintore Fanfani, Colloqui sui poveri, Rom 1941
u. a.

Anmerkungen ....

....

....

....

José F. F., auch Don Pepe genannt, Führer und Begründer der Partei der Nationalen Befreiung (PLN), ist seit dem 8. Mai 1970 wieder Staatspräsident und Regierungschef von → COSTA RICA (Teil I). Er war es bereits 1948/49 und von 1953 bis 1958.

Am 25. September 1906 als Nachkomme einer katalanischen Einwandererfamilie geboren, besuchte F. F. die Schule in Costa Rica, ging dann zum Studium nach Mexico City und beendete seine Studien am Institut für Technologie in Massachusetts/USA.
Bis 1942 als Kaffeeplantagenbesitzer und Seilfabrikant in seinem Heimatland tätig, ging F..F., nach Unterzeichnung der UN-Erklärung von Washington durch Costa Rica am 1. Januar 1942, nach Mexico ins Exil. Als er 1944 zurückkehrte, hatte in Costa Rica gerade der linksgerichtete, von den Kommunisten unterstützte Präsident Teodoro Picado ein diktatorisches Regime begründet.
Als dessen Amtszeit 1948 vorüber und Otilio Ulate zum neuen Präsidenten gewählt worden war, weigerte sich Picado, sein Amt an den Nachfolger zu übergeben. Daraufhin rief der 42jährige F. F. die Costaricaner zum Aufstand, stellte eine „Karibische Legion" auf, besiegte mit ihr die Regierungstruppen und übernahm an der Spitze einer Junta der Legion die Regierung.
Binnen weniger Monate führte er ein umfassendes Reformprogramm durch, löste die Armee auf, ließ in der Heeresakademie eine Kunstgalerie einrichten, verbot die Kommunistische Partei, leitete ein bildungspolitisches Regierungsprogramm ein, dem Costa Rica bis zur Gegenwart den vergleichsweise hohen Bildungsstand seiner Bevölkerung verdankt, und gab dem Land eine neue präsidialdemokratische Verfassung, die ein stehendes Heer ausdrücklich verneint.
Dann, nachdem er auf diese Weise eine neue Ordnung geschaffen hatte, übergab F. F. noch im Januar 1949 die Regierungsgewalt an den gewählten Präsidenten Ulate. Er selbst gründete die Partei der nationalen Befreiung (Partido Liberación Nacional, PLN) und widmete sich wirtschaftlichen Problemen. Als seine Partei 1953 einen Wahlsieg errang, wurde F. F. zum verfassungsmäßigen Präsidenten gewählt, setzte sein Reform- und Bildungsprogramm von 1948/49 fort und konnte die mächtige nordamerikanische United Fruit Company, den wirklichen Kolonialherren der mittelamerikanischen Staa-

ten, zu einer für Costa Rica wesentlich vorteilhafteren Neufassung der bestehenden Konzessionsverträge veranlassen.
Als 1958 M. Echandi Jimenez Präsident wurde, begann F. F. Vorlesungen zu halten, von 1962 bis 1964 auch als Gastprofessor an der Harvard-Universität in den USA. Bei dem ungewöhnlich hitzigen Wahlkampf im Januar 1970 standen sich dann als Präsidentschaftskandidaten Echandi Jimenez und F. F. gegenüber. Letzterer siegte bei den unter Kontrolle der → *OAS* (Teil I) am 1. Februar 1970 durchgeführten Wahlen mit 35 000 Stimmen Vorsprung vor Jimenez. Obgleich die Amtsübergabe erst am 8. Mai 1970 erfolgte, gab F. F. sogleich nach der Wahl die Liste seiner künftigen Regierungsmitglieder und die Schwerpunkte seines Regierungsprogramms bekannt, das vor allem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewidmet sein soll.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Ossip K. F., Professor der „Wissenschaft von der Politik" seit 1952 an der Hochschule für Politik in Berlin, seit 1959 an der Freien Universiät Berlin (Otto-Suhr-Institut), war 1946/47 Sektions- und Bürochef im Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Berlin und zur Übernahme dieser Tätigkeit eigens aus den USA nach Deutschland zurückgekehrt, um als eine der Schlüsselfiguren des → REEDUCATION-Programms (Teil I, vgl. dort!) zu wirken.

Am 5. März 1909 in Nikolajew (Rußland) als Sohn des Buchhändlers Hermann F. geboren, konfessionslos, kam F. als Kind nach Düsseldorf, besuchte dort die Hindenburgschule, studierte in Freiburg, Paris, Heidelberg und Berlin Rechtswissenschaften, war 1931–1933 als Referendar am Oberlandesgericht Düsseldorf tätig und promovierte 1934 in Köln zum Dr. jur.

Danach emigrierte F. in die USA und war 1939/40 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an → *HORKHEIMERs* Institut für Sozialforschung der Columbia-Universität in New York tätig. Von dort aus erhielt er einen Lehrauftrag an der Universität Atlanta, 1943 eine Professur am Bates College. Hier mit den Zielen der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland vertraut gemacht, übernahm F. das Amt eines Sektions- und Bürochefs im Berlin-Departement des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen, promovierte bei Abschluß dieser Tätigkeit 1947 in Heidelberg zum Dr. phil. und kehrte unmittelbar darauf in die USA zurück.

Hier übernahm F. eine Professur am Colby College, las 1951 als Gastprofessor am Bowdoin College sowie an der Freien Universität Berlin und siedelte 1952 endgültig wieder nach Deutschland über, um an der Berliner Hochschule für Politik als Professor der → *POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN* (Teil I, vgl. dort!) im Sinne des → *REEDUCATION*-Programms (Teil I, vgl. dort!) zu wirken, und bildete zahlreiche Jahrgänge von Politologen heran.

1959 wurde F. zuerst außerordentlicher, dann ordentlicher Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und trug dazu bei, dort jene Atmosphäre zu schaffen, die seit 1967 ein geregeltes, erfolgreiches Studium an dieser Hochschule immer unmöglicher machte und namhafte Gelehrte bedeutsamer Fakultäten zur Abwanderung an andere, zum Teil ausländische Hochschulen veranlaßte.

Einen wesentlichen Beitrag zur Umerziehung leistete F. auch durch seine publizistische Tätigkeit. Insbesondere die von ihm herausgegebene Reihe „Die Wissenschaft von der Politik. Leitfäden und Quellenbücher" (1956) diente dem Reeducation-Programm durch Vermittlung eines Politikbildes, das aus der verkürzenden Perspektive einseitig gegenwartsbezogener und abstrakter Milieutheorie – fern aller geschichtlichen Erfahrung – gezeichnet war.

Dasselbe gilt für F.s „Grundlegung der Politischen Wissenschaft" (1958), die deutsche Ausgabe seiner 1952 in den USA erschienenen Fundamentals of Political Science, mit denen er sich als einer der Urheber dieses ad hoc geschaffenen Wissenschaftszweiges auswies (vgl. Teil I → *POLITISCHE WISSENSCHAFTEN*).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jenö F., seit dem 14. April 1967 Ministerpräsident der Volksrepublik → UNGARN (Teil I) war bereits seit 1961 unter seinen Vorgängern → KADAR und Kallai Stellvertreter des Ministerpräsidenten, davor von 1957 bis 1959 Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns.

Jahrgang 1916, erhielt F. eine Mechanikerlehre, trat dem verbotenen kommunistischen Jungarbeiterbund bei, dessen Generalsekretär damals → *KADAR* war, und wurde 1937, im Jahre der Verhaftung Kadars, Mitglied des Nationalen Jugendkomitees der Kommunistischen Partei Ungarns.

Über F.s Aufenthalt und Wirksamkeit während des 2. Weltkriegs ist nichts bekannt, ebensowenig über die ersten Jahre des kommunistischen Regimes. Erst 1952 trat er wieder in Erscheinung, und zwar nun bereits als stellvertretender Minister für Berg- und Maschinenbauwesen. Man darf annehmen, daß er in der Zwischenzeit eine entsprechende politische und wirtschaftspolitische Schulung in der UdSSR erhalten hatte.

1955, beim Sturz Imre Nagys, rückte F. an die Spitze des Nationalrats der Gewerkschaften auf und konnte sich in dieser Position über den ungarischen Volksaufstand und den Gegenschlag der Sowjets Ende Oktober bis Anfang November 1956 hinweg halten. Er muß also in der UdSSR als vollkommen „zuverlässig" gegolten haben.

Das wird auch dadurch bewiesen, daß F. bereits 1957 Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei wurde, d. h. eine politische Schlüsselstellung im Rahmen der von den Russen eingesetzten ersten Regierung Kadar erhielt.

Zwei Jahre später wurde F. zum Stellvertreter Kadars ernannt und blieb stellvertretender Ministerpräsident acht Jahre lang, auch im Kabinett Kallai, um endlich, am 14. April 1967 selber Regierungschef zu werden, nachdem er bei den Parlamentswahlen vom 19. März unter drei Kandidaten der „Patriotischen Volksfront" als Sieger hervorgegangen war.

Bei diesem Werdegang ist es nur zu erklärlich, daß F.s Regierung angesichts der Lockerungserscheinungen im → *WARSCHAUER PAKT*-System (Teil I) fest zur UdSSR hält und keine Tendenzen

zeigt, einen autonomen Kurs zu steuern, wie es → *CEAUSESCU* und → *TITO* tun.

Literatur:

vgl. → *KADAR*

Anmerkungen ....

Der Jurist und Ordinarius für „Wissenschaft von der Politik" an der Freien Universität Berlin seit 1953 Ernst F. emigrierte 1938 nach Chicago, beschäftigte sich dort mit „political science" (vgl. → POLITISCHE WISSENSCHAFTEN) und stand von 1944 bis 1951 im Dienste der USA-Regierung, u. a. auch in Korea, um dann seine Tätigkeit in Berlin aufzunehmen.

F. wurde am 26. Dezember 1898 in Köln als Sohn von Georg F. und Therese, geb. Epstein geboren. In dem internationalen Nachschlagwerk Who's who in World Jewry von 1955 wird nur seine zwei Jahre ältere Schwester Marta aufgeführt, er selber nicht. F. studierte in Heidelberg und Frankfurt/Main Rechtswissenschaften und promovierte 1923 in Frankfurt zum Dr. jur.
Von 1926 bis 1938 war F. als Anwalt am Berliner Kammergericht tätig. Als sich die Verfolgung der Juden gegen Ende 1938 verschärfte, ging F. nach Chicago und begann an der dortigen Universität political science zu studieren, jene in den USA entwickelte Sonderform der → *SOZIOLOGIE* (Teil I), die auf der Milieutheorie des → *HISTORISCHEN MATERIALISMUS* (Teil I) basiert und sich später als besonders geeignetes Mittel zur Umerziehung der deutschen Bevölkerung erwies (vgl. auch → *POLITISCHE WISSENSCHAFTEN,* Teil I).
Seit 1941 war F. abwechselnd in New York, wohin → *HORKHEIMER* 1933 sein Frankfurter Institut für Sozialforschung verlegt hatte, und in Washington lehrtätig sowie mit Verwaltungsaufgaben betraut. Bei Kriegsende 1945 wurde er Rechtsberater der amerikanischen Militärregierung und Mitglied der → *MARSHALLPLAN*-Kommission (Teil I) in Korea, hielt auch Vorlesungen an der Universität Seoul.
1951 kehrte F. nach Berlin zurück, las an der Freien Universität sowie an der Hochschule für Politik, dem späteren Otto-Suhr-Institut, und wurde 1953 Ordinarius für „Wissenschaft von der Politik", die nunmehr ganz auf Umerziehungszwecke zugeschnittene political science. Er trug wesentlich dazu bei, im West-Berliner Hochschulleben jene Atmosphäre entstehen zu lassen, die Forschung und Lehre gleichermaßen behindert und bereits zahlreiche Hochschullehrer zur Abwanderung veranlaßte.

Es gibt zwei Wege, das geistige Leben einer Nation versanden zu lassen und damit eine ihrer Existenzgrundlagen zu unterhöhlen: man kann die höheren Schulen und Universitäten schließen. Das sieht vor der Weltöffentlichkeit nicht gut aus. Oder man kann dafür sorgen, daß an den Hochschulen Ideen und Auffassungen gelehrt werden, die über kurz oder lang zur Selbstauflösung des Bildungsbetriebes führen. F. gehörte zu denjenigen, die diese zweite, in den USA entwickelte Methode praktizierten.
Von seinen Veröffentlichungen sind vor allem zu nennen: Military Occupation and the Rule of Law (New York 1944); Korea, ein Wendepunkt im Völkerrecht (1951); USA, Weltmacht wider Willen (1957); Die repräsentative und plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat (Tübingen 1958); Parlament und öffentliche Meinung (Festg. Hans Herzfeld 1958); Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens (Köln-Opladen 1959); Das amerikanische Regierungssystem (Köln und Opladen 1960).
Außerdem gab F. gemeinsam mit Prof. Bracher, Bonn, den Band 2 des Fischer-Lexikons „Staat und Politik" heraus.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

FRANCO

Generalissimus Francisco F. Bahamonde, seit 1939 Staatsoberhaupt des (seit 1947) Königreiches Spanien, ist ein gewiegter Außenpolitiker, ein erklärter Gegner des Kommunismus und ein zuverlässiger Diener der Katholischen Kirche. Er bereitet von langer Hand die Restauration der spanischen Monarchie vor, nahm Einfluß auf die Erziehung des Thronfolgers Don Juan und gab schließlich der Monarchie eine neue konstitutionelle Grundlage.

1892 als Offizierssohn in Nordspanien geboren und in der traditionellen Infanterie-Akademie des Alcazar von Toledo erzogen, erhielt er seine weitere Ausbildung in Paris und wurde 1912 zur spanischen Kolonialtruppe nach Marokko kommandiert, wo er ab 1920 am Aufbau der spanischen Fremdenlegion mitwirkte und diese seit 1923 in den Kämpfen gegen die aufständischen Rif-Kabylen unter Abd el Krim befehligte.

Unter der Militärdiktatur Primo de Riveras 1927 Kommandeur der Militärakademie Saragossa wurde F. nach dem Rücktritt de Riveras und der Abdankung Alfons XIII. 1933 als Generalkapitän auf die Balearen-Inseln geschickt, 1935 nach einem Wahlsieg der Katholischen Rechten zum Chef des Generalstabs berufen, aber 1936 im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Präsidenten Zamorra von der Volksfrontregierung abermals auf ein Außenkommando geschickt, diesmal als Befehlshaber auf die Kanarischen Inseln.

Von dort ließ er sich von einem englischen Piloten nach Marokko fliegen, wo er sich der Gefolgschaft seiner Truppe sicher war, setzte mit von Deutschland gestellten Flugzeugen seine Marokkaner nach Spanien über und eroberte im Spanischen Bürgerkrieg von Süden nach Norden in drei Jahren (1936—1939) die Halbinsel. Italien und Deutschland leisteten ihm dabei Waffenhilfe, während auf der Gegenseite, in den Internationalen Brigaden, Freiwillige zahlreicher Länder unter dem Kommando bekannter Kommunistenführer kämpften.

Die Erneuerungsbewegung Spaniens in gleichzeitig nationalem und sozialem Sinne, die Falange, kämpfte auf F.'s Seite, genoß aber nicht seine Sympathie, da ihm als überzeugtem Monarchisten und Katholiken, der noch in feudalen Verhältnissen zuhause ist, an keiner innenpolitischen Erneuerung gelegen war. So zwang er nach seinem

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Siege die Falange in eine Verschmelzung mit den monarch. Carlisten, wobei sie ihr Ziel und ihren Impuls verlor.
Trotz der italienisch-deutschen Waffenhilfe ließ sich F. nicht zur Beteiligung am Zweiten Weltkrieg auf Seiten der → *Achsenmächte* (Teil I) bewegen, sondern suchte, seinem Land nach den Verheerungen des Bürgerkrieges Zeit zum Wiederaufbau zu schaffen. 1947 erließ er aufgrund einer Volksabstimmung über die Frage der Monarchie das Nachfolgegesetz, in dem Don Juan Carlos als künftiger Monarch genannt, F. selber als Staatsoberhaupt auf Lebenszeit bestätigt wird. 1953 schloß er einen militärischen Beistandspakt mit den USA und räumte ihnen Stützpunkte auf der spanischen Halbinsel ein (1963 verlängert). 1956 gab er Spanisch Marokko die Unabhängigkeit.
1962 ernannte F. Muñoz Grandes zu seinem Stellvertreter und Ende 1966 ließ er in einem → *Volksentscheid* (Teil I) über die verfassungsändernde „Ley Organica" abstimmen, die eine Trennung der Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs (Ministerpräsidenten) sowie eine 2. Kammer neben den Cortes, den Consejo Nacional, außerdem die Trennung von Staat und Kirche vorsieht.
Mit diesem Schritt vollendet F. folgerichtig sein Wirken als patriarchalischer Landesverweser, der im hohen Alter sein Haus bestellt, um dem Nachfolger ein geordnetes und innerlich befriedetes Staatswesen zu hinterlassen. Sein bleibendes Verdienst um Spanien ist, es zunächst vor dem Kommunismus bewahrt und dann die Verheerungen des Bürgerkrieges in stetiger gelassener Entwicklungsarbeit nicht nur beseitigt, sondern das Land zu einer vor 1936 gänzlich unvorstellbaren Wirtschaftsblüte geführt zu haben. Doch die spanische Jugend revoltiert gegen F., da sie sein Regierungssystem als veraltet, restaurativ und reaktionär empfindet.

Literatur:

Hellmuth Günther Dahms, Der spanische Bürgerkrieg 1936—1939, Tübingen 1962
Bernd Nellesen, Die verbotene Revolution, Aufstieg und Niedergang der Falange, Hamburg 1963
Rolf Görtz, „Der Caudillo wird zum Mythos" in: Die Welt, 18. Juli 1966
Die Tat, Zürich, 19. Juli 1966 „Dreißig Franco-Jahre"

FRANKFURTER

Felix F., seit 30. Januar 1939 beigeordneter Richter im Obersten Bundesgericht der USA, bildete während seiner Lehrtätigkeit als Professor für Rechtswissenschaften in Harvard ein Vierteljahrhundert lang junge Juristen heran und durchsetzte unter der Präsidentschaft → F. D. Roosevelts die US-Regierungsbehörden systematisch mit den besten seiner Schüler, die er nicht nur zu tüchtigen Verwaltungsfachleuten, sondern auch zu überzeugten Kommunisten erzogen hatte.

1882 in Wien geboren und zwei Jahre später mit den Eltern in die USA ausgewandert, besuchte F. das City of New York-College und erwarb 1902 den Bachelor of Arts, 1906 nach Studium der Rechtswissenschaften in Harvard den Bachelor of laws. Bis 1910 war er dann als US-Anwalt im Süddistrikt von New York tätig, anschließend bis 1914 als Gerichtsbeamter im Kriegsdepartement.

Von 1914—1939 lehrte F. an der Harvard Law School und bildete in Seminaren und persönlichem Umgang eine Schicht von intellektuellen, progressistisch und kollektivistisch eingestellten Verwaltungsjuristen heran, mit denen er auch nach Abschluß ihres Studiums in engem Kontakt blieb. 1919 nahm F. als Rechtsberater der → *Zionistischen* (Teil I) Delegation an der Pariser Friedenskonferenz teil. Während dieser Zeit, nachweislich im Jahre 1920, erhielt F. aus der Sowjetunion kommunistisches Propagandamaterial zur Weiterleitung zugesandt. Mit → *F. D. Roosevelt* arbeitete F. seit spätestens 1928 zusammen, als dieser Gouverneur des Staates New York geworden war. Ihr gemeinsames Ziel war eine geplante und gelenkte Wirtschaft und eine zentrale Gesetzgebung unter Zurückstellung des → *föderalistischen* (Teil I) Prinzips.

Wohin dieses Streben in letzter Konsequenz zielte, zeigte sich, nachdem Roosevelt Präsident geworden war. Alden Hatsch schreibt: „. . . mit einem Dutzend anderer junger Männer aus dem Kreise Frankfurters . . ., die in verschiedenen Departments und Organisationen der Regierung in Schlüsselstellungen beschäftigt waren. Den Lehren ihres Meisters (F.) getreu, waren sie eine radikal eingestellte, ideal veranlagte Gruppe . . . Über ihnen allen präsidierte Felix F., der sie anführte, beriet und anfeuerte, aber immer im Hintergrund blieb . . .“

Herbert Hoover schrieb: „Unter den Intellektuellen (um Roosevelt), die den Liberilismus als eine Art Kollektivismus auffaßten, waren so hervorragende Köpfe wie Frances Perkins, Dean Acheson, Henry Morgenthau jr., Harold Ickes, Francis Biddle, Hugh Johnson, Frank Murphy, Henry A. Wallace und Felix Frankfurter."
Und der hier genannte Hugh Johnson schrieb später: „Bald nach der Wahl vollzog sich eine der geschicktesten Infiltrierungen in der Geschichte unseres Staates . . . (Frankfurter) ist heute der einflußreichste Mann in den Vereinigten Staaten. Seine „Jungs" sind bei allen wichtigen Ministerien in unauffällige Schlüsselstellungen geschleust worden."
Zu diesen „Jungs" gehörte u. a. auch Alger → *Hiss* (vgl. dort), dem die Sowjetspionage gerichtlich nachgewiesen werden konnte. Er war, ebenso wie F. selbst, Mitglied des → *CFR* (Teil I). Zu Frankfurters „Jungs" in der unmittelbaren Umgebung Roosevelts gehörten auch Ben Cohen und Thomas Corcoran.
Im Zuge der Einschüchterung und systematischen Umbesetzung des Obersten Bundesgerichts durch F. D. Roosevelt zwecks Durchsetzung seines → *New Deal*-Programms (Teil I), ernannte er 1939 auch F. zum „associated justice" im Supreme court.
Die Ergebnisse der Konferenzen von → *Teheran*, → *Jalta* und → *Potsdam* (s. Teil I), der entscheidende Machtzuwachs des Kommunismus in der Welt, sind nicht Roosevelt allein, sondern auch dem jahrzehntelangen Einfluß F.'s und seiner Schüler zuzuschreiben.

Literatur:

Alden Hatsch, Franklin D. Roosevelt, Wien (Panorama) 1949, S. 246, 265 (amerik. Originalausgabe New York [Henry Holt] 1947)
Herbert Hoover, Memoiren, Mainz (Matth. Grünewald-Vl.) 1952, Band III (1929—1941) S. 343, 365
Walter Trohan, „Three Men, Called a Gouvernment in Themselves" in: Chicago Tribune, 29. Mai 1950
Time 13. Mai 1957, 21. Juli 1961 (über Hiss)
U. S. Department of State Decimal File, 1910—1929. File 861.00/7885
Allgem. Wochenztg. der Juden in Deutschland, XIX 139, 25. Dezember 1964, S. 16

Eduardo F., seit dem 4. November 1964 Staatspräsident und Regierungschef von Chile, bewahrte durch zwei Wahlsiege und durch seine abgewogenen Sozialreformen das Land vor einer Volksfrontregierung.

Aus einer deutschsprachigen Familie stammend, 1911 in Santiago geboren, widmete sich F. neben seinem rechtswissenschaftlichen Studium der Führung der Katholischen Jugend Chiles. Mit 28 Jahren war er Professor für Arbeitsrecht an der Katholischen Universität Santiago. 1941 wurde er Präsident der von ihm mitbegründeten Nationalen Falangistenpartei, die in Anlehnung an ihr spanisches Vorbild ein modernes Sozialprogramm auf nationaler und katholischer Grundlage zu verwirklichen strebte.

Ohne diesem Programm untreu zu werden, vermied es F. nach dem Zweiten Weltkrieg, sich dem Vorwurf auszusetzen, er führe eine „faschistische" Partei, und gründete die Demokratisch-Christliche Partei, als deren Präsidentschaftskandidat er 1964 über Salvador Alende, den Kandidaten der Sozialisten und Kommunisten, einen knappen Sieg davontrug und die ein Jahr später, bei den Parlamentswahlen im März 1965, die absolute Mehrheit errang.

Wenn diese Demokratisch-Christliche Partei F.'s in dem Rufe steht, weiter nach links zu tendieren als die Parteien gleichen Namens in Europa, so resultiert das daraus, daß sie ihr Sozialprogramm ernster nimmt und tatkräftiger realisiert als die europäischen. F. führt damit seit seinem Regierungsantritt eine Revolution von oben, die sogenannte „Revolution in Freiheit" durch, die auf die Verwirklichung eines spezifisch chilenischen Sozialismus hinausläuft.

Sein Beispiel ist für Südamerika bedeutungsvoll, weil es zeigt, wie man der Gefahr einer Ansteckung durch den Kuba-Kommunismus begegnen kann. So begann er damit, sich der verelendeten Massen anzunehmen, die bis dahin außerhalb der Gesellschaft gelebt hatten, vor allem durch ein umfangreiches *Schulbauprogramm* und eine Aktivierung der öffentlichen Gesundheitspflege.

Nach Verzehnfachung der landwirtschaftlichen Mindestlöhne und Beteiligung Chiles an den (US-amerikanischen) Kupferbergbauunternehmen, der größten Einnahmequelle des Landes, begann er damit, ein umfassendes Gesetzwerk zur → *Bodenreform* (Teil I) durchzu-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

setzen. Doch hat er trotzdem ständig mit der starken Linksopposition im eigenen Lande zu kämpfen, die ihm seine sozialen Maßnahmen nicht anerkennt, weil er keiner der ihren ist.

Literatur:

Günter Friedländer, „Regierung Frei hat ihre Kraft nicht abgenutzt", in: Die Welt, 22. November 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Der deutsche Wirtschaftsführer und Sozialtheoretiker Otto Andreas F., von 1949 bis 1965 Vorstandsvorsitzender der Phoenix Gummiwerke AG in Hamburg-Harburg, die sich unter seiner Leitung zu einem wirtschaftlich und sozial vorbildlichen Unternehmen entwikkelte, seit 1966 geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG in Düsseldorf, ist einer der wenigen ideenreichen Köpfe, die für die sozialen Probleme des Industriezeitalters echte Lösungen anbieten. Sein → Friedrich-Plan (Teil I) hat eminent politische Bedeutung.

1902 in Leipzig als Sohn des Chirurgen Paul Leopold F. und Charlotte, geb. Baroness von Bülow, geboren, studierte F. an den Universitäten Marburg, Königsberg, Frankfurt, Heidelberg, Berlin und Wien Staats- sowie Wirtschaftswissenschaften und ging im Zuge seiner Ausbildung zum Industrie-Unternehmer in die Vereinigten Staaten, wo er bei der B.F. Goodrich Company in Akron/Ohio tätig war.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1932 war er Geschäftsführer verschiedener Verbände der Kautschukindustrie und wurde 1939 in die Leitung der Phoenix Gummiwerke AG berufen. Diesem Unternehmen widmete er seine Kraft und Kenntnisse ein viertel Jahrhundert lang, seit 1949 an der Spitze des Vorstandes. Hier verwirklichte er in der Praxis, auch während der wiederholten schweren Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, seine grundlegenden Ideen über einen bleibenden Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, half maßgeblich den zeitgemäßen Unternehmertyp prägen und förderte den sozialen Aufstieg der Arbeitnehmer, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Darüber hinaus beriet F. als Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der deutschen Industrie wiederholt die Bundesregierung, so während der Koreakrise 1951 in Rohstofffragen, und wurde auch, nachdem er die Phoenixwerke 1966 der Leitung Hans Wilhelm Kolbs überlassen hatte und geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG in Düsseldorf geworden war, 1967 zur Lösung der Strukturkrise im deutschen Kohlenbergbau herangezogen.

F.s Vorstellungen und Vorschläge zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern stehen auf soli-

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

dem wirtschaftswissenschaftlichem Grund, sind durchaus realisierbar und geeignet, den vor allem von den Gewerkschaften betriebenen anachronistischen Rückfall in das marxistische Klassenkampfdenken von höherer Warte aus zu überwinden. Mit diesen im → *Friedrich-Plan* (Teil I) dargelegten Ideen hat F. entscheidend die wirtschaftspolitische und sozialpolitische Weiterentwicklung gefördert.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

GANDHI, INDIRA

Shrimati Indira G., Ministerpräsidentin und Minister für Atomenergie der Republik Indien seit dem 19. Januar 1966, vorher Informations- und Rundfunkminister im Kabinett Shastri, versucht, ihr Land vor der unausweichlichen Hungerkatastrophe zu bewahren, in die es infolge mangelnder Anpassungs- und Umstellungsbereitschaft der Bevölkerungsmassen hineintreibt.

Als einzige Tochter Pandit Nehrus im Jahre 1917 geboren und in der Schweiz erzogen, studierte sie u. a. in Oxford, schloß sich 1937 der indischen Kongreßpartei an und wurde 1942 zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Entlassung heiratete sie den Publizisten F. Gandhi (nicht verwandt mit Mahatma G.), schenkte ihm zwei Söhne, trennte sich aber 1947 wieder von ihm und arbeitete auf sozialpädagogischem Gebiet (Jugendwohlfahrt). Von 1946 bis 1964 führte sie ihrem Vater den Haushalt, wobei sie ihn gleichzeitig politisch beriet. 1955 wurde sie in das Führungsgremium der Kongreßpartei berufen und übernahm 1959 das Parteipräsidium.

Ihre politischen Reisen im Jahre 1966 nach Antritt der Ministerpräsidentschaft galten vor allem der Beschaffung von Entwicklungshilfe-Geldern zur Bekämpfung der Hungersnot in Indien. Doch weiß sie als Mitglied des UNESCO-Exekutivausschusses (seit 1960) selber nur zu gut, daß dieser Not mit ausländischer Hilfe allein nicht beizukommen ist. Das Verhängnis liegt in der Mentalität der indischen Volksmassen begründet. Indira G. widmet sich daher einem umfassenden Erziehungs- und Aufklärungsprogramm, dessen Erfolg noch ungewiß ist.

Literatur:

Michael Brecher, Nehru. Eine politische Biographie, München 1963
Pandit Jawaharlal Nehru, Indiens Weg zur Freiheit, Frankfurt 1962 (Neuaufl.)
Max Mohl, Gandhis gefährliches Erbe, Gütersloh (Bertelsmann) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

GANDHI, MAHATMA

Mohandas Karamchand G., genannt Mahatma, begann 1920 in Indien, seit 1924 als Führer des 1885 gegründeten indischen Nationalkongresses, den gewaltlosen, passiven Widerstand gegen die britische Kolonialherrschaft, proklamierte mit durchschlagendem Erfolg den zivilen Ungehorsam und Boykott englischer Waren. Er wurde achtmal zu Gefängnishaft verurteilt, unterwarf sich mehrmals dem Hungerstreik und wurde ein halbes Jahr, nachdem Indien seine Unabhängigkeit erhalten hatte, am 30. Januar 1948 ermordet.

Am 2. Oktober 1869 in Porbandar/Bombay geboren, aus begüterter Hindu-Familie, studierte G. 1888 bis 1891 in England Rechtswissenschaften, war dann in London und Bombay als Anwalt tätig und ging 1893 nach Südafrika, wo er den Widerstand der indischen Einwohner gegen ihre Behandlung als Kolonialbevölkerung organisierte und eine gewisse Erleichterung ihrer Lebensbedingungen erreichen konnte.

Mit diesen Erfahrungen kehrte G. bei Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 nach Indien zurück, vertiefte sich in altindische Philosophie, wandte sich in hindustanischer Religiosität einer asketischen Lebensweise zu und entwickelte Idee und Methode des gewaltlosen Widerstandes, für den er das Wort Satyagraha, „Seelenkraft" prägte.

So gerüstet, nahm G. 1920 den Kampf gegen die britische Herrschaft in Indien auf, predigte den Indern die stille Gehorsamsverweigerung gegenüber den Anordnungen der englischen Verwaltung, Nichtbeteiligung an ihren Einrichtungen, Verzicht auf durch Großbritannien importierte Waren, regte an, daß in den Häusern wieder selbst gesponnenes Garn verarbeitet wurde.

Als 1924 der erste allindische Nationalkongreß (einschließlich der Mohammedaner) geschaffen wurde, übernahm G. den Vorsitz und behielt ihn bis 1937 mit Unterbrechungen durch achtmalige Gefängnishaft, zu der Lord → *HALIFAX* als Vizekönig von Indien (1926 bis 1931) G. verurteilen ließ. Als Protestmittel gegen die Inhaftierung bediente sich G. mit ungewöhnlicher Willenskraft des Hungerstreiks und erreichte mehrfach seine Entlassung.

G. dachte aber auch über den Termin der Unabhängigkeit Indiens hinaus und setzte sich mit der Autorität, die er sich erworben hatte, für die Versöhnung der Hindus und Mohammedaner ein, ebenso für

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

die soziale Hebung der Kaste der „Unberührbaren", der Parias, sowie der Frauen. Als es ihm im Zweiten Weltkrieg nicht gelang, seine Forderung nach strikter Neutralität Indiens durchzusetzen, – den Vorsitz im Nationalkongreß hatte er 1937 → *NEHRU* überlassen –, setzte er sich für die *sofortige* Lösung der indischen Frage, d. h. der Unabhängigkeit ein.
Als dieses Ziel 1947 erreicht war und sogleich blutige Kämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern einsetzten, versuchte G. vergeblich, diesem Wüten ein Ende zu setzen. Hier schien er das Unmögliche zu wollen und zog sich die tödliche Feindschaft der Fanatiker zu. Ein junger Hindu erschoß ihn am 30. Januar 1948.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Oberkonsistorialrat Dr. theol. habil. Eugen G., Mitbegründer der → CDU (Teil I), seit 1954 ununterbrochen Präsident des westdeutschen Bundestages, zählt sich zu den → Widerstandskämpfern (Teil I) des 20. Juli 1944, hat sich infolgedessen auch lange Zeit auf die Linie der → reeducation (Teil I) begeben, tritt aber seit etwa 1960 für ein nationales Selbstbewußtsein des deutschen Volkes ein, ohne zu den echten Stimmen eines solchen Selbstbewußtseins ein inneres Verhältnis gewinnen zu können.

1906 in Kirchheim/Teck, Württemberg, geboren, studierte G. nach Absolvierung der Handelsschule und einer kaufmännischen Lehre von 1930—1935 in Tübingen, Zürich und Rostock Philologie, Literaturwissenschaften und Theologie.
1937 ließ sich G. als Privatdozent in Berlin nieder, doch wurde ihm die Lehrbefugnis wieder entzogen. Während des Krieges nahm G. das Amt eines Konsistorialrates im Außenamt der evangelischen Kirche in Berlin wahr und gehörte dem Kreisauer Kreis an (vgl. → *Widerstandsbewegung,* Teil I). Aus diesem Anlaß wurde G. im Juli 1944 verhaftet, zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und 1945 durch die Amerikaner befreit.
G. gründete und leitete das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland, war seit 1948 Mitglied der Synode der EKD und Leiter des evangelischen Siedlungswesens in Deutschland — ein Amt, das nicht zuletzt Erfahrungen im Umgang mit Immobilien erfordert.
Bei der Etablierung der Bundesrepublik im Jahre 1949 wurde G. CDU-Abgeordneter im westdeutschen Bundestag, der ihn fünf Jahre später zu seinem Präsidenten wählte. G. verfügt über eine wirkungsvolle Rhetorik, beispielhaft dafür ist seine Gedenkrede für → *Konrad Adenauer* im Bundestag.
Im ganzen gesehen kann G. nach Werdegang, Gesinnung und Auftreten als profilierte Nachkriegserscheinung und als eine für die westdeutsche Bundesrepublik durchaus typische Gestalt bezeichnet werden, von seinem überlegenen Bildungsgrad einmal abgesehen.

Literatur: (s. umseitig)

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

Literatur:

Eugen Gerstenmaier, Die evangelische Kirche und ihre Sozialpolitik, 1952;
Eugen Gerstenmaier, Rang und Stand in der modernen Massenwelt, 1960;
Eugen Gerstenmaier, Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen, Stuttgart (DVA) 1965
Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode 1965 (Kürschners Volkshandbuch) Darmstadt 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

GOEBBELS

Paul Joseph G., von 1933 bis 1945 deutscher Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, gleichzeitig Reichsleiter der NSDAP (Propaganda) und (seit 1926) Gauleiter von Berlin, beherrschte und dirigierte als Präsident der Reichskulturkammer das gesamte offizielle Kulturleben Deutschlands, ausgenommen Kirchen, Schulen und Hochschulen. 1944 wurde er zudem Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz. Hitler gegenüber verhielt er sich bis zum Schluß uneingeschränkt loyal und wählte mit seiner gesamten Familie 1945 den Freitod.

1897 in Rheydt im Rheinland geboren, besuchte G. dort das von Jesuiten geleitete Gymnasium und studierte an zahlreichen deutschen Universitäten Geschichte, Kunst- und Literaturgeschichte sowie Philologie. 1920 promovierte er in Heidelberg, schloß sich 1922 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an und wurde als Schriftleiter der „Völkischen Freiheit" in Elberfeld 1924 von den französischen Behörden aus dem damals noch besetzten Ruhrgebiet ausgewiesen.

Anfang September 1926 ernannte Hitler G. zum Gauleiter von Berlin. Ein Jahr später begann G. dort seine ureigenste Zeitung und Stimme, den „Angriff" herauszugeben. 1928 wurde er Abgeordneter des Reichstages und als solcher gegen Polizeimaßnahmen immun. 1929 ernannte Hitler G. in Anerkennung seiner Berliner Erfolge zum Reichspropagandaleiter der NSDAP.

Nach der Regierungsübernahme wurde am 14. März 1933 das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propagande geschaffen und G. im Alter von 36 Jahren Reichsminister. Er weitete von Anfang an die Kompetenzen seines Ministeriums so weit aus, daß neben Presse und Rundfunk auch Film, Theater, Literatur und Musik von dort bzw. von den Reichspropagandaämtern verwaltet wurden, und errichtete im November 1933 die Reichskulturkammer, deren Präsidium er selbst übernahm.

Dabei mußte es zu Kompetenzkämpfen vor allem mit der Dienststelle Rosenberg, aber auch mit → *GÖRING* kommen, der sich als preußischer Ministerpräsident die Kulturbelange gerade in Berlin nicht aus der Hand nehmen ließ, später auch mit dem Auswärtigen

Amt, das zum Beispiel die Rundfunkpropaganda im Ausland nach eigenen Gesichtspunkten und in eigener Regie durchzuführen bestrebt war.
G. setzte seinen Standpunkt und die Belange seines Ministeriums vielfach mit Hilfe seines engen persönlichen Kontaktes zu Hitler durch, den er sich bis zum Ende zu erhalten verstand und den nicht einmal → *BORMANN* unterbinden konnte. Im 2. Weltkrieg trieb G. seine Aufgabe, das deutsche Volk von Tag zu Tag trotz aller Rückschläge einsatzwillig zu erhalten, bis zur äußersten Konsequenz und verstand es immer von neuem, die Massen mitzureißen („Wollt ihr den totalen Krieg?"). Eine besondere Rolle in diesem Bemühen spielten seine wöchentlichen Leitartikel in der Zeitung „Das Reich".
Daß die Verschwörung vom 20. Juli 1944 in Berlin nicht zum Tragen kam, war wesentlich auf G. zurückzuführen, der im entscheidenden Augenblick eine Telefonverbindung zwischen dem Kommandeur des Berliner Wachregiments, Major Remer, und Hitler herstellen ließ, so daß Remer unmittelbare Befehle von Hitler selber empfing.
Als Hitler in den letzten Tagen des April 1945 G. aufforderte, sich aus Berlin abzusetzen, weigerte sich G., sich von ihm zu trennen. Seine Frau Magda und er selbst nahmen sich nach dem Tode Hitlers, und nachdem sie ihre Kinder hatten töten lassen, das Leben.
G.s Rolle bei der (angeblichen) Röhmrevolte 1934 und vor der sogenannten „Reichskristallnacht" im November 1938 ist nicht restlos geklärt. Doch scheint er in beiden Fällen einen großen Teil der Verantwortung auf sich geladen zu haben. Dagegen ist ihm eine direkte Mitverantwortung an den Judenvernichtungsmaßnahmen in Rußland und Polen nicht nachzuweisen.
Daß er — bei aller Klugheit und unerbittlichen Konsequenz — maßgeblichen Einfluß auf Hitler ausgeübt habe, muß bezweifelt werden. Dafür war sein Einfluß auf Haltung und Widerstandswillen der Bevölkerung aller Kreise und Schichten um so nachhaltiger und ein politischer Faktor ersten Ranges.

Literatur:

Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg Lippe, Dr. G. — Porträt eines Propagandaministers, Wiesbaden (Limes) o. J.
Wilfried von Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, 2 Bde., Buenos Aires (Dürer) 1950/51

GÖRING

Hermann Wilhelm G., 1933 bis 1945 Reichsluftfahrtminister und preußischer Ministerpräsident, seit 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, war vorübergehend (Dezember 1933) auch Chef der → GESTAPO (Teil I), wurde 1936 Beauftragter für den Vierjahresplan, bei Kriegsbeginn 1939 Leiter der gesamten Kriegswirtschaft und war dieser Arbeitslast spätestens seit 1944 nicht mehr gewachsen. Er wurde im → NÜRNBERGER Hauptprozeß (Teil I) nach eindrucksvoller Selbstverteidigung zum Tode verurteilt und entzog sich der Hinrichtung durch Gift.

1893 in Rosenheim als Diplomatensohn geboren, besuchte G. die Gymnasien Fürth und Ansbach und zog auf die Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde. Zu Beginn des 1. Weltkrieges aktiver Infanterieoffizier, wurde G. im Oktober 1914 Flugzeugbeobachter, 1915 Flugzeugführer, 1916 Jagdflieger und 1917 Staffelführer.
Im Juni 1918 übernahm G. als Kommandeur das Jagdgeschwader „Freiherr von Richthofen", bei Kriegsende nahm er seinen Abschied im Hausptmannsrang, war 1919 als fliegerischer Berater in Dänemark und 1920 als Flugchef einer schwedischen Linie tätig. 1922/23 studierte G. in München Geschichte und Volkswirtschaft.
In dieser Zeit schloß er sich der NSDAP an und übernahm im Dezember 1922 die Organisation und Führung der SA. Beim Hitlerputsch am 9. November 1923 erhielt er vor der Feldherrnhalle eine schwere Verletzung, mit deren Folgen manche die Persönlichkeitsveränderung der späteren Jahre erklären wollen, floh nach Tirol, hielt sich 1924/25 in Rom und 1926 in Stockholm auf.
1927 wieder in Deutschland, stellte sich G. von neuem Hitler zur Verfügung, wurde 1928 Reichstagsabgeordneter, Ende August 1932 Präsident des Deutschen Reichstages und am 30. Januar 1933, nach seiner maßgeblichen Beteiligung an den Verhandlungen mit von Papen und mit Hindenburg, Mitglied des ersten Kabinetts Hitler.
Angesichts der Fülle von hohen Ämtern, die G. in den folgenden Monaten übernahm, stellt sich die Frage nach seinen Motiven. Der sozialistische Flügel innerhalb der NSDAP und die Jugend betrachteten ihn als Reaktionär. Ganz offensichtlich reizte ihn die Macht in jeglicher Form. Und gerade dieser Zug war es, der ihn in den folgenden Jahren ausländischen Politikern vielfach vertrauenswürdiger

erscheinen ließ, als Hitler selbst, → *GOEBBELS* oder → *RIBBENTROP.*

Vom Reichsluftfahrtminister über den preußischen Ministerpräsidenten (und Oberbefehlshaber der preußischen Polizei) bis zum Reichsjägermeister, vom Oberbefehlshaber der neugeschaffenen und ganz auf seine Vorstellungen zugeschnittenen Luftwaffe bis zum Beauftragten für den Vierjahresplan mit enormen wirtschaftspolitischen Vollmachten entfaltete G. einen Stil der Machtausübung und des persönlichen Prunks, der an die Renaissance gemahnte.

Hitler hatte G. bei Kriegsbeginn zu seinem unmittelbaren Vertreter gemacht. Die Verantwortung für die gesamte Kriegswirtschaft, die G. sich ebenfalls hatte übertragen lassen, hätte alleine genügt, einen Mann mehr als menschenmöglich in Anspruch zu nehmen. Das Versagen begann im 3. Kriegsjahr auf dem Gebiet der Luftrüstung und des Luftwaffeneinsatzes, nicht lange nachdem G. den Rang eines „Reichsmarschalls" erhalten hatte. 1943/44 hatte zudem die fortschreitende Persönlichkeitsveränderung eine auch äußerlich deutlich erkennbare Phase erreicht.

In den letzten Wochen des Krieges hielt sich G. am Obersalzberg auf. Von dort kündigte er per Funk an, daß er Hitlers Nachfolge anzutreten bereit sei. Die Folge war, daß er sieben Tage vor Hitlers Tod aus allen seinen Ämtern und aus der Partei ausgestoßen wurde.

Während des → *NÜRNBERGER PROZESSES* (Teil I) gewann G. einen großen Teil seiner früheren Tatkraft und Haltung zurück und lieferte dem amerikanischen Chefankläger Jackson ein bemerkenswertes Duell. Seine Hinrichtung durch den Strang fand nicht statt, da G. zuvor Gift genommen hatte.

Inwieweit G. für die Judenvernichtungsaktion Verantwortung trägt, steht nicht fest. Seine Rolle beim sogenannten „Röhmputsch" 1934 und den Begleitumständen in Berlin (Ermordung Schleichers) erscheint zumindest zwielichtig, wenn nicht schuldhaft. Die fehlerhafte und unzureichende Führung der Luftwaffe steht außer Zweifel.

Literatur:

Heinrich Fraenkel/Roger Manvell, Hermann Göring, Hannover 1964
Emmy Göring, An der Seite meines Mannes, (Göttingen (Schütz) 1967

Nahum G. ist als Präsident der Zionistischen Weltorganisation sowie des 1936 von Rabbi Stephen S. Wise geschaffenen, zionistisch beherrschten Jüdischen Weltkongresses und der Jüdischen Wiedergutmachungskonferenz (Conference on Jewish Material Claims against Germany) einer der einflußreichsten Sprecher des organisierten Judentums. Er kann auf eine fünfzigjährige öffentliche Tätigkeit zurückblicken. Seine Verhandlungspartner sind Regierungsoberhäupter und Minister, und er genießt den inoffiziellen Status des Sonderbotschafters einer Großmacht.

G. wurde 1895 in Wisznewo im ehemaligen Russisch-Polen geboren, studierte an den Universitäten Marburg (1914) und Berlin (1915) und promovierte 1920 in Heidelberg zum Doktor der Rechtswissenschaft. Bereits in Berlin nahm er einen führenden Platz in der zionistischen Bewegung ein und arbeitete an der Encyclopedia Judaika mit.

1933 emigrierte G., heiratete 1934 Alice Gottschalk und wurde 1935 Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency for Palestine und deren Vertreter beim Völkerbund in Genf. 1940 ging G. in die USA, wo er u. a. während des Zweiten Weltkriegs in New York Direktor des Jewish Intelligence Service war und in den vierziger und fünfziger Jahren zahlreiche Ämter in jüdischen Organisationen bekleidete. Seine politische Karriere fand ihre Krönung, als er am 7. Mai 1956 als Nachfolger Chaim Weizmanns zum 7. Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation gewählt wurde.

Zum Präsidenten der Claims Conference (siehe oben) war G. bereits 1951 avanciert. In diesem Amte konnte er einen entscheidenden Erfolg verzeichnen, als es ihm bei seiner ersten Begegnung mit Adenauer am 6. Dezember 1951 in London gelang, jene deutschen Zusagen zu erlangen, die dann am 10. September 1952 zum sogenannten Luxemburger Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel und den jüdischen Weltorganisationen führte.

G. läßt sich in seinem Handeln nicht von einem emotionalen antideutschen Affekt bestimmen. Er ist Realpolitiker. So plädierte er in Jerusalem schon am 14. Juli 1954 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Deutschland. Das gleiche Thema erörterte er mit

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Adenauer am 20. August 1955, zu einem Zeitpunkt also, als die israelische Öffentlichkeit trotz der laufenden deutschen Zahlungen hieran noch kein erkennbares Interesse bekundete.
Es mutet daher wie ein Witz der Geschichte an, daß in Israel vielfach dem Politiker Nahum G. unterstellt wurde, er sei in seiner Haltung zu „weich", zu deutschfreundlich. Er denkt nicht in so einfachen Kategorien wie pro-deutsch oder anti-deutsch, sondern handelt ausschließlich im Interesse des Zionismus. Auch denkt er bereits weiter als seine israelischen Kritiker. Am 1. August 1966 bei der Eröffnung des Jüdischen Weltkongresses in Brüssel sagte er: „Die Bedrohung für das Weltjudentum (World Jewry) liegt heute nicht in der Verfolgung, sondern im Identitätsverlust in den einzelnen Ländern. Jetzt, da wir den Rechtsanspruch auf Gleichheit gewonnen haben, müssen wir für das Recht kämpfen, anders zu sein." Er gab damit einem weithin anerkannten Grundsatz zionistischer → *Apartheidspolitik* (Teil I) Ausdruck.
Beim gleichen Kongreß führte er im Hinblick auf Westdeutschland aus, mit Hysterie mache man keine Historie, die größten Deviseneinnahmen Israels kämen aus Deutschland, die israelische Valuta hinge von ihnen ab, und ohne deutsche Initiative sei auch kein Anschluß Israels an die → *EWG* (Teil I) möglich.

Literatur:

Nahum Goldmann, Reisebriefe von Erez Israel, 1913
Heinz Ganther, Die Juden in Deutschland, Hamburg 1959
Daily Telegraph, 1. August 1966
Wochen-Echo, Berlin, Nr. 2/51 vom 18. Dezember 1964
Jedioth Chadashot, Tel Aviv, 15. September 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

Barry M. G., Kaufmann, Fliegeroffizier und republikanischer Politiker in den USA, kandidierte 1964 für die Präsidentschaft gegen den Kandidaten der Demokraten, Präsident → JOHNSON und verlor die Wahl. 1968 kandidierte er nicht. Die Republikaner entschieden sich für → NIXON, der die Wahl gewann.

Am 1. Januar 1909 in Phoenix/Arizona geboren, studierte G. an der Universität Arizona und übernahm als Zwanzigjähriger die Leitung des Warenhauskonzerns seines Vaters. Bei dem von → *ROOSEVELT* herbeigeführten Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg meldete sich G. zur Luftwaffe, wurde Flieger, erhielt seine Offiziersausbildung an der Staunton Militärakademie und war bis 1945 im Einsatz.

Nach dem Krieg schloß sich G. der Republikanischen Partei an und wurde 1949 Stadtrat in seiner Heimatstadt Phoenix. Im Januar 1953 wurde er für Arizona in den Senat gewählt und vertrat innerhalb der Republikanischen Partei den konservativen, nationalamerikanischen Standpunkt. Damit wurde G. zum Leitbild und erkorenen Führer der konservativ-amerikanischen Studentenbewegung, die rasch an Umfang und Aktivität zunahm.

Am 15. Juli 1964 nominierte die Republikanische Partei G. zum Kandidaten für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Das Programm, mit dem er die Kandidatur antrat, war ein klarer Antikommunismus mit dem Ziel der notwendigen personellen Reinigung der US-Verwaltung, ferner Wiederherstellung des von der Verfassung bestimmten Föderalismus, das hieß Abbau des Zentralismus der Washingtonregierung, sowie Rückführung des Wohlfahrtsstaates zu Verhältnissen, die dem einzelnen US-Bürger das Lebens- und Existenzrisiko nicht vollständig abnähmen, ihn dafür aber auch nicht entmündigten.

Mit diesem Programm, durchaus im Sinne und nach dem Herzen der aufbrechenden akademischen Jugend des konservativen Amerika, gegen die eingespielte Administration des demokratischen Präsidenten Johnson anzutreten, war unter den gegebenen Verhältnissen so gut wie aussichtslos. Es hätten dann G.s Ziele schon vor der Wahl verwirklicht sein müssen. Er unterlag am 3. November 1964 und verlor damit auch in seiner Partei an Einfluß. 1968 wagten es die Repu-

blikaner nicht noch einmal, G. als Kandidaten aufzustellen, sondern führten den gemäßigten Nixon ins Treffen, der die Wahl auch gewann.
Allerdings zeigten die zahlreichen Stimmen, die der radikale Nationalist Wallace auf sich vereinigen konnte, daß das Programm G.s von 1964 durchaus noch die Zustimmung eines großen Teiles der Wählerschaft hätte finden können, vielleicht sogar eines größeren Teiles als 1964. Doch kommt G. für die Wahlen von 1972 aus Altersgründen kaum noch in Betracht.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Wladislaw G., Erster Sekretär des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiter-Partei Polens (vormals KP) schon während der deutschen Besetzung (1943 in Lublin) bis 1948, dann wieder seit 1956, 1945 bis 1949 stellvertr. Ministerpräsident und Minister für die „zurückgewonnenen Gebiete", ist die entscheidende Persönlichkeit in der politischen Führung Polens und hat auch in Moskau sowie im → COMECON (Teil I) großen Einfluß.

Jahrgang 1905, aus einfachen Verhältnissen stammend, erlernte G. zunächst den Mechanikerberuf, schloß sich mit 22 Jahren der polnischen KP an, avancierte zum Arbeiterführer, organisierte Streiks, wurde wiederholt zu Freiheitsstrafen verurteilt und hielt sich 1934 bis 1936 in der UdSSR auf. 1939 nahm er an den Kämpfen um Warschau teil, stellte während der deutschen Besetzung Partisaneneinheiten auf, wurde bereits 1942 ins Zentralkomitee der neuen KP Polens berufen und 1943 Erster Sekretär.
1949 geriet G. bei Wahrnehmung polnischer Interessen in Gegensatz zu Stalin, wurde aus dem ZK ausgeschlossen und 1951 inhaftiert. Nach dem Tode Stalins erlangte G. 1954 wieder die Freiheit, wurde 1956, im Anschluß an den Posener Aufstand gegen das kommunistische Regime, rehabilitiert und — einzigartig in der Geschichte kommunistischer „Säuberungen" und „Wachablösungen" — wieder Erster Sekretär des Zentralkomitees.
Seitdem wuchs sein Ansehen im Ostblock ständig. Auch der Kreml mißt seinem Urteil zunehmende Bedeutung zu. Nur die Katholische Kirche in Polen unter Führung des Kardinals Wyszynski hat den Mut, sich G. zu widersetzen.
Im Oktober 1966 gab G. in Moskau dem russischen Drängen nach und unterstützte die Verurteilung Chinas. Bis dahin hatte er noch gezögert, in dem russisch-chinesischen Konflikt Partei zu ergreifen. G. muß zu den unversöhnlichsten Gegnern Westdeutschlands und der deutschen Wiedervereinigung gezählt werden, sowohl vom ideologisch-kommunistischen als auch vom realpolitisch polnisch-nationalen Standpunkt aus.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Literatur:

Hans Roos, Geschichte der polnischen Republik, Stuttgart 1964
A. Korab, Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa, 1. Teil „Polen", Hamburg 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

John Grey G., seit dem 10. Januar 1968 Premierminister von → AUSTRALIEN (Teil I) und Führer der Liberalen Partei, gehört seit 1958 der Regierung an und leitete wiederholt verschiedene Ministerien zu gleicher Zeit. Von Haus aus Jurist, Schriftsteller und Journalist, ist G. westlich, d. h. proamerikanisch eingestellt.

Am 9. September 1911 als Sohn eines Gutsbesitzers in Kerang/Victoria geboren, wurde G. an der privaten Lateinschule in Geelong bei Melbourne erzogen und studierte in England, am Brasenose-College in Oxford Rechtswissenschaften. Danach wandte er sich schriftstellerischer Tätigkeit und dem Journalismus zu und heiratete eine Amerikanerin.

Am Zweiten Weltkrieg nahm G. als Fliegeroffizier bei der australischen Luftwaffe teil, wurde abgeschossen und Ende 1944 nochmals schwer verwundet. Nach dem Kriege gab er seine schriftstellerischen Ambitionen auf, wurde politisch tätig und 1949 als Liberaler für den Staat Victoria in den Senat gewählt. Dort wurde Ministerpräsident Menzies auf ihn aufmerksam und förderte ihn.

1958 wurde G. Marineminister, seit 1960 zugleich auch mit den Geschäften des Ministers des Äußeren betraut. 1963 wurde er Innenminister und Ende desselben Jahres auch Arbeitsminister, zugleich dem Premierminister beigeordnet und mit der Leitung des Australischen Commonwealthministeriums für Erziehung und Forschung beauftragt, das er 1966 dann endgültig übernahm.

Als eine Woche vor Weihnachten 1967 der Premierminister → *HOLT* beim Tauchen im Meer verschollen war und totgesagt werden mußte, wurde G. am 9. Januar 1968 zum Parteiführer der Liberalen gewählt und übernahm das Amt des Regierungschefs. Er setzte die Außenpolitik seines Vorgängers fort, pflegte das Bündnis mit den USA und bemühte sich gleichzeitig um Verbesserung der Beziehungen zu den asiatischen Ländern.

In der Vietnamfrage vertrat G. den amerikanischen, antikommunistischen Standpunkt und hielt noch daran fest, als die USA selber schon nach einer Möglichkeit suchten, sich zurückzuziehen. Ebenso hielt er die britische Rückzugspolitik aus Südostasien für verfehlt und erklärte kurz nach seiner Amtsübernahme, Australien und Neuseeland seien nicht in der Lage, die Rolle der britischen Streitkräfte in Malaysia und Singapur zu übernehmen.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Ende Juni 1968 gab G. eine erhebliche Steigerung der australischen Verteidigungskapazität bekannt. Im Finanzjahr 1968/69 werde das Land (umgerechnet) 5,7 Milliarden DM für Verteidigungszwecke aufwenden und die Streikräfte von 81 000 auf 84 000 Mann verstärken. Doch sah sich der Premier noch im gleichen Jahre zunehmender Kritik auch aus den Reihen seiner eigenen, der Liberalen Partei ausgesetzt und konnte ein neues Wehrdienstgesetz im Parlament nicht durchsetzen.
Auch sein Vorschlag zu einem Nichtangriffspakt mit Indonesien, dessen Interessen sich mit denen Australiens in Neuguinea begegnen, wurde abgelehnt. Die Labourparty rechnete sich bereits Chancen aus, die Regierung zu übernehmen und versprach sich davon, Australien vor dem Schicksal bewahren zu können, der einzige Exponent des Westens zu werden, der noch militärische Stützpunkte in Asien unterhielte.
Doch konnte G. seine Position behaupten. 1969 sagte er sogar zu, Australien werde nach Abzug der britischen Truppen aus Malaysia und Singapur 1971 dort eine 1200köpfige Infanterie-Streitmacht, 42 „Mirage"-Düsenjäger und ein Kriegsschiff auf unbestimmte Zeit stationieren. G. erklärte in diesem Zusammenhang: „Australien liegt nicht nur in Asien, es ist auch ein Teil von Asien."

Anmerkungen ....

Jakubu G., seit dem 1. August 1966 Staatsoberhaupt der Bundesrepublik→ NIGERIA (Teil I) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, kam nach der Entführung und Ermordung seines Vorgängers General Ironsi zur Macht und kämpft seit dem 30. Mai 1967 gegen den südöstlichen Landesteil „Biafra", der sich selbständig machen will.

1934 im Norden Nigerias geboren und dem Stamme der Haussa zugehörig, erhielt G. seine Erziehung auf einer Missionsschule und besuchte anschließend das staatliche College in Saria.
Als Zwangzigjähriger trat G. in die Armee ein, erhielt seine militärische Ausbildung teils in → *GHANA* (Teil I) teils an der Militärakademie Sandhurst in England. 1960 gehörte G. dem Truppenkontingent an, den das selber eben erst unabhängig gewordene → *NIGERIA* (Teil I) im Rahmen der UN-Aktion in den → *KONGO* (Teil I, Kinshasa) entsandte. Auch bei dem militärischen Vorgehen der → *UNO* (Teil I) gegen die abgefallene Kongoprovinz Katanga im Jahre 1963 nahm G. wiederum mit einem nigerianischen Kontingent teil.
Während dieser Aktionen wurde er rasch befördert und bekleidete bereits 1963 als Nigeria sich zur Republik erklärte, den Rang eines Oberstleutnants. Zur Zeit der Parlamentswahlen (30. Dezember 1964), die zur Staatskrise führten, war er Oberst und anderthalb Jahre später, beim Putsch vom 28. Juli 1966 bei dem General Ironsi ermordet wurde, übernahm G. als 31jähriger Stabschef der Armee das Präsidium des Obersten Militärrates und damit die Staatsführung.

Da er aber als Angehöriger des Haussastammes nichts unternahm, um die folgenden Massaker unter den Ibos zu verhindern, von denen etwa 30 000 umgebracht wurden, hatte er sich den Widerstand dieses Stammes gegen die von ihm Anfang September 1966 verkündete Rückkehr zur föderalistischen Ordnung selbst zuzuschreiben. (Ironsi war Ibo gewesen und hatte den Föderalismus beseitigt.) Alle Bemühungen G.s um eine innenpolitische Beruhigung mußten an den Folgen dieses Massenmords am Ibostamm scheitern. In dem Chef des Militärregimes der Ostregion, Oberstleutnant Ojukwu, erwuchs ihm ein ebenbürtiger Gegner, der am 30. Mai 1967 die Unabhängigkeit seiner Region unter dem neuen Staatsnamen Biafra verkündete.

G. antwortete zunächst mit einer Wirtschaftsblockade und begann am 7. Juli 1967, militärisch gegen den abgefallenen Landesteil vorzugehen. Er stieß auf verzweifelten Widerstand, da die Ibo im Falle ihrer Niederlage mit ihrer vollständigen Ausrottung rechnen. Nach sechs Monaten des Bürgerkrieges, der das Land ruiniert, und bei dem sich beide Parteien europäischer, sowjetischer und südafrikanischer Hilfe bedienen, auch weiße Söldner einsetzen, ist noch keine Entscheidung abzusehen.

Anmerkungen ....

Der deutsche Völkerrechtler und Anwalt in internationalen Prozessen Friedrich G., mehrfach im Auftrage der Reichsregierung tätig, widmete sich bereits seit dem 1. Weltkrieg der → DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG (Teil I) aufgrund profunder Kenntnis der beiderseitigen Mentalität und der geschichtlichen Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses und trat nach der französischen Rheinlandbesetzung mit Erfolg, nach dem 2. Weltkrieg ohne Erfolg für eine allgemeine Amnestie ein (vgl. → TABULA-RASA-PRINZIP, Teil I).

1888 in Düsseldorf als Sohn eines Landvermessers geboren, besuchte G. von 1898 bis 1908 das Humanistische Gymnasium in Essen, studierte an den Universitäten Genf, Marburg, Berlin und Münster internationales und französisches Recht, bestand 1913 das Assessor-Examen und habilitierte sich 1921 als Privatdozent für internationales Recht in Münster, nachdem er im 1. Weltkrieg als ungedienter Landsturmmann zunächst Dolmetscherdienst getan, dann belgische und französische Kriegsgefangene erfolgreich vor deutschen Kriegsgerichten verteidigt hatte.
Unmittelbar nach dem Kriege verteidigte G. dann Deutsche vor französischen Kriegsgerichten und wuchs dabei, wenn er auch naturgemäß nicht die gleichen Erfolge erzielen konnte, in die Rolle eines internationalen Strafverteidigers und Anwalts hinein. Darüber hinaus bemühte er sich, beiderseits Mißtrauen und Mißverstehen zugunsten des Bewußtseins europäischer Gemeinsamkeit zu überwinden.
Gleichzeitig vertrat G. vor den „Gemischten Schiedsgerichtshöfen" in Paris und Brüssel die elsaß-lothringischen Interessen des Röchling-Konzerns sowie anderer Unternehmen des Ruhrgebiets und — nach dessen Besetzung durch Frankreich 1923 — wiederum Deutsche vor französischen Kriegsgerichten (Gutachten über die Rechtswidrigkeit der Ruhrbesetzung). Ende 1923 gelang es ihm in persönlichen Verhandlungen in Paris, eine Befreiung der im Ruhrkampf verhafteten Deutschen durchzusetzen und bei der Londoner Konferenz am 1. September 1924 eine allgemeine Amnestie für die Ruhrkämpfer zu erwirken.
In den Prozessen, die sich anschließend aus den Kämpfen gegen den von Frankreich unterstützten rheinischen Separatismus sowie aus den

sogenannten Fememorden im Zusammenhang mit der schwarzen Reichswehr ergaben, übernahm G. ebenfalls zahlreiche Verteidigungsmandate (z. B. Oberleutnant Schultz) und erarbeitete sich eine umfassende gründliche Kenntnis dieser Materie, die ihn befähigte, auch ihr berufener Chronist zu werden.
1928 zum außerordentlichen Professor des internationalen Rechtes in Münster berufen, vertrat G. das Deutsche Reich auch offiziell 1933 vor einem internationalen Gericht in Kairo (Jüdische Weltliga contra Deutscher Verein Kairo) und 1936 beim Prozeß gegen den Gustloff-Mörder Frankfurter in Chur/Schweiz. Seit 1935 Vizepräsident der Deutsch-Französischen Gesellschaft, bereiste er zur Zeit der → *VICHY*-Regierung (Teil I) Frankreich und warb in zahlreichen Vorträgen für ein deutsch-französisches Zusammengehen.
Nach dem 2. Weltkrieg wurde G. daher von den Franzosen und 1946 dann auch von deutschen Behörden in zahlreichen Gefängnissen und Gefangenenlagern festgehalten und zog sich ein schweres Herzleiden zu. 1948 schwer krank entlassen, übernahm er die Verteidigung Falkenhausens in Brüssel 1951 und begann, nach einem schweren Herzanfall, in einer langen Reihe von Vorträgen und Veröffentlichungen den Kampf gegen die Rache- und Vergeltungsjustiz der Siegermächte.
Noch 1953 übernahm G., inmitten dieses Feldzuges für eine Generalamnestie für alle Kriegstaten, die Verteidigung Dr. Naumanns gegen die (britische) Anklage einer Verschwörung, anschließend auch vor dem Bundesgericht, und erreichte, von der Presse heftig angefeindet, einen Freispruch. Es war sein letzter großer Prozeß. 1955 beraubte ihn ein neuer schwerer Herzanfall der Möglichkeit, noch weiterhin als Anwalt aufzutreten.
In den letzten vier Jahren seines Lebens widmete sich G., zum Teil vom Krankenlager aus, der Ordnung seines historisch bedeutsamen Nachlasses sowie Veröffentlichungen. Am 16. Mai 1959 ist er in Freiburg verstorben.

Literatur:

Herbert Grabert (Hrg.), Friedrich Grimm. Ein Leben für das Recht, Tübingen (Verlag DHZ) 1961
Friedrich Grimm, Mit offenem Visier, Leoni (Druffel) 1961
Friedrich Grimm, Der Mainzer Kriegsgerichtsprozeß, Berlin (Sack) 1923

Dem im eigentlichen Sinne des Wortes politischen deutschen Dichter Hans Emil Wilhelm G. verdichteten sich die kennzeichnenden Züge der jüngeren deutschen Geschichte zur Vision eines Völkerschicksals und damit zugleich zum literarischen Kunstwerk von höchstem Rang. Er sah bewußt seine Aufgabe darin, den Deutschen ihr politisches Handeln und Erleiden als geschichtsnotwendig zu erklären und sie zu ermutigen, es zu bejahen.

1875 in Wiesbaden geboren, stammte G. aus einer Gelehrtenfamilie. Sein Vater war Hochschullehrer und Jurist, der Großvater väterlicherseits Oberschulrat und Leiter des kurfürstlich hessischen Schulwesens. Nach dem Besuch des Realgymnasiums in Wiesbaden studierte G. an den Universitäten Lausanne und München sowie am Kolonialinstitut in Hamburg und absolvierte eine kaufmännische Lehre in England.

Um die Jahrhundertwende reiste G. nach Südafrika aus und war bis kurz vor dem 1. Weltkrieg im Kapland als Kaufmann tätig, zuerst vier Jahre als Angestellter einer britischen Firma in Port Elizabeth, dann neun Jahre lang selbständig in East London. Mit dem Erlebnis der Vorteile, die ein junger Engländer damals in der Welt gegenüber einem jungen Deutschen genoß, formte sich G. in dieser Zeit ein eindringliches Bild sowohl vom deutsch-englischen Wesensunterschied als auch von den verhängnisvollen Folgen des zu späten und zu engen deutschen Kolonialerwerbs, nicht zuletzt für die geistige Entwicklung des jungen Deutschen.

G. erkannte einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der mangelnden Gelegenheit für den weitaus größten Teil der deutschen Jugend, sich Welterfahrung und Weltgewandtheit anzueignen, und dem daraus resultierenden politischen Kannegießertum mit seinen innenpolitischen Folgen.

Nach Deutschland zurückgekehrt, begann G. Staatswissenschaften zu studieren und gleichzeitig, einem wesentlich von der Mutter geförderten Jugendwunsch folgend, seine afrikanischen Eindrücke und Erlebnisse schriftstellerisch zu gestalten. Das Ergebnis war Dichtung sehr eigenen Stils, Saga, die jedoch, kaum begonnen, durch den 1. Weltkrieg unterbrochen wurde.

G. meldete sich freiwillig, wurde im Alter von 42 Jahren Rekrut,

Kanonier, dann Dolmetscher und schließlich wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Auswärtigen Abteilung der Obersten Heeresleitung. 1918 erwarb er das Klosterhaus in Lippoldsberg an der Weser und ließ sich dort nieder, um sich nunmehr ganz der historisch-politischen Gegenwartsdichtung zu widmen.
1927/28 reiste G. noch einmal nachAfrika, in das ehemalige Deutsch-Südwestafrika. Unmittelbar darauf erschien sein Hauptwerk Volk ohne Raum, ein Romanepos, das nicht nur motivisch, sondern auch sprachlich dem niederdeutschen Wesen und dem deutschen Schicksal Ausdruck gab, mit hämmernder Eindringlichkeit und Gewalt.
Dem Nationalsozialismus stand G. zunächst befremdet und ablehnend gegenüber, vor allem den totalitären Zügen, gehörte allerdings als Mitglied der Deutschen Akademie der Dichtung zeitweilig auch dem Präsidialrat der Reichsschrifttumskammer an. Erst nach der deutschen Niederlage im 2. Weltkrieg enthüllten sich ihm die Schicksalslinien auch dieser deutschen Epoche und die im höheren Sinne tragische Gestalt → *HITLERs*.
Zuerst setzte G. sich mit der Siegermacht England auseinander, deren Wesen er aus eigenem Jugenderleben tiefer erkannte als irgendjemand sonst, und verfaßte in Buchform einen eindringlichen, von hoher geschichtlicher Warte aus formulierten Appell an den Erzbischof von Canterbury, die Erzbischofschrift. Dann wandte er im Bewußtsein seiner Sendung, den Deutschen ihr politisches Schicksal zu deuten und als Schicksal erlebbar zu machen, seine ganze Hellsichtigkeit und dichterische Gestaltungskraft der jüngsten deutschen Vergangenheit und Gegenwart zu und schrieb nach umfangreichen, gewissenhaften Quellen- und Dokumentenstudien sein Alterswerk Warum, woher, aber wohin?.
In den letzten Jahren seines Lebens machte G. sein Haus, das Klosterhaus in Lippoldsberg zum Treff- und Sammelpunkt deutscher volksbewußter Dichter der Gegenwart und schuf damit einen kleinen aber sehr tragfähigen Gegenpol zur „zeitgemäßen" Literatur, der über seinen Tod hinaus wirksam blieb.

Literatur:

Hans Grimm, 13 Briefe aus Deutsch-Südwestafrika
Hans Grimm, Volk ohne Raum, 1928
Hans Grimm, Erzbischofschrift
Hans Grimm, Warum, woher — aber wohin?, Lippoldsberg 1954

Andrej Andrejewitsch G., von 1949 acht Jahre lang stellvertretender Außenminister, dann ununterbrochen Außenminister der UdSSR, hat sich für dieses Amt als Nachfolger Molotows so sehr qualifiziert, daß er auch beim Sturze → Chruschtschows 1964 im Amt blieb. Er ist ein hervorragender Kenner der Verhältnisse in den USA und in der → UNO (Teil I).

1909 in Minsk geboren, studierte G. dort zunächst am Institut für Landwirtschaft, anschließend am Wirtschaftsinstitut in Moskau. Nach Abschluß seiner Studien arbeitete er als Wirtschaftswissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften.

Mit 22 Jahren wurde er in die Kommunistische Partei aufgenommen. Als Dreißigjähriger war G. in der Amerika-Abteilung des Nationalrats für Auswärtige Angelegenheiten tätig und ging noch im gleichen Jahr 1939 als Berater an die sowjetrussische Botschaft in Washington. 1943 wurde er zum Botschafter in den USA ernannt. Drei Jahre später vertrat er die Sowjetunion im Sicherheitsrat der → *UNO* (Teil I). Das waren aber damals die entscheidenden Jahre des Zusammenspiels → *Stalin* und → *Rosevelt*, der → *Potsdamer Konferenz* (Teil I) und des beginnenden → *Kalten Krieges* (Teil I). — G.s steile Karriere war seinerzeit für russische Verhältnisse außergewöhnlich.

1949 kehrte G. nach Rußland zurück, um das Amt als Erster Stellvertreter des Außenministers zu übernehmen; darauf war er von 1952 bis 1953 Sowjetbotschafter in London und nach Stalins Tod wieder im Moskauer Außenamt. Seit 1956 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, wurde er 1957 zum Minister für Auswärtige Angelegenheiten ernannt.

In dem Jahrzehnt seiner Außenministertätigkeit überstand G. kaum gefährdet so einschneidende außenpolitische Krisen wie die → *Kubaaffaire* (Teil I) im Oktober 1962 und innenpolitische Umwälzungen wie den Sturz → *Chruschtschows*, widersetzte sich standhaft dem japanischen Drängen auf Rückgabe der Kurilen, ohne es doch zu einer Krise der russisch-japanischen Beziehungen kommen zu lassen, wurde von Papst → *Paul VI.* in Privataudienz empfangen und spielte in den USA, Großbritannien und der → *UNO* (Teil I) mit Erfolg die Rolle des guten alten Bekannten. Selbst die ständige Verschlechte-

rung des Verhältnisses zu → *China* (Teil I) und der sowjetrussische Prestigeverlust bei der arabischen Niederlage gegenüber Israel Anfang Juni 1967 scheinen G.s Stellung nicht ernstlich erschüttert zu haben.

Literatur:

Zbigniew Brzezinski/Samuel P. Hungtington, Politische Macht, Köln (Kiepenheuer u. W.) 1966

David Floyd, Die feindlichen Genossen, München (Droemer) 1964

Maurice Hindus, Haus ohne Dach, Wiesbaden (Brockhaus) 1963

Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln (Kiepenheuer u. W.) 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Dr. med. Ernesto „Che" G., engster Mitstreiter Fidel → Castros, Ideologe des kubanischen Kommunismus, 1961 bis 1965 Industrieminister von → Kuba (Teil I) und seitdem bis zu seinem Tode im Oktober 1967 die Seele der kommunistischen → Partisanentätigkeit (Teil I) in Bolivien, war ein typischer Vertreter jener „permanenten → Revolution" (Teil I), die sich jeder festgefügten Staatlichkeit (auch einer kommunistischen) widersetzt und nur zur Anarchie führen kann.

Als Sohn eines argentinischen Architekten spanisch-irischer Abstammung und einer aktiv kommunistischen Mutter 1928 in Rosario geboren, studierte G. an der Universität Buenos Aires Medizin und promovierte 1953. Bereits ein Jahr darauf beteiligte er sich am zehntägigen Bürgerkrieg in → *Guatemala* auf seiten der linksradikalen Regierung Arbenz Guzmán bis zu dessen Abdankung am 28. Juni 1954.

Im Dezember 1956 gehörte G. als „medizinischer Betreuer" zu den 82 Revolutionären, die von Mexiko aus unter Führung Fidel → *Castros* nach → *Kuba* (Teil I) übersetzten, sowie zu den wenigen Überlebenden dieser Expedition, die nach zweijährigen Guerillakämpfen Battista vertrieben und die Regierung Kubas übernahmen.

Nach Castro und seinem Bruder Raul war G. der dritte Mann in diesem Staate. Aus dem medizinischen Betreuer war ein erfahrener Partisanenführer und Partisanentaktiker geworden, dessen 1960 veröffentlichte Lehre des Guerillakrieges angeblich auch in Nord-Vietnam zur Ausbildung herangezogen wurde.

Daneben entwickelte G. wirtschaftspolitische Pläne und führte, nachdem ihn Castro 1959 zum Präsidenten der kubanischen Nationalbank gemacht hatte, im Sinne der Marx'schen Theorien eine totale Verstaatlichung („Sozialisierung") und Enteignung aller in- und ausländischen Unternehmen sowie des Großgrundbesitzes auf der Insel durch, der er ein umfassendes → *Bodenreform-* (Teil I) und landwirtschaftliches Siedlungsprogramm folgen ließ.

Im Februar 1961 wurde G. Industrieminister in Castros Kabinett, im April des gleichen Jahre ließ er sich den Befehl über die Truppenteile übertragen, die den Invasionsversuch von Exilkubanern in der

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

Schweinebucht zunichte machten, und ein Jahr darauf verhandelte er in Moskau über die Anlage der sowjetrussischen Raketenabschußbasen auf Kuba, die im Oktober 1962 einen Atomwaffenkrieg zwischen den USA und der UdSSR heraufzubeschwören drohte. Das lag ganz auf G.s Linie.
Als unruhigen Geist, der ständig darauf aus war, die Revolution — etwa im Sinne Trotzkis — weiterzutreiben, hielt es ihn nicht auf seinem Ministersessel in Habanna. Der diplomatischen Mission in Moskau folgten andere Reisen. So erschien er 1964 in Genf. Und dann, am 1. April 1965 verzichtete er plötzlich auf alle seine Ämter in Kuba, sogar auf seine erst 1959 erworbene kubanische Staatsangehörigkeit, um sich, wie er an Castro schrieb, „einem neuen Gebiet im Kampf gegen den Imperialismus zuzuwenden".
Dieses neue Gebiet, in das er im Oktober 1966 mit einem uruguayischen Paß auf den Namen Ramon Benitez Fernandez von Spanien aus kahlköpfig und bartlos abreiste, war im engeren Sinne Bolivien, im weiteren Sinne war es die → *OLAS* (Teil I), deren Konferenz Anfang August 1967 in Habanna das Weiterbestehen einer Verbindung und Zusammenarbeit zwischen G. und Castro erkennbar werden ließ. Die Zeitschrift „tricontinental" hatte bereits im April einen Brief G.s veröffentlicht, in dem es hieß:
„Ich bin damit beschäftigt, irgendwo in Lateinamerika Guerillos auszubilden und neue Unruheherde zu schaffen; denn es ist die wichtigste Aufgabe der *kubanischen* Revolution, ein zweites und drittes Vietnam zu schaffen ..."
Dieser Brief löste eine Suchaktion nach G. aus, die zunächst zur Verhaftung des von G. faszinierten französischen Journalisten Debray führte. Zwei Monate nach der OLAS-Konferenz, am 8. Oktober 1967, fiel G. nach einem vierstündigen Gefecht zwischen bolivianischen Regierungstruppen und Partisanen seines — offensichtlich verratenen — Fluchtverstecks bei Higueras im Südosten Boliviens verwundet in die Hände seiner Gegner und wurde erschossen, seine Leiche verbrannt. Pressefotos von dem Toten und das bei ihm gefundene Tagebuch bestätigten seine Identität. Sein ebenfalls aufgefundener Briefwechsel mit Castro sah noch für 1967 neue Partisanenkämpfe im Süden → *PERUS* (Teil I) vor.
Castro ordnete für Kuba eine dreitägige Staatstrauer an. Die UdSSR kondolierte offiziell. Debray sagte, er sei „in Trauer um den toten Führer des Kontinents".

HAILE SELASSIE

Tafari Makonnen, seit 1928 Kaiser (Negus) von → Äthiopien (Teil I), 1930 als H. S. gekrönt, ging bei Eroberung seines Landes durch Italien 1936 nach London ins Exil, kehrte im Mai 1941 zurück und verkörpert in wachsendem Maße unter den neugegründeten afrikanischen Staaten eine Autorität sowie die Stimme der Besonnenheit und Mäßigung.

1892 als Sohn des Ras Makonnen in Edjersso, Provinz Harrar, geboren, wurde Tafari als koptischer Christ an einer französischen Missionsschule erzogen und war anschließend (seit 1906) als Gouverneur verschiedener Provinzen tätig. 1916 wurde er zum Regenten und Erben des Kaiserlichen Thrones proklamiert. 1923 erwarb er für Äthiopien die Mitgliedschaft im → *Völkerbund* (Teil I), von dem er sich zu viel versprach, und im Jahre darauf verkündete er die Abschaffung der Sklaverei.

Nach dem Tode der Kaiserin Zauditu ließ er sich 1930 selbst zum Kaiser krönen und erließ 1931 eine neue Verfassung. Bei Beginn der italienischen Invasion vertrat er 1936 sein Land persönlich vor der Völkerbundsversammlung in Genf, deren gegen Italien beschlossene Sanktionen jedoch unwirksam blieben und von England und Frankreich auch nicht konsequent durchgeführt wurden. Auch die harten und deutlichen Forderungen Fridtjof Nansens vor der Völkerbundsversammlung konnten die beteiligten Großmächte zu keiner konsequenteren Haltung bewegen.

1941 sammelte H. S. die äthiopischen Flüchtlinge in Kenia sowie im Sudan, drang mit ihnen in Äthiopien ein und stellte Regierung und eigenständiges Wirtschaftsleben schrittweise wieder her. Vom Jahre 1942 ab ließ er eine neue Währung einführen, Fluglinien einrichten, Autostraßen bauen, reorganisierte Armee, Flotte und Luftwaffe. Auch wurden ein umfangreiches Schulprogramm durchgeführt, Industrie und Landwirtschaft ausgebaut, eine Universität in Addis Abeba sowie weitere Hochschulen gegründet, das Gerichtswesen vereinheitlicht und ein Gesetzeswerk geschaffen.

1955 erneuerte H. S. die Verfassung und nahm offiziell diplomatische Beziehungen zu den bedeutenderen Mächten auf, nachdem er zwei Jahre zuvor bereits ein Verteidigungsabkommen mit den

USA abgeschlossen hatte. Im Herbst 1957 ließ er dann die ersten allgemeinen Wahlen im Lande durchführen.
Einen in seiner Abwesenheit vom Kronprinzen gegen ihn eingeleiteten Putsch im Dezember 1960 konnte H. S. ohne Blutvergießen niederschlagen. 1962 gliederte er Eritrea, mit dem seit 1952 ein föderativer Zusammenschluß bestand, endgültig in Äthiopien ein.
Seit der → *Bandung-Konferenz* (Teil I) im April 1955 nahm H. S. an nahezu allen afro-asiatischen und innerafrikanischen Konferenzen teil, wobei ihm nach Rang, Alter und politischer Erfahrung eine entsprechend einflußreiche Rolle zufiel. Besonders die gemäßigten und realpolitisch denkenden Kräfte zeigten sich seinem Rat zugänglich.

Literatur:

Christine Standford, Haile Selassie (Köpfe des XX. Jahrhunderts, Bd. 5), Berlin (Colloquium) o. J.

Anmerkungen † 27. August 75

Edward Fr. Lindley Wood, Lord Irwin (1926), 3. Viscount H. (1934) und (seit 1944) Earl of H., Vizekönig von Indien (1926–1931), Lordsiegelbewahrer (1935–1938) und britischer Außenminister (1938 bis 1940) verhinderte 1939 eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen und führte aufgrund der Polen gegebenen Garantie den Zweiten Weltkrieg herbei, indem er Italien und Frankreich (Bonnet) diplomatisch überspielte.

1881 in Towderham Castle als Sohn des 2. Viscount H. geboren und in der frommen Tradition der christlichen Landedelleute konservativer Gesinnung aufgewachsen, studierte H. in Eton und Oxford und war Fellow von All Souls College.
1910 von den Konservativen ins Parlament gewählt, war er in der Church of England-Bewegung aktiv, näherte sich der Politik vom puritanisch-moralischen Ausgangspunkt und stand bald auch bei Andersdenkenden in hohem Ansehen.
1921/22 war H. Unterstaatssekretär für die Kolonien, dann Präsident des Erziehungsamtes (Board of Education). 1924 machte ihn Baldwin, der große Hoffnungen auf ihn setzte, zum Landwirtschaftsminister, 1925 wählte ihn Baldwin aus sechs oder sieben in Betracht kommenden Anwärtern zum Vizekönig von Indien aus.
Ostern 1926 trat H. nach Verleihung der Peerage (Lord Irwin) das Amt in Indien an und behielt es bis 1931. Kennzeichnend für seine Amtsführung ist, daß in diesen Jahren Mahatma Gandhi, Vorsitzender der indischen Kongreßpartei und Unabhängigkeitsbewegung, sich mehrfach in britischer Haft befand.
Nach seiner Rückkehr aus Indien stieg H. zum Führer des Oberhauses auf und wurde Lordsiegelbewahrer, 1938 Außenminister. Als solcher unterstützte H. zunächst die sogenannte „appeasement"-Politik Chamberlains, den deutschen Revisionswünschen gegenüber den Bestimmungen des Versailler Vertrages solange nachzugeben bis der britische Rüstungsstand es gestattete, eigenmächtige deutsche Aktionen mit Gewalt zu begegnen.
Als dieser Zeitpunkt erreicht schien, nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei (15. März 1939), garantierte H. am 31. März 1939 Polens Unabhängigkeit für den Fall, daß „die Polnische Regierung es als ihr Lebensinteresse betrachten sollte, mit ihren natio-

nalen Kräften Widerstand zu leisten", und verpflichtete sich im Namen der britischen Regierung, in diesem Falle „Polen mit allen Mitteln zu unterstützen".
Von diesem Augenblick an kannte die meisterliche Diplomatie des Lord H. nur ein Ziel, den Krieg gegen Deutschland, und er war glücklich, gelöst und heiter, als er dieses Ziel nach Überspielen des letzten italienischen Konferenzvorschlags und des französischen Widerstandes (Bonnet) endlich erreicht hatte. An eine tatsächliche militärische Hilfe für Polen war dabei gar nicht zu denken und wurde auch nicht geleistet.
H. hat, ebenso wie Churchill, Chamberlein, Vansittart und andere maßgedende britische Politiker, selbstverständlich gewußt, daß das Britische Empire einen zweiten Weltkrieg nicht überleben, sondern daran zerbrechen würde. Daß er dennoch dieses Ziel so hartnäckig und unter Aufbietung seines ganzen diplomatischen Könnens verfolgte, ist nur damit zu erklären, daß er weniger Realpolitiker als Moralist und Puritaner war und daß ihm Deutschland von Jugend auf als der frevelhafte Unruhestifter erschien, der die bestehenden Besitzverhältnisse verändern wollte.

Literatur:

Rudolf Kircher, Engländer, Frankfurt 1926 (Frankfurter Sozietäts-Druckerei)
David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg, 7. Aufl., Tübingen 1966
Vertrags-Ploetz II 4A, Würzburg 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Walter H., seit dem Jahre 1958 Präsident der → EWG-Kommission (Teil I), war in dieser 1957 in Rom von ihm mitgegründeten Körperschaft von Anfang an eine treibende Kraft. Was an europäischen Wirtschaftszusammenschlüssen bisher Wirklichkeit wurde, ist nicht zuletzt auf seine zähe und zielstrebige Verhandlungstaktik zurückzuführen, wobei ihm an einem zukünftigen Europa im Sinne → Spaaks mehr gelegen sein muß als an den besonderen Interessen Deutschlands. Sein Ziel ist die politische Vereinigung zunächst Westeuropas.

1901 in Mainz als Sohn eines Regierungsbeamten geboren, studierte H. in Bonn, München und Berlin Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, promovierte in Berlin und war dort zunächst als Assistent, 1927 als Richter und anschließend als Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht tätig.

1929 Privatdozent in Berlin; 1930 wurde H. als ordentlicher Professor an die Universität Rostock, 1941 als Direktor des Instituts für Rechtsvergleich an die Universität Frankfurt berufen. Nach seinem Wehrdienst als Leutnant d. R. von 1942—1945 war er 1946—1948 Rektor der Universität Frankfurt und ging 1948 für ein Jahr als Gastprofessor an die Georgetown-Universität in Washington.

1949 Präsident der deutschen → *UNESCO*-Kommission (Teil I) führte H. 1950/51 die deutsche Delegation bei der Pariser Konferenz, die nach dem Schuman-Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (→ *Montanunion*, Teil I) führte. Damit war sein zukünftiges Wirkungsfeld vorgezeichnet.

Als Staatssekretär im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt 1951—1958 vertrat H. u. a. die nach ihm benannte Doktrin, die Bundesrepublik müsse die Beziehungen zu jedem Staat abbrechen, der die DDR als selbständigen souveränen Staat anerkenne. Da diese Doktrin gegenüber der UdSSR ohnehin nicht anwendbar war, mußte sie spätestens mit dem Abklingen des Kalten Krieges USA—UdSSR fragwürdig werden und wurde Ende Januar 1967 von der Bundesrepublik selbst Rumänien gegenüber durchbrochen.

1958, ein Jahr nach Gründung der → *EWG* (Teil I), wurde H. zum Präsidenten der EWG-Kommission, also der Exekutivkörperschaft

gewählt. In dieser Position erwarb er sich internationale Anerkennung, die ihren Ausdruck in Auszeichnungen durch zahlreiche Staaten, einschl. Kuba, fand. Die Stadt Aachen hat H. schon 1961 den Karlspreis verliehen. Nur → *de Gaulle* steht ihm — vom Ostblock natürlich abgesehen — konsequent ablehnend gegenüber und hat wiederholt seine Ablösung gefordert.
De Gaulles nationalstaatlich ausgerichtete Politik war es auch, die entscheidende Rückschläge in H.'s EWG-Bestrebungen verursachte und das angestrebte Ziel, eine wirtschaftlich untermauerte Konföderation Westeuropas, zumindest verzögert, wenn nicht unerreichbar gemacht. Diese rückläufige Entwicklung wird durch die Daten 29. Januar 1963, an dem erstmalig die Verhandlungen über den Eintritt Englands in die EWG scheiterten, und 29. Januar 1966, an dem das „Luxemburger Protokoll" den Kompromiß mit den französischen Bedingungen der weiteren Mitarbeit Frankreichs besiegelte, gekennzeichnet.

Literatur:

Richard Mayne, Die Einheit Europas: EWG, Euratom, Montanunion, München (Prestel), 1963
Walter Hallstein, United Europa — Challenge and Opportunity, 1962
Ferdinand Himpele, „Ein ‚Europäer der ersten Stunde'" in: Die Welt, 16./17. November 1966

Anmerkungen

+ ~~22~~3.1982 Stuttgart
29.3.82

Diori H., seit dem 18. Oktober 1959 Ministerpräsident, seit dem 10. November 1960 auch Staatsoberhaupt der afrikanischen Republik → NIGER (Teil I), gründete 1946 die Parti Progressiste Nigerien (PPN) und war bis 1951 Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung.

Am 16. Juni 1916 in Soudouré geboren, besuchte H. als Kind mohammedanischer Eltern eine Koranschule und erhielt anschließend eine Ausbildung auf einem Lehrerseminar. Als Zweiundzwanzigjähriger ging er nach Frankreich und unterrichtete in Paris an der Ecole d'Outre Mer junge Afrikaner, die in der französischen Kolonialverwaltung tätig werden sollten.
Nach Niger zurückgekehrt, wandte sich H. den Unabhängigkeitsbestrebungen seiner Landsleute zu, übernahm eine führende Rolle, begründete 1946 die Sektion Niger des Rassemblement Democratique Africain unter dem Namen PPN (vgl. oben) und ließ sich als Delegierter in die französische Nationalversammlung entsenden, der er bis 1951 angehörte.
1958 siegte H.s Partei über die Oppositionspartei Sawaba unter Führung Bakary's. Daraufhin gründete H. am 18. Dezember 1968 die autonome Republik Niger innerhalb der → *COMMUNAUTE FRANCAISE* (Teil I). Im Oktober 1959 ließ er die Oppositionspartei auflösen und trat an die Spitze der ersten Regierung des Landes.
Am 3. August 1960 verließ H. die Communauté Française und proklamierte die endgültige und vollständige Unabhängigkeit Nigers, wurde daraufhin am 30. September 1960 zum Staatspräsidenten gewählt, trat das Amt am 10. November an, behielt aber auch das des Regierungschefs in Händen. 1965 wiedergewählt, übernahm H. am 25. November auch das Außenministerium.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Dag H., vom 7. April 1953 bis zu seinem ungeklärten Flugzeugabsturz in Sambia am 18. September 1961 Generalsekretär der → UNO (Teil I), bemühte sich um die schnelle Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte, zuletzt in der Kongokrise, und wurde posthum mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Am 29. Juli 1905 in Jönköping/Schweden als Sohn des späteren Schwedischen Ministerpräsidenten Hjalmar H. (1914–1917) geboren, studierte H. Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft, wandte sich der Finanzpolitik zu und war seit 1935 bei der schwedischen Staatsbank tätig.

1941 wurde er deren Präsident, wechselte fünf Jahre später zur Außenpolitik über und war seit 1949 Unterstaatssekretär im schwedischen Ministerium des Äußeren. Von dort in die → *UNO* (Teil I) delegiert, schuf sich H. in kurzer Zeit ein internationales Ansehen und wurde bereits 1953 von der Vollversammlung als Nachfolger Trygve Lies zum Generalsekretär gewählt und seine Amtszeit am 26. September 1957 auf weitere fünf Jahre verlängert.

H.s Tätigkeit als höchster Repräsentant der Vereinten Nationen begann mit der Einsetzung der Waffenstillstandskommission an der koreanischen Demarkationslinie im Juli 1953. Drei Jahre später anläßlich der → *SUEZKRISE 1956* (Teil I) sandte er die UN-Emergency-Force nach Palästina, die seitdem im → *GAZA*-Streifen (Teil I) stationiert den Frieden zwischen Ägypten und Israel überwachte (bis 1967).

Als im Juli 1960 in → *KONGO-KINSHASA* (Teil I) die Streitkräfte des eben erst unabhängig gewordenen Staates meuterten und die Provinz Katanga sich vom Kongo löste, ließ H. UNO-Kontingente gegen Katanga marschieren, die allerdings erst anderthalb Jahre nach seinem Tode, im Januar 1963 Katanga zur Aufgabe seiner Selbständigkeit zwingen konnten.

Bei einer Inspektionsreise, auf der sich H. vom Fortgang der Operationen überzeugen wollte und die ihn von Katanga über die nordrhodesische (Sambia-)Grenze hinausführte, stürzte sein Flugzeug aus ungeklärten Gründen am 18. September 1961 bei Ndola ab. H. kam dabei ums Leben. Der ihm noch im gleichen Jahre zugesprochene Friedens-Nobelpreis stellte eine Ehrung seiner Bemühungen dar,

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

entstehende Konflikte zu unterdrücken, bevor sie sich ausweiten konnten.
Mit H. ging die „Nansen-Epoche" zu Ende, in der internationale Gremien dazu neigten, Angehörige der nordeuropäischen Völker an ihre Spitze zu berufen oder mit der Rolle eines Vermittlers zu betrauen (Lie, Bernadotte, Hammarskjöld). Fridtjof Nansen hatte seit 1921 als Völkerbundskommissar für das → *FLÜCHTLINGSPROBLEM* (Teil I) das internationale Vertrauen in die Uneigennützigkeit und Kompetenz skandinavischer Persönlichkeiten begründet. Mit dem Tode H.s war die politische Führungsrolle des „weißen Mannes" auch in dieser Hinsicht beendet. Sein Nachfolger wurde der Burmese → *U THANT*.

Anmerkungen ....

König Hassan II. von Marokko folgte am 3. März 1961 seinem verstorbenen Vater Mohammed V. Ben Jussuf auf den Thron. Sein Versuch Ende 1962, sich auf die Position eines konstitutionellen Monarchen zurückzuziehen und dem Land eine parlamentarische Regierung zu geben, mißlang. Seit Mitte 1965 regiert er wieder selbst, ohne Parlament.

1929 geboren, erhielt H. zunächst Privatunterricht und die traditionelle Unterweisung im islamischen Glauben. Später studierte er in Paris Rechtswissenschaften und bestand 1951 das Staatsexamen. 1953 bis 1955 begleitete er seinen des Landes verwiesenen Vater (vgl. → *Marokko*, Teil I) nach Madagaskar und Korsika.
Nach der Rückkehr übernahm H. 1956 den Oberbefehl über die Streitkräfte des unabhängig gewordenen Landes. Als Sultan Mohammed Ben Jussuf Ende Februar 1961 starb, machte sich H. noch am gleichen Tage zum Regierungschef, in der gleichen Woche noch bestieg er den Thron.
An der traditionellen Krönungsreise zu bestimmten Plätzen des Landes nahm als einziger offizieller Gast der französische Historiker — einst Mitglied der → *Vichy*-Regierung (Teil I) — Benoist-Mechin teil, den eine persönliche Freundschaft mit dem marokkanischen Königshaus verbindet.
Beeinflußt von seinem Pariser Jurastudium, entschloß sich H., dem Feudalstaat Marokko eine modernere Regierungsform zu geben. Mit der im Dezember 1962 erlassenen Verfassung wurde eine konstitutionelle Monarchie geschaffen und genau ein Jahr darauf, nach der Wahl eines Parlaments, Ministerpräsident Bahnini mit der Regierungsbildung beauftragt.
Bald zeigte sich jedoch, daß im Parlament → *progressive* (Teil I) Einflüsse aus arabischen Nachbarstaaten wirksam wurden. Um einer Entwicklung, wie sie sich 1958 im → *Irak* (Teil I) vollzog, rechtzeitig vorzubeugen, löste er Anfang Juni 1965 das Parlament wieder auf und setzte einen provisorischen Regenschaftsrat ein.
Seitdem leitete er die Regierungsgeschäfte wieder weitgehend selbst ähnlich wie der sechs Jahre jüngere König → *Hussein* von Jordanien und der eine ganze Generation ältere König → *Faisal* von Saudiarabien. Sie sind die letzten drei Vertreter der altüberlieferten arabisch-

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

islamischen Feudalherrschaft, die im Häuptlingstum wandernder Beduinen ihren Ursprung hat.
Im Januar 1966 widersetzte sich H. standhaft dem französischen Begehren nach Auslieferung des marokkanischen Innenministers Oufkir, der für die Entführung des marokkanischen linksoppositionellen Politikers Ben Barka aus Frankreich und dessen Tod verantwortlich gemacht wird. Im Oktober des gleichen Jahres reiste H. nach Moskau, schloß eine Reihe von Wirtschafts- und Kulturverträgen und erklärte sich bereit, in Zukunft keine fremden Militärstützpunkte in Marokko mehr zuzulassen.
Anfang Juli 1967 setzte H. wieder einen Ministerpräsidenten ein.

Literatur:

vgl. → *Marokko* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Gustav W. H., seit dem 1. Juli 1969 Bundespräsident der westdeutschen Bundesrepublik, zuvor von 1949 bis 1950 Bundesinnen- und vom Dezember 1966 bis März 1969 Bundesjustizminister, trat 1952 von der → CDU (Teil I) zur selbstgegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei, 1957 zur → SPD (Teil I) über und ist bereits seit 1945 Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche.

Am 23. Juli 1899 in Schwelm/Westfalen als Sohn eines späteren Kruppdirektors geboren, absolvierte H. das Realgymnasium in Essen und studierte in Münster, Marburg, München, Göttingen und Berlin Politische Wissenschaften, Jura und Geschichte. 1922 promovierte H. in Marburg zum Dr. rer. pol. 1929 in Münster zum Dr. jur. Seit 1926 war er in Essen als Anwalt tätig, seit 1928 als Justitiar der Rheinischen Stahlwerke Essen.
Zunächst Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, schloß sich H. 1930 dem Christlich-Sozialen Volksdienst an. 1933, unter dem nationalsozialistischen Regime, erhielt er eine Dozentur für Berg- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, 1936 avancierte er bei den Rheinischen Stahlwerken zum Direktor und 1945, beim Zusammenbruch des nat.-soz. Regimes, zum Vorstandsmitglied und Leiter der Hauptverwaltung.
Zu diesem Zeitpunkt wurde H. Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche (→ *EKD*, Teil I); 1946 machte die Stadt Essen ihn zu ihrem Oberbürgermeister (bis 1949). 1947 wurde er als Abgeordneter der von ihm mitgegründeten CDU in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und im gleichen Jahre Justizminister dieses Landes.
1949 Präses der Gesamtdeutschen Synode der EKD, wurde H. von → *ADENAUER* als Innenminister in das erste Kabinett der Bundesrepublik berufen. 1950 trat er zum Zeichen seines Protestes gegen die Aufrüstung Westdeutschlands sowie gegen Adenauers eigenmächtiges Handeln von seinem Amte zurück und ließ sich von neuem in Essen als Anwalt nieder.
1951 bildete H. eine „Notgemeinschaft für den Frieden Europas", 1952 trat er aus der CDU aus und gründete die „Gesamtdeutsche Volkspartei" (GVP), die er 1957 selbst wieder auflöste, um sich der SPD anzuschließen, für die er noch im gleichen Jahre in den Bundestag gewählt wurde und die Beratung in Fragen der Justiz übernahm. Im Zeichen der „Großen Koalition von CDU/CSU und SPD brachte

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

die letztere dann 1966 H. als Bundesjustizminister in das erste Kabinett Kiesinger-Brandt ein. Angesichts einer sich ständig steigernden Kriminalität widmete er sich der Liberalisierung des Strafrechts, trat aber gleichzeitig für die Aufhebung der Verjährung von ein viertel Jahrhundert zurückliegenden deutschen Kriegsverbrechen ein.
Ferner ließ er als Justizminister die Deutsche Kommunistische Partei beraten, wie sie bei ihrer Neukonstituierung 1968 ein Verbot wegen Verfassungswidrigkeit vermeiden könne, befürwortete andrerseits ein Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei.
1967 zum theologischen Ehrendoktor der Universität Bonn ernannt, kandidierte H. 1969 für das Amt des Bundespräsidenten und wurde am 5. März in Berlin von der Bundesversammlung mit 512 Stimmen der SPD und FDP gegen 506 Stimmen der CDU/CSU und der NPD gewählt. Die Internationale Union der Widerstandskämpfer und Deportierten sandte H. am 11. März ein herzliches Gratulationstelegramm und sprach sich gleichzeitig für ein Verbot der NPD und gegen eine Verjährung von Straftaten aus der nationalsozialistischen Zeit aus. Unmittelbar nach seiner Wahl hatte H. in einem Interview – ein halbes Jahr nach dem Einmarsch von UdSSR-Truppen in die Tschechoslowakei – geäußert, die deutsche → *BUNDESWEHR* (Teil I und III) müsse „bereit sein, sich ... in Frage stellen zu lassen".
Zwei Wochen nach seiner Amtseinführung am 1. Juli und Eidesleistung, seine „Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden" zu wollen, äußerte H. in Plötzensee zum Gedenken der Toten des 20. Juli 1944, schon im „Lärm der Sedanfeiern" der Kaiserzeit habe sich der Hang des deutschen Volkes zu „gewalttätigem Nationalismus" gezeigt, und bestätigte damit als höchster Repräsentant Westdeutschlands genau jenes Bild eines von Natur aus und von jeher aggressiven deutschen Charakters, das von deutschfeindlichen Kreisen des Auslands ohnehin ständig als politische Waffe verwendet wird.

Anmerkungen ....

....

....

Charles H., seit dem 23. September 1964 Staatspräsident der Republik → LIBANON (Teil I), gehörte seit 1948 der Regierung an, war Mitbegründer der maronitischen „Christlichen Falange" und führt gegenüber dem Kommunismus eine neutrale Politik.

Am 25. September 1912 in Beirut in einer maronitisch-christlichen Familie geboren, studierte H. an der Jesuitenuniversität St. Joseph und an der französischen Rechtshochschule in Beirut Rechtswissenschaften, gründete 1932 in Aleppo/Syrien die Zeitung L'Eclair du Nord, 1934 in Beirut das Blatt Le Jour und war seit 1936 als Anwalt am Beiruter Appellations- und Cassationsgericht tätig.
Bis 1947 war H. Politischer Direktor von Le Jour, dann ging er als Gesandter des Libanon beim Heiligen Stuhl nach Rom, wurde ein Jahr später Außenminister, 1954 bis 1955 Gesundheits- und Justizminister und im Februar 1964 Erziehungsminister. Außerdem war H. einige Zeit Generalsekretär der Katholischen Aktion des Libanon und gehörte zu den Begründern der führenden, westlich orientierten Kataeb-Partei, der sogenannten Christlichen Falange des Libanon, einer militanten Gruppierung der Maroniten.
Nachdem Staatspräsident Chehab 1964 eine Verfassungsänderung, die seine Wiederwahl oder Amtszeitverlängerung ermöglicht hätte, abgelehnt hatte, wurde am 18. August 1964 H. mit 92 gegen 7 Stimmen zum Nachfolger gewählt und trat das Amt am 23. September an. Am 25. Juli 1965 beauftragte er den Führer der gemäßigt mohammedanischen Front der Nationalen Sammlung, Raschid Karame mit der Regierungsbildung, der aber nur außerhalb des Parlaments stehende Fachleute als Minister gewinnen konnte und daher am 23. März 1966 H. seinen Rücktritt anbot.
Nunmehr bat H. Abdullah → *YAFI*, ein Kabinett zusammenzustellen, das sich auf die konservativen Kräfte im Parlament stützen könne. Mitte Oktober 1966 stellte die Intra-Bank in Beirut ihre Zahlungen ein. Die Untersuchung der Ursachen hatte einen Skandal zur Folge, der Yafi veranlaßte, am 1. Dezember 1966 H. die Demission seiner Regierung anzubieten. H. nahm die Demission an und beauftragte wiederum Karame, der ihm am 7. Dezember wiederum ein Kabinett aus Nichtparlamentariern vorstellte.
Während des Siebentagekrieges um Israel im Juni 1967 konnte H. das Kabinett Karame nur mit Mühe retten, da es zu einem offenen

Konflikt zwischen Karame und dem Oberbefehlshaber der libanesischen Armee, General Bustani gekommen war. Letzterer hatte sich geweigert, eine Front an der libanesisch-israelischen Grenze aufzubauen und, als Karame darauf bestand, diesem mit Hausarrest gedroht. H. vermittelte zwischen beiden. Die Front wurde nicht aufgebaut, der Libanon nahm am Siebentagekrieg nicht teil.
Im November 1967 besuchte H. offiziell Bagdad und Riad. Am Jahrestag der libanesischen Unabhängigkeit, dem 22. November, übte er Selbstkritik im Hinblick auf die Krisen, die das Land beim Zusammenbruch der Intrabank und während des Israelkrieges erlebt hatte, und zeichnete ein realistisches Bild der Lage.
Am 19. Januar 1968 stattete H. Jordanien einen Staatsbesuch ab, Anfang Februar beauftragte er → *YAFI* mit der Bildung eines Übergangskabinetts bis zu den allgemeinen Wahlen im März, die dann Yafi einen triumphalen Sieg brachten. Aber schon im Oktober kam es zu einer neuen Krise, als unmittelbar nach einer Umbildung der Regierung drei der neu ernannten Minister wieder zurücktraten und Yafi erneut demissionieren wollte.
Diesmal trat auch H. als Staatspräsident zurück, allerdings nur für einen Tag (19. Oktober 1968) und erreichte mit diesem ungewöhnlichen Schritt, daß die Staatskrise unverzüglich beigelegt wurde. Schon am 20. Oktober waren H. und Yafi wieder im Amt, H. auf einstimmigen Wunsch des Parlaments. Drei Wochen später wollte Yafi schon wieder demissionieren, doch nahm H. sein Rücktrittsangebot noch nicht an. Yafi blieb noch zwei Monate im Amt.
Am 8. Januar 1969 nahm H. dann Yafis Demission (seine elfte) an. Am 16. Januar bildete Karame auf H.s Wunsch und mit seiner Unterstützung eine neue Regierung, der das Parlament am 30. Januar das Vertrauen aussprach. Es bleibt abzuwarten, ob H. sich noch einmal für Yafi entscheidet oder ob er des grausamen Spiels endlich müde ist.

Anmerkungen ....

....

....

....

HERRIOT

Edouard H., 1924/25 sowie 1932 Ministerpräsident Frankreichs und 1947—54 Präsident der französischen Nationalversammlung trug aufgrund seiner prosowjetischen und antideutschen Einstellung entscheidend dazu bei, daß Frankreich 1954 den → EVG-Vertrag (Teil I) nicht ratifizierte.

1872 in Lyon gebürtig, studierte H. Literaturgeschichte, wandte sich bald der Kommunalpolitik zu und wurde um die Jahrhundertwende Bürgermeister seiner Heimatstadt. Vor 1912—1919 gehörte er als Radikalsozialist und überzeugter Demokrat dem französischen Senat an.

Im 5. Kabinett Briand leitete H. während des 1. Weltkrieges 1916/17 das Arbeits-, Transport- und Verpflegungsministerium, deren Funktionstüchtigkeit angesichts der langandauernden Materialschlachten auf französischem Boden besonders lebenswichtig war.

1919 gehörte H. der Deputiertenkammer an, 1920 übernahm er den Vorsitz der Radikalsozialistischen Partei und reiste zwei Jahre später zum Studium der Sowjetunion nach Moskau. In den folgenden Jahren zählte H. zu denjenigen Franzosen, die auf Zahlung der von Deutschland zu leistenden → *Reparationen* (Teil I) unnachgiebig bestanden.

Als Kammerpräsident von 1936—1940 gehörte H. zur Kriegspartei, die Frankreichs Beteiligung an „Englands Krieg gegen Deutschland" (Nicoll) 1939 befürwortete. Nach Frankreichs Niederlage agitierte er gegen Marschall Petain und die → *Vichy*-Regierung (Teil I), wurde 1942 in Haft genommen und 1944/45 in Deutschland interniert.

1946 wurde H. Mitglied der Academie. Ein Jahr darauf übernahm er das Präsidium der Nationalversammlung (Deputiertenkammer), um es sieben Jahre zu behalten. Nach seiner Grundeinstellung, seinem politischen Werdegang und seinem persönlichen Schicksal, mußte H. der Gedanke einer Wiederaufrüstung Deutschlands unannehmbar erscheinen. Daher seine ablehnende Haltung gegenüber dem → *EVG-Vertrag* (Teil I).

H. hat offenbar, wie so viele Franzosen, nur die eine Hälfte des Planes erkannt, die Aufrüstung Westdeutschlands. Den ganzen Plan, nämlich das Gegeneinanderausspielen der Westdeutschen und der mitteldeutschen Wiederaufrüstung und die damit erreichte wirksame

Paralysierung Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus, hat auch er anscheinend nicht durchschaut.
H. verstarb am 26. März 1957 in seiner Heimatstadt Lyon.

Literatur:

David L. Hoggan, Frankreichs Widerstand gegen den 2. Weltkrieg, Tübingen (Grabert) 1963; vgl. auch → *Frankreich* (Teil I).

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Walter Richard Rudolf H., vom April 1933 bis zum 10. Mai 1941 deutscher Reichsminister und Stellvertreter des Führers, unternahm den verzweifelten Versuch, Großbritannien anderthalb Jahre nach Kriegsbeginn zum Friedensschluß zu bewegen, und mußte damit aufgrund der Überschätzung seiner schottischen Gesprächspartner und ihrer Möglichkeiten scheitern. Bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt und wird heute noch in Spandau gefangengehalten.

H. ist Auslandsdeutscher. Er wurde 1894 in Alexandrien, Ägypten, geboren, besuchte dort die deutsche Schule, später die Realschule in Godesberg am Rhein und die Handelsschule in Neuchâtel, Schweiz. Nach einer kaufmännischen Lehre in Hamburg nahm er als Kriegsfreiwilliger, zuletzt als Jagdflieger, am Ersten Weltkrieg teil und wurde mehrfach verwundet.

Nach dem Kriege war H. wieder kaufmännisch tätig und schloß sich in München der Thulegesellschaft an. Er entging durch Zufall der Geiselerschießung durch die kommunistische Räteregierung, wurde am 1. Mai 1919 bei der Befreiung Münchens abermals verwundet und meldete sich als Zeitfreiwilliger zum Freikorps Epp. 1920 begann er Volkswirtschaft, Geschichte und Geopolitik (bei Prof. Haushofer) zu studieren und schloß sich der NSDAP an, lernte auch Hitler persönlich näher kennen.

Bei einer Versammlung erlitt H. durch Störtrupps der Linken eine erhebliche Schädelverletzung, wurde nach Ausheilung Führer des Nationalsozialistischen Studentenbundes und nahm am 8./9. November 1923 an der Seite Hitlers am Staatsstreich teil. Anschließend hielt er sich längere Zeit in den bayerischen Bergen verborgen und wurde 1924 zu anderthalb Jahren Festungshaft verurteilt, die er mit Hitler zusammen in Landsberg verbüßte, wenn auch nur bis zum Jahresende.

Nach der Entlassung war H. kurze Zeit Assistent Prof. Haushofers, dann Privatsekretär Hitlers, den er von da ab auf seinen Reisen begleitete, und wurde in zunehmendem Maße ein ausgleichendes Element bei Streitigkeiten innerhalb der NS-Führung. Insbesondere nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 stellte

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

H. neben seinem offiziellen Amt als Führer-Stellvertreter im Ministerrang eine moralische Autorität im neuen Staate dar und mahnte ständig zu Schlichtheit und Verantwortung. Er erwarb sich damit viele Feinde in Funktionärskreisen, aber Vertrauen und Ansehen im Volke.

Den Krieg mit England betrachtete H. ebenso wie Hitler als widersinnig und als ein Unglück. Als sich zudem der bevorstehende Bruch mit der Sowjetunion und ein Zweifrontenkrieg abzeichneten, entschloß er sich zu dem Flug nach Schottland, um alles versucht zu haben, was in seinen Kräften stand, auch wenn er seine eigenen Erfolgsaussichten selbst nicht allzuhoch einschätzte. Der Brief, den er Hitler hinterließ, zeigt, daß er auch ein Scheitern seiner Mission einkalkuliert hatte: „Sie können mich dann für geisteskrank erklären lassen".

In seinem Schlußwort vor dem Internationalen Militärgericht in Nürnberg bekannte sich H. ausdrücklich zum Nationalsozialismus und zu seiner eigenen Handlungsweise. Es traf ihn schwer, daß er nicht wie die anderen Mitglieder der Reichsregierung zum Tode verurteilt wurde.

Nach der Entlassung seiner letzten Mitgefangenen Speer und Schirach nach zwanzigjähriger Einzelhaft im Herbst 1966 blieb H. allein im Spandauer Gefängnis zurück. Seine Bewachung stellte lange Zeit die letzte Brücke zwischen den ehemaligen Alliierten dar.

Literatur:

Rudolf Heß, Kleine Biographie, München/Berlin (Zeitgeschichte) 1934
Degeners, Wer ist's?, X. Ausgabe, Berlin 1935
Ilse Hess, Antwort aus Zelle sieben, Leoni (Druffel) 1967
Ilse Hess, England–Nürnberg–Spandau, Leoni (Druffel)
Ilse Hess, Gefangener des Friedens, Leoni (Druffel)

Anmerkungen ....

....

....

Theodor H., vom 13. September 1949 bis zum 12. September 1959 erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, trug wesentlich dazu bei, das nach dem von ihm selbst mitentworfenen → Grundgesetz (Teil I) als Provisorium vorgesehene westdeutsche Dreizonen-Staatsgebilde zu einem endgültigen westdeutschen Staat aufzuwerten.

1884 in Brackenheim/Württ. als Sohn eines evangel. Stadtbauinspektors geboren, besuchte H. das Humanistische Gymnasium in Heilbronn, studierte in München und Berlin Kunstgeschichte und Nationalökonomie und promovierte in München.
Als Anhänger Friedrich Naumanns war H. 1905—1912 Redakteur der Zeitschrift „Hilfe", dann bis 1918, also während des Ersten Weltkriegs, Chefredakteur der Neckarzeitung in Heilbronn und von 1918 bis 1922 Geschäftsführer des Deutschen Werkbundes. Seit 1920 war H. außerdem Studienleiter, später Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin und seit 1930 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (Staatspartei). Als solcher stimmte er am 24. März 1933 für das → *Ermächtigungsgesetz* (Teil I), das es Hitler ermöglichte, ohne das Parlament Gesetze zu erlassen.
In diesen Jahren erschienen von H. neben seiner Bosch-Biographie 1931 die Schriften Staat und Volk (1926), Führer aus deutscher Not (1928) und Hitlers Weg (1932), in denen er eine Verbindung der nationalsozialen Ideen Friedrich Naumanns zum Nationalsozialismus Hitlers suchte.
1933 bis 1936 gab H. wieder die „Hilfe" heraus, war während des Zweiten Weltkrieges Mitarbeiter an der Frankfurter Zeitung und setzte die Reihe seiner Biographien fort (Friedrich Naumann 1937, Hans Poelzig 1939, Justus von Liebig 1942).
Nach dem Kriege wurde er Kultusminister von Württemberg-Baden (1945/46) und nach Gründung der → *FDP* (Teil I) deren Vorsitzender (1948/49). Gleichzeitig hatte er eine Professur an der Technischen Hochschule Stuttgart inne. 1949 gehörte H. dem Parlamentarischen Rat an und wurde am 12. September von der Bundesversammlung zum 1. Bundespräsidenten des westdeutschen Teilstaates gewählt, fünf Jahre später, am 17. Juli 1954, in Berlin wiedergewählt.
Der Stil seiner Amtsführung war menschlich schlicht, ohne viel repräsentativen Aufwand und liberal. Als überzeugter Pazifist und ohne

jedes innere Verhältnis zum Soldatischen mußte er am 19. März 1956 die Grundgesetzänderung zum Aufbau der Bundeswehr unterzeichnen, der kurz darauf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht folgte. H. reagierte auf diese groteske Entwicklung (nach der strikten Entmilitarisierung zuvor) mit ironischer Resignation (beim Manöverbesuch: „Na, dann siegt mal schön!").

Als Mitherausgeber (mit Hermann Heimpel und Benno Reifenberg) des Sammelwerks „Die großen Deutschen" (1956/57, Neuausgabe Darmstadt 1960/61), ließ er es zu, daß entscheidende Namen fehlten und damit ein recht einseitiges Bild der deutschen Geschichte und Geistesgeschichte aus verkürzter Perspektive entstand.

Nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode, Ende 1959 ließ sich H. in Stuttgart nieder und setzte sein schriftstellerisches Werk fort. Er verstarb im Jahre 1964.

Literatur:

Hans-Heinrich Welchert, Theodor Heuss. Ein Lebensbild, 2. Aufl., Bonn (Athenäum) 1959

Hermann Proebst, Heuss, München (Kindler) 1959

Abschied von Theodor Heuss. Mit Beiträgen von elf Autoren, Tübingen (Wunderlich) 1964

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Heinrich H., Diplomlandwirt, seit 1929 Reichsführer der SS, seit 1936 Chef der deutschen Polizei (einschließlich der → GESTAPO (Teil I)), wurde im August 1943 Reichsinnenminister und nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 von Hitler zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt. Im Zuge der Rücksiedlung von Volksdeutschen aus Osteuropa war er 1941 zum Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums ernannt worden. Zur Koordinierung dieser vielfältigen Aufgaben schuf H. sich einen Stab „Reichsführer SS", in dem umfassender und gründlicher als in den anderen Gliederungen von Partei und Staat eine totale Wandlung Deutschlands und der Deutschen im großgermanisch-imperialen Sinne vorbereitet wurde.

1900 in München als Sohn eines Oberstudiendirektors geboren, besuchte H. Gymnasien in München und Landshut, nahm 1917—1918 als Fahnenjunker am 1. Weltkrieg teil, studierte 1919—1922 an der Technischen Hochschule München, war von 1922 bis 1923 als Assistent bei der Stickstoffland. GmbH. in Schleißheim tätig und schloß 1924 seine Studien an der Universität München ab.
Als Hitler 1925, aus der Festung Landsberg entlassen, mit dem Neuaufbau der NSDAP begann, übernahm H. die Organisation der Schutzstaffeln, die Saalschutz und Begleitkommandos stellten. 1929 ernannte Hitler ihn zum Reichsführer der SS, die inzwischen eine besondere Gliederung der Partei geworden war. Nach der Machtübernahme 1933 entstand innerhalb der SS ein eigener Nachrichtenapparat, der Sicherheitsdienst (SD), der eng mit der Politischen Polizei zusammenarbeitete.
H. selbst wurde Anfang März 1933 kommissarischer Polizeipräsident von München, im Mai Kommandeur der Politischen Polizei für Bayern, im Juli zum Preußischen Staatsrat ernannt. Im November des gleichen Jahres übernahm er auch den Befehl über die Politische Polizei in Hamburg, Mecklenburg, Lübeck, Thüringen, Hessen, Baden und Sachsen, im April wurde er Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, das er später, 1936 zum Chef der Deutschen Polizei ernannt, dem Reichssicherheitshauptamt eingliederte (vgl. → *GESTAPO*, Teil I). Mit dem Aufbau der Waffen-SS schuf sich H. neben dem polizeilichen ein rein militärisches Instrument, das allerdings eine eigene Entwicklung nahm und sich ihm bald entfremdete.

Als im Jahre 1941 nach dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt die Rückführung der Deutschen aus den baltischen Staaten, aus Bessarabien und der Dobrudscha begann, wurde ihre Eingliederung in den deutschen Volkskörper und ihre Wiederansiedlung ebenfalls H. übertragen. Er fügte auch dieses Amt des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums dem Stabe „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei" ein, der nunmehr mit eigenen Forschungsabteilungen (z. B. für Vor- und Frühgesichte, Ahnenerbe-Stiftung), eigenen Sozialeinrichtungen (Lebensborn), eigener Wochenzeitung (Schwarzes Korps) und eigenem Buchverlag zum Kader einer völlig neuen Reichsführung wurde.

Als Kern dieses Kaders baute H. eine Schulungsburg in Westfalen, die Wewelsburg bei Paderborn, zur Pflanzstätte eines imperialen Denkens auf der Grundlage zweifacher Zucht, der soldatischen Zucht und der biologischen Züchtung aus. Doch verschob sich in Planung und Praxis der Gedanke der Auslese mehr und mehr zur Ausmerze hin. Die Entfernung der jüdischen Bevölkerung aus Mitteleuropa nahm im Zuge der Kriegsentwicklung schließlich den größten Teil der Gesamtplanung ein und H. stellte sich hinter die sich steigernden Vernichtungsmaßnahmen.

Ob und inwieweit H. diese Vernichtungsmaßnahmen durch Einsatzgruppen und in → *KONZENTRATIONSLAGERn* (Teil I, vgl. auch → *ENDLÖSUNG*) persönlich erdacht und befohlen hat, blieb bisher ungeklärt.

Auf jeden Fall lieferten die Vernichtungsaktionen gegen Juden, Zigeuner, Geisteskranke und andere Gruppen der → *PSYCHOLOGISCHEN KRIEGFÜHRUNG* (Teil I) der Gegner, dem → *ZIONISMUS* (Teil I) in aller Welt, insbesondere auch nach dem Kriege der bewußt demoralisierenden → *REEDUCATION* (Teil I) am deutsche Volke bis zur Gegenwart erdrückende Argumente.

Nach dem mißlungenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt und zuletzt noch als Befehlshaber der im pommerschen Raum operierenden Armee gescheitert, erkannte H. die Unvermeidbarkeit der Niederlage und suchte eigenmächtig über den Grafen Bernadotte von Lübeck aus Verbindung zu den Westmächten. Aus diesem Grunde von Hitler unter dem Einfluß → *BORMANNs* aller Ämter enthoben und auch nach Hitlers Tod von → *DÖNITZ* abgewiesen, gab sich H. in englischer Gefangenschaft in Lüneburg am 23. Mai 1945 den Tod.

Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von H., Reichspräsident der Weimarer Republik Deutschland vom 26. April 1925 bis zu seinem Tode am 2. August 1934, wurde von weiten Kreisen des deutschen Volkes noch als der Generalfeldmarschall des kaiserlichen Heeres und als der Sieger von Tannenberg verehrt und übertrug einen Teil dieses moralischen Kredits auf → HITLER, den er am 30. Januar 1933 nach langem Widerstreben im Vertrauen auf den Rat Franz von Papens mit der Regierungsbildung beauftragte.

1847 in Posen als Offizierssohn geboren und im Kadettenhaus in preußischer Tradition erzogen, schlug H. die Offizierslaufbahn ein und avancierte 1903 zum Kommandierenden General des IV. Armeecorps. Nachdem zu Beginn des 1. Weltkriegs russische Truppen in Ostpreußen eingedrungen waren, ernannte am 22. August 1914 Kaiser Wilhelm II. H. zum Oberbefehlshaber der 8. Armee. Gemeinsam mit General → *LUDENDORFF* und nach dessen Plänen schlug H. zwei russische Armeen bei Tannenberg und bei den Masurischen Seen.

Seit dem 1. November 1914 Oberbefehlshaber Ost, seit dem 27. November Generalfeldmarschall, übernahm H. am 29. August 1916 als Chef des Generalstabes die oberste Heeresleitung und führte erfolgreiche Feldzüge gegen Rumänien (1916), Italien sowie Rußland (1917). An der Westfront blieb ihm im Frühjahr und Sommer 1918 der Erfolg versagt.

Als in Deutschland die Revolution ausbrach und das Westheer sich weitgehend verblutet hatte, stellte sich H. hinter die Auffassung seines Generalquartiermeisters Groener, daß der Kaiser für sich selbst und das Haus Hohenzollern, auch als König von Preußen, abdanken müsse, leitete mit Groener die Rückführung des Frontheeres in die Heimat sowie von Kolberg aus den Grenzschutz gegen Polen. Erst am 3. Juli 1919 legte H. den Oberbefehl nieder.

1925, im Alter von 77 Jahren, stellte sich H. als Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen zur Verfügung und wurde am 26. April gewählt. Sieben Jahre später wiedergewählt, entließ er im Mai 1932 Brüning, dessen Notverordnungspolitik er seit 1930 mit seinem Namen und Amt gedeckt hatte, und berief erst Papen, dann Schleicher, endlich, am 30. Januar 1933, eine tiefe Abneigung überwindend,

→ *HITLER* zum Reichskanzler, wobei Papen den entscheidenden Einfluß auf den 85jährigen ausübte.
Am 2. August 1934 starb H. auf seinem westpreußischen Gut Neudeck unter dem Eindruck der anfänglichen Erfolge des nationalsozialistischen Regimes und in dem Glauben, das ihm vom deutschen Volke und — trotz Thronverzicht — auch vom Hause Hohenzollern anvertraute Lehen gut verwaltet und verantwortungsbewußten, erfolgreichen Kräften hinterlassen zu haben.
Hitler ließ H. im Tannenbergdenkmal beisetzen. Von dort wurde der Sarkophag vor Sprengung des Denkmals 1945 in ein Salzbergwerk verbracht, wo ihn die Amerikaner fanden und schließlich in die Marienkirche in Marburg/Lahn bringen ließen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Seit November 1921 Regent, seit dem 24. Dezember 1926 Kaiser (Tenno) von → JAPAN (Teil I) fiel es H. in der 124. Generation ein und derselben Dynastie zu, bei dem entscheidenden Versuch Japans, seinem Bevölkerungsüberdruck Raum zu schaffen, zwischen diplomatischen und militärischen Maßnahmen zu entscheiden und sein Volk vor der Vernichtung durch USA und UdSSR zu bewahren. Keiner seiner zahlreichen Vorgänger und Ahnen hat vor einer vergleichbaren Aufgabe gestanden.

1901 als Sohn Kaiser Joschihitos (1912—1926) im Kaiserlichen Palast zu Tokio geboren und teils in der alten Tradition, teils im Sinne eines europäischen Bildungsweges erzogen, mußte H. im November 1921 seine Studien unterbrechen, um für seinen erkrankten Vater die Regentschaft zu übernehmen.
Am Beginn seiner Regentschaft stand der 1921 von Großbritannien und den USA erzwungene Verzicht Japans auf die Vorherrschaft in China, ein Verzicht, mit dem H. sich nicht abfinden konnte. Damit war das Leitmotiv seiner gesamten Regierungszeit gegeben.
Nachdem die Gegensätze zwischen Japan und der chinesischen Zentralregierung sich seit 1927 verschärft hatten, Japan 1931/32 die Mandschurei besetzt hatte und Ende März 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war, setzte es sich im Sommer 1935 auch in Nordchina fest und führte seit Anfang Juli 1937 Krieg gegen → *TSCHIANG KAI-SCHEK.*
Bei dieser Entwicklung war Kaiser H. natürlich kein unbeteiligter Zuschauer, sondern traf die maßgebenden Entscheidungen in dem Bewußtsein, den Existenzkampf des seiner Obhut anvertrauten Volkes zu führen. Da er dazu erzogen war, sein Kaiseramt als religiösen Auftrag zu empfinden, und auch verfassungsgemäß die höchste Autorität in Japan darstellte, war er sich seiner Verantwortung für die japanische Politik durchaus bewußt.
Als der US-Außenminister Hull Japan Ende 1941 im Auftrage → *ROOSEVELTs* ein erpresserisches Ultimatum stellte und gleichzeitig Teile der amerikanischen Pacific-Flotte im Hafen von → *PEARL HARBOR* (Teil I) Japan gewissermaßen auf dem Präsentierteller dargeboten wurden, zögerte H. nicht, seine Einwilligung zum Angriff zu geben (7. Dezember 1941).

Ebenso folgerichtig suchte er den Frieden, sobald feststand, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen war, nicht etwa erst nach → *HIROSHIMA* (Teil I). Sowohl die staatsmännische Klugheit → *MAC ARTHURs* als auch der wachsende Gegensatz zwischen USA und UdSSR erhielten ihm nach der am 2. September 1945 vollzogenen Kapitulation den Thron.
Daß die Amerikaner darauf bestanden, H. müsse auf seine Göttlichkeit verzichten, enthüllt einmal mehr ihre kindliche Weltauffassung. Auf diese Bedingung konnte H, in der lächelnden Gewißheit eingehen, daß eine metaphysische Wirklichkeit von keinen Vertragsbedingungen berührt wird.
Seit der Kapitulation hat H. persönlich keine politischen Entscheidungen — über die routinemäßige Beauftragung der jeweiligen Ministerpräsidenten hinaus — mehr getroffen. Aber seine Gegenwart, die Tatsache der Weiterführung seines kaiserlichen Amtes, hat dennoch entscheidend zum Wiederaufstieg Japans zur führenden Wirtschaftsmacht in Ostasien und zur inneren Gesundung des öffentlichen und politischen Lebens beigetragen und tut es noch.
In diesem Bewußtsein kann sich H. in Ruhe und Gelassenheit seinen botanischen und meeresbiologischen Forschungen widmen, in denen er ein international anerkannter Fachmann ist.

Literatur:

vgl. → *JAPAN* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Der Name Alger H. ist mit einem der großen Verratsfälle des 20. Jahrhunderts verbunden, die das Aufsteigen des Kommunismus zum Rang der zweiten Weltmacht ermöglicht haben. Er war hoher Beamter des amerikanischen Außenministeriums, nahm als Berater Roosevelts und des Außenministers Stettinius an der Konferenz von Jalta teil, war Sekretär der Gründungsversammlung der → UNO (Teil I) in San Franzisko und zusammen mit Dr. Leo Pasvolsky, einem aus Rußland gebürtigen Zionisten, maßgeblich an der Ausarbeitung der Charta der UNO beteiligt, die am 24. Oktober 1945 von ihm mit unterzeichnet wurde.

1904 in Baltimore/Md. geboren, mit 22 Jahren Bachelor of Arts, war Alger H. an der Harvard Law School ein Schüler → *Felix Frankfurters*, für den sich aus amerikanischen Akten der Nachweis führen läßt, daß ihm bereits im Jahre 1920 aus der Sowjetunion kommunistisches Propagandamaterial zur Weiterleitung zugesandt wurde. Frankfurter war es auch, der ihm zur Anstellung bei der Regierung verhalf und es sich nicht nehmen ließ, späterhin bei der gegen H. geführten Verhandlung als Charakterzeuge für seinen Schützling auszusagen.

H. arbeitete in der Fernostabteilung des Außenministeriums. (Dort war auch sein Bruder Donald Hiss als Hilfsassistent beschäftigt.) H. hatte weitreichende und einflußreiche Verbindungen. So war er zusammen mit Herbert H. Lehman, dem ehemaligen Gouverneur des Staates New York, im Jahre 1947 Direktor der Woodrow Wilson Foundation, einer der großen amerikanischen Stiftungen. 1948 war er Präsident der Carnegie Foundation.

An der Jalta-Konferenz hat H. wahrscheinlich auf direkte Empfehlung Dean Acheson teilgenommen. Später, während seines Prozesses, pflegte Helen Lehman-Buttenwieser, die Tochter Herbert H. Lehmans und Ehefrau des Benjamin Butterwieser (stellvertretenden Hochkommissars für Deutschland und Teilhaber des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co.) täglich den Verhandlungen gegen H. beizuwohnen. Nachdem er des Meineids überführt worden war, nahm sie ihn und seine Frau Priscilla Hiss einige Monate lang in ihr Heim auf. Ebenso wie Frankfurter, Lehman, Acheson, Stettinius, Buttenwieser,

Pasvolsky und der Sowjetspion Morton Sobel gehörte auch H. dem → *CFR* (Council on Foreign Relations, Teil I) an.
H. war Mitglied der Spionagegruppe des Harold Ware. Kurier dieser Gruppe war Whittaker Chambers. Dieser war 1938 abgesprungen, wurde zehn Jahre später, am 3. August 1948, vom Untersuchungsausschuß gegen unamerikanische Umtriebe vorgeladen und nannte alle Angehörigen der Gruppe Ware, darunter auch H. Er gab auch an, daß die Spionagetätigkeit des H. bereits 1936 begonnen habe. Das Motiv für die Handlungsweise von Chambers blieb im unklaren. Einen antisemitischen Affekt kann man ihm kaum unterstellen, denn er hatte im Jahre 1931 Esther Shemitz, eine Jüdin, geheiratet.
H. wurde dann 1949 und 1950 vor Gericht gestellt und in dem zweiten Verfahren, am 25. Januar 1951, interessanterweise nicht wegen Landesverrat, sondern wegen Meineids, da er geleugnet hatte, Chambers Dokumente übergeben zu haben, verurteilt. Die Strafe war entsprechend gering: 5 Jahre Gefängnis. Bereits im Jahre 1954 wurde er nach dem amerikanischen „Parole"-Verfahren aus der Haft entlassen. Seine volle gesellschaftliche und politische Rehabilitierung blieb der Kennedy-Ära vorbehalten. So konnte es geschehen, daß H. im Jahre 1962 als Propagandist der Demokraten im Wahlkampf in Kalifornien gegen den Mann antrat, der wesentlich mit zu seiner Entlarvung beigetragen hatte, nämlich gegen Richard Nixon, den ehemaligen Vizepräsidenten der USA.
Bevor Whittaker Chambers am 9. Juli 1961 — angeblich an einem Herzanfall — verstarb, schrieb er resignierend den Satz nieder: „Ich weiß, daß ich die verlierende Partei gewählt habe."

Literatur:

Alger Hiss, In the Court of Public Opinion, 1957
Toledano-Lasky, Seeds of Treason. The True Story of the Hiss-Chambers Tragedy, New York 1950
Prof. Kubek, How the Far East was Lost, Chicago 1963
Walter Trohan, „Three Men, Called a Gouvernment in Themselves" in Chicago Tribune, 29. Mai 1950
Stanton Evans, Rebellion der Jugend, München 1963 (S. 219)
(Ein sehr ausführlicher Bericht über den Fall Hiss erschien in den fünfziger Jahren in der Zeitschrift DER SPIEGEL.)

Adolf H., seit 1919 Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, versuchte 1923 in München einen Putsch gegen die Reichsregierung, gründete 1925 die NSDAP neu, wurde durch sie 1933 Reichskanzler und 1934 auch Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, das er politisch, wirtschaftlich und volksgesundheitlich zunächst zu neuer Blüte führen sowie 1938 mit Österreich vereinigen konnte. Mit dem Polenfeldzug trug H. zum Ausbruch des 2. Weltkriegs bei und ließ es zu, daß dieser von Deutschland als ein Zwei- und Mehrfrontenkrieg geführt werden mußte. Vollends seine verfehlte Ostpolitik und Vernichtungsmaßnahmen gegen das europäische Judentum führten 1945 das Ende des Deutschen Reiches herbei.

1889 in Braunau an der österreichisch-bayerischen Grenze als Sohn eines Zollbeamten geboren, wurde H. an der Wiener Kunstakademie abgewiesen, war dann im Baugewerbe tätig, ging 1912, von alldeutschen Kreisen beeinflußt, nach München und nahm in einem bayerischen Regiment am 1. Weltkrieg teil, mehrfach verwundet und infolge Gasvergiftung zeitweilig erblindet.
Bei Auflösung des deutschen Heeres noch in der politischen Truppenunterweisung tätig, schloß sich H. 1919 einer kleinen Gruppe an, die sich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nannte, und verhalf ihr durch rednerisches Talent und überzeugende Argumente einer zugleich nationalen und sozialen Revolution zum Aufstieg.
Einen schweren Rückschlag hatte H.s gemeinsam mit Ludendorff 1923 unternommener Putschversuch zur Folge. H. wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber schon im Dezember 1924 wieder entlassen, nachdem er die Haftzeit dazu verwendet hatte, sein programmatisches Buch „Mein Kampf" zu schreiben.
Nach Neugründung der NSDAP gelang es H. kraft ungewöhnlicher Energie und Bildungsfähigkeit in pausenlosem rednerischem Einsatz unter Ausnutzung der Weltwirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, seine Partei bei geschickter und straffer Organisation zur stärksten in Deutschland zu machen. Als Hindenburg ihn — nach langem Zögern — am 30. Januar 1933 mit der Regierungsbildung beauftragte, begann er einen Aufbau ohne Beispiel und gewann sich hohe Anerkennung durch ausländische Staatsmänner. Ein großer Teil der

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Bevölkerung faßte aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs neuen Mut und arbeitete dementsprechend intensiv. Allgemein herrschte von 1934 bis in die ersten Kriegsjahre hinein ein Geist der nationalen Zusammengehörigkeit, der Zuversicht und Lebensfreude.

Um diesen Aufbau störungsfrei vollziehen zu können, schaltete H. von Anfang an seine politischen Gegner weitgehend aus. Soweit sie gefährlich erschienen, ließ er sie in Schutzhaft nehmen. Nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 ließ H. keine neuen Präsidentschaftswahlen durchführen sondern übernahm selbst als „Führer und Reichskanzler" auch das Amt des Staatsoberhauptes.

H.s Außenpolitik bewegte sich zunächst auf der Grenze dessen, was sich die Siegermächte des 1. Weltkrieges gerade noch bieten ließen. Dem Austritt aus dem Völkerbund am 14. Oktober 1933 folgte die Belegung der entmilitarisierten Zone im Rheinland mit deutschen Garnisonen im März 1936. Dem Anschluß Österreichs an das Reich am 13. März 1938, den H. als einen persönlichen Triumph empfand, folgte – mit Zustimmung Englands und Frankreichs (vgl. → *MÜNCHENER ABKOMMEN*, Teil III) – die Eingliederung der sudetendeutschen Teile der Tschechoslowakei im November 1938 in das Reich. Als H. aber im März 1939 den Befehl gab, auch die restliche Tschechoslowakei zu besetzen, überschritt er die Grenze dessen, was ohne Krieg zu erreichen war, und gab der von ihm unterschätzten Kriegspartei in England das entscheidende Argument. Die Errichtung des „Protektorats" Böhmen-Mähren bedeutete zudem einen Rückfall in imperialistisches Denken, entgegen H.s eigenen früheren Grundsätzen vom „völkischem Prinzip", dem Lebens- und → *SELBSTBESTIMMUNGSRECHT* (Teil I) der nationalen Würde jeden Volkes.

Von der polnischen Regierung provoziert, leitete H. mit dem Angriff auf Polen im September 1939 endgültig die Entwicklung ein, die ihn zwar zuerst zu großen, kaum zu erwartenden, H. selbst faszinierenden Erfolgen führte (Sieg über Polen, Belgien, Frankreich, Norwegen, Besetzung Hollands, Dänemarks und Nordafrikas), dann aber mit dem Verlauf des Rußlandfeldzuges und der Kriegserklärung an die USA nach → *PEARL HARBOR* (Teil I), mit der verfehlten Behandlung der osteuropäischen Völker und den Vernichtungsaktionen gegen Juden und andere, alles bis dahin Erreichte wieder verlorengehen ließ und eine Katastrophe ähnlich der des Dreißigjährigen Krieges über Deutschland heraufbeschwor, deren historische Folgen noch heute nicht abzusehen sind.

Am 30. April 1945 gab sich H. in Berlin den Tod.

HO CHI MINH

Nach dem Sturz des Kaisers Bao Dai von Annam 1945 und erneut seit dem Genfer Waffenstillstand mit Frankreich (1954) Staatspräsident von → Nordvietnam (Teil I), betrachtet der Altkommunist (seit 1920) Vietnam nach wie vor als ein Ganzes und die Regierung von → Südvietnam als unrechtmäßig.

1890 als Bauernsohn in der Provinz Minh in Nordannam geboren, kam H. in jungen Jahren nach Frankreich, schloß sich dort 1920 dem kommunistischen Flügel der Sozialisten an, gründete eine gegen die Kolonialherrschaft gerichtete Vereinigung und gab die Wochenschrift „Pariah" heraus.

1924 aus Frankreich ausgewiesen, ging er nach Moskau, von dort nach China, wo er 1925–27 an den Bürgerkriegskämpfen teilnahm. Anschließend wandte er sich nach Siam, betrieb dort kommunistische Agitation und wurde 1931 von den Engländern für zwei Jahre in Hongkong inhaftiert.

Nach der Entlassung kehrte H. in seine Heimat – Indochina – zurück, bildete dort 1941 die Viet Minh, die Vietnamesische Unabhängigkeitsfront, und kämpfte 1945 gemeinsam mit den Amerikanern gegen die Japaner. Nach deren Abzug proklamierte er die demokratische Republik Vietnam und nahm unverzüglich den Kampf gegen die im September 1945 zurückkehrenden Franzosen auf.

1946 schloß er einen Vertrag mit Frankreich, in dem dieses Vietnam als unabhängigen Staat innerhalb des indochinesischen Bundes und der Französischen Union anerkannte, brach jedoch 1948 den Vertrag und führte 6 Jahre lang den Indochinakrieg, den Frankreich verlor. Das Genfer Abkommen vom 21. Juli 1954 führte zur Teilung des Landes in Nord- und Südvietnam (vgl. → *Vietnam*, Teil I).

Anfang September 1955 bildete H. die kommunistische Partei zur „Vaterländischen Front" um. Nationale Antriebe schienen ihm wirksamer zu sein als ideologische. Gleichzeitig erhob er gegen die südvietnamesische Regierung den Vorwurf, durch Kontakte mit der → *SEATO* (Teil I) die Wiedervereinigung Vietnams zu hintertreiben. Aus dieser Kontroverse entwickelten sich die Feindseligkeiten, die Anfang der sechziger Jahre zur diplomatischen, 1964 zur militärischen Intervention der USA führten und sich seitdem ständig ausweiten.

Am 21. März 1967 ließ H. eine Note, die Präsident → *Johnson* Anfang Februar an ihn gerichtet hatte, und sein Antwortschreiben veröffentlichen. Es enthält die Forderung, alle amerikanischen Truppen aus *Süd*vietnam zurückzuziehen, die *süd*vietnamesische Befreiungsfront, die Vietkong, anzuerkennen und das vietnamesische Volk seine eigenen Angelegenheiten regeln zu lassen. „Unsere Sache ist absolut gerecht. Es ist zu hoffen, daß die US-Regierung im Einklang mit der Vernunft handeln wird."

Literatur:

Hans Wilfried von Stockhausen, Vietnam – Dynamik eines Konflikts, (Aktuelle Taschenbücher, Bd. 11) 1965

B. Fall, Le Viet-Minh. La République Democratique du Viet-Nam 1945–1960, Paris 1960

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

HODSCHA (Hoxha)

Enver H., 1944 bis 1954 Ministerpräsident von → ALBANIEN (Teil I) gründete 1941 die albanische kommunistische Partei, später Albanische Arbeiterpartei genannt, ist seitdem als deren Erster Sekretär im Zentralkomitee der politische Führer seines Landes — unabhängig von seiner Regierungsfunktion — und als überzeugter Stalinist Parteigänger → CHINAs (Teil I) gegen die UdSSR.

1908 als Kind mohammedanischer Eltern toskischer Abkunft geboren, besuchte H. Schulen in Argyrokastro und Koritza und studierte an der naturwissenschaftlichen Fakultät in Montpellier in Frankreich. 1931 war er als Sekretär des albanischen Konsulats in Brüssel tätig und studierte dort gleichzeitig Rechtswissenschaften. 1936 kehrte er nach Albanien zurück und wurde in Koritza Lehrer.
Als Italien 1939 Albanien besetzte, organisierte H. den Widerstand und → *PARTISANEN*-Krieg (Teil I), gründete 1941 im Untergrund die Kommunistische Partei Albaniens und ließ sich zum Generalsekretär wählen, alles das, ohne daß die Italiener des fünf Sprachen beherrschenden Mannes habhaft werden konnten.
Nach der Kapitulation Italiens 1943 schuf H. aus seinen Partisanen eine „Befreiungsarmee" mit eigenem Generalstab und bemächtigte sich mit ihrer Hilfe und mit rücksichtslosem Terror nach dem Abzug der deutschen Truppen im November 1944 der Macht, obgleich seine kommunistische Anhängerschaft innerhalb der albanischen Bevölkerung nur eine kleine Minderheit darstellte, machte sich selbst zum Regierungschef sowie zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte.
Im Januar 1946 proklamierte H. die Volksrepublik und wandte sich zwei Jahre später scharf gegen → *TITO*, als dieser sich dem Einfluß der UdSSR entzog und einen jugoslawischen Nationalkommunismus anstrebte. Solange → *STALIN* lebte, war H. sein zuverlässigster Gefolgsmann, und als der sowjetrussische Diktator tot war und seine Nachfolger einen weniger terroristischen Regierungsstil pflegten, blieb H. erst recht Stalins Gefolgsmann.
Seine heftige Abneigung gegen den „weichen" Kurs der Nach-Stalin-Ära trieb ihn schließlich, nachdem er im Juli 1954 das Amt des Ministerpräsidenten Mehmet Schehu überlassen hatte, 1960/61 auf die Seite → *MAO TSE-TUNGs*, dem er von da an, und mit ihm Albanien, ebenso fest verbunden war wie vorher Stalin. Erst als Mao

mit der Kulturrevolution u. a. auch die chinesische Außenpolitik lähmte, ging H. China gegenüber vorübergehend auf Distanz und ließ Anfang 1966 diplomatische Beziehungen mit Rumänien und Polen zu. Sogar mit Jugoslawien wurde ein Handelsvertrag in Aussicht genommen.
Der UdSSR gegenüber allerdings verhielt sich H. unverändert ablehnend und benutzte die Gelegenheit eines Besuches → *TSCHU EN-LAIs* Ende Juni 1966 zu heftigen Angriffen nicht nur auf die Sowjetführung, sondern auch auf alle diejenigen kommunistischen Parteien, die glaubten, zwischen China und Rußland eine neutrale Haltung einnehmen zu können.
1967 ließ H. dann selber eine Art Kulturrevolution im Kleinen in Gestalt öffentlich plakatierter Kritik an Bürokratie, religiösen Relikten sowie am Studienprogramm der Hochschulen zu, ohne jedoch — wie in China — den Lehrbetrieb oder sogar die Produktion zu behindern.

Literatur:

W. Hildebrandt, Die Volksdemokratie Albanien 1944—1951, Göttingen 1951
Harry Hamm, Rebellen gegen Moskau, Albanien Pekings Brückenkopf in Europa, Köln 1962
I. S. Prybyla, „Albanien Wirtschaftswall Chinas" in: Osteuropäische Rundschau 5/67

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Harold Edward H., seit dem 25. Januar 1966 Prmierminister von → Australien (Teil I), seit 1956 stellvertretender Parteiführer der Liberalen und Sprecher des Repräsentantenhauses, präsidierte 1957 der Konferenz der → ILO (Teil I) und war vielfach in internationalen Finanzorganisationen tätig.

1908 geboren, besuchte H. das Wesley College in Melbourne und studierte an der Melbourner Universität Rechtswissenschaften. 1935 eröffnete er eine Anwaltspraxis und wurde für den Wahlkreis Fawkner/Victoria ins Repräsentantenhaus gewählt.

Fünf Jahre später, mit 32 Jahren, wurde H. das Amt des Ministers für Arbeit und Nationale Dienste übertragen. Gleichzeitig führte er die Geschäfte des Luftfahrtministeriums. 1941 kam jedoch die Labour-Partei an die Regierung und behielt sie bis 1949.

Mit Rückkehr der Liberalen in die Regierungsgeschäfte übernahm H. von neuem das Arbeitsministerium, gleichzeitig auch das Einwanderungsministerium. 1952 wurde er Vorsitzender des Generalrates der Parlamentarischen Vereinigung des Britischen → *Commonwealth* (Teil I).

1958 wechselte H. ins Schatzamt hinüber und gehörte ein Jahr später dem Gouverneurrat des → *IMF* (Teil I) sowie der → *Weltbank* (Teil I) an. Beide Einrichtungen stehen stark unter dem Einfluß nordamerikanischer Interessengruppen. 1960 leitete H. das Jahrestreffen der Intern. Finance Corporation.

In diesen Jahren reifte in H. der Entschluß, Australien aus dem britischen in den US-amerikanischen Währungsblock zu überführen. Bereits drei Wochen nach seinem Amtsantritt als Premierminister, am 14. Februar 1966, führte er neben der Pfund- die Dollarwährung ein und ließ die endgültige Umstellung auf Dollarwährung binnen zwei Jahren vollziehen. Damit löste H. ein weiteres großes Stück aus dem Einflußbereich des ehemaligen Britischen Empire heraus.

Diese Maßnahme erregte in der Weltöffentlichkeit ein derart nachhaltiges Aufsehen, daß H. sich veranlaßt sah, durch den Außenminister Hasluck am 10. März 1966 vor dem Parlament erklären zu lassen, Australiens Teilnahme am Vietnamkrieg geschehe nicht auf Veranlassung eines bestimmten Staates (USA), sondern aus eigenem Entschluß.

Am 20. Oktober des gleichen Jahres sprach US-Präsident → *Johnson* vor dem australischen Parlament. Im November trug H. einen eindeutigen Wahlsieg davon. Er bildete eine Regierungskoalition der Liberalen mit der Landpartei, die mit einer Mehrheit von 32 Sitzen ins Parlament einzog. Am 13. Dezember stellte H. seine neue Regierung vor: Hasluck wurde mit dem Außenministerium, McMahon mit dem Schatzamt und Fairhall mit dem Verteidigungsministerium betraut.

Literatur:

vgl. Teil I → *Australien*

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Keith Jacka H., seit 1947 stellvertretender, 1957 und seit Ende 1960 Ministerpräsident von Neuseeland, zugleich Außenminister, führt die Nationalpartei und setzte sich, solange es möglich war, für Aufrechterhaltung der traditionellen Bindungen an Großbritannien und das Commonwealth ein. Er leistete 1966/67 Südvietnam Militärhilfe in Stärke von 150 Mann.

H. stammt aus einer alten angesehenen neuseeländischen Farmerfamilie. 1904 geboren, erhielt er seine Schulbildung teils durch seine Mutter, eine ehemalige Lehrerin, teils durch Fernkurse sowie in Tauranga und Hastings auf der Nordinsel. Er wurde ein erfolgreicher Viehzüchter und nahm 1930, im Alter von 26 Jahren, eine leitende Stellung in der Provinz-Farmer-Union ein.

Seit 1932 Abgeordneter der Nationalpartei im Parlament, wurde H. 1938 Präsident des neuseeländischen Komitees für den Hopfenanbau, 1940 Mitglied des Exekutivausschusses der Farmerunion für das gesamte Dominion und 1949 deren Vicepräsident. Seit 1947 stellvertretender Oppositionsführer im Parlament, wurde H. 1949 auch stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister und blieb es bis zum 26. September 1957, dem Tag, an dem er die Regierungsbildung übernahm.

Der Wahlsieg der Labour-Party am 30. November 1957 zwang H., wieder die Oppositionsführung zu übernehmen. Drei Jahre später, am 26. November 1960, führte ihn der Sieg der Nationalpartei in das Amt des Regierungschefs zurück. Gleichzeitig behielt er sich das Amt des Außenministers vor, das im Vollzug des → *ANZUS*- und des → *SEATO*-Paktes (Teil I) zunehmend an Bedeutung gewann.

Mit Beginn des Jahres 1962 gab H. dem bisherigen neuseeländischen Treuhandgebiet (seit 1914) West-Samoa die volle Unabhängigkeit, behielt nur die außenpolitische Vertretung der Inseln in der Hand. Im Mai 1962 erklärte er sich bereit, gemeinsam mit den USA, Großbritannien, Australien und den Philippinen Streitkräfte nach Thailand zu senden, wenn die thailändische Regierung dies wünsche.

Bei der → *COMMONWEALTH*-Konferenz (Teil I) im September desselben Jahres wandte er sich mit den Premiers von Kanada und Australien gegen einen Beitritt Großbritanniens zur → *EWG* (Teil I), der besonders den neuseeländischen Butterexport bedrohte, wi-

dersetzte sich auch in der Folgezeit erfolgreich britischen Wünschen, → *EFTA*-Partnern (Teil I), z. B. Dänemark, die gleichen Butterzollvergünstigungen einzuräumen, die bis dahin nur Neuseeland genoß. 1966 dehnte H. die neuseeländische Fischereischutzzone auf zwölf Meilen von der Küste aus, protestierte — vergeblich — gegen die französischen Atombombentests im Pazifik, entsandte einen bescheidenen Truppenkontingent auf den vietnamesischen Kriegsschauplatz und errichtete neue neuseeländische Botschaften in Bonn und Rom. Ende Januar 1967 empfing er, nach einem erneuten Wahlsieg seiner Partei im November 1966, den südvietnamesischen Ministerpräsidenten → *KY* und vereinbarte mit ihm eine Fortsetzung der Militärhilfe für Südvietnam.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. HONECKER, ERICH

Erich H., Sicherheits- und Personalbeauftragter im Zentralkomitee der → SED und Stellvertreter des Ersten Sekretärs im ZK (Ulbricht) sieht auf eine lückenlose Parteikarriere ohne Abweichung von der jeweils geforderten Linie zurück und erfreut sich der Rückendeckung durch den Kreml. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist er der kommende Mann der Partei und damit auch der DDR.

Jahrgang 1912, trat H. bereits als 14jähriger Dachdeckerlehrling der saarländischen Kommunistischen Jugend, mit 18 Jahren der KPD bei und war mit 19 Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes im Saargebiet, 1933 Mitglied des Zentralkomitees der KJI. 1935 wurde er in Berlin als Organisator Kommunistischer Widerstandsgruppen verhaftet, 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg-Görde verbüßte.

Dort befreiten ihn 1945 die Sowjets und H. begann sofort mit dem Aufbau der „Freien deutschen Jugend" (FDJ), deren erster Vorsitzender er bis 1955 blieb. 1946 wurde er ZK-Mitglied der Partei (→ *SED,* Teil I), 1949 Mitglied der Volkskammer, 1950 Kandidat und im Sommer 1958, nach zweijähriger politischer Schulung in der UdSSR, Vollmitglied des Politbüros.

Er übernahm das Sicherheitsressort, 1963 zusätzlich auch das Personalressort der SED und vertrat wiederholt → *Ulbricht* bei offiziellen Anlässen. H. vertritt einen orthodoxen, streng antirevisionistischen Kurs und ist auch ein Gegner der Kontaktaufnahme mit der westdeutschen SPD.

H.'s Frau Margot ist ebenfalls Mitbegründerin der FDJ und Minister für Volksbildung. Sie haben zwei Töchter. Seine sonstigen Angehörigen leben in der Bundesrepublik.

Literatur:

SBZ von A–Z, Bonn 1954
Spiegel 41/1966, S. 32 f
Ernst Richert, Das zweite Deutschland, Gütersloh 1964
Ernst Richert, Macht ohne Macht, Braunschweig 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Max H., Professor der philosophischen → SOZIOLOGIE (Teil I) an der Universität Frankfurt/Main, gründete dort bereits 1931 das Institut für Sozialforschung, verlegte dieses 1933 nach New York und richtete sich 1949 von neuem in Frankfurt ein. H. betrieb in seinem Institut und seiner Lehrtätigkeit von jeher eine Soziologie im Sinne der einseitigen Milieutheorie des → HISTORISCHEN MATERIALISMUS (Teil I) Marxscher Prägung.

Am 14. Februar 1895 in Stuttgart als Sohn des Industriellen Moritz H. und Babette, geb. Lauchheimer geboren, mosaischen Bekenntnisses, studierte H. an den Universitäten München, Freiburg und Frankfurt/Main, wo er 1922 zum Dr. phil. promovierte, sich 1925 habilitierte und 1930 eine Professur für Sozialphilosophie erhielt.
Im Jahre darauf wurde H. Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (siehe oben), für das er Theodor Wiesengrund → *ADORNO* als Mitarbeiter gewann. Als das Institut 1933 aufgrund seiner eindeutig marxistischen Tendenz geschlossen, H. und Adorno entlassen wurden, ging H. nach New York und baute sein Institut dort im Rahmen des Institute of Social Research wieder auf, dessen Direktor er 1934 wurde. 1938 stieß dort auch Adorno wieder zu ihm. 1940 erhielt H. die USA-Staatsbürgerschaft und gab die „studies in philosophy and social science" heraus, 1944 wurde er Erster wissenschaftlicher Berater des Amerikanisch-jüdischen Komitees, das seinen Sitz ebenfalls in New York hatte. 1948 nahm er an der UNESCO-Konferenz für soziale Spannungen in Paris teil und hielt Gastvorlesungen im Rahmen des Rockefeller-Projekts an der Universität Frankfurt.
1949 trat H. dann in die Frankfurter Fakultät für Philosophie und Soziologie (philosophische → *SOZIOLOGIE*, Teil I) ein, wurde 1950 Dekan der Philosophischen Fakultät und 1951 Rektor der Frankfurter Universität (bis 1953), zugleich auswärtiger Berater der Kongreßbibliothek in Washington. 1954 erhielt er einen Ruf an die Universität Chicago als Ordinarius für Soziologie.
Unter H.s Veröffentlichungen verdienen besonders seine (gemeinsam mit S. Flowerman) 1949 in New York herausgegebenen fünfbändigen Studies in Prejudice genannt zu werden, in denen er zahlreiche konservative Auffassungen als „Vorurteile" darstellt, ferner

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

der 1952 erschienene Survey of the Social Sciences in Western Germany, der zugleich einen Überblick über die Anfangserfolge der in den USA für Deutschland geplanten Umerziehungsmaßnahmen war. Auch die 1950 veröffentlichten The Lessons of Facism, Tensions that Cause Wars, sind in den darin zum Ausdruck kommenden Tendenzen bezeichnend sowohl für die politisch-weltanschauliche Herkunft des Autors als auch für den mit der Veröffentlichung verfolgten Zweck.

Im hohen Alter gestattete sich H. zuweilen Äußerungen überraschend nonkonformistischer Art, die in das Umerziehungsprogramm nicht mehr zu passen scheinen. So antwortete er Ende 1969 in Montagnola den Spiegel-Redakteuren Wolff und Gumnior u. a., mit der Möglichkeit einer pharmazeutischen Geburtenregelung habe man dem Fortschritt die wahre Liebe opfern müssen und „in der Gesellschaft tiefe und bedenkliche Veränderungen bewirkt".

In dem gleichen Interview äußerte er, der Zusammenbruch des Vater-Mythos (ein entscheidendes Ziel der Umerziehung) stelle die Existenz des Gewissens in Frage und die Mutter strahle aufgrund ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung „nicht mehr die Liebe aus wie vorher".

„Im übrigen habe ich oft betont", sagte er, „daß richtige Aktivität nicht bloß in der Veränderung, sondern auch in der Erhaltung gewisser kultureller Momente besteht, ja daß der wahre Konservative dem wahren Revolutionär verwandter sei als dem Faschisten, so wie der wahre Revolutionär dem wahren Konservativen verwandter ist als dem sogenannten Kommunisten heute."

In den zwanziger Jahren sagte Moeller van den Bruck, führender Kopf des deutschen Konservativismus, durchaus ähnliches (vgl. auch Teil I, → *KONSERVATISMUS*, → *REVOLUTION*).

Anmerkungen ....

....

....

....

HOUPHOUET-BOIGNY

Felix H.-B., seit dem 30. April 1959 Ministerpräsident, seit dem 28. November 1960 auch Staatspräsident der westafrikanischen Republik Elfenbeinküste, übernahm 1961 zusätzlich das Außenministerium, 1963 auch die Ministerien für Inneres, Verteidigung, Erziehung und Landwirtschaft seines Landes. Erst 1966 setzte er in diese Ressorts wieder Fachminister ein. Als ehemaliger Staatsminister der Republik Frankreich in den Kabinetten Pflimlin, → DE GAULLE und Debré pflegte H.-B. engere Bindungen an Frankreich als die anderen westafrikanischen Staatschefs.

1905 in Jamasukio als Sohn eines Häuptlings geboren, wurde H.-B. in einem Missionsinstitut erzogen und anschließend in Dakar zum Medizinalassistenten ausgebildet. Nachhause zurückgekehrt, übernahm er 1940 die Leitung der Verwaltung seines Heimatbezirks, 1944 die des Syndikats afrikanischer Landwirte und 1945 die Führung der von ihm gegründeten Demokratischen Partei, als deren Abgeordneter er 1945 und 1946 der verfassunggebenden Territorialversammlung der Elfenbeinküste angehörte.

1946 gründete H.-B. gemeinsam mit anderen afrikanischen Politikern die Afrikanisch Demokratische Sammlungsbewegung (Rassemblement Démocratique Africain, RDA), eine Dachorganisation für nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in Westafrika, und wurde zu ihrem Präsidenten gewählt, als solcher auch Mitglied der verfassunggebenden Nationalversammlung Frankreichs.

1951 zum Präsidenten der Territorialversammlung Elfenbeinküste gewählt, wurde H.-B. 1956 Abgeordneter des französischen Parlaments in Paris und war 1957/58 als Vorsitzender des Großrates für Französisch-Westafrika Attaché beim französischen Ministerpräsidenten Gaillard. Den folgenden Kabinetten Pflimlin, de Gaulle und Debré gehörte H.-B. vom Mai 1958 bis zum Januar 1959 als Staatsminister an.

Als jedoch die Gaulle den Regierungen von Senegal und Französisch-Sudan (seit 1960 Mali) gestattete, eine Föderation zu bilden, ohne die anderen Mitglieder der → *COMMUNAUTE* (Teil I) zuvor zu konsultieren, fühlte sich H.-B. brüskiert und forderte kategorisch die vollkommene Unabhängigkeit für sein Land, die Elfenbeinküste.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Als wiedergewählter Präsident der Territorialversammlung Elfenbeinküste und seit dem 30. April 1959 deren Ministerpräsident wurde H.-B., nachdem sein Land am 7. August 1960 völlige Unabhängigkeit erlangt hatte, am 28. November 1960 zum Staatspräsidenten gewählt und leitete bis 1966 die wichtigsten Ministerien des jungen Staatswesens selbst.

Am 7. November 1965 mit 99,99 % aller Stimmen auf weitere fünf Jahre wiedergewählt, war H.-B. maßgeblich an der Formierung der → *OCAM* (Teil I) beteiligt, die sich am 27. Juni 1966 anläßlich ihrer Gipfelkonferenz in Tananarivo (Madagaskar) mit der Annahme ihrer Charta formell konstituierte. In diesem Rahmen bestimmt er seitdem die neue, distanziertere Form der Zusammenarbeit Westafrikas mit Frankreich.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Amir Abbas H., seit dem 27. Januar 1965 Ministerpräsident des Iran unter Schah → MOHAMMED RISA PEHLEWI, steht seit 1942 im diplomatischen Dienst seines Landes, wurde 1964 Finanzminister und verwirklicht als Regierungschef das umfassende Reformprogramm des Monarchen, die „Revolution von oben".

1915 geboren, begann H. seine Studien im Iran und setzte sie in Paris und Brüssel fort. Seine sechzehnjährige Tätigkeit im Dienste des persischen Außenministeriums führte ihn nach Deutschland, Frankreich, in die Türkei und in die Vollversammlung der → UNO (Teil I) nach New York.

1958 trat H. in das Direktorium der 1951 verstaatlichten National Iranian Oil Company (NIOC) ein und übernahm die Leitung der Administration. Diese Gesellschaft hatte ein Jahr nach dem Sturz des Ministerpräsidenten Mossadegh, am 28. Oktober 1954, einen Vertrag mit einem internationalen Konsortium insgesamt siebzehn amerikanischer (40 %), britischer (40 %), niederländischer (14 %) und französischer (6 %) Erdölgesellschaften geschlossen und die Förderung auf 94 Millionen to im Jahr 1965 hinaufgetrieben.

Da die Einnahmen des Iran aus dem Ölgeschäft der NIOC sich unter H.s Verwaltung vervielfachten, lag es nahe, daß sein persönlicher Freund Mansur, Anfang März 1964 vom Schah mit der Regierungsbildung beauftragt, H. als Finanzminister in sein Kabinett aufnahm. Als solcher trieb er das Industrialisierungsprogramm Schah Mohammeds, die entscheidende Voraussetzung zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards, tatkräftig voran und erwarb sich das Vertrauen des Monarchen.

Als Ministerpräsident Mansur am 26. Januar 1965 ermordet wurde, beauftragte der Schah M. mit der Regierungsbildung. Es gelang ihm, die Mitgliedsgesellschaften des internationalen Ölkonsortiums, des Vertragspartners der NIOC, zur Gründung einer Investitionsgesellschaft zu bestimmen, die Industrievorhaben mittlerer Größe außerhalb der Erdölverarbeitung finanziert. Auf kostspielige Großprojekte, die dem Iran eine hohe Schuldenlast aufgebürdet hätten, verzichtete H. bewußt.

Während der dreiwöchigen Auslandsreise des Schahs im Mai 1966 gehörte H. dem Regentschaftsrat an, der das Land in Abwesenheit

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

des Monarchen regierte. Am 19. Februar 1967 gab H. offiziell bekannt, daß seine Regierung mit der UdSSR ein Abkommen über den Kauf von Waffen und militärischer Ausrüstung im Werte von 110 Millionen Dollar geschlossen habe.
Fünf Monate später reiste H. an der Spitze einer 25köpfigen Delegation selber nach Moskau, um den weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen UdSSR und Iran zu besprechen, bei denen der Iran die russischen Lieferungen mit Erdgas begleicht, das durch eine besondere Pipeline an die russische Grenze gepumpt wird. Der Bau dieser Leitung zog eine größere Anzahl sowjetrussischer Techniker ins Land, die H. besonders überwachen ließ, um sie an der Verbreitung kommunistischer Propaganda zu hindern.
H. stimmt mit dem Schah darin überein, daß der Rückzug Großbritanniens aus dem Persischen Golf sowie die Bindung der USA durch den Vietnamkrieg ein geregeltes Verhältnis des Iran mit der UdSSR und eine gewisse Zusammenarbeit mit ihr notwendig machen, ebenso eine Aufrüstung der iranischen Streitkräfte.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

....

Zakir H., Ehrendoktor der Universitäten Delhi, Kalkutta, Aligarh, Allahabad und Kairo, seit dem 9. Mai 1967 Staatspräsident der Republik Indien (Bharat), zuvor seit 1962 Vicepräsident neben → RADHAKRISHNAN, war jahrzehntelang im indischen und internationalen Hochschulwesen tätig, gilt als hervorragender Erziehungswissenschaftler und fördert insbesondere Indiens Mitarbeit im → UNESCO-Programm (Teil I).

1897 im Norden Indiens geboren und mohammedanisch erzogen, studierte H. an der Islam-Hochschule Etawah, am Master of Art-College in Aligarh bei Delhi und an der Universität Berlin. Zweiundzwanzig Jahre lang war er Vicekanzler der Jamia Millia Islamia in Delhi, von 1926 bis 1948, gleichzeitig, von 1938 bis 1950 Präsident der Hindustani Talimi Sangh, Sevagram.
Von 1948 bis 1956 Vicekanzler der Moslem-Universität Aligarh, gehörte H. 1948/49, nach dem Ende der britischen Herrschaft, der Hochschulkommission, von 1952 bis 1954 der indischen Pressekommission an und war von 1955 bis 1957 Vorsitzender des 1951 gegründeten World University Service in Genf, einer Internationalen Hilfsgemeinschaft von Studenten und Hochschulprofessoren, Nachfolgeorganisation des International Student Service.
Von 1956 bis 1958 gehörte H. dem Exekutivausschuß der → *UNESCO* (Teil I) an, der jeweils 24 Mitglieder hat und für die Durchführung des Arbeitsprogramms der Organisation verantwortlich ist. Doch widmete sich H. neben diesen internationalen Verpflichtungen auch der indischen Innenpolitik, wurde 1957 Gouverneur der Provinz Bihar und behielt dieses Amt bis 1962, als er Vicepräsident Indiens an der Seite des Staatspräsidenten Sarvepalli → *RADHAKRISHNAN* wurde.
Mit ihm teilte er das tragische Geschick, als geistig hochgebildeter Mann und führender Kopf des internationalen Bildungswesens ein Volk zu repräsentieren, das, in seiner überwältigenden Mehrheit bildungsfeindlich eingestellt, in Unwissenheit und Aberglauben dahinlebt, unfähig, auch nur die dringendsten seiner eigenen Probleme, Ernährung und Übervölkerung, zu meistern (vgl. auch → *GHANDI, INDIRA*).
Zwei Monate, nachdem Indira Ghandi trotz empfindlicher Wahlver-

luste der Kongreßpartei ihr zweites Kabinett gebildet hatte, trat H. am 9. Mai 1967 in feierlicher Amtsübergabe die Nachfolge Radhakrishnans als Staatspräsident der Republik Indien an. Zu diesem Zeitpunkt wehrte sich das Land standhaft gegen die Bedingungen des geplanten → *ATOMWAFFEN-SPERRVERTRAGES* (Teil I und III) und gegen Übergriffe Rotchinas gegenüber indischen Diplomaten sowie an der Grenze Sikkim—Tibet.

Innenpolitisch stand H.s Amtsbeginn im Zeichen der totalen Entmachtung der Maharadschas (Beschluß der Kongreßpartei vom 26. Juni 1967), der Auseinandersetzungen um die Frage der Spracherziehung (vierzehn anerkannte Sprachen und über 700 Dialekte) sowie von Regierungskrisen in mehreren Gliedstaaten Indiens.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Gustav H., Slowake, seit dem 17. April 1969 Erster Sekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Nachfolger → DUBCEKs, war seit dem 8. April 1968 einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Regierung Cernik und wurde nach der Invasion der UdSSR Ende August 1968 slowakischer Parteichef. Als Realist, der die Machtverhältnisse im → WARSCHAUER-PAKT-System (Teil I) im Auge hat, stand H. den Reformbestrebungen Dubceks und Smrkovskys mit Skepsis gegenüber.

Am 10. Januar 1913 in Dubravka geboren, studierte H. in Preßburg Rechtswissenschaften. Während seines Studiums, das mit der Promotion zum Dr. jur. seinen Abschluß fand, schloß er sich 1933 der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei an und hielt Verbindung zu slowakischen Intellektuellenkreisen, zu Männern wie Wladimir Clementis und dem Dichter Novomesky.

Von 1934 bis 1937 war er an maßgebender Stelle im Verband der Sozialistischen Akademiker der Slowakei tätig, 1937 wurde er Sekretär der Gesellschaft für kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ohne, wie → *DUBCEK*, in die UdSSR zu gehen. Während des Zweiten Weltkrieges, als die Slowakei ein selbständiger Staat war, versuchte H. als Vorsitzender der illegalen kommunistischen Partei die versprengten kommunistischen Zellen zu sammeln und wurde in der Zeit von 1940 bis 1943 mehrfach verhaftet. So konnte er am 1. September 1943 mit Novomesky und Clementis im Untergrund den „Slowakischen Nationalrat" gründen, der sich paritätisch aus Kommunisten und „Vertretern des bürgerlichen Lagers" zusammensetzte, 1944 auch eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten herbeiführen. Im August 1944 machte H. sich – mit Novomesky und Smidke – zum Führer des von der UdSSR unterstützten „Slowakischen Nationalaufstandes" gegen Tiso.

Im September 1944 wurde H. dann stellvertretender Vorsitzender der slowakischen Kommunistischen Partei, im September 1945 übernahm er in der Slowakischen Landesregierung das Ressort für Verkehr und Öffentliche Arbeiten, im August wurde er Regierungschef und blieb es bis 1950. Gleichzeitig gehörte er seit 1945 dem Slowakischen Nationalrat und der tschechoslowakischen Nationalversammlung an, seit Mai 1949 auch den Zentralkomitees der slowakischen und der tschechoslowakischen KP.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Inzwischen waren slowakische Kommunisten, die sich während des Krieges in der UdSSR aufgehalten hatten, in Prag in führende Positionen gelangt. Ihnen oblag die Entscheidung über die zukünftige Gestaltung der slowakischen Verhältnisse. Ihr Wortführer Siroky wandte sich 1950, auf dem IX. Slowakischen Parteikongreß gegen den „Slowakischen Nationalismus", den er als „bürgerlich" verurteilte. H. wurde 1951 seiner Ämter enthoben, im Februar verhaftet und 1954, nachdem er sich standhaft geweigert hatte, sich schuldig zu bekennen, zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

1960 wurde H. begnadigt und aus der Haft entlassen, 1963 nur unter Vorbehalt rehabilitiert. Er arbeitete zunächst bei einer Baufirma, dann am Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Slowakischen Akademie für Wissenschaften. Nach dem Sturz Novotnys als Parteichef im Januar und als Staatspräsident im März 1968 trat H. am 8. April 1968 in die Regierung unter Cernik ein.

Er bereitete den Umbau der Tschechoslowakei in einen Bundesstaat mit einem tschechischen und einem slowakischen Teilstaat vor. Das war sein eigentliches Anliegen. Den Bestrebungen der Reformer, die dem tschechoslowakischen Kommunismus eine demokratische Form geben wollten, stand H. distanziert gegenüber, sah den Einspruch der UdSSR voraus und berücksichtigte die Machtverhältnisse.

Bei der ersten Verhandlung in Moskau nach dem Einmarsch der UdSSR-Tuppen in die Tschechoslowakei (21. August 1968), bei der Staatspräsident Svoboda mit seinem Freitod drohte, zeigte sich, daß H. ein Konzept vorbereitet hatte, auf das man sich schließlich nach zahlreichen Änderungen einigte. An der Vorbereitung des Einmarsches selbst war er *nicht* beteiligt gewesen.

Nachdem H. am 30. Oktober 1968 sein Ziel, die Umwandlung der Tschechoslowakei in eine Föderation aus zwei Teilstaaten erreicht hatte, nachdem ferner unter fortgesetztem russischen Druck die Reformbestrebungen Schritt für Schritt aufgegeben werden mußten, richtete H. scharfe Angriffe gegen den Präsidenten der Nationalversammlung Smrkovsky, forderte, ein Slowake müsse diesen Posten einnehmen, und erreichte es auch.

Am 16. April 1969 abends bat → *DUBCEK* H., sein Nachfolger zu werden. Tags darauf wurde H. von 87,6 % der Mitglieder des Zentralkomitees der tschechoslowakischen KP zum Ersten Sekretär gewählt. Bereits am 19. August 1969 beschuldigte er Dubcek in öffentlicher Rede, die russische Intervention im Vorjahr notwendig gemacht zu haben.

H. ibn Talal, König von Jordanien seit dem 2. Mai 1953, ernennt Regierung und Senat und nimmt starken Einfluß auf die Politik seines Landes. Das gebietet schon der Selbsterhaltungstrieb, da H. sowohl außerhalb wie innerhalb Jordaniens von Feinden umgeben ist. Von → Nassers Agenten verfolgt und von militanten Palästinaflüchtlingen stets von neuem in Gegensatz zum benachbarten → Israel (Teil I) gebracht, bedarf H. großer Kaltblütigkeit, um in seinem Amte zu verbleiben.

1935 in Amman als Sohn des damaligen Kronprinzen Talal aus dem Hause der Haschemiten geboren, kann sich H. in 43. Generation unmittelbar von Mohammed herleiten. Er wurde in Alexandrien und vor allem in England erzogen, erhielt dort eine moderne militärische Ausbildung und vielseitiges sportliches Training.

Von Natur energisch und entschlossen, folgte H. bereits im Alter von 18 Jahren seinem aus Gesundheitsgründen abgesetzten Vater auf den Thron, entließ 1956 unvermittelt Glubb Pascha, den Schöpfer der Arabischen Legion, setzte 1957 die → *Nasser*-hörige Regierung Nabulsi ab, verbot die Gewerkschaften und suspendierte das Parlament. Seitdem regiert H. weitgehend autoritär. Er steht zwar dem → *panarabischen* (Teil I) Gedanken durchaus positiv gegenüber, ist aber andererseits entschlossen, in seinem Lande die Monarchie aufrechtzuerhalten.

1958 ging H. eine Föderation mit dem Irak ein, die jedoch wenige Monate später mit der irakischen Revolution und Ermordung König Feisals II. ein jähes Ende nahm.

Im Jahre 1964 nahm sich H. mit besonderer Aufmerksamkeit Papst Pauls VI. an, als dieser seine Palästinareise unternahm. Seit 1963 ließ er wieder Parlamentswahlen zu und bemühte sich um eine Entspannung gegenüber der → *VAR* (Teil I).

Im November 1966 sah er sich plötzlich in einen kriegsähnlichen schweren Grenzzwischenfall mit → *Israel* (Teil I) verwickelt und ließ eine Sondersitzung des Sicherheitsrates einberufen, der auch eine Verwarnung Israels beschloß. H. ordnete eine allgemeine Mobilmachung an. Gleichzeitig aber häuften sich königsfeindliche Demonstrationen in Jordanien, hinter denen die Palästinaflüchtlingsorgani-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

sation (Palästinensische Befreiungsfront) Schukeiris stand. Auch eine neue Verschlechterung der Beziehungen zur VAR zeichnete sich ab. Während H. sich über mangelnde militärische Unterstützung beklagte, wurde ihm selbst eine zögernde abwartende Haltung vorgeworfen, die jedoch auf seine mißliche Lage, sich gleichzeitig nach außen und nach innen verteidigen zu müssen, zurückzuführen sein dürfte. „Die Konflikte, die die arabische Front untergraben, laden (Israel) geradezu dazu ein, schnell zu handeln, da es keine großen Gegenaktionen fürchten muß . . ." äußerte er in einem SAD-Interview am 24. November 1966, und „Ich bin immer und immer wieder das Opfer — ich verstehe das nicht". Am 7. Dezember 1966 rief der syrische Staatspräsident Atassi öffentlich zum Sturz H.'s auf.

Literatur:

Hussein von Jordanien, Mein gefährliches Leben, München 1962
John Bagot Glubb Pascha, Jenseit vom Jordan, Soldat mit den Arabern, München 1958
Die Welt, 25. November 1966, „Der König ist des Kämpfens müde"

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Sayed Mohammed I. el Senussi, seit dem 3. Dezember 1950 König von Libyen, seit 1917 geistliches Oberhaupt der 1833 in Mekka begründeten mohammedanischen Senussi-Bruderschaft und direkter Nachkomme des Propheten, erlegte sich gegenüber den anderen arabischen Staaten und auch gegenüber den Westmächten politische Zurückhaltung auf. Er residiert in Bengasi.

1890 als Enkel des Begründers des islamischen Ordens der Senussi, Mohammed Ibn Ali el Senussi, geboren, und an Hochschulen des Islam ausgebildet, folgte I. 1916 seinem Onkel Sayed Ahmed Asharif Idris el Senussi in der Leitung des Ordens nach. Italien, das Libyen 1912 der Türkei abgenommen hatte, erkannte I. als Emir in der Cyrenaika an.
Bei Beginn des 2. Weltkriegs ging I. nach Ägypten ins Exil und nahm für die Alliierten gegen Italien Partei. Nachdem Italien 1947 endgültig auf Libyen verzichtet hatte, wurde I. von Großbritannien 1949 als Emir in der Cyrenaika wiedereingesetzt. Am 21. November desselben Jahres beschloß die → *UNO* (Teil I), der ehemaligen italienischen Kolonie Libyen die volle Unabhängigkeit zuzuerkennen.
Eine daraufhin aus den drei Landesteilen Tripolitanien, der Cyrenaika und dem seit 1943 französisch verwalteten Fessan einberufene Nationalversammlung proklamierte I. am 3. Dezember 1950 zum König von Libyen. Er veranlaßte die Bildung einer provisorischen Regierung am 1. April 1951, gab dem Land am 7. Oktober 1951 die Verfassung einer Erbmonarchie in dem aus drei Landesteilen gebildeten Vereinigten Königreich und rief am 24. Dezember 1951 die Unabhängigkeit aus.
Im Februar 1952 ließ I. die ersten Parlamentswahlen durchführen, im März 1953 schloß er sich der → *ARABISCHEN LIGA* (Teil I) an, am 20. August 1953 ratifizierte er den Vertrag, der der früheren Mandatsmacht Großbritannien die Unterhaltung militärischer Stützpunkte in L. gestattete, und schloß am 9. September 1954 ein entsprechendes Abkommen auch mit den USA, das ein finanzielles Hilfsprogramm bis 1975 in Höhe von insgesamt 42 Millionen Dollar einschloß und 1960 erneuert sowie erweitert wurde.
Der Abzug der letzten französischen Truppen aus dem Fessan wurde durch einen Freundschaftsvertrag geregelt, den I. im August 1955

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

mit Frankreich schloß. Vier Jahre später gestatteten ihm ergiebige Ölfunde, auch wirtschaftlich einen selbständigeren Kurs ins Auge zu fassen. Doch sah er die Voraussetzungen dazu in einer Festigung der Zentralgewalt im eigenen Lande.

Im Dezember 1962 — I. ging langsam aber zielstrebig zu Werke — setzte er eine erste Änderung der Verfassung von 1951 durch, die bereits diesem Ziele diente. Am 26. April 1963 hob er dann durch eine zweite Verfassungsänderung das bundesstaatliche System Cyrenaika — Fessan — Tripolitanien sowie die Exekutivräte der drei Provinzen ganz auf und behielt sich allein die Ernennung sämtlicher Mitglieder des Oberhauses (Senats) vor.

1964 — die Erdöljahresförderung war inzwischen auf 41 Millionen to gestiegen und im Fessan waren reiche Eisenerzvorkommen entdeckt worden — begann I. den Versuch, sich der britischen und amerikanischen Militärstützpunkte zu entledigen. 1965 gab er Auftrag zu systematischer Planung des Ausbaus des Schulwesens, der wichtigsten Voraussetzung zur Entwicklung der Industrie.

Die ernsteste Sorge des alternden und kinderlosen Königs ist die Nachfolgefrage. Ob der offizielle Thronfolger seit 1954, sein Neffe Prinz Hassan Rida, kommenden Rivalitätskämpfen seiner 1954 in die Verbannung geschickten Brüder und Vettern sowie etwaigen Selbständigkeitsbestrebungen in Tripolitanien und im Fessan gewachsen sein wird, erscheint ungewiß.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Hayato I., vom 16. Juli 1960 bis zum 8. November 1964 japanischer Ministerpräsident, ging aus der höheren Finanzbeamtenlaufbahn hervor und gehörte vom Tag des Neubeginns nach der Niederlage im 2. Weltkrieg der Regierung an. Er bemühte sich vor allem um Zusammenarbeit mit den Westmächten, sowohl in Amerika als auch in Europa.

1899 in Yoshina bei Hiroshima geboren, studierte I. an der Universität Kyoto Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften, trat 1926 in den Dienst des japanischen Finanzministeriums und war von 1929 bis 1936 als Leiter regionaler Steuereinnahmebüros tätig. 1936 stieg er zum Sekretär, nach dem Krieg 1945 zum Chef der Steuerabteilung des Finanzministeriums auf.
1947 stellvertretender Finanzminister, übernahm I. 1949 die Leitung des Hauses, in dem er 23 Jahre lang planmäßig aufgestiegen war, zweifellos ein Fachmann erster Ordnung. Bis 1960 war er abwechselnd Handels- und Finanzminister, d. h. verantwortlich und maßgebend für den entscheidenden Durchbruch Japans zur führenden Wirtschaftsmacht in Ostasien.
1960 übernahm I. das Präsidium der liberaldemokratischen Partei, deren liberalem Flügel er seit 1948 angehörte. Am 16. Juli 1960 beauftragte ihn Kaiser → *HIROHITO* mit der Regierungsbildung, nachdem sein Vorgänger Kishi über den erweiterten Verteidigungspakt mit den USA vom 21. Januar 1960 gestürzt war. Bis zu I.s Rücktritt aus Gesundheitsrücksichten am 8. November 1964, unmittelbar im Anschluß an die Olympischen Spiele in Tokio, bildete er sein Kabinett sechsmal um.
Während seiner Regierungszeit bemühte sich I., die Verbindung zu den im 2. Weltkrieg und vorher von Japan besetzten Ländern wiederaufzunehmen und die dort Japan gegenüber herrschenden Ressentiments zu überwinden. Es war ein Unternehmen, das nur mit Geduld und Zähigkeit zum Erfolg geführt werden konnte.
Gleichzeitig organisierte I. die industrielle Produktion und den Außenhandel so, daß Japan auf dem Weltmarkt die Preise der → *EWG* (Teil I) unterbieten konnte, und bot, um der wachsenden Verärgerung im Westen zu begegnen, freie Konvertibilität des Yen an, ver-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

handelte auch mit der → *MONTANUNION* (Teil I) und mit Großbritannien über Stahlpreise.
Es gelang I., Japan zum anerkannten Gesprächspartner in Fragen des Welthandels, der europäischen Integration und der Entwicklungshilfe zu machen. Der britische Außenminister Home war vom 27. März bis zum 5. April 1963 zur Erörterung einschlägiger Fragen in Tokio, nachdem die USA Japans Mitgliedschaft in der → *OECD* (Teil I) schon seit Ende 1962 nachdrücklich befürwortet hatten.
Ende März 1963 brach I. durch die Erneuerung des Wirtschaftsvertrages mit Burma von 1955 auch in die noch zögernde Front der asiatischen Länder ein und stellte diesem Land eine auf zwölf Jahre berechnete unentgeltliche Wirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 140 Millionen Dollar sowie Dienstleistungen zur Verfügung. Auf einer Konferenz der Wirtschaftskommission der → *UNO* (Teil I) für Asien und den Fernen Osten am 9. April 1963 erlebte I. die Genugtuung, daß die beschleunigte Industrialisierung Japans den anderen Mitgliedern der Kommission als beispielhaft dargestellt wurde.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

JOHANNES XXIII.

Angelo Giuseppe Roncalli, vom 28. Oktober 1958 bis zu seinem Tode am 3. Juni 1963 als Papst J. XXIII. Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche, sah auf eine 25jährige diplomatische Tätigkeit zurück. Er berief am 2. Februar 1962 das kirchenpolitisch bedeutsame Vatikanische Konzil (21. ökumenisches Konzil) ein und betrieb eine Öffnung nach links, ein Gespräch mit dem Kommunismus.

Am 25. November 1881 in Sotto il Monte, Provinz Bergamo, als Sohn einer kinderreichen Bauernfamilie geboren, studierte Roncalli in Bergamo und Rom, erhielt 1904 die Priesterweihe, hielt Vorlesungen am Priesterseminar Bergamo und war in der kirchlichen Verwaltung tätig. Am 1. Weltkrieg nahm R. zuerst als Sanitätssoldat, später als Feldgeistlicher der italienischen Armee teil.

Von 1921 an wirkte R. in Rom beim Missionswerk „für Verbreitung des Glaubens" als Präsident des Zentralrates für die italienischen Diözesen. 1925 begann er als Titularerzbischof und Apostolischer Visitator für Bulgarien seine diplomatische Laufbahn im Außendienst. 1931 wurde er Apostolischer Delegat.

1934 ging R. als Delegat in die Türkei und nach Griechenland, lernte zehn Jahre lang das griechisch-türkische Spannungsverhältnis von beiden Seiten her sehen und die griechisch-orthodoxe Kirche aus unmittelbarer Anschauung kennen. 1944 wurde er Päpstlicher Nuntius in Paris und blieb es neun Jahre lang.

Wahrscheinlich hat R.s Bestreben, mit dem Kommunismus ins Gespräch zu kommen und die Kirche nicht länger hermetisch gegen ihn zu verschließen, in den Pariser Jahren einen ersten Impuls erhalten. Als er dann 1953 zum Kardinal und gleichzeitig zum Patriarchen von Venedig ernannt wurde, kam er auch mit dem italienischen Kommunismus in Berührung.

Nach dem Tode des konservativen → *PIUS XII.*, der sich dem Kommunismus gegenüber kompromißlos ablehnend verhalten hatte, wurde R. am 28. Oktober 1958 als J. XXIII. zum Papst gewählt. Er war bereits 77 Jahre alt, stand aber der Gegenwart, der „modernen" Entwicklung aufgeschlossen gegenüber und vertrat die Auffassung, auch die Kirche müsse den veränderten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Schon in den ersten Jahren seiner Regierung bemühte sich J. um persönlichen Kontakt mit der einfachen Bevölkerung, verließ mehr-

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

fach den Vatikan und wirkte auch in seiner Ausdrucksweise volkstümlich. Er ernannte 52 neue Kardinäle, darunter -> *CICOGNANI*, seinen späteren Kardinal-Staatssekretär, den er mehrfach zu Verhandlungen mit kommunistischen Regierungen nach Osteuropa reisen ließ.
Am 15. Mai 1961 veröffentlichte J. eine Sozialenzyklika „Mater et Magistra". Den Schwiegersohn -> *CHRUSCHTSCHOWs*, Adschubej, einen überzeugten Atheisten, empfing er in Audienz. Am 2. Februar 1962 berief er das 21. Ökumenische Konzil in den Vatikan ein (das 20. war von Pius IX. 1869 einberufen worden), eröffnete es am 11. Oktober 1962 und ermutigte es, im weiteren Verlauf, die ersten Schritte zum Abbau der hierarchischen Struktur der Kirche und zu ihrer Demokratisierung zu beschließen.
Anfang 1963 erkrankte J. Zwei Monate nach Erscheinen seiner Friedensenzyklika „Pacem in terris" verstarb er am 3. Juni 1963. Sein Nachfolger wurde -> *PAUL VI.*

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Lyndon Baines J., seit der Ermordung Kennedys am 22. November 1963 36. Präsident der USA, gehört nicht dem amerikanischen „Establishment", dem engen inneren Führungskreis stark nach links tendierender Persönlichkeiten an. Im Gegensatz zu dem sprunghaften, zuweilen unrealistischen Ideen nachhängenden und daher von seinen Beratern leicht zu beeinflussenden Kennedy, der von den eigentlichen Machthabern mit der Gloriole einer jugendlich-charismatischen Führerpersönlichkeit umgeben wurde, solange er ihren Zwecken diente, zeichnet sich der Südstaatendemokrat J. eher durch eine hausbackene Nüchternheit aus, die den von ihm zunächst übernommenen Kennedy-Beratern und „Eierköpfen" den Umgang mit ihm erschwerte. Politisch führte er im wesentlichen die von seinem Vorgänger in Angriff genommenen Unternehmen weiter, einschließlich des Civil-Right-Programms, und engagierte sich im Vietnamkrieg eher noch stärker.

1908 in Stonewall in Texas geboren, war J. kurze Zeit als Lehrer tätig, ehe er die politische Laufbahn einschlug und von 1931 bis 1935 zunächst dem texanischen Kongreßabgeordneten Kleberg als Sekretär diente. 1937 wurde J. für einen verstorbenen Abgeordneten in den 75. Kongreß nachgewählt, von 1938 bis 1948 für den 76. bis 80. Kongreß wiedergewählt und war von 1949 bis 1961 Senator für Texas. 1963 übernahm er den Vorsitz der Kommission des Präsidenten für gleiche Beschäftigungschancen (der Neger) und wurde Vorsitzender des Beratungsgremiums des Shriver- „Friedenskorps".

Von 1961 bis 1963 war J. Vizepräsident unter Kennedy. Nach dem Kennedy-Mord rückte er zunächst automatisch in das mit einer fast übermenschlichen Macht- und Verantwortungskonzentration belastete Amt der Präsidentschaft auf und konnte sich ein Jahr danach in den Wahlen von 1964 gegen Barry Goldwater, den von den Mächten des Meinungsmonopols massiv verleumdeten Kandidaten der Republikaner, durchsetzen. „Running mate" der Demokraten war bezeichnenderweise Hubert Humphrey, ein Mann des Establishment, wie es sich als stehende Regel der amerikanischen Politik herausgebildet hat, einem nicht dem Establishment angehörenden Präsi-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

denten stets eine Persönlichkeit aus diesem Kreis als Vizepräsidenten beizugeben. Als Präsident der Americans for Democratic Action (ADA) kann Humphrey eine einschlägige linkslastige Vergangenheit vorweisen.
Johnsons Politik ist auch in der Bürgerrechts- und in der Vietnamfrage die eines Treibenlassens, obschon er sie mit einem emsigen Arbeitsfanatismus zu betreiben scheint, der auf die Dauer auch zähe Naturen zermürben kann. Aber einen entscheidenden Kurswechsel, eine eigene Konzeption wird man kaum erwarten dürfen. Natürlich muß sich die „No-win"-Politik in Vietnam auf lange Sicht in einer Machteinbuße der USA niederschlagen, und dies dürfte von interessierter Seite auch so geplant sein. Belegbaren Äußerungen einflußreicher Persönlichkeiten, wie „logistisch liegt Vietnam näher an den USA als an China" (Herman Kahn), stehen andererseits die fortgesetzten Demonstrationen der extremen Linken, besonders an Universitäten wie Berkeley gegenüber, in denen J. zum kriegslüsternen Buhmann hochgespielt wird. Weitere Belastungen sind für J. sein uferloses „Great-Society"- Programm und sein enges Verhältnis zu Männern wie Walter Jenkins und Bobby Baker.
Keine deutsche Regierung dürfte von J. außer den bekannten, immer wieder neu vorgetragenen Forderungen auf Stützung der amerikanischen Zahlungsbilanz, Verzichtvorleistungen und Annäherung an den Ostblock einschließlich Ulbrichts etwas zu erwarten haben.
Als potentieller Rivale für J. wird Robert Kennedy aufgebaut, der ihn möglicherweise eines Tages weit links überholen kann.

Literatur:

Frank L. Klickhohn, Lyndon's Legacy — A Candid Look at the President's Policy-Makers, New York 1965
Booth Mooney, Lyndon B. Johnson, Berlin 1964
Die Welt, Hamburg 9. Juli 1966
William S. White, Lyndon B. Johnson, München 1964
Adrian Quist, Das ist Johnson, Wien 1964

Anmerkungen ....

....

Piet de J., seit dem 3. April 1967 niederländischer Ministerpräsident (Nachfolger → Zijlstras) ist Berufsoffizier und gehört der Katholischen Volkspartei an, die bei den Wahlen im Februar 1967 16 % ihrer Mandate verlor. Angesichts des Wahlverlustes stand de J. bei der Regierungsbildung vor einer außergewöhnlich schwierigen und undankbaren Aufgabe.

Jahrgang 1915 erhielt de J. seine Ausbildung am Königlichen Marine-College und tat von 1934 an als Marineoffizier Dienst. 1959 folgte er der Berufung als Staatssekretär für die Marine in das Verteidigungsministerium.

1963 ernannte Königin → *Juliane* de J. zum Verteidigungsminister, und dieses Amt behielt er in den drei aufeinanderfolgenden Kabinetten Marijnen, Cals und → *Zijlstra.*

Auf Empfehlung Zijlstras löste Königin Juliane das Parlament auf und setzte Neuwahlen an. Das Wahlergebnis brachte eine grundlegende Veränderung der parteipolitischen Struktur.

Außer der Katholischen Volkspartei verloren auch die Sozialisten einen großen Teil ihrer Mandate und die neugegründete Partei der „Demokraten 1966" gewann auf Anhieb sieben Sitze.

In einer so tiefgehend gewandelten Situation war es für die Königin schwer, einen Staatsmann für den Versuch der Regierungsbildung zu gewinnen. Der Verteidigungsminister de J., der sich nur noch auf 28 % der Abgeordneten in der Kammer stützen konnte, erklärte sich schließlich zu dem Versuch bereit.

Es gelang ihm auch, eine Regierungskoalition zusammenzustellen, die von der Kammer akzeptiert wurde, und mit der der Kampf gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, nötigenfalls mittels unpopulärer Steuererhöhungen, nicht von vornherein aussichtslos erschien.

Vielleicht ist es Zufall, daß zwei Tage nach der Regierungsbildung durch den Marineoffizier und ehemaligen Marinestaatssekretär niederländische Marinesoldaten im Amsterdamer Hauptbahnhof *gründlich* und handfest mit dem Provo-Unwesen aufräumten, das zu einem öffentlichen Ärgernis geworden war. Diese Aktion mag als Exempel für einen wiederkehrenden Ordnungswillen unter der Regierung de J.s gewertet werden.

Literatur:

vgl. → *Niederlande* (Teil I) und → *Zijlstra*

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

JULIANE

J., Königin der Niederlande seit dem 30. 8. 1948, stammt mütterlicherseits aus dem Hause Oranien-Nassau, und ist Nachfahrin Wilhelms von Oranien (1533—1584) des „Schweigers", dem die Niederlande ihre Befreiung von der spanischen Glaubensunterdrückung verdanken. Sie verkörpert Kraft dieser Herkunft eine für die staatliche Souveränität der → Niederlande (Teil I) entscheidende Tradition.

J. wurde 1909 in den Haag als einziges Kind der Königin Wilhelmine und ihres Gemahls Prinz Heinrich, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin geboren. Sie studierte in Leyden Rechtswissenschaften und schloß das Studium mit der Promotion ab.
1937 vermählte sich J. mit Prinz Bernhard von Lippe-Biesterfeld. Bei der deutschen Besetzung der Niederlande 1940 lebte sie in Kanada im Exil. 1944 begab sie sich zu ihrer Mutter nach London, kehrte mit ihr 1945 in die Niederlande zurück und wurde nach Wilhelmines Abdankung 1948 Königin.
Von den antideutschen Leidenschaften, die in der niederländischen Nachkriegspolitik eine verhängnisvolle Rolle spielten und sich unter anderem in den Exzessen bei der Verfolgung der sogenannten → *Kollaborateure* (Teil I) austobten, war auch J. trotz ihrer und ihres Mannes deutscher Herkunft nicht frei. Dabei muß ihr zugestanden werden, daß die Exiljahre nicht spurlos an ihr vorübergegangen sind.
J. verfügt über ein beträchtliches Maß an Lebensklugheit und hat es, gemeinsam mit ihrem wirtschaftstüchtigen und an internationalen Beziehungen reichen Manne verstanden, sich ihre Position als Monarchin, ihren Einfluß und ihre Einkünfte unverkürzt zu erhalten. Weder der Zusammenbruch des niederländischen Kolonialreiches noch gewisse monarchiefeindliche Strömungen im eigenen Lande haben ihr ernstlich schaden können.
Mit großem Geschick bahnt J. ihrer ältesten Tochter Beatrix den Weg, um ihr und wenn möglich auch noch dem 1967 geborenen Enkel eine Thronfolge zu sichern. Dabei versteht sie es, Traditionsbewußtsein und denkbar größte Liberalität in der Lebensauffassung des niederländischen Volkes miteinander zu vereinen.

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

Literatur:

vgl. → *Niederlande* (Teil I)

Anmerkungen ....

Janos K., seit der Niederwerfung des ungarischen Volksaufstandes durch sowjetisches Militär im November 1956 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Ungarns, war außerdem von 1956 bis 1958 und erneut von 1961 bis 1965 Ministerpräsident des Landes. Er machte Ungarn zu einem der zuverlässigsten → Satellitenstaaten (Teil I) der UdSSR.

1912 in Kapoly geboren, besuchte K. die Sekundärschule (Mittelschule), erlernte das Feinmechanikerhandwerk und gehörte als Siebzehnjähriger der Gewerkschaftsjugend, mit 19 Jahren bereits dem Führungskader des illegalen Kommunistischen Jungarbeiterbundes in Ungarn an.

1932 wurde er Generalsekretär dieser Organisation, zugleich Mitglied der Kommunistischen Partei, wiederholt verhaftet und im Jahre 1937 zeitweilig interniert. Während des Zweiten Weltkriegs, als Ungarn auf seiten Deutschlands gegen die UdSSR kämpfte, wurde K. Mitglied des Zentralkomitees der im Untergrund kämpfenden Kommunistischen Partei. 1943 organisierte er als Sekretär des Zentralkomitees den Widerstand gegen Admiral Horthy und die Deutschen.

Nach dem Waffenstillstand zwischen Ungarn und der UdSSR 1945 wurde K. Mitglied des Politbüros und nahm als Freund Laszlo Rajks entscheidende Positionen in Regierung und Parteiführung ein, so das Amt des stellvertr. Polizeichefs und des Sekretärs des Budapester Parteikomitees. 1947 wurde K. Assistent des Generalsekretärs, 1948 erhielt er den Auftrag, Kommunisten und Sozialdemokraten Ungarns zur Partei des werktätigen Volkes zu verschmelzen.

Als nach dem Tode Stalins 1953 in Ungarn Rakosi durch Imre Nagy abgelöst worden war, der drei Jahre später im Zuge des Volksaufstandes in den letzten Oktobertagen erneut Ministerpräsident wurde, erblickte die sowjetrussische Regierung in K. den einzigen, der die Situation in Ungarn in ihrem Sinne retten konnte. Nach der blutigen Unterdrückung des Aufstandes übernahm K. gleichzeitig die Führung von Staat und Partei und behielt sie ein Jahrzehnt in Händen.

1965 überließ K. die Regierungsbildung Gyula Kallai, 1967 Jenö Fock, blieb aber nach wie vor Erster Sekretär des ZK der Partei, und als solcher ein zuverlässiger Statthalter des Kreml. ....

4. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover September 1967

Literatur:

P. Darnoy, Ungarn nach dem Volksaufstand, Köln/Berlin 1961
Peter Gosztony (Hrg.), Der ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten, Düsseldorf (Rauch) 1966
Georg Graf Széchényi, Ungarn zwischen Rot und Rot, München (Biederstein) 1963

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

KAGANOWITSCH, LAZAR

Lazar Moissewitsch K., 1925 bis 1928 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Ukrainischen Kommunistischen Partei, 1930 bis 1952 Mitglied des Politbüros und rechte Hand → STALINS, wurde ein Jahr nach Stalins Tod, im April 1954 Erster stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR und 1957 von → CHRUSCHTSCHOW aller politischer Ämter entledigt, als Fabrikdirektor in den Ural verbannt.

Am 22. November 1893 in Kabany bei Kiew als Sohn eines jüdischen Schuhhändlers geboren, wurde K. Lederarbeiter ohne höhere Schulbildung und bekämpfte als jugendlicher „Berufsrevolutionär" nicht nur das zaristische russische Regime, sondern auch die jüdischen Organisationen des Zionismus und des „bunt", außerdem die → *MENSCHEWIKEN* und Sozialrevolutionäre.
1911 schloß sich K. als achtzehnjähriger der Fraktion der → *BOLSCHEWIKI* (Teil I) an, 1918 war er zunächst Parteichef in Nischni-Nowgorod, half Trotzki bei Aufstellung der ersten Abteilungen der → *ROTEN ARMEE* (Teil I), kämpfte auch selbst im Bügerkrieg gegen die Weiße Armee des Admiral Koltschak, ging dann als Sonderbeauftragter des Zentralkomitees der Partei nach Turkestan (Taschkent) und war schließlich als Gewerkschaftssekretär in Moskau tätig.
1922 wurde K. einer der Sekretäre des Zentralkomitees der Partei, 1925 Generalsekretär des Ukrainischen Zentralkomitees, 1930 Sekretär des Moskauer Parteikomitees und 1933 Chef der Landwirtschaftsabteilung im Zentralkomitee der KPdSU, betrieb mit Nachdruck die Kollektivierung der Bauern und war bereits zu dieser Zeit, Anfang der dreißiger Jahre einer der einflußreichsten Männer im Politbüro und Sprecher derjenigen Funktionäre, die im Sinne → *STALINs* die Vernichtung des russischen Bauerntums betrieben.
Den Gipfel seiner Macht erreichte K. 1934, als er Vorsitzender der Kontrollkommission der Partei wurde, um so mehr als Stalin selbst um diese Zeit wenig in Erscheinung trat und Gerüchte von einer Erkrankung sprachen. K. sammelte in seiner neuen Position ehemalige → *TROTZKIsten* (Teil I) um sich (die „Dynastie K.) und manche glaubten, er werde früher oder später Verbindung zu Trotzki selber aufnehmen. Dazu kam es offenbar nicht.

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Vielmehr war K. dann als der einzige in der Umgebung Stalins, der einen gewissen Einfluß auf ihn auszuüben vermochte, maßgeblich an der Organisation und Durchführung der berüchtigten „Tschistka", der großen „Reinigung" der Partei beteiligt, der ein großer Teil der alten Bolschewisten zum Opfer fiel. Als Stalin in den folgenden Jahren diese Aktion weiterführte und sich potentieller Gegner in Schauprozessen entledigte, wurden auch zwei der vier Brüder K., Michail (Volkskommissar für die Rüstungsindustrie) und Juri, umgebracht. K. selbst blieb in seinen Ämtern. Seine Tochter Rosa war einige Zeit mit Stalin registriert. Vieles spricht dafür, daß er auch hinter der immer noch ungeklärten Ermordung Kirows stand.
1935 war K. als Volkskommissar für das Transportwesen auch in den staatlichen Sektor der politischen Führung, in die Regierung der UdSSR eingetreten, 1937 übernahm er zusätzlich das innenpolitisch gewichtigste Volkskommissariat (Ministerium) für die Schwerindustrie (u. a. wird ihm die Entwicklung des → *STACHANOW-SYSTEMs* (Teil I) zugeschrieben sowie der planmäßige Raubbau in der Waldwirtschaft zur Devisenbeschaffung, von K. „Anleihe an den Wald" genannt), 1939 – im Zeichen des bevorstehenden Krieges – auch das Volkskommissariat für die Brennstoffindustrie.
Seit 1941 gehörte K. dann dem Staatskomitee für Verteidigung, d. h. dem engeren Kriegskabinett an und war stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (stellv. Ministerpräsident).
Nach Stalins Tod im Jahre 1953 gehörte K. zum engsten Kreis der Bewerber um die Nachfolge, mußte sich jedoch im April 1954 mit der Position des Ersten stellv. Ministerpräsidenten begnügen. 1957 schickte ihn Chruschtschow als „Parteifeind" in die Verbannung. Seiner Tochter Rosa soll es angeblich gelungen sein, ins Ausland zu gelangen, ebenso den zwei überlebenden Brüdern.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

Kenneth David K., seit August 1964 Staatspräsident und Regierungschef von → SAMBIA (Teil I), gehört dem Stamme der Njassa an, war erklärter Gegner der „Zentralafrikanischen Föderation" (vgl. → RHODESIEN, Teil I) und ist der Hauptgegenspieler von → Ian SMITH.

1924 in Lubwa/Nordrhodesien als Sohn eines presbyterianischen Predigers geboren, besuchte K. dort die englische Missionsschule, später die Sekundär(Mittel-)schule in Munali, um mit 19 Jahren selbst Lehrer in Lubwa und ein Jahr später dort Schulleiter zu werden.

1947 war K. Sekretär der Jungfarmervereinigung in Chinsala, 1948 Fürsorgebeamter an der Kupfermine Chingola und anschließend wieder Lehrer. 1949 begann er seine politische Tätigkeit, gründete 1950 den Bezirksverband Lubwa des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und stieg 1953 zum Generalsekretär für Nordrhodesien auf.

Da aber der ANC mit der 1953 geschaffenen, unter britischem Einfluß stehenden Zentralafrikanischen Föderation (Nordrhodesien — Südrhodesien — Njassaland) konform ging, trat K. nach fünfjährigen vergeblichen Versuchen, den britischen Einfluß zu überwinden, aus und gründete 1958 den Afrikanischen Sambia-Nationalkongreß, der im Jahre darauf von den Engländern verboten wurde. K. selbst wurde vorübergehend in Haft genommen.

1960 Präsident der Nationalen Unabhängigkeitspartei, einer Nachfolgeorganisation des verbotenen Sambia-Nationalkongresses, wurde K. 1962 innerhalb der regionalen Regierung von Nordrhodesien Minister für Sozialfürsorge. Als am 31. Dezember 1963 die Zentralafrikanische Föderation auseinanderfiel und seine Partei einen Wahlsieg errang, wurde er Ministerpräsident und nach der Proklamation der Republik am 24. Oktober 1964 Staatspräsident und Regierungschef in einer Person.

Seitdem strebt K. einerseits mit den in Sambia verbliebenen Europäern (meist Engländern) eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit an, sieht andrerseits in der Regierung Ian → *SMITH* im benachbarten → *RHODESIEN* (Teil I) eine unmittelbare Bedrohung und Herausforderung und ist daher der hartnäckigste Befür-

6. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover März 1968

worter wirksamer Sanktionen und darüber hinaus militärischer Maßnahmen gegen Smith, sowohl unter den afrikanischen Politikern als auch im Rahmen der → *COMMONWEALTH*-Konferenzen (Teil I).

Auch gegen → *PORTUGAL* (Teil I) erhob K. 1966 Anklage im Zusammenhang mit Grenzzwischenfällen mit → *MOCAMBIQUE* (Teil I). Ende September verlängerte er den Ausnahmezustand in Sambia, Rhodesiens wegen, mit Zustimmung des Parlaments um „mindestens sechs Monate". Daraufhin kam es zu Rassenunruhen gegen Europäer, unter denen infolgedessen die Auswanderungstendenz zunahm.

1967 hatte K. mit ernstlichen Stammesfehden im eigenen Lande zu kämpfen, die sich bei den Wahlen und bei der Besetzung von Partei- und Staatsämtern von neuem erhitzten. Sorge mußte ihm zudem die wirtschaftliche Rückwirkung der Sanktionen gegen Rhodesien auf sein eigenes Land, vor allem in der Kohle- und Stromversorgung, bereiten.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Gregoire K., seit dem Oktober 1961 Staatspräsident und Regierungschef von → RWANDA, ist auch Gründer und Führer der radikalen Parti du Mouvement de l'Emancipation Hutu (PARMEHUTU), die im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt. K. wurde im Oktober 1965 wiedergewählt.

1924 in einer Bahutu-Familie geboren, besuchte K. die katholischen Missionsschulen in Kabgayi und Nyakibanda und studierte in Ruanda zwei Jahre lang Theologie. Von 1949 bis 1953 war er in Kigali als Lehrer tätig, anschließend bis 1955 als Informationsbeamter unter der belgischen Mandatsverwaltung in Kabgayi, wo er gleichzeitig die Lokalzeitung L'Ami redigierte.

Bereits 1952 hatte K. die Genossenschaftsbewegung für Ruanda gegründet. 1967, nach der Parlamentsreform, die der einheimischen Bevölkerung der Bahutu eine stärkere Vertretung gegenüber der feudalen Watussi-Oberschicht einräumte, gründete er die Sozialbewegung der Bahutus, 1959 im Zusammenhang mit dem Bahutu-Aufstand die Demokratisch-republikanische Bewegung, aus der sich die PARMEHUTU (siehe oben) entwickelte.

Nach dem Sturz der Watussi-Dynastie und Ausrufung der Republik im Januar 1961 ging K.s Partei aus den Parlamentswahlen im September siegreich hervor. Im Oktober übernahm er offiziell das Amt des Staatspräsidenten von Ruanda, seit der vollen Unabhängigkeit des Landes im Juli 1962 Rwanda genannt.

In den blutigen Kämpfen zwischen den Watussi und den Bahutus, die 1964 der Auflösung der Wirtschaftsunion mit → *BURUNDI* (Teil I) folgten, konnte K. sich und seine Partei behaupten. Seitdem sank der Einfluß der Watussi in Rwanda bis zur Bedeutungslosigkeit herab. Im Oktober 1965 wurde K. wiedergewählt.

Als sich Ende 1967 europäische Söldner unter dem Kommando des Belgiers Schramme aus Ostkongo nach Rwanda zurückzogen, ließ K. sie internieren und weigerte sich monatelang hartnäckig, sie an → *MOBUTU* auszuliefern, der ihnen den Prozeß machen wollte, bis schließlich das Internationale → *ROTE KREUZ* (Teil I) im Mai 1968 den Abtransport der Söldner nach Europa zustandebrachte.

Bei der Entwicklung der Landwirtschaft und des Bergbaus (Zinn, Wolfram, Gold) stützt sich K. nach wie vor auf die Hilfe Belgiens, das auch der Haupthandelspartner Rwandas ist.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Modibo K., seit 1959 Ministerpräsident der → Mali-Föderation (Teil I) und Regierungschef des Französischen Sudan, seit 1960 Präsident der Republik Mali, verfolgt als erfahrener Politiker die Linie eines nationalbetonten Sozialismus, der sein Land gegen die starken Einflußbestrebungen der UdSSR und Chinas weitgehend immun zu machen vermag.

K. wurde in einer Familie des mohammedanischen Stammes der Bambara 1915 in Bamako, in der damaligen Kolonie Französisch-Sudan geboren, studierte an einem Lehrerseminar und gründete in jungen Jahren eine sozialistische Organisation.
Bereits im Alter von 32 Jahren wurde er dann Generalsekretär der 1946 von Mamadou Konaté gegründeten sozialistischen Einheitspartei Union Sudanaise und für nahezu ein Jahrzehnt Mitglied der Territorialversammlung Französisch-Westafrikas. Als 1956 27 Abgeordnete Westafrikas in die französische Nationalversammlung einzogen, war auch K. unter ihnen und wurde bald darauf zu einem der Vicepräsidenten des französischen Parlaments gewählt.
Er nahm enge Verbindung zu → *Toure* und → *Nkrumah* auf und wurde 1958 Präsident einer konstituierenden Versammlung in Dakar. An den Vorbereitungen der → *Mali*-Föderation (Teil I) von 1959 (Senegal u. Franz. Sudan) wirkte er verantwortlich mit und wurde ihr erster Ministerpräsident.
Als die Föderation im Juni 1960 als erster Staat der Communauté Française die volle Unabhängigkeit erhielt, wurde K. auch Staatsoberhaupt, mußte sich allerdings bereits zwei Monate später auf das Gebiet des ehemaligen Französisch-Sudan beschränken, da der Senegal die Föderation sprengte und verließ. K. brach daraufhin zunächst die Beziehungen zu Frankreich ab, das er offensichtlich für das Verhalten des Senegal verantwortlich machte, war jedoch politisch umsichtig genug, die Verbindung 1962 wieder herzustellen. 1963 gelang ihm sogar eine Aussöhnung mit Senegal.
Gleichzeitig warb die UdSSR nachhaltig um seine Gunst und verlieh ihm 1962 den Lenin-Friedenspreis. Optisch scheint K. auch seine Regierung nach russischem Vorbild (Polit-Büro) organisiert zu haben, und die einzige Tageszeitung, Organ der Einheitspartei Union Sudanaise, veröffentlicht regelmäßig Beiträge des überzeugten Sow-

5. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1967

jetfreundes und Informationsministers Gologo. Doch versteht K. selbst unter Sozialismus ein durchaus nationales Anliegen, nämlich die Besserung der Lebensverhältnisse in Mali, und verhält sich zwischen den prowestlichen und proöstlichen Regierungen der afrikanischen Staaten neutral.
Entwicklungshilfe nimmt K. von China und Rußland an, aber auch vom kapitalistischen Westen. Die Siedlung der chinesischen Entwicklungshelfer in Mali hält er in strenger Abgeschlossenheit. Bereits 1962 führte er auf Rat der UdSSR eine eigene Währung ein, bemühte sich aber seit 1966 wieder um engeren Anschluß an den französischen Franc. Neben die vorhandenen Privatunternehmen setzt er allmählich staatliche Betriebe. Alles in allem eine zweifellos geschickte Politik, die den Gegebenheiten gerecht wird.

Literatur:

vgl. → *Mali* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

KEKKONEN

Urho Kaleva K., fünfmal Regierungschef und seit 1956 als Nachfolger Paasikivis Staatspräsident Finnlands, hat die schwierige Aufgabe, seinem Land in unmittelbarer Nachbarschaft der UdSSR die volle Unabhängigkeit zu erhalten und es vor dem Schicksal der baltischen Staaten zu bewahren, in anderthalb Jahrzehnten mit großem taktischen Geschick, starker Eigenwilligkeit und persönlichem Mut, allerdings auch mit weitgehenden politischen Zugeständnissen gelöst.

Im Jahre 1900 als Sohn eines Kleinbauern und Sägewerksbesitzers geboren, studierte K., ein hervorragender Sportsmann, in Helsinki die Rechtswissenschaften, promovierte zum Dr. jur. und war 1927—1931 als Syndikus ländlicher Genossenschaften tätig, anschließend im Landwirtschaftsministerium. Gleichzeitig gelang ihm ein rascher Aufstieg in der Bauernpartei, die ihn 1936 in den finnischen Reichstag sandte. Noch im gleichen Jahre wurde er — 36 Jahre alt — Justizminister, 1937 Innenminister.

Im Zweiten Weltkrieg leitete K. das Zentralbüro für Evakuierte (Flüchtlinge) und das Rationalisierungsamt, beides Dienststellen, die eine besonders feste Hand erforderten. 1948—1950 war er Reichstagspräsident und in der Zeit von 1950—1954 fünfmal Ministerpräsident. Seine Wahl zum Staatspräsidenten 1956 erfolgte mit knapper Mehrheit und bezeichnenderweise mit Hilfe kommunistischer Stimmen.

Als Chruschtschow am 30. Oktober 1961 forderte, Finnland möge die UdSSR über Fragen der gemeinsamen Verteidigung konsultieren, gelang es K. im persönlichen Gespräch, die Gefahr einer mindestens teilweisen sowjetischen Besetzung seines Landes abzuwehren. Durch solche Erfahrungen wurde er in seinem Willen zur Neutralität und zu „weitgehenden freundnachbarlichen Beziehungen zur UdSSR" möglicherweise noch bestärkt.

Am 27. Mai 1966 traten drei Kommunisten (Volksdemokraten) als Minister in die Regierung ein, wenn auch in außenpolitisch wenig einflußreichen Ressorts. Mitte September 1966 hielt sich K. erneut in der UdSSR auf und war in Sotschi (Südrußland) Gast → *Kossygins.* Unmittelbar darauf setzte er sich bei einem Besuch in Stockholm für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa und für eine Neutralisie-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

rung der finnisch-norwegischen Grenze im hohen Norden ein, womit er sich zweifellos zum Sprecher sowjetischer Wünsche machte. Darüber hinaus äußerte sich K. in Stockholm auch positiv zur Berliner Mauer, die er als „für Europa vorteilhaft" bezeichnete. Und damit drängt sich die Frage auf, wie weit K. in der Vertretung des sowjetrussischen Standpunktes noch gehen wird, um einer erneuten massiven Bedrohung Finnlands durch die UdSSR auszuweichen.

Literatur:

Niitemaa/Renvall/Kunze/Nikula, Finnland gestern und heute, Köln/Opladen 1963
Die Tat, Zürich, 15. September 1966, „Gute Nachbarschaft"
Die Welt, 29. September 1966, „Kekkonen"

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Robert Max Wassili K., Professor der → POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN (Teil I) sowie Anwalt in Westdeutschland und den USA, war bis 1933 Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium, ging über Italien in die USA, wurde dort Sonderberater des Justiz- und Kriegsministeriums und kehrte 1945 als Mitarbeiter der amerikanischen Anklage in den → NÜRNBERGER PROZESSEN (Teil I) nach Deutschland zurück.

Am 17. Oktober 1899 in Freiburg/Br. als Sohn des Sanitätsrates Walter K. und der Bakteriologin Lydia, geb. Rabinowitsch geboren, mosaischen Bekenntnisses, studierte K. nach dem Ersten Weltkrieg an den Universitäten Berlin, Breslau und Freiburg, wo er zum Doktor beider Rechte promovierte. Das Staatsexamen bestand er in Berlin.
1926 wurde K. in Berlin Gerichtsassessor und Assistent in der Staatsanwaltschaft, 1927 Richter am Berliner Kammergericht, 1928 Regierungsrat im Preußischen Innenministerium und Justitiar der Preußischen Polizei (unter dem pr. Ministerpräsidenten Otto Braun), zugleich Dozent am Preußischen Polizeiinstitut und an der Hochschule für Politik.
In dieser Position war K. maßgeblich am Entwurf des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes beteiligt und empfahl 1931 eine Strafverfolgung und Ausweisung → *HITLERs* wegen Vorbereitung zum Hochverrat sowie die Auflösung der Nationalsozialistischen Partei. Als diese 1933 die Regierung übernahm, wurde K. entlassen.
1934/35 war K. als Berater in Devisen- und Völkerrechtsangelegenheiten im Zusammenhang mit der jüdischen Auswanderung tätig. Nachdem er 1935 vorübergehend in → *GESTAPO*-Haft (Teil I) genommen worden war, wanderte er anschließend selber aus und zwar zunächst nach Florenz, wo er 1936 Direktor und Professor der → *POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN* (Teil I) am Instituto Fiorenza wurde, zugleich in derselben Funktion auch in Nizza tätig war.
1939 erhielt K. eine Berufung in die USA, an das Institut für Staats- und Kommunalwissenschaft der Universität von Pennsylvanien in Philadelphia, wo er im Rahmen der Carnegie-Stiftung und als Carl-Schurz-Stipendiat einem Forschungsauftrag über den Mechanismus europäischer Diktaturen nachkam.

14. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1970

1942 Staatsbürger der USA, Fachberater des US-Justiz- und Kriegsministeriums über rechtliche, politische, Polizei- und nachrichtendienstliche Methoden europäischer Diktaturen und ausländischer Organisationen in den USA sowie Sachverständiger in Spionageprozessen vor amerikanischen Gerichten, gehörte K. 1945 als research-director zum Stabe des amerikanischen Anklägers (Jackson) im ersten → *NÜRNBERGER PROZESS* (Teil I) und vertrat aus subtiler Sachkenntnis die Anklage insbesondere gegen den Reichsinnenminister Frick.

Im Wilhelmstraßen-Prozeß gegen Kabinettsmitglieder, Staatssekretäre und Diplomaten des Dritten Reiches war K. zunächst stellvertretender, ab 1947 Hauptankläger der USA. Zugleich war er mit Forschungen über die deutsch-russischen Beziehungen und die Vernichtung des europäischen Judentums beschäftigt und hielt Gastvorlesungen über Recht und Politische Wissenschaften (vgl. auch → *ADORNO*, → *FLECHTHEIM*, → *FRAENKEL*, → *HORKHEIMER*, → *KOGON*) an der Universität Erlangen.

Seit 1949 war K. als Professor der political science and modern history an der Pennsylvania-Militärakademie in Chester lehrtätig. 1951 ließ er sich als Anwalt für Straf-, Zivil- und Entschädigungssachen (vgl. → *WIEDERGUTMACHUNG*, Teil I) am Landgericht Frankfurt/Main nieder, beriet auch die Regierung des Staates Israel in Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem → *EICHMANN*-Prozeß. Seitdem hält sich K. abwechselnd in den USA und in Westdeutschland auf und es hat zuweilen den Anschein, als hielte er es weder hier noch dort längere Zeit hintereinander aus.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

John Fitzgerald K., vom 20. Januar 1961 bis zum 22. November 1963 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, stammte aus einer der reichsten, ältesten und angesehensten katholischen Familien des Landes mit ausgeprägtem irischem Sippenbewußtsein, bewies mehrfach in besonders kritischen Situationen persönlichen Mut und staatsmännische Entschlossenheit, umgab sich andererseits mit Beratern von der Art des → Rooseveltschen Brainstrust der → New Deal-Periode. Durch die dramatischen Umstände seiner Ermordung wurde K. zeitweilig zu einem Idol der westlichen Welt.

1917 im Staate Massachusetts geboren, studierte K. zunächst in London, wo sein Vater Joseph Patrick K. von 1937 bis kurz nach Kriegsende 1940 amerikanischer Botschafter war. Im gleichen Jahr beendete John F. K. seine naturwissenschaftlichen Studien an der Harvard-Universität im heimatlichen Massachusetts und trat in den Dienst der Marine.

Als Kommandant eines Torpedobootes wurde K. schwer verwundet, erhielt die höchste amerikanische Tapferkeitsauszeichnung und zog 1946 im Alter von 29 Jahren als Abgeordneter von Massachusetts ins Repräsentantenhaus ein. Sechs Jahre später wurde K. Senator und 1960 von der Demokratischen Partei im ersten Wahlgang als Präsidentschaftskandidat nominiert.

Bei den Wahlen im November 1960 besiegte K. Richard Nixon und zog mit seiner Frau Jacqueline, geb. Lee Bouvier, Ende Januar 1961 ins Weiße Haus ein. Der unmittelbar darauf folgende Versuch, den Moskausatelliten vor der eigenen Haustür durch eine Invasion auf Kuba auszuschalten (vgl. → *Castro*), schlug infolge mangelhafter Vorbereitung fehl. Um der Gefahr einer weiteren Zuspitzung des → *Kalten Krieges* zu begegnen, suchte K. auf dem Verhandlungswege mit Chruschtschow eine Entspannung herbeizuführen. Beide Politiker trafen sich am 3. und 4. Juni 1961 in Wien. Ihre Gespräche erbrachten keine entscheidende Entschärfung der Beziehungen.

Doch umgab sich K. aus Anlaß dieses Annäherungsversuches an die Sowjets mit einem Beraterteam, das sich ähnlich zusammensetzte wie jener → *brainstrust* (Teil I), den Roosevelt bei seiner prosowjetischen Politik während des 2. Weltkrieges um sich geschart hatte.

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Als amerikanische Fernaufklärer am 26. September 1962 sowjetische Raketenabschußrampen auf Kuba entdeckten, schien ein heißer Krieg gegen die Sowjets fast unumgänglich. Zweifellos verdanken die USA der Besonnenheit und Entschlossenheit ihres jungen Präsidenten, daß die unmittelbare Bedrohung abgewendet werden konnte. Er erreichte, daß Chruschtschow seine Waffen von Kuba zurückzog und die Gefahr eines Atomwaffenkrieges gebannt werden konnte. —> Kuba!

K. ging noch einen Schritt weiter. Um bei künftigen ähnlichen Krisen eine Katastrophe noch rechtzeitig abwenden zu können, vereinbarte er mit den Sowjets die Installation einer direkten Fernsprech- und Fernschreibverbindung zwischen Kreml und Weißen Haus, des sog. Heißen Drahtes. Seitdem ist jederzeit eine sofortige persönliche Kontaktaufnahme mit dem sowjetischen Regierungschef möglich.

Innenpolitisch setzte sich K. – und das wieder ganz im Sinne → *Roosevelts* und seiner Witwe Eleanor – für die totale Aufhebung der Rassenschranken, insbesondere in den Schulen und Hochschulen (vgl. → *Segregation*, Teil I), ein. Er ging dabei sogar unter Einsatz von Truppen gegen Gouverneure der Südstaaten vor, wodurch er sich viele zum Feinde machte. Im Staate Texas hatte er seine erbittertsten Gegner zu suchen.

Diese Sachlage läßt in weiten Kreisen der USA immer wieder Zweifel daran laut werden, daß der kommunistische K.-Mörder Oswald der alleinige Täter sein soll.

Der Versuch der Familie K., besonders seines Bruders Robert und seiner Witwe, das Andenken an den ermordeten Präsidenten auf die Ebene eines nationalen Mythos zu heben, scheiterte an der Nüchternheit der amerikanischen Mentalität, zum anderen daran, daß die Witwe die dazu erforderliche Haltung auf die Dauer nicht durchstand.

Literatur:

Arthur M. Schlesinger, Die tausend Tage Kennedys, Stuttgart (Scherz) 1966

Heinz Robert Schlette/Ingo Hermann, Revolution der Vernunft. Philosophie des Politischen bei John F. Kennedy, München (Kösel) 1966

Urs Schwarz, John F. Kennedy 1917–1963 (Bildband), 4. Aufl., Luzern/Würzburg (Bucher) 1965

Urs Schwarz, Strategie gestern, heute, morgen, Düsseldorf (Econ) 1965

Jomo K., seit 1963 Ministerpräsident, seit Dezember 1964 Staatspräsident von → Kenia (Teil I), begann 1948 den Kampf um die Unabhängigkeit seines Landes als Organisator der Mau-Mau-Bewegung, deren teils sodomitische, teils blutrünstige Rituale er bewußt zur Förderung des Zusammenhalts unter den Verschwörern pflegen ließ. Er tendiert aber, seit er sein Ziel erreicht hat, zum Westen, wo er seine Ausbildung erhielt.

Um 1890 als Häuptlingssohn der Kikuyu in Britisch-Ostafrika geboren, erhielt K. zunächst die traditionelle Stammeserziehung, besuchte dann eine Schule der schottischen Mission und war seit 1922 politisch im Rahmen der Stadtverwaltung von Nairobi für die Eingeborenenbevölkerung tätig.
1931 ging K. nach London, studierte dort an der School of Economics zur Blütezeit der sozialistischen → *Fabian-Society* (Teil I) und setzte folgerichtig seine Studien in Moskau fort, wo er unter anderem Anthropologie aus milieutheoretischem Blickwinkel hörte. Die stärkeren Eindrücke erhielt er aber offensichtlich in England.
1946 kehrte K. nach Britisch-Ostafrika zurück, wo inzwischen das klimatisch günstige Hochland (1939) zum Siedlungsgebiet für Europäer erklärt worden war, übernahm 1947 das Präsidium der Unabhängigkeitspartei KANU (Kenya African National Union) der Kikuyu und Luo und organisierte insgeheim seit etwa 1948 den Aufstand der Mau-Mau, die unter unbeschreiblichen Begleitumständen die Vertreibung und Tötung der Weißen vorbereiteten.
1952 erreichte der Aufstand seinen blutigen Höhepunkt, die Engländer mußten den Ausnahmezustand verhängen, verhafteten K. und verurteilten ihn als Rädelsführer 1953 zu sieben Jahren Schwerarbeit bzw. mit Rücksicht auf sein Alter Gefängnis. 1959 entließen sie ihn, erlegten ihm aber noch bis zum August 1961 Aufenthaltsbeschränkung — erst in Lodwar, dann in Maralal — auf.
Inzwischen war K. im März 1960 erneut Präsident der KANU geworden, die im Februar 1961 einen Wahlsieg errang. Nach seiner endgültigen Freilassung führte er die Delegation seiner Partei zur 2. Kenia-Konferenz in London von März bis April 1962, bei der es zu einer Einigung mit der Gegenpartei (KADU) auf die von England vorgeschlagene Verfassung (Maudling-Formel) kam, und wurde

anschließend Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung sowie Staatsminister für Verfassungsfragen und Wirtschaftsplanung.
Nach einem erneuten Wahlsieg seiner Partei am 30. Mai 1963, die sich damit zur Einheitspartei machte, wurde K. Ministerpräsident.
Nachdem am 12. Dezember 1963 die Unabhängigkeit gewährt und genau ein Jahr später Kenia Republik geworden war, wurde er Staatspräsident. K. legte Wert darauf, mit seinem Land im Verband des Britischen → *Commonwealth* (Teil I) zu verbleiben. Eingedenk gewisser einst von ihm geförderter Mau-Mau-Praktiken war es nicht ohne Reiz, ihn bei den Commonwealthkonferenzen der Regierungschefs der Königin die Hand schütteln zu sehen.
Anfang Mai 1966 sah sich K. gezwungen, eine Verfassungsänderung durchpeitschen zu lassen, nach der jeder Abgeordnete, der aus der KANU-Partei austritt, damit seinen Parlamentssitz verliert. Anschließend ließ er beide Häuser des Parlaments vertagen. Die Maßnahmen richteten sich gegen 30 ostorientierte Anhänger des früheren Vizepräsidenten Odinga, die die KANU verlassen und zum Teil eine linksradikale Oppositionspartei KPU(Kenya Peoples Union) vorbereitet hatten.
Diese Opposition, die sich China zum Vorbild nahm und eine beschleunigte „Afrikanisierung", d. h. praktisch Verstaatlichung vor allem des Grundbesitzes fordert, wird dem alternden K. trotz seiner diktatorischen Vollmachten und vorbeugenden Gegenmaßnahmen, trotz seines erneuten Wahlsieges am 26. Juni 1966 zunehmend Schwierigkeiten bereiten.

Literatur:

Jomo Kenyatta, Facing Mount Kenya
Jomo Kenyatta, Kenya, the Land of Conflict
Jomi Kenyatta, My People of Kikuyu
Denis Holman, Menschenjagd, München (Bechtle) 1966
vgl. auch → *Kenia* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

Seretse K., seit dem 6. März 1965 Ministerpräsident, seit der Unabhängigkeitserklärung seines Landes am 30. September 1966 auch Staatspräsident von → BOTSWANA (Teil I), hat als Häuptlingssohn in England studiert und eine Engländerin zur Frau. Er betreibt eine kluge Außenpolitik gegenüber → SÜDAFRIKA und → RHODESIEN (Teil I).

1921 als Sohn des Bamangwato-Stammeshäuptlings Sekgoma II. im damaligen britischen Protektorat Betschuanaland geboren, besuchte K. die Schulen in Tigerkloof und Lovedall und studierte an der südafrikanischen Unversität Fort Hare sowie in Oxford und London Rechtswissenschaften.

K.s Heirat mit einer Engländerin brachte ihn in Gegensatz zu seinem Stamm, vor allem zu seinem Onkel Tshekedi Khama, der seit dem Tode seines Vaters Sekgoma 1925 für die Zeit der Minderjährigkeit K.s als Regent den Bamangwatostamm führte. Die Auseinandersetzungen hatten K.s Verbannung im Jahre 1950 zur Folge.

Erst nachdem er auf seine Ansprüche auf die Häuptlingschaft ausdrücklich verzichtet hatte, konnte er 1956 nach Betschuanaland zurückkehren und war dem inzwischen dort eingesetzten Häuptling Kgame bei der Regulierung von Stammesangelegenheiten behilflich.

Als England dem Protektorat 1961 die Selbstregierung zugestand, gründete K. die Demokratische Partei und wurde deren Präsident, wurde auch als Minister für Arbeit und Verkehr in das erste Kabinett berufen.

Anfang März 1965 übernahm K.s Demokratische Partei die Regierung. Er selber wurde Ministerpräsident. Als anderthalb Jahre später, am 30. September 1966 (aufgrund der Londoner Verfassungskonferenz vom Februar) Betschuanaland die volle Unabhängigkeit erhielt und unter dem Namen Botswana Republik wurde, übernahm K. zum Amt des Regierungschefs auch das des Staatsoberhauptes.

Der Verzicht auf die Häuptlingswürde 1956 hatte sich also nachträglich als ein kluger Schritt erwiesen, der ihn dennoch an die Spitze seines Volkes und eines eigenen Staates führte. Die gleiche Klugheit zeigt sich in K.s Maßnahmen, die Hilfe des World Food Programms und Großbritanniens für das seit 1960 unter Trockenheit und Hungersnot leidende Land sicherzustellen.

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Die Notwendigkeit eines gutnachbarschaftlichen Verhältnisses zu Südafrika und auch zu Rhodesien ergibt sich für K. aus der Tatsache, daß 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Botswanas in diesen beiden Ländern ihrem Erwerb nachgehen müssen.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Kurt Georg K., 1959—1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, seit dem 1. Dezember 1966 Bundeskanzler der Westdeutschen Bundesrepublik, veranlaßte als Kandidat der → CDU (Teil I) die große Koalition mit der → SPD, ein überraschendes Verhandlungsergebnis und ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

1904 in Ebingen/Württemberg geboren, studierte K. nach Realschulbesuch und kathol. Lehrerseminar in Tübingen und Berlin Philosophie, Geschichte sowie Rechtswissenschaften, schloß sich 1933 der NSDAP an und war als Jurist in Berlin tätig.

Während des Zweiten Weltkrieges war K. als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes dienstverpflichtet. 1948 wurde er Landesgeschäftsführer der → *CDU* (Teil I) für Württemberg-Hohenzollern und ein Jahr darauf Mitglied des Bundestags, wo er zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses aufrückte und sich durch seine Reden zu außenpolitischen Problemen einen Namen machte. Das war in der Adenauer-Ära, die ein ausgesprochenes Desinteresse an Mittel- und Ostdeutschland kennzeichnete.

1958 wurde K. Vizepräsident der Ratsversammlung des → *Europarates* (Teil I) und Mitglied der → *WEU*-Versammlung (Teil I). Am 17. Dezember des gleichen Jahres wählte ihn der Landtag von Baden-Württemberg zum Ministerpräsidenten. Sein 1. Kabinett dort stellte bereits eine große Koalition (CDU-SPD) dar, sein zweites eine CDU-FDP-Koalition. Er widmete sich tatkräftig der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Süd-Badens und Süd-Württembergs, förderte auch den Wiederaufbau und Ausbau Stuttgarts und erwies sich als erfolgreicher Regierungschef seines Landes, 1962/63 war er Präsident des Bundesrats.

Am 10. November 1966 wählten die vereinten Bundestagsfraktionen der CDU-CSU K. zu ihrem Kanzlerkandidaten und beauftragten ihn mit der Führung der Koalitionsverhandlungen. Er benötigte dazu 18 Tage. Dann entschied sich die SPD für die große Koalition, obgleich K. darauf bestand, Strauß ins Kabinett zu nehmen. Es war ein gewisser Verhandlungserfolg K.'s, da der SPD auch die Alternative einer Koalition mit der FDP offenstand.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

K. gilt als Befürworter einer stärkeren Annäherung an Frankreich im Sinne des von → *Adenauer* und → *de Gaulle* geschlossenen Vertrages. Er weiß, daß seine Regierung vor einer kritischen Bewährungsprobe steht und äußerte in einem Interview der Welt vom 7. Dezember 1966 u. a.:

„Wenn die große Koalition versagt, dann versagt das Ganze in den Augen des Volkes. Dann ist das nicht die Krise einer Partei, sondern dann erscheint es dem Volk als eine Krise unserer Demokratie überhaupt . . ."

Seine ersten außenpolitischen Erfolge erzielte K. mit der Kontaktaufnahme zu → *de Gaulle* und zu → *Rumänien* (Teil I). Beides löste bei bestimmten Kreisen in den USA eine neue Welle des Mißtrauens und der Agitation gegen K. und die Bundesrepublik aus, die Anfang Februar 1967 in dem Vorschlag gipfelte, K. durch einen anderen Bundeskanzler zu ersetzen (DKK 4/6).

Literatur:

H. W. Graf von Finkenstein, „Wenn diese Koalition versagt . . ." in: Die Welt vom 7. Dezember 1966

Georg Schröder, „Der Kandidat" in: Die Welt vom 11. November 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Seit 1948 ununterbrochen nordkoreanischer Ministerpräsident, ist K. gleichzeitig Erster Sekretär des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei und seit 1950 auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er vereinigt also Regierungsführung, Armee- und Parteiführung in seiner Hand, lenkte sein Land durch den Koreakrieg (vgl. → KOREA NORD, Teil I) und provozierte insbesondere wieder seit 1967 fortgesetzt Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjon (1951—1953). Er hat den Anspruch auf → KOREA SÜD (Teil I) niemals aufgegeben.

1912 als Sohn eines koreanischen Dorfschullehrers geboren und erzogen, schloß sich K. als Fünfzehnjähriger der von Japan verbotenen Vereinigten Kommunistischen Jugendliga an, emigrierte in die östliche Mandschurei und wurde dort 1929 Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation.

1931 wurde K. Parteimitglied, kehrte nach Korea zurück, baute dort die Revolutionäre Volksarmee auf und führte sie vierzehn Jahre lang im Kampf gegen die Japaner. 1935 gründete er die Vereinigung zur Wiederherstellung des Vaterlandes, aus der sich später die Massenorganisation der Vereinigten Demokratischen Vaterländischen Front entwickelte.

1945 wurde K. Generalsekretär des Organisationskomitees der koreanischen Kommunistischen Partei, 1947 im von sowjetrussischen Truppen besetzten Norden des Landes Vorsitzender des nordkoreanischen Volkskomitees und 1948, nach Ausrufung der Volksrepublik Nordkorea, Mitglied des Zentralkomitees der K. P. und Ministerpräsident.

Mit Beginn des Koreakrieges Ende Juni 1950 übernahm K. zusätzlich den Oberbefehl über die Streitkräfte, die aus der 1931 von ihm geschaffenen und geführten Revolutionären Volksarmee hervorgegangen waren, und nahm Waffenhilfe der Volksrepublik → *CHINA* (Teil I) in Anspruch. Diese drängte → *MAC ARTHUR* Ende 1950 an die Demarkationslinie zurück und festigte damit entscheidend K.s Position im eigenen Lande.

Dennoch benötigte er weitere 16 Jahre, um sich auch im Zentralkomitee der Partei endgültig durchzusetzen. Am 12. Oktober 1966 wurde

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

er Generalsekretär und Vorsitzender des sechsköpfigen Politbüros, nachdem er kurz zuvor sowohl an China als auch an der UdSSR wegen der Spaltung des kommunistischen Lagers scharfe Kritik geübt hatte.
K.s Hauptziel, die Wiedervereinigung Koreas, sieht er vor allem durch den wachsenden japanischen Wirtschaftseinfluß in Südkorea gefährdet. Sein zweites Ziel scheint ein Zusammenschluß derjenigen kommunistischen Staaten zu sein, die sich im russisch-chinesischen Streit zu keiner Seite bekennen. An der Spitze eines solchen Blocks hofft er augenscheinlich, die Rolle eines bedeutenden kommunistischen Führers spielen zu können.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Martin Luther K., farbiger amerikanischer Baptistengeistlicher, Führer des gewaltlosen Kampfes der US-Neger um ihre Gleichberechtigung und Träger des Friedensnobelpreises (1964) wurde zwischen den Fronten der weißen, das volle Bürgerrecht für die Neger ablehnenden Kreise und der radikalen Negerbewegung (vgl. → BLACK POWER, Teil I) aufgerieben und am 4. April 1968 ermordet.

Am 15. Januar 1929 in Atlanta/Georgia als Sohn eines farbigen Geistlichen und einer Lehrerin geboren, erhielt K. eine gute Schulbildung im Morehouse-College, besuchte dann das Crozer Priesterseminar, studierte anschließend an den Universitäten Boston und Harvard Theologie sowie Philosophie und promovierte zum Dr. phil. 1954 begann K. seine Priesterlaufbahn als Prediger an der Baptistenkirche der Pastor-Dexter-Avenue in Montgomery/Alabama und zugleich auch seinen Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der amerikanischen Neger. Von → *GANDHI*, den er als Vorbild verehrte, übernahm er das Prinzip der Gewaltlosigkeit und wandte es zuerst 1955 erfolgreich in einem 380 Tage dauernden Boykott der städtischen Verkehrsmittel von Montgomery an. Die Rassentrennung in diesen Verkehrsmitteln wurde aufgehoben.

K. gründete die „Southern Christian Leadership Conference" zum gewaltlosen Kampf gegen die Rassendiskriminierung in den Südstaaten und wurde als Vorsitzender dieser Vereinigung zum Führer der Bürgerrechtsbewegung in den USA, der sich auch zahlreiche Weiße aus Überzeugung anschlossen. Obgleich er selber mehrfach wegen Teilnahme an unerlaubten Demonstrationen Gefängnisstrafen erhielt, gelang es ihm dennoch, jahrelang einen mäßigenden Einfluß auf die um ihre Gleichberechtigung ringenden Schwarzen auszuüben.

Als aber entscheidende Erfolge ausblieben, die Bürgerrechtsgesetzgebung in den USA sich verzögerte und keine praktische Besserung der sozialen Verhältnisse der Neger bewirkte (vgl. hierzu → *SEGREGATION*, Teil I), wuchsen die radikalen Negerorganisationen. Die Vertreter eines gewaltsamen Kampfes (vgl. → *BLACK POWER*, Teil I) gewannen gegenüber K. und seinen Anhängern ständig an Boden.

Gleichzeitig steigerte die zunehmende Gewalttätigkeit der Neger auch die Gegnerschaft gegen die Bürgerrechtsgesetzgebung unter

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

der weißen Bevölkerung. Und schließlich gab es einflußreiche Kreise, die an einem friedlichen Ausgleich der Rassenspannungen in den USA nicht interessiert waren, sondern im Gegenteil sich von einem Wachsen der Rassenunruhen einen entscheidenden Linksruck versprachen.
So wurde die Basis, von der aus K. operieren konnte, immer schmaler. Die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1964 gab seiner Anhängerschaft noch einmal starken Auftrieb. Doch auch die Teilnehmerzahl an den Unternehmungen der Radikalen nahm zu, obgleich das neue Wahlgesetz von 1965 der farbigen Wählerschaft die politische Gleichberechtigung gebracht hatte.
Am 27. März 1968 war K.s Versuch zu einem Demonstrationsmarsch zum Rathaus von Memphis, mit dem sich nach seinem Willen das Prinzip der Gewaltlosigkeit als immer noch wirksam erweisen sollte, von radikalen Negern durch Tumulte und Plünderungen zum Scheitern gebracht worden. K. gab nicht nach, kehrte trotz direkter Drohungen, die von beiden Seiten gegen ihn gerichtet wurden, am 3. April nach Memphis zurück, um am 8. April den Marsch noch einmal zu versuchen.
Am 3. April abends sprach er zu seinen Anhängern. Offenbar ahnte er seinen Tod voraus. Er sagte: „Ich habe keine Furcht mehr, obwohl ich wie jeder andere gerne leben möchte. Aber ich bin auf dem Gipfel angelangt und sah das Land der Freiheit vor mir liegen. Ich weiß, daß wir es erreichen werden, ob ich dabei sein werde oder nicht." Er sagte es in starker innerer Erregung.
Tags darauf gelang es K., die Aufhebung einer Einstweiligen Verfügung zu erwirken, mit der ein Richter die Wiederholung des Marsches in Memphis hatte verhindern wollen. Kurz darauf wurde er auf dem Balkon seines Hotels stehend von einem weißen Scharfschützen erschossen und starb eine Stunde später im Hospital.
Sein Tod schien den radikalen Negern, der → *BLACK POWER*-Bewegung (Teil I) recht zu geben. Carmichael rief schon am nächsten Tage zum allgemeinen Rassenaufstand auf: „Wir müssen den Mord an Dr. King rächen, nicht vor Gericht, sondern auf den Straßen Amerikas!"

Anmerkungen ....

....

Josef K., seit April 1964 Bundeskanzler der Bundesrepublik Österreich, gleichzeitig Führer der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), verfolgt einen christlich-sozialen, antikommunistischen Kurs. Er trat 1963 als Finanzminister zurück, als seine Sparsamkeitspolitik keine Zustimmung fand.

1910 in Kärnten als Sohn eines Bäckermeisters geboren, studierte K. in Wien und Marburg/Lahn Staats- und Rechtswissenschaften. 1934—1938 war er als Sekretär der Wiener Arbeitskammer, nach dem Anschluß Österreichs bis zum Kriegsausbruch bei einer Holzhandelsfirma tätig.

Nach Kriegsteilnahme und Gefangenschaft ließ sich K. 1945 in Hallein als Rechtsanwalt nieder, wurde 1949 Landeshauptmann in Salzburg und 1952 Landesobmann der ÖVP. 1961 übernahm er das österreichische Bundesfinanzministerium.

Nach seinem Rücktritt wurde er im September 1963 zum Bundesvorsitzenden der ÖVP gewählt und im April 1964 Bundeskanzler. Am 18. April 1966 bildete K. sein zweites Kabinett.

K.'s Versuch, Mitte November 1966 in Wien das Staatsoberhaupt der UdSSR → *Podgorny* von der Notwendigkeit des österreichischen EWG-Beitritts, zumindest aber einer Assoziation an die EWG zu überzeugen, mißlang.

Anmerkungen

KLEIST, PETER

Bruno Peter Gustav K., seit 1936 mit Osteuropapolitik befaßt, wurde 1943 Ministerialdirigent im Ministerium für die besetzten Ostgebiete und Sonderbeauftragter im persönlichen Stab des Reichsaußenministers. Seit 1959 Außenpolitiker der Deutschen Wochen-Zeitung, trug K. durch seine Bücher wesentlich zur Ermittlung der geschichtlichen Wahrheit über die politische Entwicklung zum und im Zweiten Weltkrieg bei und warnt beharrlich vor einer Fehleinschättung der kommunistischen Führung, insbesondere in → RUSSLAND (Teil I).

Am 29. Januar 1904 in Marienwerder/Westpreußen als Landwirtssohn geboren, besuchte K. bis 1923 das Gymnasium in Danzig und Berlin, studierte in Danzig, Berlin und Halle moderne Sprachen, Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte 1932 in Halle cum laude zum Dr. jur.

In Diensten der Provinz Ostpreußen war K. dann von 1933 bis 1936 als Beauftragter in Berlin tätig, gründete 1936 die Deutsch-Polnische Gesellschaft, um anschließend in der halbstaatlichen „Dienststelle Ribbentrop" als Referent für die baltischen Staaten und Polen, seit 1938 als Hauptreferent mit dem Arbeitsbereich Sowjetunion zu wirken.

Nachdem → *RIBBENTROP* 1938 Reichsaußenminister geworden war, wurde K. in die Dienste des Auswärtigen Amtes übernommen und anläßlich der Rückführung der Bessarabien-Deutschen 1939 nach Rumänien entsandt, 1941 in das neugeschaffene Ministerium für die besetzten Ostgebiete (vgl. → *ROSENBERG, ALFRED*) überstellt, zuständig für das Reichskommissariat Ostland (Baltische Staaten und Weißrußland), baute hier, entgegen den offiziellen Berliner Plänen, eine landeseigene Verwaltung auf, und 1943 zum Ministerialdirigenten auf Lebenszeit ernannt.

Noch im geichen Jahre kehrte K. in das Reichsaußenministerium zurück und wurde als Sonderbeauftragter in den Stab des Reichsaußenministers berufen. In dieser Position wurde er Zeuge und Übermittler eines indirekten, getarnten sowjetrussischen Friedensfühlers 1943/44, doch wurde ihm schließlich untersagt, der Sache weiter nachzugehen. Anfang 1945 vermittelte K. Hilfsaktionen über Stockholm.

Das Kriegsende erlebte K. in Schweden. Nach seiner Rückkehr wurde er im Rahmen des automatic arrest 1945 bis 1947 in Nenndorf und Recklinghausen interniert. 1950/51 war er in der „Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen" in Bremen mit der Verteidigung beschlagnahmter deutscher Privatvermögen im Auslande befaßt.
Seitdem hat sich K. als freier Schriftsteller und seit 1959 als außenpolitischer Schriftleiter der Deutschen Wochen-Zeitung insbesondere zwei Aufgaben gewidmet, einer historischen und einer politischen: der geschichtlichen Wahrheitsfindung über die dreißiger und vierziger Jahre unseres Jahrhunderts sowie dem unermüdlich variierten Hinweis darauf, daß russisch-panslawistischer Imperialismus und kommunistische Missionswut sich fortgesetzt gegenseitig steigern und daß diesem von zweifachen Impulsen getriebenen Expansionsdrang gegenüber „Entspannungsbemühungen" fehl am Platze sind. Ein drittes Hauptthema K.s sind die politischen Verhältnisse in und um → *SÜDAFRIKA* (Teil I). Hier sucht er der Leistung der südafrikanischen Regierung auf dem Gebiet der Erziehung der Neger zur Selbstverwaltung gerecht zu werden und vertritt den Anspruch der weißen Bevölkerung, auf dem von ihr in Generationen kultivierten Boden seßhaft zu bleiben.

Literatur (eigene Buchveröffentlichungen):

Die völkerrechtliche Anerkennung Sowjetrußlands, Ost-Europa-Verlag Königsberg – Berlin, 1934
Zwischen Hitler und Stalin, Athenäum-Verlag Bonn 1950
Auch Du warst dabei, Verlag Vowinckel Heidelberg 1952
Chruschtschow 50 km vor Hamburg, K. W. Schütz Verlag, Göttingen 1958
Die Europäische Tragödie, K. W. Schütz Verlag, Göttingen 1961
Deutschland, Europa und der Ost-West-Konflikt, National-Verlag Hannover 1961
Südafrika, Land für Weiß und Schwarz, K. W. Schütz Verlag, Göttingen 1963
Aufbruch und Sturz des Dritten Reiches, K. W. Schütz Verlag Göttingen 1968

Anmerkungen ....

....

Eugen K., Ordinarius für → POLITISCHE WISSENSCHAFT (Teil I) an der Technischen Hochschule Darmstadt seit 1951, war ursprünglich Volkswirt, opponierte gegen das nationalsozialistische Regime, wurde im Konzentrationslager Buchenwald festgehalten, schrieb aus der Häftlingsperspektive das Buch Der SS-Staat, war im Alliierten Hauptquartier in der Abteilung für → PSYCHOLOGISCHE KRIEGFÜHRUNG (Teil I), d. h. für die Umerziehung tätig und kam so zu seinem anfangs erwähnten Lehrstuhl.

Who's who in Germany 1964 erwähnt K. nicht. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1961 nennt ihn mit fünf Zeilen. Wer ist wer (Arani-Verlags-GmbH. Berlin) 1962 hat offensichtlich K.s eigene Angaben übernommen. Jedenfalls sticht die wichtigtuerische Terminologie der betreffenden Eintragung vom sonstigen Stil dieses Handbuches ab.
Danach wurde K. am 2. Februar 1903 in München geboren (Eltern werden nicht genannt), studierte an den Universitäten München, Florenz und Wien Nationalökonomie und Soziologie (keine Angaben über akademischen Abschluß oder Promotion), gehörte von 1927 bis 1932 der Redaktion einer (oder mehrerer) katholischen Wochenschrift der Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften in Wien (?) an und war seit 1934 als Diplomvolkswirt (wörtlich) „Treuhänder privater internationaler Vermögensverwaltungen" auf „Reisen in fast allen europäischen Ländern" (sic) bei gleichzeitiger „antinazistischer Aktivität".
Hier verwirren sich dann die Angaben. Einerseits will K. „nach wiederholten Verhaftungen 1939 bis 1945 (Befreiung)" im „KZ Buchenwald", andererseits „ab 1942 führend" in der „illegalen Opposition" und 1943 gar „Todeskandidat" (sic) gewesen sein. Offenbar hat er diese makabre Kandidatur überlebt. Jedenfalls war er dann nach seiner „Befreiung" für die Sieger tätig und zwar in der „Psychological Warfare Division" des Alliierten Hauptquartiers in Deutschland und Frankreich.
Da eine psychologische Kriegführung nach dem Ende des Krieges nur der Umerziehung der Besiegten gelten kann, wird es verständlich, warum sich K. in der Folgezeit nun ebenfalls, wie Wiesengrund-→ *ADORNO*, → *FLECHTHEIM*, → *FRAENKEL* und andere, nur

ohne deren intensive, jahrelange Vorbereitungsschulung in den USA, den ad hoc entwickelten → *POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN* (Teil I) zuwandte.
K.s Buch Der SS-Staat (1946) konnte ihm allerdings im Kreise der soeben Genannten nicht die Legitimation verschaffen, „dazu" zu gehören. Das Buch war zu schlecht gemacht, die Änderungen von Auflage zu Auflage, auf die vor allem → *RASSINIER* aufmerksam machte, zu augenfällig, das Ganze vom Gesichtspunkt erfolgreicher Umerziehung zu wenig effizient. So blieb K. trotz aller hektischen Bemühungen im Rahmen des → *REEDUCATION*-Programms (Tei I) nur eine halbe Kraft.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

KOSSYGIN

Alexej Nikolajewitsch K., langjähriger Wirtschaftsberater → Stalins, seit dem 14. Oktober 1964 Vorsitzender des Präsidiums des Ministerrates der UdSSR (Ministerpräsident), hat gemeinsam mit → Breschnew die Nachfolge Chruschtschows angetreten und nunmehr die außenpolitischen Folgen der Kritik an → Stalin sowie der Spaltung des Kommunismus (→ China) zu meistern.

K. wurde 1904 in Leningrad geboren, erlebte dort als junger Mensch während seiner Lehrzeit in der Textilindustrie Revolution und Bürgerkrieg mit. Nach dem Studium am Technikum arbeitete er in regionalen Cooperativverbänden in Irkutsk und anderenorts. Seit 1935 lebte er wieder in Leningrad, wo er zum Direktor der Oktober-Textil-Betriebe avancierte. 1938 wurde er Vorsitzender des Leningrader Stadtsowjet, 1939 Volkskommissar für die Textilindustrie.

Von 1940 bis 1946 stellv. Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, 1948 Finanzminister, 1948—1953 Minister für die Leichtindustrie und lange Jahre hindurch Stalins Berater in Finanz- und Wirtschaftsfragen. Nach Stalins Tod wurde er im Zeichen der „Tauwetter"-Periode Minister für die (forcierte) Konsumgüter-Produktion.

Mitglied des Zentralkomitees seit 1939, des Politbüros als Kandidat seit 1946, als Vollmitglied seit 1948, 1955 stellv. Vorsitzender des Ministerrats, 1960 erster stellv. Vorsitzender. Nach dem Sturz Chruschtschows trat er an die Spitze der Regierung.

Als erfahrener Verwaltungsfachmann ergänzt sich K. mit dem Parteifunktionär → *Breschnew* in der Führungsspitze. Die Tatsache, daß es dem erst verhältnismäßig spät (1934) ins politische Leben eingetretenen Manne in kurzer Zeit gelang, Regierungsmitglied zu werden, sowie seine zunächst erfolgreiche Vermittlerrolle zwischen Indien und Pakistan im Kaschmirkonflikt 1965 lassen auf ein ungewöhnliches diplomatisches Geschick schließen.

Sein Aufstieg vollzog sich so unauffällig, daß sein Name im Namensregister zahlreicher Bücher über die UdSSR bis 1964 fehlt. Man hat ihn nicht beachtet, vielleicht auch die Rolle des Wirtschaftsexperten in der Sowjethierarchie unterschätzt, obgleich K. ein Vierteljahrhundert lang zur Spitzengruppe der sowjetischen Wirtschaftsminister gehörte, bevor er die Regierung übernahm.

In den ersten Dezembertagen 1966 benutzte K. die Gelegenheit seines Staatsbesuchs in Frankreich, um in scharfer Form die westdeutsche Bundesrepublik zur Anerkennung der DDR als eines zweiten deutschen Staates aufzufordern. Im Februar 1967 warnte er in London vor dem neuen Nationalismus in Westdeutschland, obgleich zur selben Zeit die Feindseligkeit Chinas gegenüber der UdSSR ein sehr viel ernsteres Problem für ihn darstellte.

Literatur:

Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin, Köln 1959
Alex Nove, Die sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden 1962
Adolf Weber, Sowjetwirtschaft, Berlin 1959/62
Erik Boettcher, Die sowj. Wirtschaftspolitik am Scheidewege, Tübingen 1959

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Jens Otto K., seit dem 1. September 1962 Ministerpräsident und bereits seit 1958 sowie neuerdings seit dem 28. November 1966 Außenminister von → Dänemark (Teil I), ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, von Haus aus Wirtschaftler und mit zahlreichen Publikationen, insbesondere über Kooperation und Planwirtschaft, hervorgetreten. Es gelang ihm, sich auch mit unpopulären Finanzmaßnahmen durchzusetzen, deren Erfolg allerdings umstritten ist. Dänemarks Beitritt zur → EWG (Teil I) machte K. von der Aufnahme Großbritanniens abhängig.

1914 in Randers als Kaufmannssohn geboren, studierte K. Politische Wissenschaften und arbeitete zunächst im Bankfach. Während der deutschen Besatzung Dänemarks (1940–45) war er im Versorgungsamt tätig, danach übernahm er den Vorsitz im Wirtschaftsrat der Arbeiterbewegung.

1947 wurde K. ins Parlament gewählt und im gleichen Jahr zum Handelsminister ernannt. 1950 ging er für 2 Jahre als Wirtschaftsberater der Dänischen Botschaft nach Washington. Von dort zurückgekehrt, leitete er von 1953–57 das Wirtschafts- und Arbeitsministerium und 1957/58 das Außenhandelsministerium.

1958 Außenminister und 1962 erstmals Ministerpräsident, wurde K. nach den Parlamentswahlen im September 1964 wiederholt mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieselbe Aufgabe hatte er Ende November 1966 zu erfüllen, obgleich die Sozialdemokraten bei der Wahl Stimmverluste erlitten und die neue Sozialistische Volkspartei unter Larsen fast elf Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Nachdem die Koalitionsverhandlungen mit Larsen (ehemals Kommunistische Partei) gescheitert waren, stellte K. ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett auf und übernahm das Außenministerium wieder selbst.

Entgegen der flexiblen Politik seines Vorgängers, Außenminister Haekkerup, hinsichtlich der EWG – er hielt einen Beitritt Dänemarks unter Umständen auch vor Großbritannien für möglich –, kehrte K. auf die Linie zurück, zuerst den britischen Beitritt abzuwarten. Am 17. März 1967 schlug er vor, die vier „Großmächte", damit sprach er die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges an, sollten auf einer Konferenz die Grenzen in Europa endgültig festlegen.

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

Literatur:

Jens Otto Krag, Wirtschaftspolitik und Sozialdemokratie der skandinavischen Länder, 1958

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, Erbe der Essener Stahl-Dynastie, wurde 1945 im Vollzug der Sippenhaft für seinen todkranken Vater Gustav K. v. B. u. H. (1870–1950) interniert, 1948 im Nürnberger Krupp-Prozeß verurteilt, 1951 entlassen. Es gelang ihm, die von den Alliierten angeordnete Entflechtung seines Konzerns zum Teil zu verhindern. Doch zwang ihn die Regierung der Bundesrepublik (SPD-Wirtschaftsminister Schiller) im März 1967 auf dem Wege einer zur Finanzierung von Exportaufträgen notwendig gewordenen Kredithilfe, das fünf Generationen alte Familienunternehmen in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln.

1907 als Sohn von Gustav von Bohlen und Halbach und Bertha K. in der berühmten Essener Villa Hügel geboren (Kaiser Wilhelm II. war sein Taufpate), besuchte K. das Gymnasium in Essen-Bredeney und studierte an den Technischen Hochschulen München, Berlin und Aachen.

1929 trat er in die Friedrich Krupp AG ein, wurde 1936 Direktoriumsmitglied und 1943 Alleininhaber des inzwischen wieder bedeutendsten deutschen Industrie- und Rüstungsunternehmens. Als solcher schied er aus dem Direktorium aus und nahm auf die Leitung des Trusts persönlich keinen Einfluß.

Um so aktiver nahm sich K. nach seiner Entlassung aus dem „Kriegsverbrecher"-Gefängnis Landsberg 1951 des Wiederaufbaus an. Er ließ sich dabei vor allem von der Verantwortung gegenüber der Krupp'schen Stammarbeiterschaft leiten. Die Werke in Essen waren durch Flächenbombenwürfe zerstört, ein modernes Hüttenwerk in Borbek demontiert, K.s Vermögen beschlagnahmt. Es gelang K. zunächst, die Verfügungsberechtigung über sein Vermögen zurückzuerhalten. US-Hochkommissar McCloy soll ihm dabei behilflich gewesen sein. Unverzüglich begann K. mit dem Wiederaufbau, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Fernost und Übersee.

Die Auflage der Siegermächte, den Konzern zu entflechten, ihm vor allem die eigene Rohstoffbasis zu nehmen, konnte zum Teil verzögert und umgangen werden.

Binnen weniger Jahre hatte das Unternehmen einen derartigen Umfang erreicht, daß K. seine Leitung nicht mehr allein bewältigen

3. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Juni 1967

konnte. Er gewann 1953 als Generalbevollmächtigten den um sechs Jahre jüngeren Berthold Beitz. Bis 1965 stieg die Bilanzsumme auf rund 5,3 Milliarden DM an.

Die hohen Investitionskosten des Wiederaufbaus, vor allem aber die zunehmende Verlagerung vom Binnenmarktabsatz auf den Export, die langfristige Vorfinanzierung erforderte, führten 1967 dazu, daß die bis dahin in Anspruch genommenen Kredite nicht mehr ausreichten. In dieser Lage ersuchte K. die Bundesregierung, eine Ausfuhrbürgschaft von 300 Millionen DM zu übernehmen.

Bundeswirtschaftsminister Schiller lehnte ein solches Ansinnen zunächst entschieden ab, lenkte aber später ein und knüpfte die Übernahme der Bürgschaft an die Bedingungen

1. Beteiligung von Fremdkapital am Vermögen
2. Mitspracherecht eines zu schaffenden Verwaltungsrates
3. Umstrukturierung des Konzerns in eine Stiftung oder Aktiengesellschaft.

Die Verwirklichung der drei Forderungen (der Verwaltungsrat wurde bereits Mitte März 1967 berufen) bedeutet, daß K. sein Großunternehmen in fünfzehn Jahren wiederaufgebaut hat, um es nach fünf Generationen aus dem Familienbesitz zu verlieren. Sein Sohn hatte schon vor dieser Entscheidung auf das Erbe verzichtet.

Literatur:

Ferdinand Fried, „Die Geschichte der drei Ringe" in Die Welt, 9. III. 1967

Gert von Klass, Aus Schutt und Asche. Krupp nach fünf Menschenaltern, Tübingen (Wunderlich) 1961

Gert von Klass, Die drei Ringe, 5. Aufl., Tübingen (Wunderlich) 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

Nguyen Cao K., Fliegeroffizier, seit dem 19. Juni 1965 Ministerpräsident von Süd-Vietnam, ist kompromißloser Antikommunist, tritt für Fortsetzung des Krieges gegen die Vietkong und gegen Nordvietnam ein, vermag aber nicht, unter seinen eigenen Mitarbeitern eine der Kriegslage entsprechende Ordnung durchzusetzen. Infolgedessen kann sich sein Regime nur durch den Kampfeinsatz der amerikanischen Streitkräfte behaupten.

1930 als Sohn eines buddhistischen Beamten im Norden des Landes geboren, trat K. im Alter von 20 Jahren in französische Militärdienste und bestand die Abschlußprüfung der Offiziersschule in Hanoi mit Auszeichnung. Auch während seiner Ausbildung zum Kampfflieger in Marokko und in Frankreich zeichnete er sich aus.

Nach dem Studium an einer Militärakademie in den USA begann K. 1963 mit dem Aufbau einer eigenen Luftwaffe für → *Süd-Vietnam* (Teil I) unter der Staatsführung General Khans sowie unter der Zivilregierung Quat (15. 2. bis 12. 6. 1965).

Währenddessen hatten die amerikanischen Luftangriffe auf → *Nord-Vietnam* (Teil I) begonnen und am 12. Juni 1965 übernahm mit dem Kriegskabinett K. erneut das Militär die Regierungsgewalt. Bis Mitte April 1966 steigerten sich schwere Streiks und Unruhen gegen dieses Kabinett und das Staatsoberhaupt Thieu sowie gegen die Anwesenheit der Amerikaner. Dann erst erklärten sich die Buddhisten zu einer bedingten Zusammenarbeit mit K. bereit. In Da Nangh kapitulierten die Rebellen Ende Mai, und in Huè am 18. Juni 1966.

Anstelle eines Parlaments bildete K. als Provisorium einen „Volks- und Armeerat" aus 60 Zivilisten und 20 Offizieren, die seine Regierung in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen beraten sollen. Gleichzeitig gab er dem Kabinett selbst ein zunehmend ziviles Gepräge und begann mit einem Staatsbesuch auf den Philippinen erstmals eine außenpolitische Wirksamkeit, zunächst im malaiischen Raum, mit deutlich antikommunistischem Vorzeichen.

Die Monate vorher angekündigten und vorbereiteten Parlamentswahlen am 11. 9. 1966 wurden trotz der Boykottpropaganda der Vietkong hinsichtlich Wahlbeteiligung und Ergebnis zu einem Erfolg für K. Unmittelbar darauf bildete er das Kabinett von neuem

um, besuchte offiziell Australien und Neuseeland und verbannte seinen Stellvertreter Co unter dem Vorwurf schwerer Korruption. Ohne die Anwesenheit der Amerikaner in Süd-Vietnam hätte sich K. offensichtlich nicht zwei Jahre im Amt halten können. Auch seine Wahl zum stellvertretenden Staatspräsidenten von Süd-Vietnam am 3. September 1967 ist durch die Kriegsverhältnisse und den Rückhalt an den Amerikanern zu erklären.

Literatur:

Kurt Steinhaus, Vietnam — Zum Problem der Kolonialen Revolution und Konterrevolution, Berlin (Voltaire) 1967" vgl. auch → *Vietnam-Nord* (Teil I)

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Sangoulè L., seit dem 3. Januar 1966 selbsternannter Staatspräsident und Chef einer Militärregierung in → OBERVOLTA (Teil I), stürzte seinen Vorgänger Yameogo, suspendierte das Parlament und beabsichtigt als altgedienter Soldat vorerst nicht, eine zivile, demokratische Regierung wieder einzusetzen.

L. wurde 1916 in Dianra, unweit der heutigen Grenze zu → *MALI* (Teil I), geboren. Als Zwanzigjähriger trat er in die französische Armee ein, wurde Schreiber beim Kommando Mauretanien und erhielt von dort aus Gelegenheit, eine abgeschlossene Gymnasialbildung zu absolvieren.
Nach dem Zweiten Weltkrieg, an dem L. in Nordafrika teilgenommen hatte, studierte er seit 1949 in Paris an der Ecole d'Outre Mer, an der Frankreichs Kolonialverwaltungsnachwuchs ausgebildet wurde. Zu Beginn der fünfziger Jahre nahm er als französischer Kolonialtruppenoffizier am Indochinakrieg teil (vgl. → *VIETNAM NORD*, Teil I).

1956 wurde L. dem französischen Gouverneur der Kolonie → *ELFENBEINKÜSTE* (Teil I) zugeteilt und übernahm bei ihm die Funktion eines stellvertretenden Stabsleiters. Als 1960 Elfenbeinküste und Obervolta ihre vollständige Unabhängigkeit erhielten, nahm L. im Majorsrang seinen Abschied von der französischen Armee und begann mit dem Aufbau der Streitkräfte von Obervolta (1500 Mann).

1961 Stabschef, 1964 zum Oberstleutnant befördert, erhielt L. Einblick in die Unzulänglichkeiten der Regierung des Präsidenten Yameogo, die der Aufgabe, die Wirtschaft des selbständig gewordenen Landes zu sanieren, nicht gewachsen war. Anfang Januar 1966 unternahm er mit Offizieren der Streitkräfte und Polizei nach vorausgegangenen Unruhen in der Hauptstadt Wagadugu einen Staatsstreich, setzte Yameogo ab, ließ ihn in einem Militärlager internieren und machte sich zu seinem Nachfolger.

Gleichzeitig suspendierte L. das Parlament, das ohnehin ausschließlich aus Abgeordneten der einzig zugelassenen Partei, der Union Democratique Voltaique, bestanden hatte. Er behielt sich für die ersten Monate seiner Regierung die Ämter des Verteidigungs-, Außen-, Informations-, Veteranen- und Sportministers selber vor, delegierte nur schrittweise diese Aufgaben an andere und ließ Mitte

12. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Oktober 1969

Dezember 1966 einen Beschluß des „Obersten Rates der Streitkräfte" verkünden, die Armee werde die Regierungsgewalt vier Jahre lang in der Hand behalten und jegliche politische Tätigkeit im Lande unterdrücken.
Am 17. Februar 1967 nahm L.s Regierung die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR auf, am 6. April desselben Jahres erweiterte L. sein Kabinett un einige Fachministerien.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. LAVAL

Pierre L., französischer Außenminister und Ministerpräsident in den Jahren 1931 bis 1936, wurde auch im Rahmen der → VICHY-Regierung (Teil I) 1940 und 1942/44 Ministerpräsident und darum 1945 wegen angeblicher → KOLLABORATION (Teil I) zum Tode verurteilt und hingerichtet. Frankreich beraubte sich damit eines seiner befähigtsten und weitblickendsten Staatsmänner.

1883 in Chateldon in der Auvergne als Bauernsohn geboren, hatte L. von der Mutter her arabisches Blut. Er studierte seit 1898 Rechtswissenschaften, leistete seinen Militärdienst, promovierte, ließ sich in Paris als erfolgreicher und bald auch wohlhabender Anwalt nieder und war seit 1923 zwanzig Jahre lang Bürgermeister des radikalen Pariser Vororts Aubevilliers.

Die Sozialisten wählten ihn in die Deputiertenkammer, doch trennte er sich bald von ihnen und wurde ein entschiedener Gegner der Volksfront. Seit 1925 mehrfach Minister für verschiedene Ressorts, wurde L. 1931/32 erstmals Ministerpräsident, und zwar als ein Mann der Rechten und als Zielscheibe für die Kritik der Marxisten. 1934 übernahm er das Außenministerium und behielt es auch, als er 1935 zum zweiten Mal Regierungschef wurde, bis Anfang 1936.

In diesen beiden Jahren führte L. eine Politik, die von ungewöhnlichem Weitblick zeugte, fern jedem → *CHAUVINISMUS* (Teil I) und fähig, in gesamteuropäischen Kategorien zu denken. Zudem fand er beim französischen Volk Anerkennung und Beifall und besaß genügend Autorität, um sogar die Saarfrage einer Lösung zuzuführen, und nach dem für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnis am 1. März 1935 eine formelle Übergabe des Gebietes vornehmen zu können.

Deutscherseits war man L. für diese Geste um so dankbarer, als man sich erinnerte, daß er bereits seit 1919 stets für eine → *REVISION* (Teil I) des Versailler Vertrages eingetreten war. Sein außenpolitisches Programm 1935 sah zunächst Steigerung der Schlagkraft der französischen Streitkräfte und dann die Schaffung eines neuen Bündnissystems vor, in dem die Entente mit Großbritannien bei völliger Gleichberechtigung zwar beibehalten, aber auch eine Annäherung an Deutschland aufgrund gegenseitiger Zugeständnisse erreicht werden sollte.

Mit dem Italien Mussolinis und mit dem Duce selbst stellte L. bereits im Januar 1935 erfolgreich gute Beziehungen her. Bei diesen Besprechungen in Rom zeichnete sich das Bild eines durch vernünftige Vereinbarungen und Überwindung der Ressentiments aus dem 1. Weltkrieg befriedeten Europa ab.
Nachdem L. Anfang Juni 1935 unter Zubilligung von Sondervollmachten erneut die Regierung gebildet hatte, protestierte er zunächst gemeinsam mit Italien gegen das geplante zweiseitige Flottenabkommen Großbritanniens mit Deutschland, das den Vereinbarungen der Stresafront widersprach. England ignorierte jedoch die Protestnoten und unterzeichnete das Abkommen.
Diese Annäherung Englands an Deutschland bestärkte L. in seiner Zusammenarbeit mit Italien. Und als der Völkerbund Sanktionen gegen Italien wegen des Äthiopienfeldzuges beschloß, suchte L. nach einem Ausweg und gewann schließlich im Dezember 1935 den britischen Außenminister Hoare für einen gemeinsamen Vermittlungsplan.
Durch eine Indiskretion → *VANSITTARTS* erhielt die italien-feindliche Pariser Linkspresse vorzeitig von diesem Plan Kenntnis und entfesselte einen Skandal, dem zuerst Hoare in London, dann, Ende Januar 1936, auch die Regierung L. in Paris zum Opfer fiel. Vieles spricht dafür, daß Frankreich ohne diese Wendung der Dinge vier Jahre später durch L. aus dem Kriege hätte herausgehalten werden können.
Als dann 1940 Deutschland zwei Drittel Frankeichs besetzte und dem Restgebiet eine Selbstregierung zugestand, stellte sich L. wieder für das Amt des Regierungschefs zur Verfügung. Er tat es nicht aus Ehrgeiz und nicht aus Unterwürfigkeit gegenüber Deutschland, sondern aus patriotischem Pflichtgefühl. Von 1942 bis zum Ende der → *VICHY*-Regierung (Teil I) nahm er dieses undankbare und allseits umstrittene Amt von neuem wahr.
1944 nach Deutschland gebracht, floh L. 1945 nach Spanien, wurde an Frankreich ausgeliefert und zum Tode verurteilt. Vor der Vollstreckung des Urteils am 15. Oktober 1945 vergiftete er sich, wurde jedoch mit Mühe ins Leben zurückgerufen und unmittelbar darauf zur Erschießung geführt. Es war „eines der schlimmsten Justizverbrechen jener Ära" (Hoggan).

Literatur:

Laval parle, Genf 1948

LEE KUAN YEW

Seit dem 2. Juni 1959 Ministerpräsident des autonomen Staates → SINGAPUR (Teil I), war L. 1963 maßgeblich am Zustandekommen der Föderation → MALAYSIA (Teil I) beteiligt, aus der er jedoch zwei Jahre später der zunehmenden Rassenkämpfe in Singapur wegen wieder ausscheiden mußte. Sein wichtigstes Anliegen ist seitdem die Neuorientierung des Außenhandels und der Verteidigung.

Am 16. September 1923 in einer reichen Singapurer Reederfamilie geboren, erhielt L. seine Ausbildung am Raffles College, bestand dort 1939 das Abschlußexamen und studierte in England, in Cambridge, Rechtswissenschaften. 1950 ließ er sich als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt nieder.

1954 gehörte L. zu den Gründern der sozialistischen Party of People Action (PAP), einer zunächst noch radikalen Linkspartei, und wurde ihr Generalsekretär. 1955 sandte ihn seine Partei in die Gesetzgebende Versammlung, nachdem Großbritannien der Kronkolonie eine wesentlich erweiterte Selbstregierung zugestanden hatte.

Nachdem dann die Volksaktion am 30. Mai 1959 als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen, Singapur vier Tage darauf unabhängig geworden war und eine neue Verfassung erhalten hatte, wurde L. der erste Regierungschef und Mitglied des Internen Sicherheitsrates des neuen Staates.

L. gehörte von Anfang an zu den Befürwortern der Föderation Singapurs mit Malaya und Nordborneo. Nachdem seine Partei 1961 die linksradikalen Elemente abgestoßen und einen gemäßigteren Kurs eingeschlagen hatte, kam die angestrebte Föderation 1963 unter dem Namen → *MALAYSIA* (Teil I, vgl. dort) zustande.

Die sogleich einsetzenden Rassenkämpfe in der Stadt Singapur, deren in der Mehrheit chinesische Bevölkerung sich in der Föderation vom malaiischen Element unterdrückt fühlte, zwangen L. aber, mit seinem Inselstaat aus der von ihm selbst mit herbeigeführten Föderation am 9. August 1965 wieder auszutreten. Am 22. Dezember gleichen Jahres ließ L. die Republik proklamieren. Bis dahin hatte offiziell noch die britische Krone als Staatsoberhaupt gegolten. 1966 wurde L. ins Büro der → *SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE* (Teil I) gewählt.

Am 13. April 1968 gewann L.s Partei, die Volksaktion, alle 58 Parla-

mentssitze für sich. L. baute daraufhin sein Kabinett entsprechend um. Die Hauptprobleme, denen er und seine neue Regierung sich gegenübersehen, sind ein notwendiger Ausgleich für den verlorenen Transithandel nach Malaya und die Herstellung einer wirksamen Verteidigungsbereitschaft bis spätestens zum Termin des Abzuges der britischen Truppen im Jahre 1971.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt L., Führer der russischen Oktoberrevolution und 1. Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, war gleichzeitig willensstarker Fanatiker und glänzender Theoretiker der Kommunistischen Weltrevolution wie revolutionärer, subversiver Tätigkeit überhaupt. Ohne ihn wäre das Kommunistische Manifest von Marx und Engels lediglich ein Stück Papier geblieben. Unerbittlicher Logiker von bezwingender Einfachheit der Gedankenführung prägte er den rücksichtslosen politischen Stil, der sich heute in etwa bei einem Viertel der Erdbevölkerung durchgesetzt hat und in dem der Begriff der Menschenrechte unbekannt ist.

1870 in Simbirsk als Sohn eines adligen Schulinspektors geboren und deutsch-russisch-jüdisch-kalmückischer Abstammung, kam L. durch seinen Bruder Alexander, der 1887 wegen Beteiligung an einem Attentat auf Alexander III. hingerichtet wurde, schon als Gymnasiast mit anarchistischen Kreisen in Verbindung. Er studierte Rechtswissenschaften in Kasan und, nach Verhaftung und einer ersten Verbannung, in Petersburg (Leningrad), wurde dort Anwalt, und begann mit der systematischen Vorbereitung der Revolution.

1895 trat L. erstmalig in der Schweiz mit Plechanon und Axelrod zusammen, wurde von 1896—1899 nach Sibirien verbannt, erhielt dort, im Lena-Gebiet, seinen Tarn- und Agentennamen L., erarbeitete sich anhand der Schriften von Marx und Engels eine systematische, klassenkämpferische Lehre der Revolution und lernte dort auch seine spätere Frau, die Krupskaja, kennen. 1900 ging er ins Ausland und bereitete, teils mit Hilfe der nach Rußland versandten Zeitung „Iskra", im Exil die Sozialdemokratische Partei Rußlands vor, von Anfang an im Zuschnitt einer Kampforganisation für den Umsturz. Als es darüber, nämlich über die Bejahung des bewußten Terrors und einer zentralen Führung, 1903 in London zu Unstimmigkeiten kam, gewann L. die Mehrheit für seinen Standpunkt (vgl. → *Bolschewismus,* Teil I). 1905, während der ersten russischen Revolution, die niedergeschlagen wurde, hielt er sich zwar in Petersburg auf, trat aber nicht in Erscheinung. Doch entstand unter diesem Eindruck sein Plan, eine bürgerlich-demokratische Revolution gegen das Feudalsystem unmittelbar in die Revolution (und Diktatur) des Proletariats überzuleiten.

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging L. erneut in die Schweiz und wirkte von dort aus propagandistisch nach Rußland hinein. Am 3. April 1917 kehrte er mit Hilfe der deutschen Reichsregierung (Bethmann Hollweg und unter Mitwirkung Parvus-Helfands) nach Rußland zurück, schaltete sich in den weiteren Verlauf der Revolution ein und proklamierte ihre „zweite Etappe", die berufen sei, die Macht in die Hände des Proletariats *und der ärmsten Bauernschichten* zu legen. Er proklamierte ferner die „revolutionäre Krise in allen Ländern, angefangen von Deutschland bis nach England und Frankreich". In beiden Punkten verließ L. damit seine eigene bisherige Konzeption und schloß sich den Vorstellungen und Ideen Trotzkis an (vgl. *Trotzkismus,* Teil I), zur Bestürzung seiner übrigen Mitkämpfer.

Nach den Juliereignissen floh L. nach Finnland und hielt sich dort verborgen, stand aber in ständiger Verbindung mit den Bolschewiken in Petersburg, bis er dann persönlich die Führung der Oktoberrevolution (7. November 1917, nach dem Kyrill'schen Kalender 25. Oktober 1917) übernahm und Trotzki Aufbau und Führung der Roten Armee im Kampf gegen die „Konterrevolutionäre", insbesondere die „Weiße Armee", übertrug. Als unbestrittener Führer der Bolschewiki, der späteren KPdSU, übernahm L. auch den Vorsitz im Rat der Volkskommissare und damit das Amt des Regierungschefs der neugegründeten Sowjet-Union.

1918 bei einem Attentat schwer verletzt, veranlaßte L. 1919 die Gründung der III. Internationale (wiederum ganz im Sinne Trotzkis) und verkündete 1921 in Anpassung an die realen Notwendigkeiten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens die sogenannte Neue Ökonomische Politik (NEP). Im Mai 1922 erlitt er einen Schlaganfall, kränkelte seitdem und beobachtete von Gorki aus mit wachsender Sorge die eigensüchtig ehrgeizige Entwicklung → *Stalins,* vor dem er dann in seinem Testament ausdrücklich warnte. Am 24. Januar 1924 verstarb L., 53 Jahre alt.

Von seinen Schriften hat vor allem „Staat und Revolution" (1917, deutsch, Berlin 1918) als Lehre einer revolutionären Systematik weitergewirkt und das politische Geschehen in Ländern des ganzen Erdkreises entscheidend beeinflußt.

Literatur:

Walter Grottian, Lenins Anleitung zum Handeln, Opladen (Westdeutscher Verl.) 1962

Raul L., seit dem 11. März 1964 Staatspräsident und Ministerpräsident von Venezuela, ist zugleich Führer der stärksten politischen Partei des Landes, der linken aber antikommunistischen Acción Democrática (AD). Er überstand am 31. Oktober 1966 einen gegen seine Person gerichteten Militärputsch und suspendierte im Dezember desselben Jahres angesichts zunehmender kommunistischer Guerillatätigkeit die verfassungsmäßigen Grundrechte.

1905 in Bolivar geboren, studierte L. in Bogotá und Caracas Rechtswissenschaften und ließ sich als Anwalt nieder. Bereits als Schüler und Student überzeugter Linksextremist und politisch aktiv, war L. Mitbegründer der politischen Bewegung ORVE und wurde Präsident der Studentenvereinigung Venezuelas.
1937 gründete L. gemeinsam mit Betancourt die zunächst linksrevolutionär gerichtete Partido Democrata Nacional, aus der später die Acción Democrática (AD) hervorging. 1945 bis 1948 war er Arbeitsminister in den Regierungen Betancourt und — nach der neuen Verfassung vom 5. Juli 1947 — Gallegos.
Als letzterer am 22. November 1948 durch eine Militärjunta gestürzt wurde, floh L. ins Exil und konnte erst zehn Jahre später, nach dem Sturz des Diktators Jimenez und der Wahl Betancourts nach Venezuela zurückkehren. Er übernahm das Präsidium der AD und wurde 1959 zum Senatspräsidenten gewählt. Dieses Amt hatte er unter der Präsidentschaft Betancourts bis 1962 inne. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1963 erhielt L. die meisten Stimmen.
Am 11. März 1964 löste er Betancourt als Staatsoberhaupt und Regierungschef ab, der im Mai 1962 die kommunistische Partei verboten und im Juni 1963 zahlreiche KP-Mitglieder und → *CASTRO*-Anhänger hatte verhaften lassen. Auch L.s Regierungszeit begann mit blutigen Zusammenstößen zwischen linksradikalen Demonstranten und Polizei sowie mit Kämpfen der Armee gegen kommunistische Freischärler, die in der FALN (Fuerzas Armadas de Liberacion Nacional) organisiert waren.
Im April 1964 brach L. die diplomatischen Beziehungen zu Brasilien ab, wo Castelo Branco an die Stelle Goularts getreten war, im November 1964 auch zu Bolivien, wo nach einem Staatsstreich des Mili-

tärs Barrientos die Staatsführung übernommen hatte. L. weigerte sich, mit Staatsstreichregimen normale Beziehungen zu unterhalten. Als Ende Oktober 1966 eine venezolanische Offiziersverschwörung auch ihn selber zu stürzen suchte, konnte L. sich im Sattel halten. Doch häuften sich in der Folgezeit Terroraktionen der FALN in solchem Ausmaß, daß sich L. veranlaßt sah, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Briefgeheimnis und Unverletzbarkeit der Wohnung bis auf weiteres aufzuheben.
Am 1. Januar 1967 führte er in Venezuela die Sozialversicherung für fast alle Einwohner — ausgenommen einige abgelegene Landstriche — sowie eine Besteuerung der Dividenden von Aktiengesellschaften ein, Maßnahmen, deren Rückwirkungen auf die Industrialisierung des Landes skeptisch beurteilt wurden.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Sir Basil Henry L. H., seit dem Ende des 1. Weltkrieges Militärhistoriker und zugleich Militärtheoretiker von hoher Kompetenz, wurde zum Lehrmeister zahlreicher Armeeführer beider Parteien im 2. Weltkrieg und steht auch noch in den sechziger Jahren allen, die ihn konsultieren, mit treffsicherem Urteil und Rat zur Verfügung. Seine Kritik an der britischen Kriegspolitik 1938/40 — er hatte von der britischen Polengarantie ausdrücklich abgeraten, da sie nicht zu realisieren sei — spricht Deutschland von einer Aggressionsabsicht im Jahre 1939 frei. Die Verteidigungskonzeption der → NATO beurteilt er mit großer Skepsis.

1895 geboren, studierte L. H. an der Universität Cambridge, nahm als britischer Offizier am 1. Weltkrieg teil und blieb danach bis 1927 aktiv. Dann nahm er seinen Abschied und war zehn Jahre lang, von 1925 bis 1935 Militärkorrespondent des Daily Telegraph. Er erwarb sich den Ruf eines ersten Experten und begann neben Vorlesungen in Cambridge die Veröffentlichung einer umfangreichen Reihe militärwissenschaftlicher Fachliteratur, einschließlich seiner Beiträge zur Enzyclopaedia Britannica.

1935 wechselte L. H. vom Daily Telegraph zur Times über, gleichzeitig als Militärkorrespondent und als Berater in Verteidigungsfragen. 1937 wurde er persönlicher Berater des Kriegsministers Hore-Belisha für die Reorganisation der britischen Armee.

Ende März 1939 brachte L. H. gegenüber Eden und Lloyd George auf Befragen zum Ausdruck, daß eine militärische Garantie Polens von Großbritannien nicht eingelöst werden könne. In seinen Memoiren bezeichnete er die damalige Kriegsstimmung gegen Deutschland als „hektische Überreizung". Maiski, der sowjetische Botschafter, zog ihn damals ins Vertrauen und teilte ihm seine Besorgnis mit, Stalin könne sich unter Umständen von Litwinow trennen und aus der antideutschen Front ausscheiden.

Als die Times die Einführung der Wehrpflicht zu bejahen begann, die L. H. wegen Ausbildermangel für verfrüht hielt, schied er dort aus und vollendete sein Buch über die Verteidigung Britanniens, in dem er die Notwendigkeit russischer Hilfe betonte. Die polnische Regierung protestierte offiziell gegen dieses Buch, in dem L. H.

Zweifel an ihrem Realismus geäußert und auf die mangelhafte Ausrüstung ihrer Truppen hingewiesen hatte.
Nach Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes legte L. H. in zwei Denkschriften die Vergeblichkeit eines Krieges wegen Polen dar und sagte die Vorherrschaft Rußlands in Europa voraus. Er empfahl, die polnische Regierung zu einem Kompromiß mit Deutschland zu veranlassen.
Sowohl im Polenfeldzug als auch danach in Frankreich und Rußland folgten vor allem Reichenau und Guderian in der Führung von Panzerarmeen den bahnbrechenden neuen Grundsätzen, die L. H. in seinen (von Reichenau übersetzten) strategischen Schriften gelehrt hatte. Noch ein viertel Jahrhundert später kämpfte die israelische Streitmacht gegen Ägypten nach den gleichen Grundsätzen.
Kurz darauf kritisierte L. H. im Oktober 1967 die „NATO-Direktive, die aus politischen Gründen eine ‚Vorne-Verteidigung' des Bundesgebietes am Eisernen Vorhang vorsieht", da sie zum frühzeitigen Einsatz taktischer Atomwaffen zwinge, und befürwortete eine sehr aktive, aggressive und bewegliche Verteidigung in einem etwa 150 Kilometer tiefen Gebiet. Er empfahl der Bundesrepublik Deutschland auch die völlige Abschaffung atomarer Trägerwaffen, über deren Atomköpfe sie doch nicht verfügen könne, und riet zu einer hochqualifizierten kleinen Berufsarmee neben einer schnell mobilisierbaren Heimatschutzmiliz mit guten Panzerabwehrwaffen.

Literatur:

Basil H. Liddell Hart, Lebenserinnerungen, Düsseldorf (Econ) 1966
Basil H. Liddell Hart, A History of the Second Worldwar, 1961
Basil H. Liddell Hart, The Revolution in Warfare
stern-Interview, Nr. 41, 8. X. 67

Anmerkungen ....

....

....

LIN PIAO

Marschall L., Verteidigungsminister der Volksrepublik China, ist seit der 11. Plenarsitzung des Zentralkomitees am 18. August 1966 auf den zweiten Platz nach → Mao Tse-tung aufgerückt und vermutlich von diesem als Nachfolger vorgesehen. L. war maßgeblich an der Auslösung der sogenannten „Kulturrevolution" beteiligt (vgl. → China, Teil I).

1908 in Zentralchina als Sohn eines kleinen Fabrikanten geboren, der Bankrott machte, schloß sich L. mit 17 Jahren dem → *Kuomintang* (Teil I) an und besuchte die Whampoa-Militärakademie bei Kanton, die von → *Tschiang-Kai-schek* geleitet wurde.

Als Kompanieführer im Nordfeldzug entschied er sich bei der Trennung von Kuomintang und Kommunisten im August 1927 für die letzteren und gehörte somit zu den ersten Kadern der chinesischen Roten Armee. Ein Jahr später stieß er zu Mao Tse-tung und entwickelte eine Methodik des → *Partisanenkampfes* (Teil I). 1932 führte er — als 24jähriger — bereits ein Armeekorps und befehligte beim „Langen Marsch" die Vorhut.

1936 Präsident der von ihm selbst geschaffenen Militärakademie in Jenan, 1937 in den Kämpfen mit den Japanern schwer verwundet, 1938—1941 zur Ausheilung und zu Lehrgängen an der Moskauer Generalstabsakademie in Rußland, beteiligte sich L. in Leningrad an der Verteidigung gegen die deutschen Belagerer.

1942 wieder in Jenan, wurde L. 1945 ins Zentralkomitee gewählt und Oberbefehlshaber der Kommunistischen Truppen in der Mandschurei. 1948 besiegte er seinen Lehrer Tschiang-Kai-schek und eroberte 1949 den größten Teil Chinas.

1950 kämpfte L. als Befehlshaber der IV. Feldarmee in Korea gegen McArthur, erkrankte aber und verschwand für zwei Jahre aus der Öffentlichkeit. Seit November 1952 wieder im Zentralkomitee der Partei (Militärkommission), und in der Staatsplanungskommission wurde L. 1954 2. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Vizevorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1955 jüngstes Mitglied des Politbüros im Marschallsrang und 1958 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Im September 1959 wurde er Verteidigungsminister und Vizepremier. Die Armee scheint aber L. nicht geschlos-

2. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Februar 1967

sen zu folgen. Sie unterliegt immer noch teilweise regionalen und traditionellen Einflüssen.
Seit 1960 nahm sich L. der „Ausgewählten Schriften" Maos an und entwickelte daraus den sich steigernden Personenkult um den „Vorsitzenden". 1965 veröffentlichte L. eine Strategie der Weltrevolution (Asien, Afrika und Südamerika gegen Nordamerika und Westeuropa), vertrat in seiner „Armee-Zeitung" den radikalen Parteistandpunkt und sprach 1966 erstmalig über die Armee hinaus auch unmittelbar die Masse der Werktätigen an. Die „Kulturrevolution" soll nunmehr die „Bauernrevolution" Maos zum totalen Siege führen. Ob L. in den vielfachen Machtkämpfen der hohen Funktionäre gegeneinander seine Stellung als „Kronprinz" wird behaupten können, ist noch ungewiß. → *Tschu En-lai* scheint ihm an Klugheit und politischer Erfahrung überlegen zu sein.

Literatur:

Georg Paloczi-Horvath, Der Herr der blauen Ameisen, Frankfurt 1962
Hans Jürgen Eitner, „Der Mächtigste nach Mao" in: Die Welt, 19. Oktober 1966

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

II. LLERAS RESTREPO

Carlos L. R., seit dem 7. August 1966 Staatspräsident von Kolumbien und, gemeinsam mit seinem Vetter Lleras Camargo Führer der in sich zerspaltenen Liberalen Partei, stützt seine Regierung auch auf den Unionisten-Flügel der Konservativen, bahnt eine Reform der Sozialgesetzgebung an und zieht Anlehnung an die USA einem neutralistischen Kurs vor.

1908 in einem traditionsreichen Hause geboren, studierte L. R. in Bogotá Wirtschaftswissenschaften, schlug die Hochschullaufbahn ein und erhielt einen Lehrstuhl für Finanzwissenschaft. Gleichzeitig gab er die liberale Zeitung „Tiempo" heraus und wurde als Präsident des Nationalen Komitees der Kaffeepflanzer maßgeblich für den kolumbianischen Export.

Auf L. R.s Initiative hin entstanden das Landeskreditinstitut und das Nationale Reforminstitut, beide dazu bestimmt, Wohnungsbau und Bodenreform für den unterentwickelten Teil der Bevölkerung zu fördern. Er wurde für die liberale Partei mehrfach in den Senat gewählt und gehörte drei Kabinetten als Finanzminister an.

Als sein Vetter Lleras Camargo 1958, gestützt auf die Nationale Front, ein Bündnis von Liberalen und Konservativen, die Präsidentschaft übernahm ,wurde L. Vicepräsident und blieb es, bis 1962 ein Konservativer, León Valencia, von L. R. empfohlen, zum Präsidenten gewählt wurde. Für die Wahlen vom 1. Mai 1966 ließ sich dann L. R. selber als Kandidat aufstellen und gewann, obgleich ihm das Versagen Valencias vielfach zur Last gelegt worden war. Am 7. August trat er sein Amt an.

Die schwerste Gefährdung seines sozialen Reformprogramms ging zur Zeit seiner Amtsübernahme noch von den unter → *CASTRO*-Einfluß stehenden kommunistischen Banden der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) sowie von den Terrorgruppen der Nationalen Befreiungsarmee ELN aus, die bereits 1965 in Kolumbien vier „unabhängige Republiken" proklamiert hatten, und denen seit 1950 nach halbamtlicher Schätzung etwa 200 000 Menschenleben zum Opfer gefallen waren.

Doch war die Anzahl der Banden und ihrer Bluttaten bereits Anfang 1966 erheblich eingedämmt worden. Dafür bildeten nun die linksextremistischen Studenten an den Universitäten Antioquia und

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

Bogotá eine zusätzliche Gefahr. L. R. hob Ende Oktober 1966 die Autonomie der Universitäten auf, ebenso die Studentenvertretungen in den Organen der Universitäten.
Besonders aktiv bemühte sich L. R. um ständige Kontakte mit den Nachbarstaaten Kolumbiens sowie um die inneramerikanischen Beziehungen allgemein, ohne irgendeine Frontbildung gegen die USA, vielmehr in Anlehnung an diese. Es gelang ihm, von den USA und vom → *IMF* (Teil I) in der ersten Hälfte des Jahres 1967 Darlehen in Höhe von insgesamt 190 Millionen Dollar zu erhalten. Auch die Weltbank vermittelte ihm langfristige Investierungen z. T. europäischer Länder.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Richard L., o. Professor der → POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN (Teil I), insbesondere der Außenpolitik, seit 1961 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, hielt sich während des Zweiten Weltkriegs in England auf, erhielt 1947 die britische Staatsangehörigkeit und 1959 einen Forschungsauftrag an der Harvard-Universität in den USA.

Am 15. April 1908 in Berlin geboren, besuchte L. das dortige Mommsen-Gymnasium, studierte in Berlin und Heidelberg Nationalökonomie und Soziologie und promovierte 1931 zum Dr. phil.
1935 verließ L. Deutschland, war während des Zweiten Weltkriegs in England publizistisch tätig, wurde 1947 naturalisiert und arbeitete 1948 bis 1954 als Deutschlandkorrespondent für Reuter sowie für den Londoner „Observer", bei dem er dann seit 1954 die außenpolitischen Leitartikel schrieb.
1959 folgte der für Umerzieher vor Aufnahme ihrer Tätigkeit in Deutschland augenscheinlich obligatorische USA-Aufenthalt in Gestalt eines Forschungsauftrages an der Harvard-Universität. Das Thema dieses Forschungsauftrages wird nicht genannt, dürfte aber im Rahmen der political science gelegen und der Vorbereitung der Berliner Lehrtätigkeit gedient haben.
1961 erhielt L. dann seinen Lehrstuhl am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin als o. Professor für Außenpolitik, das Thema seiner Londoner Leitartikel im „Observer", im Rahmen und im Sinne der → *POLITISCHEN WISSENSCHAFTEN* (Teil I) und reihte sich damit, etwas verspätet, in die Gruppe der führenden Umerzieher → *ADORNO*, → *FLECHTHEIM*, → *FRAENKEL*, → *HORKHEIMER* ein.
An Buchveröffentlichungen L.s erschienen u a. 1947 sein unter dem Pseudonym Paul Sering geschriebenes Jenseits des Kapitalismus, 1957 die gemeinsam mit Willy Brandt herausgegebene Ernst-→ *REUTER*-Biographie.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

LOPEZ ARELLANO

Oswaldo L., seit dem 3. Oktober 1963 Chef der in → HONDURAS (Teil I) regierenden Militärjunta, wurde am 23. März 1965 offiziell zum Staatspräsidenten ernannt und bildete gleichzeitig eine reguläre Regierung, die an die Stelle der provisorischen Junta trat.

Am 30. Juni 1921 geboren, meldete sich L. 1939 zur Luftwaffe, wurde nach Absolvierung der Militärfliegerschule 1947 Offizier und erhielt 1954, im Rahmen des unmittelbar zuvor abgeschlossenen Militärhilfeabkommens mit den Vereingten Staaten von Nordamerika, eine zusätzliche fliegerische Ausbildung in den USA.

Mit 35 Jahren zum Oberstleutnant befördert, nahm L. bereits an jener ersten Militärjunta teil, die am 21. Oktober 1956 den Präsidenten Lozano ablöste. Zwei Jahre darauf avancierte er unter der Regierung des Präsidenten Villeda Morales zum Obersten.

Am 3. Oktober 1963 war L. maßgeblich an dem Staatsstreich beteiligt, mit dem eine neue Militärjunta Villeda Morales stürzte, und wurde Chef der Militärregierung, in der er auch das Verteidigungs- sowie das Ministerium für Öffentliche Sicherheit übernahm. Außerdem hatte er das Oberkommanda über die Streitkräfte inne.

Die Hauptaktivität der Junta unter L. richtete sich gegen den Kommunismus. Die Verfassung von 1957 wurde aufgehoben. Nach 16 Monate andauernder Militärregierung ließ L. am 16. Februar 1965 Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung durchführen. Fünf Wochen später wurde er von dieser Versammlung formell zum Präsidenten von Honduras ernannt.

Am 6. Juni 1965 trat dann die neue, allerdings nur geringfügig geänderte Verfassung in Kraft, die den Präsidenten als den Träger der Exekutivgewalt auf sechs Jahre unmittelbar vom Volk wählen läßt. Danach läuft L.s Amtszeit bis 1971. Er kann danach sechs Jahre lang nicht wiedergewählt werden.

L. berief seine drei Vizepräsidenten und Staatssekretäre in das neugebildete Kabinett, die ihm allein verantwortlich sind. Die Möglichkeit, den ebenfalls auf sechs Jahre gewählten Nationalkongreß (64 Abgeordnete) aufzulösen, gesteht ihm die Verfassung theoretisch nicht zu. 1967 bildete er das Kabinett nochmals um und paßte es den sachlichen Erfordernissen der innenpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung an.

Anmerkungen

Erich Friedrich Wilhelm L., vom 29. September 1916 bis zum 26. Oktober 1918 1. Generalquartiermeister in der deutschen Obersten Heeresleitung, spürte nach seiner Entlassung hintergründigen Zusammenhängen der Weltpolitik nach, beteiligte sich am Hitlerputsch vom 9. November 1923, gehörte von 1924 bis 1928 dem Deutschen Reichstag an, kandidierte 1925 bei den Reichspräsidentenwahlen für die Nationalsozialisten und gründete 1926 mit seiner 2. Frau Mathilde den Tannenbergbund.

1865 in Kruszewina bei Posen als Sohn des aus Stettin stammenden Rittergutsbesitzers Wilhelm L. geboren und vom zwölften Lebensjahr an in den Kadettenanstalten Ploen und Berlin-Lichterfelde erzogen, erhielt L. im April 1882 das Offizierspatent als Leutnant der Marineinfanterie, wurde später Hauptmann im Generalstab und 1908 Chef der Aufmarschabteilung im Großen Generalstab.
Im August 1914 drang L. als Oberquartiermeister der 2. Armee als einer der ersten in die Festung Lüttich ein, erhielt von Wilhelm II. persönlich den Orden „Pour le Mérite", wurde am 22. August als Generalstabschef der 8. Armee → *HINDENBURG* zur Seite gestellt und entwarf die Pläne für die entscheidenden Schlachten bei Tannenberg und den Masurischen Seen, mit denen Ostpreußen von den Russen befreit wurde.
Auch in den folgenden Kriegsjahren blieb L. mit Hindenburg zusammen, trug seit dem 29. September 1916 als 1. Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung die volle Mitverantwortung für die militärische Kriegführung, hatte Teil an den Erfolgen gegen Rumänien, Italien und Rußland, gewann aber auch Einfluß auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen, so auf die Verabschiedung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg im Juli 1917.
Auf den Vorschlag → *RATHENAUs*, der damals die Rohstoffabteilung im Kriegsministerium leitete, die Rüstungsindustrie im Rahmen der Kriegswirtschaft zu verstaatlichen, ging L. nicht ein, erkannte aber nach dem Kriegseintritt der USA mit seinen Folgen die Aussichtslosigkeit der Weiterführung des Krieges und forderte am 29. September 1918 von der Reichsregierung ein Waffenstillstandsangebot an die Alliierten.
Noch am 26. Oktober 1918, vierzehn Tage vor seiner eigenen Ab-

9. Lieferung, © Politisches Lexikon, Hannover Dezember 1968

dankung, entließ Wilhelm II. L., in völliger Verkennung der Lage. Dieser begann darauf, den Ursachen der deutschen Niederlage nachzuforschen, insbesondere dem mysteriösen Rückzugsbefehl an der Marne vom 9. September 1914 und dem teils okkultistischen Bekanntenkreis des dort verantwortlichen Generals von Moltke. Damit stieß L. auf die Frage der Welt-Freimaurerei, die ihn jahrzehntelang beschäftigen sollte.
Nach der Revolution von 1918 ging L. für einige Zeit nach Schweden, schrieb und veröffentlichte kriegsgeschichtliche Arbeiten, lernte dann, zurückgekehrt, 1922/23 → *HITLER* kennen und nahm am 9. November 1923 an dem Marsch zur Münchener Feldherrnhalle teil. Er blieb erstaunlicherweise unverletzt und wurde in dem anschließenden Prozeß freigesprochen. 1925 kandidierte er, von den Nationalsozialisten aufgestellt, für das Amt des Reichspräsidenten.
Später kam L. zu der Überzeugung, daß Hitler ein Verhängnis für das deutsche Volk darstelle. Nachdem er bereits 1925 die Führung der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei niedergelegt hatte, gründete er 1926 gemeinsam mit seiner zweiten Frau, der Nervenärztin und religionsphilosophischen Schriftstellerin Mathilde L., den Tannenbergbund, der sich vor allem dem Kampf gegen die „Überstaatlichen Mächte" widmete und 1933 auf Weisung Hitlers aufgelöst wurde.
Doch erwies sich diese sektenartige Gemeinschaft lange über den Tod L.s am 20. Dezember 1937 und das von Hitler angeordnete Staatsbegräbnis hinaus, sogar über den 2. Weltkrieg und die → *REEDUCATION*-Maßnahmen (Teil I) der Siegermächte des 2. Weltkriegs hinaus als bemerkenswert zählebig und widerstandsfähig.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....

Heinrich L., seit 1959 Bundespräsident der Westdeutschen Bundesrepublik und zuvor, seit 1953, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, steht wie sein Vorgänger Theodor Heuss vor der undankbaren und unlösbaren Aufgabe, einen Teilstaat zu repräsentieren, der sich selbst, laut Verfassung, als Provisorium auffaßt, ohne doch einen Ausweg aus diesem Provisorium zu sehen. Der protokollarische Zwang, etwas darstellen zu sollen, was nicht ist, muß zur Resignation führen. Bei Heuss äußerte sie sich in gelegentlichen Sarkasmen. Diese Möglichkeit der inneren Befreiung ist L. nicht gegeben. Ihm ist anzumerken, daß der krasse Widerspruch zwischen geringen Befugnissen einerseits und protokollarischem Aufwand andererseits hemmend wirkt.

1894 in Enkhausen/Westfalen als Sohn eines Schuhmachermeisters geboren, besuchte L. in Brilon das Gymnasium und studierte in Berlin, Bonn und Münster Landwirtschaft, Geodäsie, Kulturtechnik und Volkswirtschaft. Das Studium wurde durch seine Teilnahme am 1. Weltkrieg (Artillerie-Offizier) unterbrochen und 1918 fortgesetzt.

Seit 1923 war L. in landwirtschaftlichen Organisationen tätig, von 1926 bis 1933 als Direktor der Siedlungsgesellschaft „Bauernland" im Rahmen der Deutschen Bauernschaft. 1931 wurde er als Abgeordneter der Zentrumspartei in den preußischen Landtag gewählt und als solcher nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 mehrfach interniert.

Von 1935 an war L. in einer Berliner Baufirma tätig, die während des 2. Weltkrieges im Auftrag der „Organisation Todt", bzw. des Rüstungsministers Speer auch Lageranlagen erstellte. Auf diese Tätigkeit gehen die wiederholten, von kommunistischer Seite erhobenen Vorwürfe zurück, L. habe „Konzentrationslager gebaut".

Nach dem Kriege schloß sich L. der CDU an, wurde 1946 in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und 1947 Landwirtschaftsminister dieses Landes. Er übernahm damit eine Aufgabe, die keineswegs routinemäßig zu erfüllen war, sondern außer den entsprechenden Kenntnissen auch persönliche Initiative erforderte.

1949 erstmals in den Bundestag gewählt, wurde L. 1953 Generalan-

walt des Deutschen Raiffeisenverbandes und Bundesernährungsminister. Im gleichen Jahre verlieh ihm die Universität Bonn den Ehrendoktor (agr.).
Als 1959 die Amtszeit des Bundespräsidenten Theodor → *Heuss* ablief, entstand um die Frage der Nachfolge eine wenig würdige Diskussion, in deren Verlauf auch Konrad → *Adenauer* seiner Geringschätzung diesem Amte gegenüber deutlich Ausdruck gab. Unter diesen Umständen bedeutete es eine Zumutung und ein Opfer, das von Adenauer verschmähte Amt zu übernehmen. L. nahm beides auf sich. Als seine wiederholten Hinweise auf die Unzulänglichkeit der vom Grundgesetz vorgesehenen Befugnisse des Präsidenten unberücksichtigt blieben, suchte L. auf zahlreichen Staatsbesuchen in Entwicklungsländern für Entwicklungshilfe die Anerkennung der Bundesrepublik als des *einzigen* souveränen deutschen Staates einzuhandeln. Doch mußte auch diese selbstgewählte Aufgabe unbefriedigend bleiben, da L. gerade aus der Perspektive seines Amtes deutlicher als andere sah, wieviel zu einer wirklichen Souveränität der Bundesrepublik noch fehlt, und daß ihre Anerkennung um so leichter mit Worten ausgesprochen wird, je weniger man an sie glaubt.
(L.s Bruder, Friedrich Wilhelm L., war von 1951–54 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein)

Literatur:

Heinrich Lübke, Aufgabe und Verpflichtung, Frankfurt (Athenäum) 1965

Anmerkungen ....

....

....

....

....

LYNCH

Jack (John) Mary L., seit dem 10. November 1966 Ministerpräsident von → IRLAND (Teil I), gehört seit 1957 der Regierung an, war sechs Jahre lang Industrie-, Handels- und Finanzminister und strebt Irlands Beitritt zur → EWG (Teil I) an. Von Haus aus Jurist, gilt L. als ein guter Verwaltungsfachmann.

Am 15. August 1917 als Sohn eines Schneiders in Cork geboren und dort im North Monastry erzogen, studierte L. am Universitätscollege in Cork und an der King Inns- Universität in Dublin Rechtswissenschaften und eröffnete in seinem Heimatdistrikt Cork eine Anwaltspraxis.

L. schloß sich der Partei → *DE VALERA*s, den Fianna Fail an, wurde 1948 ins irische Parlament gewählt, 1950 in den Stadtrat von Cork, dem er bis 1957 angehörte, und 1951 parlamentarischer Sekretär bei der irischen Regierung. 1957 wurde L. Minister für die Förderung der gälischen Sprache, die de Valera besonders am Herzen lag.

Doch schon 1958 wurde L.s Kompetenzbereich wesentlich erweitert. Er bekam das Erziehungsministerium, wurde im gleichen Jahr zum Vizepräsidenten des → *EUROPARAT*es (Teil I) gewählt und wechselte 1959, im Kabinett Lemass in das Industrie- und Handelsministerium hinüber, das seiner pragmatischen Denkungsart mehr entsprach. Anfang der sechziger Jahre wurde er schließlich Finanzminister.

Als Ministerpräsident Lemass im Spätherbst 1966 aus Gesundheitsgründen zurücktrat, beauftragte de Valera L. mit der Regierungsbildung. Am 10. November stellte er sein Kabinett vor, das nur wenig verändert war und sich vorwiegend aus Angehörigen der Fianna Fail zusammensetzte, die bei den Parlamentswahlen vom April 1965 die absolute Mehrheit der Sitze gewonnen hatten.

L. hatte schon als Handels- und Finanzminister den Beitritt Irlands zur → *EWG* (Teil I) befürwortet und behielt dieses Ziel auch als Ministerpräsident im Auge, bezeichnete es in der Regierungserklärung sogar als außenpolitisches Hauptziel, machte jedoch 1967 anläßlich eines Besuches in Kopenhagen den Beitritt von der Aufnahme Großbritanniens in die EWG abhängig und schloß sich damit dem dänischen Standpunkt (vgl. → *KRAG*) an.

Am 4. November 1967 unterzeichnete L. in Paris ein französisch-irisches Kulturabkommen, am 14. Februar 1968 erörterte er in Lon-

don mit → *WILSON* und → *BROWN* sowie dem Commonwealth-Minister Thomson die künftigen Beziehungen der vier Anwärter auf eine EWG-Mitgliedschaft, Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen, zu den sechs EWG-Ländern.

Anmerkungen ....

....

....

....

....

....